A/1

(Ausgegeben am 7. Dezember 1989)

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

97. Sitzung

Hannover, den 16. November 1989

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 8893

Tagesordnungspunkt 5:

noch:

Zweite Beratung: **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990 — HG 1990)** — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 11/4230 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 11/4570 bis Drs 11/4585 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/4610 — Änderungsanträge der Fraktion der SPD — Drs 11/4611 und Drs 11/4620 8893

Schröder (SPD) 8893
Gansäuer (CDU) 8902
Trittin (Grüne) 8910
Hildebrandt (FDP) 8914, 8969
Frau Pistorius (SPD) 8919
Lindhorst (CDU) 8923
Dr. Hansen (Grüne) 8927
Dr. Hruska (FDP) 8930
Schnipkoweit, Sozialminister 8932
Jüttner (CDU) 8936
Bruns (Reinhausen) (SPD) 8936
Sikora (CDU) 8937
Dr. Riege (SPD) 8940
Frau Stoll (CDU) 8942
Frau Lemmermann (SPD) 8943
Frau Deppe (Grüne) 8945
Frau Schneider (Berenbostel) (FDP) ... 8949
Breuel, Finanzministerin 8950
Wernstedt (SPD) 8952, 8975
Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst 8957
Schörshusen (Grüne) 8960
Graetsch (FDP) 8962
Wiesensee (CDU) 8964
Frau Schreiner (Grüne) 8965
Klare (CDU) 8967
Horrmann, Kultusminister 8972
Glogowski (SPD) 8976
Rehkopf (FDP) 8980
Frau Roisch (Grüne) 8982
Sehrt (CDU) 8983
Jahn (CDU) 8986
Stock, Innenminister 8989
Frau Alm-Merk (SPD) 8993
Remmers, Justizminister 8995

Nächste Sitzung 8999

LL D 11/97

A/2

A/3

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident Ravens (SPD)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Stoll (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teyssen (CDU)
Schriftführerin Auerbach (SPD)
Schriftführerin Lemmermann (SPD)
Schriftführer Milde (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Dr. Albrecht (CDU)

Innenminister
Stock (CDU)

Finanzministerin
Breuel (CDU)

Sozialminister
Schnipkoweit (CDU)

Kultusminister
Horrmann (CDU)

Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Hirche (FDP)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Dr. Ritz (CDU)

Justizminister
Remmers (CDU)

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
Jürgens (FDP)

Minister für Wissenschaft und Kunst
Dr. Cassens (CDU)

Umweltminister
Dr. Remmers (CDU)

Staatssekretär Meyer,
Niedersächsische Staatskanzlei

Staatssekretär Dr. Diekwisch,
Niedersächsisches Innenministerium

Staatssekretär Dr. van Scherpenberg,
Niedersächsisches Finanzministerium

Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen,
Niedersächsisches Sozialministerium

Staatssekretärin Dr. Meseke,
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Staatssekretär Höse,
Niedersächsisches Ministerium der Justiz

Staatssekretär Fischer,
Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Staatssekretär Dr. Schreiber,
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Beginn: 9 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 97. Sitzung im 37. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode.

Geburtstag hat der Abgeordnete Dr. Weber. Er wird 43 Jahre alt. Wir beglückwünschen ihn.

(Beifall.)

Zur Tagesordnung: Wie bereits gestern bekanntgegeben worden ist, sind keine Dringlichen Anfragen eingegangen, so daß der Tagesordnungspunkt 8 entfällt. Wir setzen heute die zweite Beratung des Tagesordnungspunktes 5, Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990, mit der sachpolitischen Hauptdebatte über die Regierungspolitik fort. Für den Nachmittag ist die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte, und zwar über die Schwerpunkte Soziales, Gleichberechtigung und Frauenfragen, Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Innenpolitik und Recht, vorgesehen. Die Sitzung wird gegen 19.30 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin. Bitte schön!

Schriftführerin Stoll:

Es liegen keine Entschuldigungen vor.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir setzen nun die Haushaltsberatung 1990 fort:

Noch:

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung: **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990 — HG 1990)** — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 11/4230 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 11/4570 bis Drs 11/4585 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/4610 — Änderungsanträge der Fraktion der SPD — Drs 11/4611 und Drs 11/4620

Wir beginnen mit der sachpolitischen Hauptdebatte zur Regierungspolitik. Für diese Debatte sind insgesamt drei Stunden vorgesehen. Den Fraktionen stehen folgende Redezeiten zur Verfügung: der CDU und der SPD jeweils bis zu 45 Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu 30 Minuten.

Ich eröffne die Beratung. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion sitzt ersichtlich in den Startlöchern. Herr Abgeordneter Schröder, Sie haben das Wort.

Schröder (SPD):

Er sitzt fast alleine, wie ich feststellen muß. Aber wer etwas zu sagen hat, der kann auch ruhig vor leerem Haus reden. Das ist nicht so problematisch. Außerdem eint dies das Haus mit der Pressetribüne.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Hruska [FDP]: Es kommt ja auch in das Protokoll!)

— Ja, das meine ich auch.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern im Rahmen der Haushaltsdebatte über Finanzierung und über finanzpolitische Details gewichtig und gewiß wichtig geredet. Ich möchte mich gern mit den sozialen und politischen Folgen der Politik auseinandersetzen, für die auch der Haushalt 1990 steht. Bei den politischen Folgen weise ich darauf hin, daß es wenig nutzt, wenn landauf, landab die Parteien in den Landtagen und im Bundestag das Aufkommen von Republikanern beklagen, sich aber relativ wenig Gedanken darüber machen, welches denn wohl die sozialen und politischen Ursachen dafür sind, daß Republikaner in unserem Land zuletzt bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg Erfolge erreicht haben, die jeden Demokraten erschrecken müssen. Es ist zu sehen, daß es eine sehr enge Beziehung zwischen den sozialen Versäumnissen seit der Politik der Wende und den sozialen Versäumnissen in der letzten Zeit auf der einen Seite und dem Aufkommen dieser Kräfte von ganz rechts auf der anderen Seite gibt.

Ich stehe nicht an zu sagen, daß die negativen Verteilungswirkungen der letzten Landeshaushalte, aber natürlich nicht nur der Landeshaushalte, ganz wesentliche Ursachen für Protestverhalten nach rechts sind

(Beifall bei der SPD — Zuruf von Dr. Hruska [FDP])

— das gilt generell! — und daß deshalb eine unsoziale Politik — vom Bund und von diesem Land aus gemacht — die Hauptursache für das Auf-

kommen rechtsradikaler Strömungen in der Bundesrepublik ist.

(Zuruf von Dr. Hruska [FDP].)

Ich möchte diese soziale Schieflage, die im wesentlichen durch Mängel in der Sozialpolitik und in der Wohnungsbaupolitik versursacht worden ist, gern ein wenig belegen und etwas näher darstellen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal anschauen, wie sich beispielsweise in unserem Lande die Lohnquote entwickelt hat, dann können Sie feststellen, was ich meine, und worum es dabei geht. Der Anteil der Arbeitnehmer, die doch wirklich die Ursache für ökonomischen Reichtum in unserem Lande schaffen, am Volkseinkommen hat jetzt, im Jahre 1989, wieder den gleichen Stand wie im Jahre 1950 erreicht. Er beträgt jetzt 58,6 %. Um das deutlich zu machen: Ein Jahr vor der Wende, im Jahre 1981, lag ebendiese Lohnquote noch bei 67,3 %.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, über das vielfach geredet wird, das aber nur wenig in einen Zusammenhang zwischen den Mängeln in der Sozialpolitik und den unerwünschten politischen Wirkungen gestellt wird. Es geht mir in einem spezifischen Punkte noch einmal um die Auswirkungen der Steuerreform. Die Finanzministerin redet ja zum Beispiel über die Notwendigkeit, die Kindergeldregelungen auf eine sozial gerechte Basis zu stellen. Nur geschieht nichts. Es ist keine soziale Gerechtigkeit, und es regt unglaublich viele Menschen auf, wenn dem Staat das Kind eines Spitzenverdieners zweieinhalbmal soviel wert ist wie das Kind eines Normalverdieners.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist aber das Ergebnis einer Steuerpolitik, die Sie in der finanzpolitischen Debatte beständig loben, bei der Sie sich allerdings in der sozialpolitischen Debatte wirklich schämen müßten, wenn Sie es denn könnten. Was sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande davon halten, daß — um ein anderes Beispiel zu nennen — sie die Steuer vom Lohn abgezogen kriegen, die Finanzämter aber zugleich so mangelhaft ausgestattet sind, daß zum Beispiel Nachforschungen über die Höhe des Vermögens von Kapitalanlegern erstens kaum möglich sind und zweitens dann auch noch von Gesetzes wegen verboten sind? Das kann man und muß man gesetzlichen Schutz großer Steuerhinterzieher nennen, was zur sozialen Schieflage im Lande mit all ihren Folgen beiträgt.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wenn man sich das weiter anschaut, dann stimmt der Hinweis darauf eben nicht, daß insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet worden wären; denn 1981 lag die auf die Bruttolohn- und -gehaltssumme bezogene Lohnsteuer bei knapp 16 %. Auch nach der Steuersenkung 1990 wird sie 17 % betragen und bis 1993 auf 18,7 % steigen. Demgegenüber sind der Steuersatz auf Unternehmergewinne und die direkten Steuern der Unternehmen von knapp 39 % im Jahre 1980 auf knapp 28 % im Jahre 1988 zurückgegangen. Aber das ist noch nicht alles. Pauschal wird bereits jetzt wieder über 20 bis 25 Milliarden DM Steuererleichterungen für eben diejenigen diskutiert, denen es nun wahrlich nicht schlecht geht.

Warum sage ich das? Ich sage das deshalb, weil dies ein Teil der sozialen Wirklichkeit in unserem Lande ist und weil die Niedersächsische Landesregierung all diesen politischen Maßnahmen im Bundesrat zugestimmt hat oder aber sie direkt gefordert hat. Das hat Folgen, meine Damen und Herren, für die Sozialsituation ganz gewichtiger Teile unserer Gesellschaft.

„Wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land" ist der Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes überschrieben. Dieser Bericht stammt vom November dieses Jahres, ist also erst kürzlich vorgelegt worden. Ebenfalls im November dieses Jahres wurde der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland der „Bericht zur Armut in der Bundesrepublik Deutschland" vorgelegt. Ich finde, diese beiden Dokumente sollten Pflichtlektüre für uns alle sein. Sie sollten auch als Landtagsdrucksache herausgegeben werden; ich würde mir das jedenfalls wünschen. Sie kontrastieren in gefährlicher Weise zu jener Jubelveranstaltung zum Thema „40 Jahre Sozialstaat", die Ende Oktober stattgefunden hat und in deren Einladungsschreiben der bemerkenswerte Satz steht:

> „40 Jahre Grundgesetz markieren die vier erfolgreichsten Jahrzehnte unserer sozialstaatlichen Entwicklung."

Das ist wahr. Aber dann kommt ein Satz, der höchst zweifelhaft ist:

> „Heute verfügen wir über ein ausgebautes System sozialer Sicherung."

Selten, meine Damen und Herren, wurde Schönfärberei so schnell von der Wirklichkeit eingeholt wie hier.

(Beifall bei der SPD.)

DPWV und EKD stehen gewiß nicht im Verdacht, Hilfsorganisationen meiner Partei zu sein. Aber mit ihren Berichten rufen sie etwas ins Gedächtnis, was uns jenseits technokratischer Debatten über Haushaltsansätze beschäftigen muß.

Ich nenne ein paar Zahlen. In unserem so reichen Land sind 6 Millionen Menschen von Armut betroffen.

(Eveslage [CDU]: Und in Niedersachsen?)

— Zu den Zahlen aus Niedersachsen komme ich gleich. — Mehr als 3 Millionen Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen — die größte Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik! Frauen sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Die durchschnittliche Rente von Arbeiterinnen lag 1988 bei 392 DM. Sie erreichte bei weiblichen Angestellten 648 DM. Viele alte Menschen scheuen den Weg zum Sozialamt und leben buchstäblich in bitterster Armut. Untersuchungen belegen, daß nur etwa 50 % der Berechtigten tatsächlich auch Sozialhilfe beziehen.

Mit den heutigen 450-Mark-Arbeitsverträgen, die Sie gerade erst wieder ermöglicht haben, also Arbeitsverhältnissen ohne den Schutz der Sozialversicherung, schafft die Bundesrepublik die neue Altersarmut von morgen.

(Zustimmung bei der SPD.)

70 Prozent aller Frauenarbeitsplätze sind nicht mehr existenzsichernd. Übrigens: Das Land Niedersachsen ist unmittelbar daran beteiligt. Auch hier im Landtagsgebäude sind täglich Frauen als Reinigungskräfte tätig, die lediglich 450-Mark-Verträge haben.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Ich finde, das mindeste ist, daß diese Praxis insoweit aufgegeben wird, als jedenfalls die Sozialversicherung und die Altersvorsorge damit verbunden sein müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe eben aus der CDU-Fraktion den Zuruf gehört, man wolle ein paar Zahlen über Niedersachsen haben. Bitte schön!

(Gansäuer [CDU]: Das hat niemand gesagt!)

— Doch, Herr Eveslage! — Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt auch in Niedersachsen immer weiter. Mehr als 400 000 Menschen müssen bereits jetzt den bitteren Gang zum Sozialamt gehen. Sozialhilfe — das wissen wir doch alle, meine Damen und Herren — bedeutet in Niedersachsen für ein Ehepaar ohne Kinder, am Tag pro Person 12,46 DM zur Verfügung zu haben für Essen, Zeitung, Reinigungsmittel, Fahrscheine. Kleiderzuschüsse und Zuschüsse für den Ersatz von Haushaltsgeräten müssen extra beantragt werden.

Ob die Frau eines Sozialhilfeempfängers einen neuen Wintermantel tragen kann, kann sie mangels Masse nicht selbst entscheiden, sondern das wird im Sozialamt entschieden. Sozialhilfe bedeutet für die Kinder den Verzicht auf die Teilnahme am Schulausflug, weil schlicht das Geld dafür nicht reicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Immer häufiger ist Arbeitslosigkeit der Grund für die Sozialhilfe. Für 36 % der Sozialhilfeempfänger in Niedersachsen ist die Arbeitslosigkeit die Ursache für die Gewährung von Sozialhilfe. Dies sind über 10 % mehr als im Jahr zuvor. Das betrifft fast 58 000 Haushalte, meine Damen und Herren!

Mir kommt es darauf an, daß wir angesichts einer rasanten Konjunkturentwicklung, daß wir angesichts der Tatsache, daß mehr Steuern in die Landeskasse fließen, diese Zahlen nicht aus dem Auge verlieren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage eines sehr deutlich: Wir gehen, da der Wahltermin jetzt feststeht, nach diesen Haushaltsberatungen in eine politische Auseinandersetzung über die Frage, wer dieses Land nach dem 13. Mai vier Jahre lang zu regieren haben wird. Eines möchte ich bereits ankündigen: Um die Zahlen werden Sie nicht herumkommen, meine Damen und Herren! Wir werden Sie zwingen, sich mit der sozialen Wirklichkeit in Niedersachsen zu beschäftigen!

(Beifall bei der SPD.)

Zu der sozialen Wirklichkeit in diesem Lande gehören diese und noch ein paar andere Zahlen. Ich werde gleich darauf eingehen.

„Armut macht stumm", schreibt der DPWV in seinem Bericht. Armut macht nicht nur stumm, Armut wird auch geleugnet.

(Zuruf.)

— Das Geld, das Sie für Sozialhilfe und anderes ausgeben sollten, haben Sie doch der Konrad-Adenauer-Stiftung zugesteckt!

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Ihr müßt euch künstlich aufblasen, da sonst überhaupt nichts mehr geht!)

Ich zitiere den Vorsitzenden des DPWV:

> „Dieses Leugnen von Armut in unserem Lande macht es möglich, nicht hinzuschauen, wie es den Menschen am Rande unserer Gesellschaft geht. — Die Forderung nach einer Armutsberichterstattung steht nun seit Jahren unerfüllt im Raum."

Meine Damen und Herren, dieses Wegsehen-Wollen macht die Härten in der Gesundheitsreform für viele chronisch Kranke und Behinderte möglich. Es machte die 9. — und auch die 8. — Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz möglich, der Sie im Bundesrat zugestimmt haben und die für viele Arbeitsloseninitiativen und damit auch für viele Langzeitarbeitslose schlicht das „Aus" bedeutet hat.

(Beifall bei der SPD.)

Dieses Wegsehen-Wollen macht auch Urteile möglich, wie sie bezüglich der Auffassung darüber, wer alles nicht in reine Wohngebiete gehört, leider traurige Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland geworden sind.

Ich sage etwas, was auch Kritik an den sozialdemokratisch regierten Ländern bedeutet, und ich verbinde das mit einer Bitte, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß die Ungerechtigkeiten in der Frage, wie sich die Sozialhilferegelsätze zu entwickeln haben, aufhören. Die Ministerpräsidenten haben sich Ende Oktober getroffen und über eine Erhöhung der Regelsätze diskutiert. Sie haben eine Erhöhung der Regelsätze in der Sozialhilfe um 4,6 % beschlossen, obwohl eine Erhöhung um 12,6 % als Anpassung an den heutigen Lebensstandard angemessen gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, für den einzelnen Menschen geht es um eine Erhöhung des Regelsatzes um 19 DM. Die Ministerpräsidenten — auch die unseren — wollen ihm diese 19 DM in drei Stufen, verteilt auf drei Jahre, zukommen lassen. Ich finde, daß wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einen solchen Umgang mit denen, die ich genannt habe, nicht leisten können. Es ist doch wahr, daß wir eine unermeßlich reiche Gesellschaft sind, die über ein Sozialprodukt von 2,2 Billionen DM pro Jahr verfügt.

> (Gansäuer [CDU]: Eben haben Sie gesagt, wir seien eine arme Gesellschaft!)

Angesichts dessen müssen wir doch in der Lage sein, mehr zu mobilisieren, als diese 19 DM in drei Jahren ausdrücken.

(Beifall bei der SPD.)

Ich beschäftige mich weiter mit der Frage derer, die im sozialen Dunkel stehen. Der Sozialminister dieses Landes hat hier im Landtag gesagt — er redet ja häufig herum, aber hier hat er gesagt —:

> „Die Empfänger von Sozialhilfe gelten in der Armutsforschung nicht als arm. Die Leistungen der Sozialhilfe verhindern, daß Armut überhaupt entsteht."

Ich frage mich, was für ein Armutsbegriff hinter solchen Äußerungen steht. Ich frage das uns alle, weil ich gerne möchte, daß diejenigen, um die es hier geht, und deren Familien darauf vertrauen können, daß wir ihre Probleme ernst nehmen und daß wir diese Probleme hinter der Sorge für Aus- und Übersiedler nicht verdrängen. Ich weise noch einmal darauf hin: Wenn wir das weiter verdrängen und wenn weiter Menschen zu uns kommen, dann fliegt uns die Gesellschaft um die Ohren, weil uns diejenigen, die hier in sozialer Not sind, Vorsorge für die anderen übelnehmen und zu denen rennen werden, die als Rechtsradikale ihr Süppchen auf dieser sozialen Not kochen wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Der Verlust an sozialer Gerechtigkeit im Lande zeigt sich aber auch an der Zahl der Langzeitarbeitslosen. Sie hat sich seit 1982 mehr als verdoppelt. Die Zahl derjenigen, die zwei Jahre und länger arbeitslos sind, hat sich mehr als vervierfacht. Ich sage es immer wieder — auch das wird in den kommenden Auseinandersetzungen um die Frage, wer dieses Land regiert, eine herausgehobene Rolle spielen —: Wer angesichts dieser Situation die Anstrengungen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik verringert, statt sie zu vergrößern, und wer der Bundesanstalt für Arbeit die Möglichkeiten aus der Hand schlägt, mit Fördermitteln Langzeitarbeitslose so zu qualifizieren, daß sie auf dem Arbeitsmarkt wieder eine Chance haben, der hat nicht begriffen, welcher soziale Sprengstoff in der Langzeitarbeitslosigkeit liegt und um welche menschlichen Schicksale es dabei geht.

(Beifall bei der SPD.)

Ich halte es nicht nur für einen strategischen Fehler, sondern unter sozialen und humanen Gesichtspunkten halte ich es schlicht für unzulänglich, daß diese Landesregierung und die sie tragende Koalition im Bundesrat der 8. und 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz zugestimmt haben und angesichts dessen, daß sie sie mit ihrer Stimme hätten verhindern können, die Langzeitarbeitslosen wirklich und im wahrsten Sinne auf Dauer zur Untätigkeit verurteilt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Statt — wie es der Natur der Sache entspricht; das ist übrigens von den Gewerkschaften und Arbeitgebern übereinstimmend gefordert worden — andere Aufgaben — z. B. die der Qualifizierung von Aus- und Übersiedlern — aus Bundesmitteln zu bezahlen, um deutlich zu machen, daß es jedenfalls bei den Aussiedlern um echte Kriegsfolgelasten geht, werden große Teile mit enormen Geldmitteln, die gebunden werden, an die Bundesanstalt für Arbeit gegeben und wird auf diese Weise verhindert, daß die Bundesanstalt die ihr originär zustehenden Aufgaben wirksam erfüllen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will auch in diesem Zusammenhang einige Zahlen nennen, die Niedersachsen betreffen. Die 9. Novelle hat gewaltige Einbrüche gebracht: drastische Einschränkungen bei der Qualifizierung und bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Entwicklung, die wir analysieren können, bestätigt alle Befürchtungen, die die Fachleute für Arbeitsförderung vorausgesagt haben. Allein für den Bezirk Niedersachsen/Bremen stehen 1989 bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt 230 Millionen DM weniger als 1988 zur Verfügung. Fast eine viertel Milliarde DM wird den Langzeitarbeitslosen — denjenigen, die Aus- und Fortbildung brauchen — entzogen. Damit mindert man nicht die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, damit vergrößert man sie politisch gewollt in einer Weise, die ich nur skandalös nennen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage deshalb: Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und auch der Niedersächsischen Landesregierung — weil sie im Bundesrat für diesen Unfug gestimmt hat — ist gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land gerichtet.

Sie ist bei vernünftiger Betrachtung, weil Qualifizierung angesichts fortwährenden technischen Fortschritts unumgänglich ist, auch gegen die Interessen, jedenfalls gegen die Interessen einer zukunftsorientierten Wirtschaft, in diesem Land gerichtet.

Der entscheidende Standortvorteil der Bundesrepublik ist und wird das berufliche Können und Wissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben. Angesichts des heraufziehenden Binnenmarktes wird es darum gehen müssen, diesen Faktor aus- und nicht abzubauen, wie es durch Ihre Politik geschieht.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will noch ein paar Zahlen hinsichtlich des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit aus dem Raum Hannover, einem Ballungsraum mitten in unserem Land, nennen. Im Raum Hannover sind nach Untersuchungen 40 % der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, bei den über 45jährigen sogar mehr als jeder zweite. In der Statistik wird häufig bejubelt, daß bei den Jüngeren Licht am Ende des Tunnels sichtbar würde. Das mag sein, reicht aber nicht.

Was passiert aber mit denen, die 40 oder 45 Jahre und älter sind, die durch Qualifizierung in die Lage versetzt werden müßten, auf dem neuesten Stand der technischen Entwicklung zu bleiben? Wollen wir es uns tatsächlich gestatten, diese Menschen bereits jetzt, mit 45 Jahren, wirtschaftlich, sozial, aber vor allen Dingen unter humanen Gesichtspunkten auf Dauer zur Untätigkeit zu verurteilen? Oder ist es nicht nötig, eine große Anstrengung zu machen, um durch Qualifizierung neue Chancen zu eröffnen?

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich nenne einen zweiten Bereich. Jeder in diesem Hause weiß, wie dieser Sozialminister vor ein paar Jahren über Wohnungsbau und über die Notwendigkeit, sozialen Wohnungsbau zu betreiben, geredet hat.

(Kuhlmann [CDU]: Richtig gut hat er geredet!)

Wer heutzutage von sozialer Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt spräche, erntete nur Gelächter.

(Hildebrandt [FDP]: Was haben Sie denn vor zwei Jahren gesagt, Herr Schröder? Schauen Sie sich einmal die Protokolle aus dem Ausschuß an!)

Wenn Sie sich einmal die Zahlen anschauen, Herr Hildebrandt, werden Sie feststellen, wie der soziale Wohnungsbau seit 1982 systematisch kaputtgemacht worden ist, und zwar von Ihnen auf der rechten Seite des Hauses.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich habe doch die Reden des Sozialministers und Ihre eigenen noch im Ohr, die beinhalteten, wir hätten einen Wohnungsmarkt, der ausgewogen sei,

(Zuruf von der CDU: Wieviel Tausende von Wohnungen haben damals leergestanden?)

wir bräuchten keinen sozialen Wohnungsbau. Diese Reden haben Sie jahrein, jahraus gehalten. Jetzt stehen Sie vor dem Bankrott dieser Politik. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Wahrheit ist, daß der von Ihnen vielgepriesene Markt das Problem, in den Ballungszentren hinreichend Wohnungen zu bezahlbaren Preisen zu bekommen, eben nicht gelöst hat.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie Zahlen haben wollen, können Sie die gerne bekommen.

(Gansäuer [CDU]: Schreien Sie doch nicht so!)

In Niedersachsen fehlen weit über 100 000 Wohnungen. Der Kampf um die wenigen bezahlbaren Wohnungen geht immer häufiger zu Lasten derer aus, die angesichts der Mietforderungen der Vermieter schlicht nicht mehr mithalten können.

(Zuruf von der CDU: Diffamie!)

Die Schlange derer, die zwar einen Berechtigungsschein für eine soziale Mietwohnung haben, denen aber keine Wohnung nachgewiesen werden kann, wird immer länger. 1989 drängen auf den äußerst angespannten Wohnungsmarkt Hunderttausende von Zuwanderern. Bundesweit werden 1989 über 350 000 Aussiedler aus Polen, der Sowjetunion und Rumänien erwartet. Mit fast 150 000 Asylbewerbern ist zu rechnen. Über die Zahl der DDR-Übersiedler gibt es keine verläßlichen Prognosen. Bis zum Wochenende sind in diesem Jahr etwa 250 000 gekommen. Die Zahlen, die angesichts dessen auf Niedersachsen zukommen, können Sie leicht selber ausrechnen.

Angesichts dessen ist Wohnungsbaupolitik — und zwar nicht erst seit diesem Herbst, worauf wir immer wieder hingewiesen haben — eine zentrale Aufgabe des Staates.

(Beifall bei der SPD.)

Man kann einen Staat nicht Sozialstaat nennen, in dem die Gutverdienenden und Reichen immer mehr Wohnfläche haben, der aber bei wirksamen Hilfen für die Normalverdiener — Familien mit Kindern, Alleinerziehenden, jungen Paaren, die einen Hausstand gründen wollen, und Studentinnen und Studenten — versagt.

(Beifall bei der SPD.)

Auch an diesem Punkt gilt: Die Auseinandersetzung um diese sozialen Versäumnisse — das kündige ich Ihnen hier freimütig an — wird die politischen Auseinandersetzungen in den nächsten sechs Monaten bestimmen. Sie wird angesichts Ihrer Versäumnisse mit aller Deutlichkeit und mit aller Härte geführt werden, weil es um die sozialen Interessen ganz wichtiger Teile unserer Gesellschaft geht, die Sie permanent und absichtlich vernachlässigt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Wer das nicht glaubt, dem muß ich sagen, daß die CDU und die FDP seit der Wende in Bonn die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus schlicht eingestellt haben. Dies ist doch die Ursache für den Wohnungsmangel. Die Misere ist durch die Aus- und Übersiedler nicht entstanden, sie hat sich durch sie nur verschärft.

(Beifall bei der SPD.)

Die Bundesregierung und auch Sie haben noch Schönfärberei betrieben, als in den Ballungsgebieten der Wohnungsmangel schon zu einer handfesten Wohnungsnot geworden war. Daß diese Landesregierung das Wohnungsproblem noch viel länger als andere bestritten hat, brauche ich nicht zu betonen. Die Äußerungen des Sozialministers sind jedem noch im Ohr.

Die CDU-Wohnungsbaupolitik ist eine Politik auf dem Rücken der Geringerverdienenden. Sozialer Wohnungsbau wurde eingeschränkt, während Eigentumsförderung für diejenigen, die dieser Förderung nicht in erster Linie bedürfen, weiterging. Der Wohnungsmangel und die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit führten und führen weiter zu erheblichen Mietsteigerungen. Es ist zu befürchten, daß die Steigerungsraten noch größer werden als in der Vergangenheit.

Das haben Sie, meine Damen und Herren, zu verantworten; denn die Landesregierung hat im Bundesrat immer mitgestimmt. Sie hat bei der Verschlechterung des Mietrechtes mitgemacht; dem hat der Ministerpräsident im Bundesrat zugestimmt. Sie hat bei der Verschlechterung des Systems der Vergleichsmieten mitgemacht, die die Preiserhöhungen ermöglicht haben. Sie haben im Bundesrat mitgestimmt und das hier gerechtfertigt.

(Hildebrandt [FDP]: Richtig!)

Sie haben bei der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit mitgestimmt. All dies hat dann dazu geführt, daß wir die Situation auf dem Wohnungsmarkt haben, wie sie gegenwärtig ist.

Der Rückgang von Mietwohnungen mit Belegungsbindung für sozial Schwache führt dazu, daß insbesondere die Geringerverdienenden im Kampf um Erfolg auf dem Wohnungsmarkt leer ausgehen.

(Hildebrandt [FDP]: Weil ein großer Teil fehlbelegt ist!)

Schuld daran ist die CDU-Landesregierung, die seit Jahren massiv auf die Rückzahlung der öffentlich geförderten Baudarlehen gedrängt hat,

(Beifall bei der SPD)

was zur Folge hatte, daß allein in der Stadt Hannover 30 000 Sozialwohnungen verlorengegangen sind, weil die Bindungen aufgehoben worden sind. Dies ist die soziale Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Jetzt gibt es ein paar hektische Programme, die von der CDU in Bonn verkündet werden und die nach dem immer gleichen Strickmuster gestrickt sind. Sie bieten Kapitalanlegern Gelegenheit, ihr Geld schnell weiter zu vermehren, und die tun das. Clevere Kapitalanleger verdienen sich wirklich goldene Nasen an Ihrer Form der Wohnungsbauförderung.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will Ihnen einmal zeigen, meine Damen und Herren, wie so etwas aussieht. Dies ist ein Inserat solcher Kapitalanleger. Die Überschrift lautet: „Was Millionen brauchen . . . , aber kaum zu haben ist, bringt mit Sicherheit Gewinn." Auf der Nationalflagge steht nicht „Einigkeit und Recht und Freiheit", sondern dort steht: „Mehr Steuervorteile durch neue Wohnbauförderung erhöhen noch einmal die Grundbesitzrentabilität."

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen.)

Von bezahlbaren Wohnungen ist keine Rede.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist die Politik, für die Sie verantwortlich sind! Diese Politik müssen Sie sich vor Augen halten lassen, und mit ihr werden wir Aufklärung im Lande betreiben. Das ist Ihre Sozialpolitik!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Wenn man sich das Wohnungsbauprogramm der Niedersächsischen Landesregierung mit degressiven Aufwendungszuschüssen ohne langfristige Belegungsbindungen anschaut, dann ist nur die eine Aussage berechtigt, daß mit dieser Form der Förderung Mietsteigerungen bereits nach vier Jahren nicht nur programmiert, sondern von Ihnen offenbar auch gewollt sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

So gehen Sie mit den Mietern in diesem Lande um. Das ist Ihre Sozialpolitik!

Die jetzt in letzter Minute von CDU und FDP angekündigten neuen Aktivitäten überraschen nun wirklich niemanden mehr. Sie werden aber schon Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob Sie diese Aktivitäten nach diesem eben gezeigten Strickmuster wollen oder ob Sie in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wirklich massiv einsteigen wollen.

(Dorka [CDU]: Was machen Sie denn für einen Vorschlag?)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt auf einen anderen Bereich zu sprechen, den man von der sozialen Situation in diesem Lande nicht trennen darf und über den wir uns auch auseinandersetzen werden. Ich meine die Umweltpolitik. Wir haben den Koalitionsfraktionen zu Beginn dieser Legislaturperiode angeboten — um nur ein Beispiel zu nennen —, einen gemeinsamen Weg in der Sonderabfallpolitik zu gehen, und zwar wegen der Bedeutung dieses Problems für die Menschen in unserem Lande. Wir haben — das ist richtig — die Bedingung gestellt, daß es eine Fortsetzung der Ex-und-hopp-Politik auf höherem technischen Niveau nicht geben darf. Im Mittelpunkt dieses Problems — so haben wir damals formuliert — haben die Vermeidung und die Verwertung von Abfällen sowie die Sicherheit, daß die Abfallströme auch kontrolliert werden, zu stehen. Sie haben damals gesagt: „Wir als Koalition und Regierung haben für die Erarbeitung einer Sonderabfallkonzeption keine Zeit. Wir brauchen Entsorgungsanlagen, und das sehr schnell, egal wo und egal welche." Sie haben unser Angebot also abgelehnt. Wir müssen heute fragen, wie die Situation aussieht. Der Umweltminister hat keine einzige wirkliche Entsorgungsanlage. Sie haben nur eine konkursreife Landesgesellschaft für Sondermüll, und Sie haben das Vertrauen in der Bevölkerung mit einem unglaublichen Dilettantismus in der Standortfrage verspielt. Sie haben damit auch das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, Probleme zu lösen, verspielt. Das Ergebnis ist denn auch entsprechend: Der Umweltminister wird als Interessenkumpan derer geschätzt, die daran verdienen wollen, nicht aber als Garant für die Sicherheit der Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Bei der Standortfrage haben Sie ja eine klare Linie, Herr Schröder!)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Beispiele läßt sich ausweiten. Heute morgen können Sie in den Zeitungen lesen, welches Spiel Sie mit der Hohe-See-Verbrennung betreiben. Heute morgen können Sie in den Zeitungen auch lesen, daß bei den Stoffen, die mit Ihrer Zustimmung auf hoher See verbrannt werden sollen, Dioxin anfällt. Dies hat Greenpeace festgestellt. Diese Organisation stützt sich dabei auf Untersuchungen des Umweltbundesamtes. Wie Sie, meine Damen und Herren, angesichts dessen Ihre Position zur Hohe-See-Verbrennung in Emden rechtfertigen wollen, ist mir schlichtweg schleierhaft.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Wir können weitermachen. Wenn Sie sich einmal die Lage der jungen Menschen, z. B. der Studenten, und die Lage der Bildungspolitik — um einmal einen anderen Bereich zu nennen — anschauen, bitte ich Sie, sich einmal die zwölfte Erhebung des Deutschen Studentenwerkes vorzunehmen. Darin finden sich interessante Zahlen darüber, wie groß der Anteil der Arbeitnehmerkinder an der Gesamtzahl der Studierenden ist. Der Anteil der Arbeitnehmerkinder an der Zahl der Studierenden hat sich nicht wie in den 70er Jahren ständig erhöht, sondern er ist — seit es die Wende gibt, die Sie unterstützen, seit das BAföG kaputtgeschlagen worden ist — auf 8,2 % gesunken.

(Beifall bei der SPD.)

Die BAföG-Förderungsquote sank innerhalb weniger Jahre von 37 % auf 25 %. Unsere Kritik richtet sich bei dieser so wichtigen Frage der sozialen Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit nicht nur gegen die Landesregierung. Auch diese Möllemänner und wie sie alle heißen haben dafür gesorgt, daß in der Bildungspolitik wieder gilt: Für wenige der Königspfad und für die Masse der Trampelweg.

(Beifall bei der SPD.)

Das Ergebnis ist statistisch nachweisbar: Von 100 Beamtenkindern studieren 49 an den deutschen Universitäten, von 100 Kindern Selbständiger studieren 36, von 100 Angestelltenkindern studieren 32, von 100 Arbeiterkindern studieren acht. Das ist das Ergebnis einer Politik, die Sie mit dem BAföG-Kahlschlag zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: So dumm können Sie gar nicht sein, wie Sie reden! — Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP.)

Ich hoffe, daß deutlich geworden ist, welches die Schwerpunkte der Auseinandersetzung nicht nur hier im Haus, sondern in den nächsten sechs Monaten auch draußen sein werden. Wir werden uns über die soziale Situation der Menschen im Land auseinandersetzen. Wir werden uns über die Situation auf dem Wohnungsmarkt auseinandersetzen. Wir werden uns über die Situation der Langzeitarbeitslosen auseinandersetzen. Wir werden schauen, was Sie in der Bildungspolitik angerichtet haben. Wir werden miteinander darüber streiten, was Sie in der Umweltpolitik nicht getan haben.

Meine Damen und Herren, ich bin ganz sicher, am Ende dieser Auseinandersetzung wird stehen, daß Sie für längere Zeit eine Auszeit bekommen, um sich zu regenerieren.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Auseinandersetzung auch bezogen auf die Haushaltsberatungen vorbereitet. Den Schwerpunkten der Kritik, die ich genannt habe — hierbei handelt es sich um Kritik an der Bundes- und an der Landespolitik —, setzen wir mit unserem Antrag zum Haushaltsplan einige Schwerpunkte entgegen. Wir haben in dem Antrag deutlich gemacht, daß wir weg wollen vom bloßen Verwalten der Arbeitslosigkeit. Wir in Niedersachsen können eben nicht warten, bis die Fehler der 8. und der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz beseitigt sein werden. Wir wollen Arbeit schaffen, damit wir nicht weiter Arbeitslosigkeit finanzieren müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, 100 Millionen DM für die Mitfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und für die Förderung arbeitsloser junger Menschen bereitzustellen. Dazu wollen wir auch die zu erwartenden Mittel aus dem Sozialfonds der Europäischen Gemeinschaft mit 80 Millionen DM heranziehen. Meine Damen und Herren, ich bin sehr gespannt, ob Sie diesem Antrag wirklich nicht zustimmen wollen, ob Sie mit der Ablehnung dieses Antrags, der solide finanziert ist, die Langzeitarbeitslosen weiter hilflos lassen und weiter zur Untätigkeit verurteilen wollen oder ob Sie Ihre Politik aus sozialen und humanitären Gründen verändern wollen. Sie werden Gelegenheit dazu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen des weiteren den Beitrag des Landes zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit der Beseitigung von Personalengpässen bei den Behörden und den Einrichtungen des Landes selbst verknüpfen. Zu diesem Zweck sollen 2 000 Stellen geschaffen werden, deren Aufteilung in dem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, im einzelnen erläutert ist. Damit wollen wir auch den Solidarbeitrag der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die maßvollen Tarifabschlüsse für die Jahre 1988, 1989 und 1990 in die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen umsetzen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Denn soviel ist klar: Diese Tarifabschlüsse waren nur möglich und von den Tarifpartnern, jedenfalls von den Gewerkschaften, deshalb gewollt, weil auf diese Weise Chancen für die Schaffung

neuer Arbeitsplätze eröffnet werden. Diese Chancen müßten genutzt werden.

Mit einem Aufwand von 10 Millionen DM wollen wir schließlich ein Sonderprogramm zur Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten starten. Wer nachträglich Schulabschlüsse erwerben will, soll nicht durch Teilnehmergebühren abgeschreckt werden.

Unser gut ausgebautes Erwachsenenbildungssystem wollen wir nutzen, um die Angebote für die Weiterbildung im Beruf auszuweiten. Dazu gehört auch, daß die Knebelung der Entwicklung in der Erwachsenenbildung in Niedersachsen aufhört, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ist ein weiterer Schwerpunkt. Die von früheren sozialdemokratischen Landesregierungen als Darlehen ausgegebenen Wohnungsbaufördermittel fließen zurück in die Rücklage. Wir wollen diese Mittel nutzen, um 10 000 neue Sozialmietwohnungen zu bauen, übrigens mit einer langfristigen Belegungsbindung, meine Damen und Herren.

Zu dem Landesanteil müssen natürlich Bund und Gemeinden ihren Beitrag leisten. Insbesondere der Bund steht hier in der Pflicht, meine Damen und Herren; denn bei der Zuwanderung von einer Million Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern und aus der DDR kann die Bundesregierung doch nicht länger sagen: Erst muß Herr Seiters irgendwo hingefahren werden, dann überlegen wir uns auch, was wir tun können. Das ist doch keine Politik angesichts dessen, was auf uns zukommt, und zwar in kürzester Zeit auf uns zukommt!

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Soviel ist klar: Die Eingliederung der deutschen Zuwanderer ist eine Kriegsfolgelast, die der Bund nicht den Ländern und den Kommunen aufhalsen darf.

(Zuruf von Minister Schnipkoweit.)

— Natürlich müssen Sie das! Natürlich dürfen diejenigen, die bei uns in sozialer Not sind, nicht benachteiligt werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Wer in diesem Haus glaubt, ich würde nicht weiter darüber reden,

(Knemeyer [CDU]: Ängste schüren!)

daß es Bevorzugungen nicht geben darf, ich würde nicht weiter darüber reden, daß jene, die bei uns arm sind, sich nicht allein gelassen fühlen dürfen und von uns jedenfalls nicht allein gelassen werden,

(Beifall bei der SPD)

der irrt gründlich, und Sie an allererster Stelle! Es wäre eigentlich Ihre Aufgabe, Herr Sozialminister, mir nicht Vorwürfe zu machen, weil ich an die denke, für die Sie ressortzuständig sind.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

— Daß Sie langsam nervös werden, ist doch klar. Das wundert mich überhaupt nicht,

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU)

weil Sie natürlich auf dem sozialen Gebiet,

(Lindhorst [CDU]: Wir handeln, Sie denken!)

auf dem Gebiet der Wohnungsversorgung nichts, aber auch gar nichts anzubieten haben. Sie wissen genau, daß die Menschen das wissen. Und diejenigen, die es nicht wissen, werden es von uns gesagt bekommen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Drittens. Durchgreifende Umweltpolitik entscheidet sich am wenigsten im Ressort selbst. Umweltpolitik, die sich nicht darauf beschränkt, den Dreck, den andere verursachen, wieder aus der Welt zu schaffen, muß in der Wirtschaftspolitik und in der Landwirtschaftspolitik ansetzen, weil hier über die Nutzung und damit über die Verschmutzung von Umweltgütern entschieden wird. Deshalb haben wir die Umstellung der Wirtschaftsförderung auf die Förderung energiesparender und umweltfreundlicher Technologien beantragt. Auch das können Sie im einzelnen in unserem Antrag nachlesen. Deshalb meinen wir im übrigen, daß Geld für das ökologische Umsteuern der Landwirtschaft bereitgestellt werden muß, weil man den niedersächsischen Bauern diesen dringend notwendigen Prozeß nicht allein überlassen darf und weil man ihnen auch die sozialen Folgen nicht allein zumuten darf, meine Damen und Herren.

(Gansäuer [CDU]: Ende mit der Landwirtschaft!)

Viertens. Wenn Bildung auch bei geringerem Familieneinkommen jedem und jeder offenstehen soll, müssen wir endlich auch in Niedersachsen

damit beginnen, die Lernmittelfreiheit einzuführen und den BAföG-Kahlschlag zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD.)

Bisweilen — ich gebe ja zu, selten — lohnt auch ein Blick in andere Programme. Wenn man sich einmal das Bad Lauterberger Programm der CDU vornimmt,

(Bruns [Emden] [SPD]: Schon lange her!)

dann stellt man fest, daß in diesem Programm zum Beispiel die Forderung nach Lernmittelfreiheit mitten drinsteht. Frage: Was haben Sie eigentlich in der letzten Zeit gemacht, um der Erfüllung dieser Forderung auch nur nahezukommen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben mit unserem Antrag einen gerechneten Vorschlag vorgelegt, wie man einen Einstieg in die Lernmittelfreiheit schaffen kann und wie man es auf diese Weise ermöglichen kann, daß diejenigen, die am Ende der sozialen Stufenleiter stehen, daß diejenigen, die es nicht so dicke haben, auch die Chance haben, ihre Kinder zu Deutschlands hohen und höchsten Schulen zu schicken; denn diese Arbeiterkinder sind nicht dümmer als die anderen, sie haben nur schlechtere Chancen, und das muß sich ändern.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Das ist Klassenkampf von vor 30 Jahren!)

Wir haben Ihnen dann noch vorgeschlagen — auch das finden Sie in unserem Antrag —, zusätzlich Kindergartenförderung zu betreiben, weil auch hier gilt: Angesichts dessen, was wir jetzt schon an Fehlplätzen haben und was noch auf uns zukommt, ist das, was Sie vorgeschlagen haben, lächerlich im Vergleich zu den Bedürfnissen unserer Menschen.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Zu euren Forderungen!)

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß mit dem, was wir Ihnen vorgelegt haben, und mit dem, was ich hier zu kritisieren habe, versucht werden soll, innerhalb der nächsten vier Jahre, von Niedersachsen ausgehend, nicht auf Niedersachsen beschränkt — gar keine Frage —, jene soziale Schieflage, in die Sie unser Land gebracht haben — und das bei günstiger ökonomischer Entwicklung —, zu beseitigen.

(Zuruf von der CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Ich bin mir dessen sicher, daß mehr und mehr Menschen das von der Politik erwarten. Ich bin mir dessen ganz sicher, daß sie es auch honorieren werden. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Gansäuer, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schröder, ich will nur einige wenige Sätze auf das verwenden, was Sie eben zum Haushalt gesagt haben. Zunächst einmal war für mich schon beeindruckend, daß Sie formal für die Armen eintreten, aber gleichzeitig abschätzig über politisch Andersdenkende reden, wie es in diesem Land eigentlich nicht mehr üblich sein sollte, z. B. über Herrn Möllemann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Bruns [Emden] [SPD]: Rechnen Sie Herrn Möllemann neuerdings zu den Armen?)

Ich empfinde es als einen einzigen Skandal, daß Sie für sich beanspruchen, für die Armen in diesem Lande dazusein, und die anderen in einer Weise skizzieren, als seien sie nicht für diejenigen zuständig, die in diesem Lande noch Not leiden und Probleme haben. Auch darauf komme ich noch zu sprechen.

Insgesamt gesehen, Herr Schröder, frage ich mich: Über welches Land haben Sie eigentlich gesprochen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Wahrheit ist, wenn Sie die ausländischen Zeitungen lesen: Die ganze Welt schaut auf dieses Land, auf seine wirtschaftlichen und sozialen Leistungen. Die Wahrheit ist auch, daß kein anderes Land auf der Welt so großartige Sozialleistungen bisher hat finanzieren können wie die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Mit mir muß man nicht darüber streiten, daß es auch in diesem Land im sozialen Bereich noch Probleme gibt. Jawohl, es gibt noch Probleme. Aber es sind Probleme auf verdammt hohem Wohlstandsniveau. Andere Länder hätten gern diese Probleme.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich will nur einige wenige Zahlen nennen: Die Bundesrepublik ist Exportweltmeister. 105 Mil-

liarden DM Überschuß im ersten Dreivierteljahr! Wir sind Freizeitweltmeister. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand der Nachkriegszeit. Meine Damen und Herren, in der Zeit der sozial-liberalen Koalition, in der Zeit der Verantwortung der SPD in Bonn,

(Zuruf von Wernstedt [SPD])

hat es den größten Arbeitsplatzverlust gegeben, den die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland je gekannt hat, Herr Wernstedt. Wir haben von 1969 bis 1982 1,2 Millionen Arbeitsplätze verloren, und wir haben von 1983 bis heute 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Wernstedt, ich streite mich mit Ihnen wirklich gern über Glaubensfragen. Dies ist aber keine Glaubensfrage.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Dies können Sie an der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit ablesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mich schon reizen, es zu sagen, dann werde ich es auch an dieser Stelle noch einmal sagen. Die Leidtragenden der sozial-liberalen Regierung in Bonn waren 1980, 1981 und 1982 präzise die, die Sie bevorteilen wollten, nämlich die Arbeitnehmer. Denn 1980, 1981 und 1982 mußten sie jeweils sinkende Realeinkommen hinnehmen. Das ist die Wahrheit, an der Sie auch nicht vorbeikommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur noch ein paar Worte zu dem Stil sagen, den Herr Schröder schon häufig gebraucht hat und den ich so nicht durchgehen lassen kann. Es wird eine bestimmte Behauptung in den Raum gestellt, so z. B. die, diese Bundesregierung tue nichts für die Arbeitslosen, und dann wird anständig auf dieser Behauptung herumgeklopft, obwohl sie von der Sache und von der Realität her überhaupt nicht gedeckt ist. Herr Schröder, wenn Sie dieses Thema schon anschneiden, dann hätten Sie doch wenigstens der Ehrlichkeit halber anfügen müssen, daß die Bundesregierung in den vergangenen Monaten das größte Langzeitarbeitslosen-Förderungsprogramm aufgelegt hat, das die Geschichte der Bundesrepublik bisher gekannt hat; dieses Programm ist mit 1,6 Milliarden DM ausgestattet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zusätzlich zu diesen 1,6 Milliarden DM werden 250 Millionen DM für ein Programm zur Vermittlung von Schwerstarbeitslosen bereitgestellt. Aber dies verschweigen Sie natürlich, weil das nicht in Ihr Kampfbild für die nächsten Monate paßt. Das ist doch der Punkt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Genauso ist dies mit der Sozialhilfe.

(Wernstedt [SPD]: Deswegen ist nicht alles das, was Schröder gesagt hat, falsch!)

— Genauso ist das mit der Sozialhilfe, Herr Wernstedt. Ich will an dieser Stelle nur sagen: Dies bleibt eine politische Herausforderung für uns alle. Solange es Sozialhilfeempfänger gibt, sollten wir gemeinsam dafür arbeiten, daß es immer weniger gibt. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Aber ich will an dieser Stelle einmal ganz leidenschaftslos die Zahlen verdeutlichen:

In der Bundesrepublik Deutschland bekommen inzwischen weit über eine halbe Million Ausländer Sozialhilfe, wogegen ich nicht bin; ich will es nur sagen. 650 000 Sozialhilfeempfänger sind unter 15 Jahre, fast die Hälfte davon unter sieben Jahre; denn jedes Baby und jedes Kind zählen in der Sozialhilfestatistik mit.

(Schröder [SPD]: Sollen die von Luft leben oder was?)

Auch dies ist vielen unbekannt. Etwa die gleiche Zahl, 650 000 Sozialhilfeempfänger, befindet sich in Pflegeheimen. Warum? — Weil die Pflegesätze in den Pflegeheimen entsprechend hoch sind. Wenn wir über Probleme reden, Herr Schröder, dann lassen Sie uns doch einmal ernsthaft darüber nachdenken, wie wir es denn hinkriegen können, daß unsere Väter und Mütter und Großväter und Omas nicht zu Taschengeldempfängern in diesen Heimen werden. Das ist ein Problem, das mich schon lange bedrückt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Aber, Herr Schröder, dieses Problem bewältigt man nicht auf diese polemische Art und Weise, ohne ein einziges Mal anzudeuten, wie man es denn eigentlich besser machen wollte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren! Zurück zum Landeshaushalt. Die Proportionen bei Herrn Schröder waren ja wie immer: Zu 90 % hat er über Gott und die Welt geredet und allenfalls zu 10 % über den Landeshaushalt. Ich möchte gern noch über den Landeshaushalt sprechen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Bisher haben Sie aber von Gott nichts gesagt!)

— Ich habe auf Herrn Schröder geantwortet, und der hat nun mal zu 90 % über Gott und die Welt geredet. Über Gott hat er ja weniger geredet. Ich vermute, davon versteht er auch nicht viel.

(Lachen und Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wir haben in der Vergangenheit — wie ich finde, am Landeshaushalt ablesbar — schwierige und weniger schwierige Phasen hinter uns gebracht. Ich denke beispielsweise an den dramatischen Rückgang des Förderzinses von ehemals 2,1 Milliarden DM auf heute nur noch 7 Millionen DM. Und — wer wollte dies verschweigen? — drastische Sparmaßnahmen waren die notwendige Folge, der sich diese Koalition nicht entzogen hat. In der Haushaltsstrukturkommission haben CDU und FDP gemeinsam die Grundlagen dafür gelegt, daß wir 650 Millionen DM pro Jahr einsparen konnten.

Obwohl die Sozialdemokraten auch hier im Landtag mitbeschlossen hatten, die Landesregierung aufzufordern, Einsparungsvorschläge zu machen, haben sie jeden einzelnen Einsparungsvorschlag, der von der Haushaltsstrukturkommission oder von der Landesregierung kam, heftigst kritisiert. Das war selbst bei den logischsten Einsparungsvorschlägen der Fall, wenn ich einmal das Stichwort Landesversorgungsamt sagen darf, wo selbst Herr Dr. Hansen von einer realistischen Grundlage der Zahlen ausgegangen war, obwohl er dann politisch anderer Auffassung war als ich. Aber selbst diese realistische Grundlage hat in der damaligen Diskussion Herr Dr. Riege noch bestritten. Kein einziger Alternativvorschlag ist uns auf den Tisch des Hauses gekommen. Die SPD hat uns in dieser schwierigsten finanzpolitischen Zeit des Landes Niedersachsen keine einzige Mark als Einsparungsvorschlag auf den Tisch des Hauses gelegt.

(Hildebrandt [FDP]: So ist es!)

Meine Damen und Herren! Wir haben dank der erfolgreichen Verhandlungen von Ernst Albrecht im Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen 250 Millionen DM mehr an Einnahmen erzielen können, als wir noch vor den Verhandlungen bekamen. Last, not least: Durch die Verhandlungen unseres Ministerpräsidenten kommen jährlich 652 Millionen DM mehr in die Landeskasse und in die Kasse der Kommunen. Ich will an dieser Stelle nur daran erinnern, daß sich heute so mancher SPD-Bürgermeister mit diesen Investitionen schmückt,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

obwohl sein eigener Parteivorsitzender und SPD-Fraktionsvorsitzender dem Ministerpräsidenten das Leben während dieser Verhandlungen verdammt schwergemacht hat und ihm einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine geworfen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Haushalt Programmteile im Wohnungsbau und in der Drogenbekämpfung vorgelegt. Wir setzen unsere Programme fort, mit denen wir die Solidarität mit den alten Menschen und den Behinderten erneut unter Beweis stellen. Wir werden mit diesem Landeshaushalt einen enormen Investitionsschub für die Wirtschaft und damit für die Arbeitsplätze in Niedersachsen auslösen. Dieser Haushalt in einer Größenordnung von 31 Milliarden DM gibt diesem Land wieder Perspektive. Vor dem Hintergrund der Schwarzmalerei der Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren

(Schultze [SPD]: Na, na!)

ist dies ein Haushalt, den ich sehr gern verabschiede, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Es ist klar, wie so oft — wir haben es eben wieder gehört —: Die Sozialdemokraten sehen dies anders. Das war von 1976 bis heute eigentlich noch nie anders. Viele Jahre lang — ich könnte die Zeitungsausschnitte hier ausbreiten — hat man die Zerrüttung der Staatsfinanzen prognostiziert.

(Auditor [SPD]: Immer noch!)

Man hat dem Land eine Pleite vorausgesagt.

(Zuruf von der SPD: Ist doch auch!)

Heute wäre manches SPD-regierte Bundesland froh, wenn es die Finanzstrukturen hätte, die Niedersachsen hat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Damit Sie, Herr Zwischenrufer, es genau wissen: Dies ist nicht von allein gekommen, und es ist schon gar nicht durch die Mithilfe der Sozialdemokraten gekommen. Wenn wir Ihren Anträgen gefolgt wären, hätten wir 5 Milliarden DM mehr ausgegeben, als wir ausgegeben haben.

(Beifall bei der CDU.)

Der Zweckpessimismus der SPD ist beispiellos; das ist gar keine Frage. Man versucht, positive Erfolge der Bundesregierung, die überall anerkannt sind, und der Landesregierung herunterzuspielen. Aber niemand, meine Damen und Herren, nimmt dies heute noch ernst. In Wahrheit ist es — das hat nichts mit Überheblichkeit zu tun, verehrter Herr Kollege Bruns — doch keine Glaubensfrage, daß in der Zeit, als Sie regiert haben,

in den letzten zwei Jahren das Bruttosozialprodukt abgeschmolzen ist. Minuswachstum war erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorhanden. Da können Sie sich doch nicht hier hinstellen und mich kritisieren!

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ich würde mich schämen, so primitiv zu argumentieren!)

Meine Damen und Herren, der Opposition gefällt diese positive Entwicklung offensichtlich nicht. Der SPD-Vorsitzende reist durchs Land und bescheinigt der niedersächsischen Wirtschaft eine angebliche Unterdurchschnittlichkeit. Eine von der SPD sogar noch in Auftrag gegebene und teuer bezahlte Studie wird herausgestellt, da sie für Niedersachsen angeblich schlechte Entwicklungsmöglichkeiten im EG-Binnemarkt voraussagt — eine Aussage, die im übrigen noch nicht einmal von der eigenen Studie gedeckt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in diesen Wochen und Tagen wird doch deutlich, welche Chancen dieses Land in Wahrheit hat! Wenn die Grenze nach Osteuropa und in die DDR durchlässiger wird, dann kann sich Niedersachsen, weil es in der Mitte Europas liegt, als wirtschaftliche, soziale und menschliche Drehscheibe dieses Europas entwickeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Niedersachsen hatte noch nie größere Chancen, als es sie jetzt hat!

Es ist richtig, die Miesmacherei der Sozialdemokraten wird von den Realitäten eingeholt und überrollt. Überschriften wie „Niedersächsische Wirtschaft weiter im Aufwind" oder „Der Norden wird aktiv" findet man allenthalben in den Zeitungen und Zeitschriften. Auch die renommierte „Wirtschaftswoche" bescheinigt Niedersachsen unter der Überschrift „Gute Rahmenbedingungen und Wachstum im Norden" erhebliche Entwicklungschancen.

Dies läßt sich, meine Damen und Herren, auch an den Wirtschaftszahlen belegen. Das Wirtschaftswachstum betrug in Niedersachsen 1988 3,8 %. In der Rangfolge aller Bundesländer liegt Niedersachsen damit auf Platz 4. Die Zahl der Arbeitsplätze konnte in den letzten Jahren um rund 150 000 erhöht werden. Meine Damen und Herren, wenn die SPD weiter den Eindruck erwecken will, sie hätte die besseren Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dann möchte ich ihr doch empfehlen, diese Rezepte einmal z. B. an ihren Parteigenossen Rau in Nordrhein-Westfalen weiterzugeben, wo die Arbeitslosenquote erheblich höher ist als in Niedersachsen, von Hamburg und Bremen ganz zu schweigen.

Der Kollege Bruns, der leider nicht im Saal ist, hat eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, um die Wirtschaftsstruktur in Niedersachsen zu verbessern. Er ist dann auf einen wichtigen Punkt gekommen. Er hat gesagt, die innovationsorientierte Infrastruktur in Niedersachsen müsse ausgebaut werden. Meine Damen und Herren, das ist eine glorreiche Erkenntnis. Joke Bruns ist ein Blitzmerker!

(Zurufe von der SPD.)

Wir wissen schon seit 15 Jahren, daß dies geschehen muß.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

— Herr Wernstedt, ich komme gleich darauf, was Sie zwischenrufen möchten.

(Wernstedt [SPD]: Ich hatte das doch noch gar nicht ausgesprochen!)

Was haben wir getan? — Das Land Niedersachsen ist das Land, das in den vergangenen 14 Jahren die größten Anstrengungen unternommen hat, um Forschungseinrichtungen in das Land zu holen. Kein anderes Bundesland hat solche Anstrengungen unternommen!

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

— Jawohl! — Meine Damen und Herren, wir haben die Errichtung von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten vorangetrieben — ich sage das noch einmal, Herr Wernstedt — wie kein anderes Bundesland. Ich nenne nur beispielsweise die Fernwärmeforschung, die Lebensmitteltechnik, das Windenergieinstitut, die Kautschuktechnologie, Laser, Sonne, Mikroelektronik, Oberflächentechnik, Luft- und Raumfahrttechnik. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen. Sie kennen die Vorlagen aus dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsministerium.

(Wernstedt [SPD]: Sie wissen doch, daß das Windeier sind!)

Wir besitzen heute anerkanntermaßen Programmteile, die sogar in Baden-Württemberg als beispielhaft angesehen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Bereich, der für Niedersachsen und die Fortentwicklung seiner Strukturen wichtig ist, ist die Technologieberatung. Wir sind auf diesem Gebiet weit vorangekommen. Ziel der Landesregierung war und ist es, gerade den Mittelstand in die Forschungs- und Entwicklungsarbeit einzubeziehen. Aus diesem Grunde gibt es heute das Erfinderzentrum Norddeutschland — das ist keine Erfindung der SPD,

sondern dieser Landesregierung. Es gibt das Technologiezentrum Nord,

(Lachen bei den Grünen)

das Innovationsassistentenprogramm, die Technologietrainingszentren und die Technologietransferkontaktstellen. Dies sind alles in die Zukunft gerichtete Programme, um die uns andere beneiden.

Wir kommen aber auch bei dem Abbau der Arbeitslosigkeit weiter voran. Die Zahl der Erwerbstätigen hat in Niedersachsen den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht. Hätten die Sozialdemokraten einen solchen Erfolg vorweisen können, hätten sie vermutlich ein Festival nach dem anderen gefeiert. Aber heute stellt sich Herr Schröder hin und verschweigt diese Tatsache, um dieses Land schlechter machen zu können, als es in Wirklichkeit ist. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die niedersächsischen Arbeitsmarktdaten zeigen eine deutliche Besserung. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres konnten die Arbeitsämter 216 600 Arbeitsuchende in Arbeit bringen. Das waren 19 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das war das beste Vermittlungsergebnis, das innerhalb der letzten 16 Jahre erzielt wurde. Die Kurzarbeit hat in Niedersachsen keine nennenswerte Bedeutung mehr.

Zu dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit habe ich bereits etwas gesagt. Ich füge für Niedersachsen hinzu: Die Beschäftigungsinitiative, für die im Haushalt 53 Millionen DM bereitgestellt wurden, wurde von Herrn Schröder auch verschwiegen, als gebe es diese Anstrengung der Landesregierung nicht.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wir erleben in Niedersachsen einerseits immer noch vorhandene strukturelle Arbeitslosigkeit, aber auf der anderen Seite in weiten Teilen des Landes auch das krampfhafte Bemühen der Betriebe, Facharbeiter zu bekommen. Das ist auch ein Teil der Wahrheit, die wir heute aussprechen müssen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Die CDU-Fraktion begrüßt nachdrücklich, daß die Bauindustrie ihre Investitionen im Bildungsbereich kräftig erhöht.

(Zuruf von der SPD.)

— Ich komme noch einmal auf die Ausbildung zurück. Ich bin Ihnen für solche Zwischenrufe ausgesprochen dankbar. Niedersachsen hat als einziges Bundesland in den letzten Jahren 400 Millionen DM ausgegeben, um 20 000 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu garantieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nennen Sie mir bitte ein SPD-regiertes Land, das eine solche Anstrengung unternommen hätte! Sie finden keines! Machen Sie doch nun noch einmal einen Zwischenruf!

(Wernstedt [SPD]: Vergleichsweise Hamburg auch!)

Die CDU-Fraktion begrüßt nachdrücklich, daß die Bauindustrie ihre Investitionen im Bildungsbereich kräftig erhöht, damit denjenigen Bauarbeitern neue Chancen gegeben werden, die deswegen noch arbeitslos sind, weil sie besondere Probleme oft auch im persönlichen Bereich haben.

Meine Damen und Herren, es kann keinen Zweifel daran geben, daß wir sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um nicht in die mißliche Situation zu geraten, daß die Wohnungsbauoffensive von Bund und Land hinsichtlich der Realisierung auf Schwierigkeiten stößt, weil Arbeitskräftemangel den Baufortschritt behindert. Sie können die Sorge, die daraus resultiert, auch in den Gesprächen mit der Bauindustrie hören.

Was die Schilderung des Wohnungsbaues angeht, möchte ich Herrn Schröder noch einige Worte widmen. Ich habe hier die Wirtschaftsblätter der Bank für Gemeinwirtschaft in der Hand. Ich vermute mal, daß diese Wirtschaftsblätter der CDU nicht sonderlich nahestehen.

(Schröder [SPD]: Wieso? Die gehört einer Versicherung!)

Darin steht — ich zitiere —:

„Gegenüber der Wohnungs- und Gebäudezählung von 1968 hat der Wohnungsbestand um 6,6 Millionen Einheiten zugenommen. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner ist von 24 m^2 1968 auf 35 m^2 1987 gestiegen."

Meine Damen und Herren, ich bestreite gar nicht, daß wir im Moment erhebliche Probleme haben, genügend Wohnungen bereitstellen zu können. Aber jetzt sagen Sie mir auch an dieser Stelle: Welche Landesregierung hat denn größere Anstrengungen unternommen, um in diesem Bereich die Mittel bereitzustellen, die wir dafür benötigen? Wir haben innerhalb von wenigen Wochen — ich vermute, der Sozialminister wird noch darauf eingehen —

(Trittin [Grüne]: Das ist zu befürchten!)

Programme aufgelegt, die 30 000 neue Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues schaffen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Maßnahmen hinzuweisen, die die Bundesregierung zum Anreiz für den privaten Sektor ergriffen hat.

Nun eine Erfahrung aus meinem ganz persönlichen Bereich, Herr Wernstedt. Sie wissen, ich komme aus der Stadt Laatzen. Vor zwei Jahren — verehrter Kollege Dehn, Sie wissen das auch — gab es noch große Schlagzeilen über meine Heimatstadt. Sie lauteten: In Laatzen stehen über 100 Wohnungen der Neuen Heimat leer. — Die Neue Heimat hatte damals übrigens schon Gardinen gekauft, damit das nicht so ulkig aussah.

(Lachen bei der CDU.)

Ich habe dann die beiden sozialdemokratischen Geschäftsführer unserer Wohnungsbaugesellschaft gebeten, neben die 100 leerstehenden Wohnungen 100 Wohnungen neu zu bauen. Was meinen Sie, was die mir damals erzählt haben?

So hat sich doch der Wohnungsmarkt entwickelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Vor zwei, drei Jahren hat das kein Mensch vorausgesehen, abgesehen davon, daß uns die Grünen gehindert haben, durch die Volkszählung ein klareres Bild zu bekommen; sonst wären wir schon ein Jahr weiter.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. — Auditor [SPD]: Die Grünen haben schuld! — Frau Tewes [SPD]: Das ist doch kleinkariert!)

Ich habe eingangs auf die weit überwiegende optimistische Einstellung der Bevölkerung in bezug auf die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes hingewiesen. Diese Einstellung kann ja wohl niemand ernsthaft bestreiten. Wirtschaftswachstum wie in den vergangenen Jahren hat es lange Zeit nicht gegeben. Wir stehen im 40. Jahr der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Fast ist schon vergessen, daß wir am Ende der Regierung Schmidt eine der größten Wirtschaftskrisen hatten, in der bei Ihnen und bei ihm das Kunstwort „Minuswachstum" Hochkonjunktur hatte.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wie kommt es denn, daß es in anderen europäischen Ländern auch so war?)

Es gab sogar Politiker der Grünen, die der Meinung waren, man müßte wirtschaftspolitisch Minuswachstum anstreben. Für die CDU ist die soziale Marktwirtschaft ein offenes und zukunftsorientiertes Wirtschaftssystem, dessen Ordnungsrahmen wir fortentwickeln wollen und werden, beispielsweise durch eine positive Gestaltung des Verhältnisses von Wirtschaft und Umwelt.

Vielleicht hängt es mit dem Erfolg unseres Wirtschaftssystems zusammen, daß sich plötzlich wieder die ewiggestrigen Sozialisten zu Wort melden, die der Planwirtschaft näherstehen als der sozialen Marktwirtschaft.

(Zustimmung bei der CDU.)

Man muß sich einmal vorstellen: In der Zeit der größten wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik Deutschland macht sich das SPD-Vorstandsmitglied von Oertzen Sorgen

(Wernstedt [SPD]: Das mußte ja kommen!)

— natürlich mußte das kommen! —, daß im Zuge der politischen Demokratisierung in der Sowjetunion auch wieder kapitalistische Eigentums- und Produktionsformen zurückkehren.

(Lachen bei der CDU.)

Was das Schöne ist: Er sieht dann außerordentliche Schwierigkeiten auf die Sozialisten in der Bundesrepublik zukommen. Nun weiß ich nicht, wen er damit gemeint hat, Herrn Wernstedt oder Herrn Schröder. Herr Schröder ist ja ein Wohlstandssozialist.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Er macht Politik wie Fidel Castro und lebt wie Otto Wolff von Amerongen. Wieviel er arbeitet, habe ich aber noch nicht herausbekommen.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Herr von Oertzen sieht, wie gesagt, dann außerordentliche Schwierigkeiten auf die Sozialisten in der Bundesrepublik zukommen. Das könnte man ja noch als persönlichen Abgesang eines Altmarxisten ansehen. Aber inzwischen gab es vor wenigen Wochen ein sehr einschneidendes Ereignis in Hannover. Dort machte sich der Parteitag der SPD die planwirtschaftlichen und rätedemokratischen Auffassungen des Peter von Oertzen zu eigen. Der größte und wichtigste Verband der Sozialdemokraten in Niedersachsen erhebt die Forderung nach einer — das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen! — gesellschaftlichen Rahmenplanung, nach Räten, die in Leistungsgremien der Unternehmen sogenannte gesellschaftliche Interessen vertreten sollen. Der Vorsitzende dieses Bezirks, Herr Schröder, der davon träumt,

Ministerpräsident dieses Landes zu werden, konnte dies nicht verhindern. In einer Zeit, in der der Marxismus im Ostblock seinen welthistorischen Offenbarungseid leistet, bringt der größte SPD-Bezirk in Niedersachsen die Ladenhüter altsozialistischer Machart wieder ins Programm. Das muß man sich einmal vorstellen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von Wernstedt [SPD].)

— Herr Wernstedt, ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wenn diese Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollten, könnten die DDR-Bewohner, die in den letzten Wochen in die Bundesrepublik gekommen sind, gleich wieder nach Hause zurückkehren. So ist die Situation.

(Unruhe. — Zurufe.)

— Ich weiß ja, daß ich mich auf Sie verlassen kann. Ich habe gehofft, daß jetzt ein Zwischenruf kommt, denn das habe nicht ich gesagt, sondern Ihr SPD-Mitglied und Bundestagsabgeordneter Hermann Rappe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage den niedersächsischen Wählern: Schaut euch dieses Programm an, und stellt euch dann ein Konglomerat von Roten und Grünen vor, die gemeinsam Wirtschaftspolitik machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von der CDU. — Lindhorst [CDU]: Kohorte, nicht Konglomerat! — Weiterer Zuruf von der CDU: Dann machen die Trabis an der Grenze alle kehrt!)

Wie in den vergangenen Jahren, so ist auch jetzt jedem deutlich geworden,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Solche Reden haben wir schon vor 1933 gehört! — Widerspruch bei der CDU — Pfui! bei der CDU — Weiterer Zuruf von der CDU: Da ist ein Ordnungsruf fällig!)

daß die Sozialdemokraten nicht in der Lage sind, Alternativen zu diesem Haushalt auf den Tisch des Hauses zu legen. Ich habe vom Oppositionsführer noch nicht einmal einen ernsthaften Alternativvorschlag im Bereich der Sozialpolitik gehört.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie nicht die Anträge zur Kenntnis genommen? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das ist auch verständlich, gnädige Frau, denn wir werden weiter daran festhalten, daß die hervorragende Sozialpolitik unseres Sozialministers und dieser Landesregierung fortgesetzt und ausgebaut wird.

Wir sagen dies nicht nur, sondern wir beweisen das auch. Wir haben beispielsweise für die Verbesserung der Krankenhaussituation wieder 180 Millionen DM an Barmitteln und 220 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt. Mit über einer Milliarde DM beweisen wir unsere Solidarität mit den Behinderten. Ich erinnere an die große Aufbauleistung, die hinter uns liegt. Die Zahl der Plätze in den Werkstätten für Behinderte ist von 1976 bis 1989 von 4 000 auf 14 000 Plätze ausgebaut worden. Die Zahl der Altenpflegeplätze betrug 1976 14 000; heute haben wir in Niedersachsen 33 000 Plätze.

Als Finanzausgleich für die Kommunalisierung der Altenpflege werden wir — auch dies muß gesagt werden, Herr Waike — 469 Millionen DM zur Verfügung stellen. Ich füge hinzu, daß wir mit den 4 Millionen DM, die wir zusätzlich bereitstellen, dafür sorgen werden, daß für die Altenpflegeausbildung künftig kein Schulgeld mehr gezahlt werden soll.

(Beifall bei der CDU.)

Ich erinnere mich gut: Als wir 1976 — eingebracht durch unseren Sozialminister — die Idee der Sozialstation in die Diskussion des Niedersächsischen Landtages einführten, haben uns — Sie können sich gerne die Protokolle anschauen — die Sozialdemokraten verhöhnt. Wenn heute ein sozialdemokratischer Bürgermeister zehnjähriges Bestehen feiern oder eine neue Sozialstation einrichten kann, ist er froh und glücklich und hat Glanz in den Augen. Das ist ebenfalls Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Schröder, Sie haben in unser Programm geschaut, ich habe auch in Ihres geschaut. Ich habe darin entdeckt, daß die Sozialdemokraten im Bereich der Altenpolitik einen Silbernen Plan auflegen wollen. Dazu sage ich: Dieser Silberne Plan ist höchstens ein Kupferner Plan, denn er ist von unserem Altenplan abgekupfert, den wir schon vor Jahren aufgelegt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Aber ich betrachte das als Kompliment für unsere Sozialpolitik und als nichts anderes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte als letzten Punkt die Umweltpolitik nennen. Niedersachsen hat im vergangenen Jahr unter dem Titel „Sauberes Wasser in Niedersachsen" das größte Investitionsprogramm aufgelegt, das es jemals gab. Mit 4,35 Milliarden DM und 1,2 Milliarden DM Landeszuschüssen werden wir dafür sorgen, daß unsere Flüsse sauber werden

und daß die Nordsee in einen Zustand kommt, den wir ökologisch verantworten können. Der Ausbau unseres Kanalisationsnetzes und der Kläranlagen steht dabei im Vordergrund.

Was tut sich aber im Bereich der Umweltpolitik bei den Sozialdemokraten? Jedes auch nur einigermaßen fortschrittliche Konzept fehlt. Bei jeder Zumutung, die wir vielleicht auch einigen Bevölkerungsteilen antun müssen, tauchen Sozialdemokraten ab und entziehen sich der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU.)

Das beste Beispiel dafür ist die Stadt Emden, in der der SPD-Parteivorsitzende Verantwortung trägt.

Der nordrhein-westfälische Umweltminister — immerhin Sozialdemokrat — hat vor geraumer Zeit den Sozialdemokraten in Niedersachsen einiges ins Stammbuch geschrieben, was heute in den Ohren der Sozialdemokraten geradezu ungeheuerlich klingen muß. Herr Matthiesen hat gesagt:

> „Also heißt es auch hier mehr Umweltschutz auf der einen Seite, dafür aber ein steigendes Sonderabfallaufkommen auf der anderen Seite; denn eine Technologie, die sauberes Wasser, saubere Luft ohne Reststoffe schafft, gibt es bis heute nicht."

Wer dies weiß, was eine simple Erkenntnis ist, kann sich der Notwendigkeit nicht entziehen, Standorte zu benennen, auch wenn dies unangenehm ist.

(Zurufe von der SPD.)

Ich weiß, daß es unangenehm ist, Standorte zu benennen.

Meine Damen und Herren, faßt man das, was man vor allem von seiten der Sozialdemokraten hört, zusammen, so kommt man zu der Feststellung, daß die Finanzpolitik der SPD seit 1976 von einem Zickzackkurs gekennzeichnet ist, der geradezu atemberaubend ist. Wir erinnern uns gut, daß nach 1976 Ernst Albrecht dafür beschimpft wurde, daß er durch Einsparungen die aufkeimende Konjunktur angeblich kaputtgemacht habe. Nach 1986 hat der Ministerpräsident nach Aussagen der Sozialdemokraten zu viele Schulden gemacht, obwohl es um 5 Milliarden DM mehr gewesen wären, wenn wir den Anträgen der SPD stattgegeben hätten.

(Beifall bei der CDU.)

Vor zwei Jahren legte die SPD noch nicht einmal Anträge zum Haushalt vor. Sie ist alternativlos. Das hat es im Niedersächsischen Landtag überhaupt noch nie gegeben. In den vergangenen Jahren und auch heute — jeder kann dies nachlesen — verrechnen Sie sich bei den Vorschlägen, die Sie machen, um mehrere hundert Millionen DM. Meine Damen und Herren, das ist ein besonderer Ausweis von Finanzkompetenz.

Präsident Dr. Blanke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schultze?

Gansäuer (CDU):

Nein. — Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Schlimmste aber ist, daß Sie noch nicht einmal das veranschlagen, was Sie in Form von Entschließungsanträgen beantragt haben. Das beste Beispiel dafür ist der kommunale Finanzausgleich, der allerdings 500 Millionen DM gekostet hätte.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist schade, daß der Kollege Glogowski nicht hier ist.

(Kuhlmann [CDU]: Er hat heute morgen keinen Sonderzug gekriegt!)

Als Präsident des Städtetages

(Zuruf von der CDU: Er macht schon wieder eine Reise!)

hat er vor wenigen Tagen noch in Northeim deutlich gemacht, was die Sozialdemokraten im Zusammenhang mit dem kommunalen Finanzausgleich alles für die Gemeinden täten. Aber im Haushalt ist nicht eine Mark! Ich sage daher zu Glogowski: Wer sich so verhält, ist ein kommunal- und finanzpolitischer Aufschneider.

(Beifall bei der CDU. — Knemeyer [CDU]: Oktoberfest!)

Zur Wirtschaftspolitik der SPD fällt mir nichts mehr ein; ich habe dazu einiges gesagt.

Geht man über alle Politikbereiche hinweg, so komme ich abschließend zu der Feststellung: Jawohl, in Niedersachsen haben wir noch Probleme. Wir haben Probleme, die sich aus den strukturellen Schwächen dieses Landes ergeben und die in einem oder in zehn Jahren nicht zu bewältigen sind. Dies hat im übrigen Alfred Kubel schon gesagt.

Deshalb werden wir an der Lösung dieser Probleme auf der Basis der bisher erzielten Erfolge weiterarbeiten. Ich sage aber auch: Alle Fachleute und wirtschaftswissenschaftlichen Institute prognostizieren diesem Land große Chancen. Des-

halb bitte ich Sie darum, daß wir diese Chancen nicht zerreden, nur weil man ein halbes Prozent mehr Stimmen haben will, obwohl ich nicht glaube, daß man dies damit erreichen kann. Ich glaube, daß wir große Chancen haben, meine Damen und Herren. Die Sozialdemokraten in diesem Landtag haben sich aber nicht als regierungsfähig erwiesen. Von der Funktion und der Persönlichkeitsstruktur Ihres Spitzenkanditaten will ich an dieser Stelle nicht mehr reden. — Herzlichen Dank!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat nun der Abgeordnete Trittin für die Fraktion der Grünen.

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gansäuer, Sie haben eben gesagt, daß Niedersachsen natürlich noch Probleme habe. Ich frage mich, wie Sie diese Probleme, die Sie eben zugestanden haben, mit Ihrer Haltung, die Sie in Ihrer Rede gerade offenbart haben, angehen wollen. Sie haben zwar darauf hingewiesen, welche Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt in der Vergangenheit stattgefunden hat; Sie haben aber an keiner Stelle auch nur einen einzigen Gedanken darauf verschwendet, daß dieses Problem auf dem Wohnungsmarkt möglicherweise gar nicht einmal ein quantitatives Problem im Sinne absoluter Wohnungs- oder Quadratmeterzahlen ist. Dieses Problem ist meiner Meinung nach vielmehr ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit und der Zahl der bezahlbaren billigen Wohnungen.

(Beifall bei den Grünen. — Gansäuer [CDU]: Herr Trittin, damit habe ich keine Probleme!)

— Moment, Moment! — Statt dessen haben Sie sich bei der Beschreibung dieses Problems darauf kapriziert zu sagen, Sie hätten das alles nicht gewußt. Besonders schuld hätten die Grünen, die die Volkszählung behindert hätten. Ich sage Ihnen aber eines: In meiner Heimatstadt hat die Volkszählung erbracht, daß wir 20 000 Einwohner weniger haben, als wir zuvor angenommen haben.

(Oestmann [CDU]: Waren Sie deshalb gegen die Zählung?)

Glauben Sie im Ernst, Herr Gansäuer, daß sich der Wohnungsfehlbestand in Göttingen aufgrund dieser statistischen Feststellungen in irgendeiner Form verändert hat? — Eben gerade nicht!

(Gansäuer [CDU]: Nein, wenn man es vorher gewußt hätte, hätte man etwas machen können, Herr Trittin! Genau das ist der Punkt!)

— Das ist genau der Punkt. Bei der Volkszählung ist in diesem Fall das Gegenteil von dem, was Sie sich überlegt haben, herausgekommen. Das ist doch genau die Frage, über die wir uns auseinandersetzen. Begegnen wir diesem sozialen Problem dadurch, daß wir sagen, es gebe Probleme, oder versuchen wir in diesem Punkt, uns der Frage der Verteilungsgerechtigkeit zu stellen? Dazu ist von Ihrer Seite bisher wenig gesagt worden. Wenn dazu etwas gesagt worden wäre, dann hätten wir hier natürlich über solche Fragen wie z. B. die, wen die Steuerreform begünstigt oder wen solche Wohnungsbaupogramme begünstigen, diskutieren müssen. Dabei wäre dann herausgekommen, daß Sie auf diese sozialen Probleme nicht mit Kompetenz, sondern mit Ignoranz antworten.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuhlmann zulassen?

Trittin (Grüne):

Ich möchte gern meinen Einstieg machen. Vielleicht können wir das später erledigen.

(Kuhlmann [CDU]: Ja oder nein?)

Präsident Dr. Blanke:

Einstweilen nicht.

Trittin (Grüne):

Einstweilen nicht, Herr Kuhlmann. War das deutlich? — Im Mittelpunkt der in den vergangenen Jahren in diesem Hause geführten Debatten, auch Haushaltsdebatten, hat nicht so sehr der Streit über unterschiedliche Politikkonzeptionen gestanden. Eigentlich hatten es die Oppositionsparteien mit dieser Regierung immer relativ leicht. Wir konnten uns darauf konzentrieren, bestimmte Fehler oder Mißgeschicke — oder wie immer man das nennen will — zu sezieren und die Regierung auf diese Weise auseinanderzunehmen.

(Gansäuer [CDU]: Skandale zu produzieren, die es überhaupt nicht gibt!)

— Es ist müßig, Herr Gansäuer, über die Frage zu streiten, ob Niedersachsen ein Skandalland ist oder ob es nur eine Skandalregierung hat oder ob diese Regierung vielleicht ganz normal ist und sich nur etwas überdurchschnittlich oft hat erwischen lassen.

(Lachen bei den Grünen und bei der SPD.)

Man kann auch über die Frage streiten, ob sich der Spielbankskandal darauf reduziert, daß die Landeskasse nur 10 Millionen oder 15 Millionen DM verloren hat,

(Frau Schreiner [Grüne]: Weiter nichts! Genau!)

oder ob der Skandal darin besteht, daß der damalige FDP-Innenminister Gross die Lizenz parteibuchorientiert vergeben hat und sich die so Begünstigte, die FDP, heute bitter darüber beklagt, daß von diesen Millionengewinnen ihrer Parteifreunde bloß 160 000 DM in ihre Kasse zurückgeflossen sind.

(Frau Schreiner [Grüne]: Das ist ja auch gemein!)

— Das ist bitter, das gebe ich zu. — Wir können auch darüber streiten, ob die von Ihnen nicht bestrittenen Kompetenzüberschreitungen der Polizei in der Zusammenarbeit mit Herrn Mauss bloß die Folge des Fehlverhaltens einzelner hochbezahlter führender Polizeibeamter waren oder ob das Versagen in diesem Fall nicht ursächlich mit den Vorgaben der politischen Führung und den verschobenen Maßstäben dort zusammenhing.

Dieser Streit, den wir hier oft geführt haben, bringt Ihnen und uns relativ wenig. Denn das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist doch ein ganz simples. Fakt ist: Die Skandale und Affären haben die Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung auf Null gebracht. Das wiederum hat dazu geführt, daß Sie in Ihrer Handlungsfähigkeit oft genug gelähmt und gebunden zu sein schienen. Sie haben es an keinem Punkt Ihrer Politik geschafft,

(Hildebrandt [FDP]: Das ist Ihre Wahrnehmung!)

in Ihrem Sinne oder entsprechend Ihren Zielvorgaben konzeptionell gestaltend zu wirken.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein Journalist hat das so ausgedrückt: Ernst Albrechts knapper Wahlsieg von 1986 besteht darin, daß er noch einmal vier Jahre Zeit bekam, um zu beweisen, daß er am Ende ist.

Ich will diese These durch Beispiele aus drei Politikfeldern ausmalen.

(Gansäuer [CDU]: „Ausmalen" ist gut!)

Wir alle stehen mit großem Erschrecken vor der Entwicklung auf dem Gebiet des Drogenhandels und -konsums. Die Zahl der Drogentoten steigt. Der Zustrom illegaler Drogen hält unvermindert an.

Diese Entwicklung müßte eigentlich Anlaß sein, eine selbstkritische und vorurteilslose Bilanz zu ziehen. Eine solche Bilanz führt zu der äußerst deprimierenden Erkenntnis, daß die Ansätze der bisherigen Drogenpolitik gescheitert sind. Man muß sich zu dem ebenso deprimierenden Eingeständnis durchringen, daß eine Lösung dieses Problems im Sinne einer endgültigen Lösung nicht in Sicht ist.

Solange es beispielsweise das wirtschaftliche Gefälle zwischen dem industrialisierten Norden und dem armen Süden, der sogenannten Dritten Welt, gibt, solange etwa die USA paramilitärischen Banden erlauben, einen schmutzigen Kleinkrieg gegen vermeintliche Guerilleros zu führen und den Waffenkauf mit Rauschgifthandel zu finanzieren, solange deutsche Chemiefirmen mit Essigsäureanhydrid, einem nur zur Destillation von Heroin tauglichen Stoff, Gewinne machen, so lange werden all unsere Bemühungen, auf welche Konzepte wir auch immer zurückgreifen, Stückwerk bleiben müssen.

Unsere Handlungsmöglichkeiten beziehen sich auf die Frage, wie wir mit den Menschen umgehen, die von der Sucht betroffen sind, die krank sind. Wir haben schon lange dafür plädiert, so etwas zu versuchen wie eine andere, eine akzeptierende Drogenpolitik, eine Drogenpolitik, die unter anderem auf Entkriminalisierung, auf ein Entkoppeln von Therapieansätzen und Drogenfreiheit und auf eine Dezentralisierung von Drogenberatung und aufsuchenden Angeboten setzt.

Diese akzeptierende Drogenpolitik wird bekanntlich von der Landesregierung abgelehnt. Die Landesregierung setzt statt dessen auf ein groß angelegtes Programm, das im Kern nicht auf die Entkriminalisierung abzielt und in dessen Rahmen — neben bestimmten therapeutischen Angeboten — die polizeiliche Bekämpfung des Problems ausgebaut werden soll. Dafür sollen dann, so der Innenminister, bei der niedersächsischen Polizei Ermittlungsgruppen gebildet werden, die — Zitat von Herrn Stock — „mit Hilfe täterorientierter, deliktübergreifender Ermittlungen die Rauschgiftkriminalität bekämpfen" sollen. Meine

Damen und Herren, das hat mit Bekämpfung der Drogenkriminalität wenig zu tun, das hat aber sehr viel damit zu tun, daß die Landesregierung nicht einmal bereit ist, aus den eigenen schmerzvollen Erfahrungen mit genau diesen Ermittlungsmethoden zu lernen. „Täterorientiert" heißt nichts anderes als die Abkehr vom herrschenden Prinzip des Tatstrafrechts. Angesichts des Erfolgsdrucks, unter dem die Polizei gerade im Bereich der Drogenkriminalität steht, kann heute schon prophezeit werden, daß hierbei nur allzu leicht nach dem Motto verfahren wird: Den Täter haben wir, eine Tat wird sich schon finden lassen.

Genau dieser Satz, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als die volkstümliche Umschreibung dessen, was man mit „deliktübergreifend" meint. „Deliktübergreifend" ist: Wir verdächtigen jemanden der Brandstiftung, und wenn wir ihm das nicht nachweisen können, versuchen wir einmal, ob er nicht für Hehlerei zu gewinnen ist. Das hat mit Drogenpolitik überhaupt nichts zu tun. Die Drogenpolitik in diesem Konzept ist nichts anderes als das Vehikel, um bestimmte Kompetenzen und Veränderungen im Bereich der Polizei durchzusetzen. Das hat mit Bekämpfung von Drogenkriminalität in meinen Augen herzlich wenig zu tun.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein weiteres Beispiel: Man kann sich natürlich darüber streiten, ob das Lieblingsspielzeug von Herrn Hirche und Herrn Albrecht, Transrapid, schon auf dem Abstellgleis steht oder nicht. Aber keinen Streit kann es darüber geben, daß die vom Wirtschaftsminister zu verantwortende Verkehrspolitik von keinerlei Konsistenz geprägt ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Da erklärt Herr Hirche den Transrapid — ich zitiere — samt Anwendungsstrecke zwischen Hannover und Hamburg für unverzichtbar, um den Luftverkehr zu entlasten, wohlwissend, wie viele Flugzeuge zwischen Hamburg und Hannover linienmäßig verkehren.

(Hildebrandt [FDP]: Sie zitieren ihn falsch!)

Parallel dazu zieht er allerdings innerhalb einer Woche über das Land, um in Göttingen, Northeim und in anderen Regionen für den Bau von Regionalflugplätzen zu werben, die eine Zubringerfunktion zu den großen Flughäfen erfüllen sollen, also indirekt wie direkt eine Steigerung des Luftverkehrsaufkommens bedeuten würden. Mich wundert das bei diesem Minister zwar nicht, mich wundert allerdings, daß auf solche Äußerungen und auf solche Politikkonzeptionen nicht einmal mehr mit schallendem Gelächter reagiert wird.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Da kann man nur weinen!)

— Von mir aus auch weinen. — Welches Maß an Resignation!

Die wirtschaftspolitische Konzeption dieser Landesregierung und ihres Ministers ist von keinem tragenden Konzept geprägt. Sie lebt ausschließlich von der willfährigen Bereitschaft zum vorauseilenden Gehorsam gegenüber bestimmten Wirtschaftsinteressen.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein Beispiel — Herr Gansäuer hat das auch angesprochen — ist das Technologiezentrum Nord. In das Technologiezentrum Nord sollen aus Landesmitteln bis zum Jahr 2000 round about 300 Millionen DM fließen. Wissen Sie, wieviel der Hauptgesellschafter dieses Technologiezentrums, der bestens verdienende Rüstungskonzern Rheinmetall, bisher in diesen Betrieb hineingesteckt hat? Nach eigener Auskunft 13 Millionen DM! Der größte Teil dieser 13 Millionen DM besteht allerdings aus Steuergeldern. Es sind Mittel aus dem Verteidigungshaushalt des Bundes. Meine Damen und Herren, Technologiepolitik, wie sie diese Landesregierung repräsentiert, ist nichts anderes als die Subventionierung gut verdienender Konzerne!

(Beifall bei den Grünen.)

Drittes Beispiel, die Umweltpolitik: Ich habe dem Umweltminister einmal bei anderer Gelegenheit bescheinigt, seine zentrale Leistung bestünde in der Erfindung des Umweltkaspers für den Kindergarten. Ich nehme das zurück. Es ist ihm inzwischen noch etwas gelungen, nämlich die Erfindung und Propagierung des rot-grünen Wurms „Uwe". Ansonsten dominieren Ankündigungen, Sprechblasen sowie die Unfähigkeit, auch nur einen Konflikt ernsthaft durchzustehen, die Politik des einstigen Hoffnungsträgers der Union.

(Gansäuser [CDU]: Das muß er alles gegen die Grünen machen, Herr Trittin!)

Beispiel von heute morgen: Wir hatten beim letzten Plenum eine Debatte über die Frage der Hohe-See-Verbrennung. Nun bescheinigt das Umweltbundesamt dem Herrn Umweltminister — wörtliches Zitat —: „Die Beendigung der Hohe-See-Verbrennung ist keine Frage der technischen Möglichkeiten. Die Beendigung der Hohe-See-Verbrennung" — so fährt das Umwelt-

bundesamt fort — „ist ein Vollzugsproblem der Länder." Meine Damen und Herren! Mit diesem schönen Wort vom Vollzugsproblem ist eigentlich die Politik von Herrn Remmers auf den Punkt gebracht. Er hat in der Tat ein Vollzugsproblem im Umweltschutz.

(Beifall bei den Grünen.)

Wo er noch kein Vollzugsproblem hat, schafft er es sich selber, indem er beispielsweise seine gesamte Abfallpolitik darauf kapriziert und zuspitzt, dieses Land mit Verbrennungsanlagen zu überziehen, und indem er sich in der Atompolitik letztendlich mit dem Festhalten an der direkten Endlagerung in Niedersachsen in die Gefahr begibt, irgendwann das Vollzugsproblem zu bekommen, Niedersachsen zum Atomklo Europas zu machen.

(Beifall bei den Grünen.)

Aber weil die Politik des Umweltministers gescheitert ist, ist in Niedersachsen Umweltpolitik mittlerweile zur Chefsache avanciert, und Herr Albrecht hat das persönlich in die Hand genommen. In Niedersachsens Kinos kann man in letzter Zeit schon vor Beginn des Hauptfilms herzhaft ablachen. Nach dem Camel-man und den Marlboro-Pferden schweift der Blick in das niedersächsische Wattenmeer. Eine einmalige Naturlandschaft, so hebt der Sprecher an. Nach wunderschönen Bildern dieser Landschaft, auch Unterwasserbildern, tritt ein Mann vor die Kamera — durch das Bild etwas abgeschnitten —, der den Zuschauern empfiehlt, doch phosphatfreie Waschmittel zu benutzen. Spätestens an dieser Stelle ist im Publikum der Zuruf fällig: „Wer ist denn der nette junge Mann von Greenpeace?" Natürlich glaubt die Landesregierung nicht, daß der Auftritt ihres ersten Mannes als Umweltschützer im Rahmen der Kampagne „Rettet die Nordsee" in diesem Ambiente besonders überzeugend wirkt. Aber dararuf kommt es offenbar nicht an.

Entscheidend ist etwas anderes: Die Umweltpolitik — das hat Herr Albrecht begriffen —, hier besonders die Wasserpolitik, ist ein Instrument, mit dem man eine ökologisch verbrämte Subventionspolitik betreiben kann. Beispiel: das Wassergesetz. Dieses Gesetz ist nicht nur ein Schlag gegen eben jene Nordsee, die Herr Albrecht retten will, weil es beispielsweise die kleinen Fließgewässer fast ohne Schutz läßt. Es ist im Kern nichts anderes als der Versuch, über die Schaffung von Entschädigungsansprüchen Wasserverschmutzer etwa aus der Landwirtschaft massiv und langfristig zu subventionieren.

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz wird Auswirkungen haben, und zwar insbesondere für kommende Haushalte. Jede Landesregierung, die es mit dem Gewässerschutz — anders als Sie — tatsächlich ernst meint, wird aufgrund dieses Gesetzes mit massiven Kosten bei der Realisierung ihrer Politikvorstellungen zu rechnen haben.

Es wird immer gesagt: Wir hätten Probleme mit der strukturellen Schwäche dieses Landes. Ich glaube, diese Form von Umweltpolitik, wie ich sie hier skizziert habe, dient dazu, über eine bestimmte Subventionierung einer bestimmten Klientel für die Landesregierung zu retten, was noch zu retten ist. Aber es ist doch unverkennbar: Die Strukturschwäche des Landes Niedersachsen ist von der Regierung Albrecht nicht behoben worden, sondern sie hat sich unter diesem Ministerpräsidenten verstärkt. Der ökonomische Strukturwandel, so titelte die „Neue Presse" am 1. November, lief zum Nachteil Niedersachsens.

(Gansäuer [CDU]: Wer? Die „Neue Presse"?)

— Die „Neue Presse".

(Gansäuer [CDU]: Es muß etwas anderes gewesen sein, aber nicht die „Neue Presse"!)

Die „Neue Presse" referierte zutreffend — ich habe nachgeschaut — eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Struck. Hiernach — so die Bundesregierung — ist es eine Tatsache, daß Niedersachsen, angefangen beim Bruttoinlandsprodukt über die Insolvenzen bis hin zur Zahl der Erwerbstätigen, nicht nur hinter dem Bundesdurchschnitt herhinkt, sondern daß sich sein Abstand zum Bundesdurchschnitt vergrößert hat. Während im Bund die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1980 und 1988 um 1,8 % stieg, sank sie zwischen Ems und Elbe um 0,7 %. Allen Schönreden zum Trotz ist die Arbeitsmarktkrise in Niedersachsen ungebrochen. Offensichtlich wird sie von Ihnen nur noch weggeredet. Wurden in den 70er Jahren 11 % der Investitionsmittel in Niedersachsen eingesetzt, so sind es heute nur noch 9,5 %.

Auch um die Zukunft der Wirtschaft Niedersachsens sieht es schlecht aus, schlechter als im Bund. In Niedersachsen werden 59 % weniger für die Forschung ausgegeben als im Bundesdurchschnitt, und die Zahl der hochqualifizierten Arbeitnehmer liegt um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt.

(Gansäuer [CDU]: Vorhin haben Sie noch beklagt, daß wir zuviel ausgeben würden! Das verstehe ich nun überhaupt nicht mehr!)

Der Spitzenplatz Niedersachsens, den Sie, Herr Gansäuer, hier herbeizureden versucht haben,

(Gansäuer [CDU]: Der ist belegt!)

ist immer noch ein Abstiegsplatz. Es gibt auch keine Hinweise darauf, daß sich dies unter dieser Regierung ändern wird.

Meine Damen und Herren! Es reicht allerdings nicht — das will ich an dieser Stelle dann auch anfügen —,

(Gansäuer [CDU]: Das ist wahr, das reicht nicht!)

sich lediglich hinzustellen und festzustellen, daß diese Regierung auf der ganzen Linie gescheitert sei.

(Frau Schliepack [CDU]: Das glaubt Ihnen sowieso niemand!)

Die Frage ist doch, was dann an ihre Stelle treten soll.

(Gansäuer [CDU]: Das ist eine gute Frage, ja! — Lachen und Beifall bei der CDU.)

Da habe ich Ihnen, Herr Schröder, sehr aufmerksam zugehört. Ich habe auch sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen, was Sie über die soziale Verteilungsgerechtigkeit, über die Probleme von Sozialhilfeempfängern und von Langzeitarbeitslosen hier gesagt haben.

(Schlotmann [CDU]: Ich bin mal gespannt, was der darauf antworten wird!)

Aber ich frage Sie jetzt hier: Wollen Sie sich etwa nach der Wahl zusammen mit Herrn Hirche für — wie es im FDP-Programm heißt — „Leistungseliten" einsetzen? Wollen Sie mit ihm gemeinsam die „Privatisierung" öffentlicher Aufgaben durchführen? Wollen Sie mit der FDP die Finanzautonomie der Kommunen durch die faktische Abschaffung der Steuerhoheit — Stichwort Gewerbesteuer, Stichwort Getränkesteuer — angehen? Wollen Sie tatsächlich mit ihm zusammen eine solche Technologiepolitik betreiben, die Forschungsinhalte ausschließlich an den Verwertungsinteressen der Wirtschaft orientiert? Diese Fragen müssen Sie sich stellen, nachdem Sie diese Rede hier gehalten haben, die von uns in vielen Punkten sicherlich unterschrieben werden kann.

(Schröder [SPD]: Das stimmt!)

Sie werden sich diesen Fragen nicht erst nach dem 13. Mai stellen müssen, sondern Sie werden sich diesen Fragen vorher stellen müssen, weil Sie nämlich vermeiden sollten, den Fehler von 1986 zu wiederholen, mit einer unklaren Option, wie Sie welche Politik umsetzen wollen, die eigene Basis in die Resignation und in die Enthaltung zu treiben. Auf diese Frage werden Sie mit der Feststellung und dem Hinweis auf das Erlangen eigener Mehrheiten sicherlich nicht ausweichen können.

(Beifall bei den Grünen. — Gansäuer [CDU]: Ich gebe Ihnen uneingeschränkt recht, Herr Trittin!)

Ich will Ihnen auch sagen: Das ist keine ganz leichtfertige Feststellung; denn wer glaubt, daß es schlimmer nicht kommen könne, als es jetzt ist, der irrt sich.

(Gansäuer [CDU]: Nein, das kann nur schlimmer kommen! Da sind wir ganz sicher!)

Am Rande der CDU werden heute schon die Fühler ausgestreckt, damit künftig nicht nur mit einem Dreiviertel-Rep, wie heute, sondern möglicherweise auch mit der Unterstützung einer ganzen Schönhuber-Fraktion in Niedersachsen Politik gemacht werden kann. Jener Freundeskreis, den der Oberstleutnant a. D. Ehlemann angeblich in engem Kontakt mit Wilfried Hasselmann aufgebaut haben will, propagiert ja heute schon nicht nur eine nationale Rechtswende der CDU, sondern Herr Ehlemann sagt auch, nur ein verantwortungsloser Narr könne auf hoffähige Republikaner als Koalitionspartner verzichten.

Meine Damen und Herren! Eine schwarz-braune Zukunft Niedersachsens wird nicht durch Wankelmut und Überheblichkeit zu verhindern sein. Die Menschen wollen eine tatsächliche Alternative. Der Politik der Ausgrenzung und des Ellenbogens muß ein anderer Umgang mit der Natur, müssen Solidarität und Gerechtigkeit entgegengesetzt werden. Das, was sich hiervon in den nackten Zahlen eines Haushaltsplans einfangen läßt, haben wir mit unserem Antragspaket einzufangen versucht. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt für die FDP-Fraktion.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Koalition legt mit dem Haushalt für das Jahr 1990 den letzten und besten Haushalt dieser Legislaturperiode zur Abstimmung vor,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

einen Haushalt, der vor dem Hintergrund der Ausgangslage des Jahres 1986 die Leistung dieser FDP/CDU-Koalition deutlich macht,

(Beifall bei der FDP)

einen Haushalt, der deutlich macht, welch weiten und schwierigen Weg gegen die Tiraden der Opposition die Koalition gehen mußte, um das Land auf den Weg in eine bessere finanzpolitische und wirtschaftspolitische Zukunft zu bringen.

(Gansäuer [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU.)

Ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren:

„Inzwischen ist im Lande klar: Nicht Sie haben die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und seiner Finanzen richtig eingeschätzt, nicht Sie haben damit die Möglichkeiten, auch die Möglichkeiten der Politik zutreffend bewertet, sondern wir haben es getan. Ihre Prognosen haben sich samt und sonders als falsch erwiesen, sowohl die kurzfristigen als auch die mittelfristigen."

Und es heißt weiter:

„Das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf Ihre Fähigkeit, Prognosen, die bisweilen die Grundlage des Handelns sind, einigermaßen zutreffend aufzustellen, und damit natürlich auch auf Ihre Fähigkeit, problemgerechte Politik zu machen."

Gerhard Schröder am 10. Dezember 1987!

(Gansäuer [CDU] lacht.)

Ich denke, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß die Situation der Menschen in diesem Lande, daß dieser Haushalt und die Wirtschaftslage des Landes ein deutlicher Beleg dafür sind, daß sich dieses Zitat von Ihnen, Herr Schröder, mit voller Wucht nun gegen Sie selbst richtet.

(Beifall bei der CDU.)

Das war nur möglich, weil diese Koalition mit der Haushaltsdisziplin ernst gemacht hat, weil die Koalition den Einstieg in eine Politik einer neuen Haushaltsstruktur begonnen hat. Dabei haben wir noch nicht alle Ziele erreicht.

Nach wie vor ist die Staatsquote für uns zu hoch. Der Abbau der zu hohen Personalkosten im Landeshaushalt muß weiter erfolgen. Dieser Abbau an Personalkosten ist aber nur möglich, wenn er begleitet wird von einem Abbau der Aufgaben des Landes. Hier sind wir erst am Beginn eines Weges.

Diese erfolgreiche Politik war aber auch nur möglich, weil diese Koalition in Bonn erfolgreich für die bessere Verteilung der Bundesmittel innerhalb der Bundesrepublik gesorgt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Diese erfolgreiche Politik war auch nicht trotz der Steuerreform, sondern wegen der Steuerreform möglich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Alles, was die Opposition hierzu gesagt hat, hat sich als falsch erwiesen. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir, die wir immer wieder um einen möglichst hohen Anteil am Länderfinanzausgleich gekämpft haben, müssen nun wegen der besonders guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes aufgrund der neuen Steuerschätzung damit rechnen, daß wir eine Rückzahlung in Höhe von ca. 360 Millionen DM leisten müssen.

Diese positive Entwicklung der Wirtschafts- und Finanzkraft dieses Landes läßt sich auch belegen. 1988 hatten wir seit zehn Jahren unser wachstumsstärkstes Jahr. Wir lagen vor den Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in der Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

(Beifall bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Endlich!)

1989 werden wir wieder einen Spitzenwert erreichen, der noch mit gut 4 Prozent über dem Vorjahresergebnis liegt.

Der Umgang mit Statistiken, Herr Trittin, ist so eine Sache. Sie haben mit Recht die Antwort der Bundesregierung zitiert, in der es heißt, Niedersachsen liege beim Bruttoinlandsprodukt der Jahre 1980 bis 1988 auf Platz 7 unter Bundesdurchschnitt. Wenn Sie nun die Rangfolge für die Jahre 1985 bis 1988 als die aktuelle Entwicklung des Landes ansprechen, werden Sie feststellen, daß Niedersachsen auf Platz 4 liegt,

(Trittin [Grüne]: Das liegt jetzt an der FDP!)

und zwar genau im Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Und diese Entwicklung geht weiter. Die Produktion läuft in allen Bereichen auf vollen Touren, auch in der Bauindustrie. Unser Problem ist inzwischen, daß gerade die Entwicklung am Bau durch einen Mangel an einer ausreichenden Zahl von Facharbeitern gebremst wird.

(Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Alle Umfragen aus Industrie, Handwerk und mittelständischer Wirtschaft bestätigen, daß die Unternehmen und damit auch die Arbeitnehmerschaft mit der Entwicklung außerordentlich zufrieden sind. Daß die Opposition das gemeinsam Erreichte nur mies macht, sind wir schon gewohnt.

Wir gehen gut gerüstet in die 90er Jahre. Die Tarifpolitik der letzten Jahre hat sich bewährt. Fatal wäre es allerdings, wenn das bisher Erreichte durch Verteilungskämpfe früherer Jahre aufs Spiel gesetzt würde.

(Beifall bei der FDP.)

Aufs Spiel gesetzt würde dann auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. In Niedersachsen hat sich die Zahl der Arbeitslosen nach dem Stand von Oktober 1989 gegenüber dem Vorjahr um 10,7 % vermindert. Im Bundesgebiet waren es demgegenüber 9,7 %.

1990 ist ein Wahljahr. Dennoch wird niemand in dem Entwurf erfolgreich nach Wahlgeschenken suchen können, wie sie in dem Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt etwa mit der Forderung nach Schulgeldfreiheit enthalten sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir gehen konsequent den einmal als richtig anerkannten Weg der Haushaltskonsolidierung weiter. Wir wissen aber auch, dort einzugreifen, wo Korrekturen erforderlich sind, wie zum Beispiel im Lehrerbereich, im Hochschulbereich oder beim Wohnungsbau mit einem Programm für 20 000 Wohnungen allein für das Jahr 1990.

Es ist schon ganz interessant, daß das Stichwort der Fehlbelegung in Hannover in diesem Zusammenhang nicht aufgekommen ist. Ich finde es auch interessant, daß Herr Schröder die privaten Investoren im Bereich des Wohnungsbaus diffamiert hat, während seine Genossen, die als Bürgermeister Verantwortung im Land wahrzunehmen haben, private Investoren geradezu auffordern und bitten, sich im sozialen Wohnungsbau einzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Es war gut, daß Herr Schröder auch die soziale Situation der Menschen in diesem Land angesprochen hat. Ich erinnere Sie alle, meine Damen und Herren, an ein Gerichtsurteil, das eine Französin betraf, die versucht hat, hier BAföG-Leistungen zu bekommen. Ich erinnere an die Sorge der Bundesbürger, daß es nicht nur Wirtschaftsflüchtlinge aus der Dritten Welt geben könne, sondern im gemeinsamen Binnenmarkt Europa auch Sozialflüchtlinge aus EG-Ländern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Diese Sozialflüchtlinge würden doch nicht kommen, und diese Sorge würde doch nicht bestehen, wenn die Situation tatsächlich so wäre, wie sie Herr Schröder beschrieben hat. Ich meine, daß in der Diskussion, wie sie hier unter dem Stichwort „Armut" geführt wird, die Maßstäbe verlorengegangen sind.

(Zuruf von Zempel [SPD].)

— Ich war lange genug Kommunalpolitiker, Herr Zempel, um einen entsprechenden Einblick zu haben.

Noch einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir haben strikte Ausgabendisziplin gewahrt. Durch unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik hat sich auch die Einnahmesituation verbessert. Wir haben festen finanzpolitischen Boden unter den Füßen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Auch wenn die Pro-Kopf-Verschuldung in Niedersachsen 1976 nahezu doppelt so hoch war wie in Nordrhein-Westfalen, die Pro-Kopf-Verschuldung Ende 1988 in Nordrhein-Westfalen deutlich höher lag als bei uns und Niedersachsen heute nach Bayern, Baden-Württemberg und Hessen die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aufweist, so bleiben dennoch Schulden in Höhe von 40 Milliarden DM insgesamt eine unerträgliche Last. Deshalb müssen wir diese Politik fortsetzen, um die Chance zu erhalten, wirklich an einen echten Schuldenabbau zu gehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir bleiben deshalb bei unserer vorausschauenden Finanz- und Wirtschaftspolitik. Alle Daten zeigen eindrucksvoll, daß dieser Weg richtig war und auch weiterhin richtig sein wird.

Der Kollege Schröder hat in seinem Redebeitrag in einer Aktuellen Stunde zum Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik" — es ging um die Verhältnisse in den Städten und Kommunen — an Frau Breuel gewandt ausgeführt — ich zitiere —:

> „Diese Rede ließ in einem schlimmen Maße Ihre Unfähigkeit erkennen, das, was die Bürgerinnen und Bürger des Landes bewegt, auch nur zu begreifen.
>
> Die Wirklichkeitsferne, die in der Rede"

— er meinte damit die Rede von Frau Breuel —

„zum Ausdruck kam, und die Wirklichkeitsferne der Landesregierung werden in der Beschreibung des Landes deutlich."

Dabei ist es die Wirklichkeitsferne Ihrer Partei, der SPD — Herrn Schröder kann ich jetzt leider nicht ansprechen —, die vor allem durch manche Kommunalvertreter deutlich wird, wenn sie Klage über die Lage der Kommunen führen.

Es war schon eindrucksvoll, meine sehr verehrten Damen und Herren — der Kollege Gansäuer und auch der Kollege Schröder waren dabei —, wie der Bürgermeister von Northeim Wehklage über die schlechte Situation der kommunalen Finanzen führte. Sie werden sich erinnern, daß ich ihm gegen dieses Klagelied, das den Eindruck machte, als spreche er von einer Stadt in der DDR, die kurz vor dem Abbruch stehe und deren Bürger fluchtartig die Stadt verließen, den Prospekt seiner eigenen Stadt entgegengehalten habe. Ich habe ihm empfohlen, einmal in diesen Prospekt hineinzuschauen. Aus diesem Prospekt wird nämlich deutlich, daß in dieser Stadt aus allen Knopflöchern der Wohlstand schaut. In dem Prospekt ist aufgeführt, welche hervoragenden Freizeit-, Kultur- und Sozialeinrichtungen diese Stadt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Ich habe den Eindruck, hier in diesem Land ist für vieles die Maßstäblichkeit verlorengegangen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Richtig!)

Das gilt zum Beispiel für den Begriff Armut. Ich meine, wir müssen uns noch einmal ernsthaft mit der Art und Weise beschäftigen, wie in unserer Gesellschaft mit dem Thema Armut umgegangen wird. Ich habe meine Zweifel, wenn der Paritätische Wohlfahrtsverband hier als Kronzeuge zitiert wird. Ich habe auch meine Zweifel an der Begriffsbestimmung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in puncto Armut.

(Zustimmung bei der FDP. — Zurufe von der SPD: Warum?)

Wenn wir die Stimmung der Menschen richtig erfassen, wenn wir durch die Städte und Kommunen und durch das Land fahren, dann hat sich nichts von dem erfüllt, was Herr Schröder am 10. Dezember letzten Jahres hier im Hause gesagt hat. Er sagte — ich zitiere —:

„Diese Landesregierung und dieser Ministerpräsident sind am Ende. Albrecht-Politik, jene Mischung aus Anpassung an die Interessen der Reichen und fernsehgerecht inszenierten Politikshow, ist gescheitert, sie ist zerbrochen an den immer deutlicher werdenden Krisenerscheinungen im Land."

Jeder Bürger in Niedersachsen weiß und empfindet, wie fern Herrn Schröders Wahrnehmung von der Realität, von der wirklichen Situation im Land ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Kollege Schröder hat sich zum Jahreswechsel 1987/88 in einem Brief an seine Fraktion gewandt — ich zitiere —:

„Wir müssen den Versuch machen — wir Sozialdemokraten alle zusammen —, diese Regierung zur Skandalregierung zu machen."

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Herr Kollege Schröder und meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, dieser Versuch ist gescheitert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das, was Sie im Zusammenhang mit der Spielbankaffäre „Skandal" nannten, ist im wesentlichen zusammengebrochen. Die Koalition hat die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen.

(Aller [SPD]: Und in dem Zusammenhang die Regierung umgebildet, Herr Hildebrandt! Das dürfen Sie nicht vergessen!)

Für Sie war dies alles schon Grund zu der Forderung nach Neuwahlen. Sie haben Menschen vorverurteilt und verleumdet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Bei dem sogenannten Polizeiskandal haben wir im Prinzip das gleiche erlebt. Der sogenannte Polizeiskandal hat sich im wesentlichen auf das grundsätzliche Problem der Kontrollierbarkeit von Verfassungsschutzorganen reduziert. Daran wird weiter zu arbeiten sein.

(Aller [SPD]: Lesen Sie mal Ihre eigenen Reden nach! Das ist ja fürchterlich!)

Die Verfehlungen, die vorhanden waren, werden disziplinarisch untersucht bzw. werden rechtlich zu bewerten sein.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Ich kann noch einmal mit Stolz darauf verweisen, daß es die Freien Demokraten waren — nicht die

Opposition —, die dieses Thema in diesen Landtag gebracht haben und die die Forderung nach einem Sonderermittler in diesem Bereich erhoben haben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Vieles an Strukturveränderungen innerhalb der Organe, die für die innere Sicherheit zuständig sind, ist aufgearbeitet und wird noch weitere Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Der Erfolg des Innenministers und seines Staatssekretärs ist offensichtlich. Die Polizei ist aus den negativen Schlagzeilen herausgekommen.

Die FDP hat durch die Arbeit ihrer Fraktion und die Bereitschaft zur Mitverantwortung im Innenministerium dazu beigetragen, daß klare Verhältnisse geschaffen worden sind in einem Bereich, der aus seiner Funktion heraus naturgemäß für Grauzonen anfällig ist.

(Beifall bei der FDP.)

Die gesetzgeberische Konsequenz durch ein neues Polizeigesetz wird noch in dieser Legislaturperiode erfolgen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Die SPD wird, wenn sie jetzt anfängt, wirklich und realistisch zu argumentieren und ihre Arbeit der letzten dreieinhalb Jahre zu analysieren, noch andere Einsichten gewinnen müssen. Dies gilt z. B. für ihre Haltung zur Asylpolitik der Landesregierung.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Der Kollege Schröder hat in einer Debatte am 24. September 1986 zu einem von der CDU und der FDP vorgelegten Antrag zur Verkürzung der Asylverfahren erklärt — ich zitiere —:

„Sie betrachen dieses Problem doch ausschließlich unter dem Aspekt, wie Sie die, die um Hilfe einkommen, möglichst schnell, möglichst brutal, möglichst radikal wieder rauskriegen."

Jetzt, unter anderem aufgrund der Tatsache, daß drei bis vier von zehn Wählern der rechtsradikalen Parteien früher Wähler der SPD waren, ist selbst das, was die Koalition zur Asyl- und Aussiedlerfrage tut, noch zu wenig.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir Liberalen haben dafür gesorgt, daß das Grundrecht auf Asyl auch von Niedersachsen aus nicht angetastet wird. Wir haben gemeinsam in der Koaliton eine Verkürzung der Asylanerkennungsverfahren erreicht.

Die SPD wird bei einer gründlichen Analyse noch andere Einsichten gewinnen müssen. Dies gilt etwa für die Frage der Abfallentsorgung und der Energiepolitik, bei der die SPD heute agiert, als habe sie maßgeblich die Atomkraft als Standbein der Energieversorgung aufgebaut.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Verbrennung auf hoher See sagen. Herr Trittin, Sie haben den Eindruck erweckt, als würde Niedersachsen an seinen eigenen Abfällen und seinem Sondermüll ersticken. In Niedersachsen sind aber die Probleme der anderen Bundesländer aufgetaucht. Alle Umweltminister der Länder, einschließlich derjenigen der sozialdemokratischen Länder, haben einstimmig dafür gestimmt, daß es die Verbrennung auf hoher See noch weiter geben wird. Niedersachsen wird noch einmal die Zustimmung dieser Länder einholen müssen, denn es hat keinen Sinn, daß wir in Niedersachsen den politischen Schaden für die Fehler bekommen, die in den anderen Ländern gemacht werden.

Es ist ja auch ganz interessant, daß alle in diesem Zusammenhang über dieses Land sprechen, während in Hamburg und Bremen täglich noch größere Tonnagen von Abfällen ins Ausland — z. B. nach Afrika und in die Sowjetunion — verbracht werden. Dort haben aber andere Mehrheiten offenbar einen anderen umweltpolitischen Maßstab angelegt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir werden noch Gelegenheit haben, in den einzelnen sachpolitischen Debatten deutlich zu machen, welchen Erfolg diese Koalition für diese Legislaturperiode vorweisen kann. Ich weiß, Herr Kollege Schröder, es ist nicht immer einfach, aus der Opposition heraus gegen eine im sachlichen Bereich auch bei etwas distanzierterer Betrachtungsweise gut operierende Regierung zu arbeiten.

Es wird sich zeigen, ob Ihre erkennbare Strategie, diese Landesregierung zur Skandalveranstaltung zu machen, den erhofften Erfolg hat. Mein Gefühl ist: Sie haben auf das falsche Pferd gesetzt. Ihr Pferd ist zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich meine aber, der jetzt vorgelegte Haushalt macht im Vergleich zu den Änderungen, die Ihre Kollegen eingebracht haben, deutlich, daß Sie es bisher versäumt haben, klare sachpolitische Alternativen zu zimmern. Das ist nun einmal mit stel-

lenweise sehr kleinteiliger und mühsamer Arbeit verbunden.

Es ist unbestritten eines Ihrer vornehmsten Rechte und Pflichten, einer Regierung sprichwörtlich Dampf unter dem Hintern zu machen. Eine Partei, die Regierungspartei werden will, muß aber mehr tun, als nur zu mosern.

(Beifall von der Regierungsbank.)

Möglicherweise haben Sie mit Ihrer Strategie Ihre Arbeitskraft verbraucht, die Ihnen an anderer Stelle gefehlt hat. Sie sind von dem einen von Rath zum nächsten Vajen gesprungen, von einer Forderung nach Neuwahlen zum konstruktiven Mißtrauensvotum und wiederum zu Forderungen nach Neuwahlen.

Was Ihnen jetzt bleibt, ist nicht viel. Wenn wir in einen hoffentlich argumentativen und fairen Wahlkampf gehen, wird man auf Ergebnisse und auf sachpolitische Alternativen schauen.

(Zuruf von der SPD: Achten Sie mal darauf, daß sich Ihr Koalitionspartner daran hält!)

Wir Freien Demokraten haben in dieser Koalition kritisch, konstruktiv und zuverlässig gearbeitet. Dies werden wir auch weiterhin tun. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Ich habe keine Wortmeldungen mehr.

(Beifall. — Gansäuer [CDU]: Sehr gut! — Schlotmann [CDU]: Heinrich, laß über den Haushalt abstimmen!)

Meine Damen und Herren, da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Besprechung. Wir setzen die Beratung über den Haushalt 1990 heute nachmittag fort. Da wir recht frühzeitig fertig geworden sind, empfehle ich Ihnen, die Mittagspause vorzuverlegen und den Wiederbeginn der Beratung auf 13.30 Uhr festzusetzen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13.30 Uhr.

Unterbrechung: 11.08 Uhr.

Wiederbeginn: 13.32 Uhr.

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir setzen die für die Mittagspause unterbrochene Beratung des Punktes 5 der Tagesordnung fort. Dazu habe ich Ihnen noch folgendes zu sagen:

Im Rahmen der Beratung des Haushalts 1990 kommen wir jetzt zur Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte einschließlich einzubringender Änderungsanträge. Nach den Vorstellungen des Ältestenrates sollte mit dem Bereich Soziales begonnen werden. Weitere Themen für den heutigen Nachmittag sollen Gleichberechtigung und Frauenfragen, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Innenpolitik und Recht sein. Um eine gewisse Ordnung zu erreichen, bitte ich Sie, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet gesprochen werden soll.

Für die Debatte stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: der CDU und der SPD jeweils 77 Minuten, den Grünen und der FDP jeweils 48,5 Minuten. Den Fraktionen ist anheimgestellt, wie sie diese ihnen zur Verfügung stehende Gesamtredezeit für die einzelnen Sachgebiete bzw. für die Rednerinnen und Redner einsetzen wollen.

Wir beginnen mit der Beratung. Mir liegt eine Wortmeldung der Kollegin Frau Pistorius vor. Sie hat sich zum Bereich Soziales zu Wort gemeldet. Bitte sehr!

Frau Pistorius (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Auseinandersetzungen der SPD-Fraktion mit der Zählgemeinschaft

(Lindhorst [CDU]: Hört doch auf!)

auf dem Feld der Sozialpolitik sind seit Jahren einerseits von der Erkenntnis des Notwendigen, andererseits allerdings von der Unfähigkeit der Mehrheit geprägt, unseren Vorstellungen zu folgen und entsprechend der gemeinsamen Erkenntnis zu handeln.

(Beifall bei der SPD.)

Die Beispiele sind Legion; ein besonders trauriges werde ich Ihnen nachher noch präsentieren.

Ich will mir heute eine Ministerkritik weitgehend ersparen. Sie ist auch nicht mehr so sehr von Belang. Was den lockeren Umgang des Herrn Ministers mit Steuergeldern in einem ganz besonderen Fall angeht, der heute hier schon zitiert worden ist, so wird das noch zu klären sein.

(Meyer [CDU]: Was soll denn eine solche dumme Bemerkung?)

Ich sage nur für meine Person: Es hat mich betroffen gemacht.

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle festgestellt, daß von ihm und seinem Haus keine Inno-

vationen mehr ausgehen. Daran hat sich nichts geändert; wie sollte es auch? Was seine Auftritte als Mitglied der Landesregierung beim Bundesrat und bei Ministerkonferenzen angeht, so ist dabei für Niedersachsen nie besonders viel herausgekommen.

(Lindhorst [CDU]: Wie können Sie das beurteilen? Sie waren doch nie dabei!)

— Wir können das beurteilen. Ob Arbeitsförderungsgesetz, GRG oder Sozialhilfe, immer war er der Zustimmungsminister, obwohl er vorher etwas anderes angekündigt hatte.

(Zustimmung bei der SPD.)

Hinzufügen möchte ich, meine Damen und Herren: auf unsere Kosten!

Was allerdings die Sozialpolitiker und Sozialpolitikerinnen der Zählgemeinschaft treiben, ist schon bemerkenswert und muß hier extra beleuchtet werden. Bei der zweiten Lesung des Haushalts 1989 haben Sie, Herr Lindhorst, sich darüber mokiert, daß die SPD Probleme zwar benenne, aber zu wenige Anträge stelle und nicht genügend Mittel fordere.

(Lindhorst [CDU]: Richtig, wie heute! 30 Millionen DM!)

Ich ziehe den Schluß, Herr Lindhorst, daß Sie als sachkundige und überzeugte Sozialexperten nur auf unsere Unterstützung warten, um endlich das sozialpolitisch Notwendige in Ihrer Fraktion durchsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wissen ja, daß Sie besondere Probleme mit Ihren Finanzexperten haben und wie schwer es Ihnen da oft fällt. Diese Unterstützung bieten wir Ihnen heute ausdrücklich an.

Ein Beispiel: Wir haben im Ausschuß gemeinsam erkannt, daß es dringend geboten ist, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten verstärkt anzubieten und auch entsprechend auszustatten. Der Haushaltsausschuß ist dem gemeinsamen Antrag des Sozialausschusses auf Anhebung des Ansatzes um 4,3 Millionen DM nicht gefolgt. Ich sage, wie ich es empfinde: Das ist ein Skandal,

(Beifall bei der SPD)

und zwar auch unter Berücksichtigung der Versprechungen, die der Ministerpräsident selbst zu diesem Punkt gemacht hat. Das war das Beispiel, das ich Ihnen eingangs angekündigt habe. Es ist ein Beweis dafür, wie wenig es den Sozialpolitikern der CDU möglich gewesen ist, sich in dieser Position durchzusetzen.

Sie sind dann allerdings der Erkenntnis gefolgt, daß in Fragen der Suchtbekämpfung mehr getan werden muß, wobei wir uns gefreut hätten, wenn es gelungen wäre, im Fachausschuß die Empfehlung gemeinsam geben zu können. Wir haben ganz lange darum geworben, wie Sie wissen. In diesem Punkt muß ich feststellen, daß Ihre Fraktion als Ganzes die Problematik offensichtlich eher als die Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker begriffen hat.

Die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen ist nur scheinbar eine Arbeitslosigkeit. Den meisten Arbeitslosen fehlt der Leistungswille, die Motivation und die nötige Flexibilität.

(Lindhorst [CDU]: Das dürfen Sie doch nicht sagen!)

— Genau das war der Einwurf. Ich will nicht generell unterstellen, daß das, was ich eben formuliert habe, die Auffassung der Zählgemeinschaft sei. Aber Töne in diese Richtung konnte man in den letzten zwei Monaten relativ häufig hören, und zwar im Zusammenhang mit der angeblich raschen Vermittlung vieler Übersiedler in Arbeitsverhältnisse.

Bei genauem Hinsehen zeigt sich indes, daß ein großes Potential von nachzuqualifizierenden Menschen übrigbleibt, darunter viele aus den Bereichen, die bei uns schrumpfenden Branchen zuzurechnen sind. Dort entsteht für die Zukunft sicherlich zusätzlicher Bedarf an aktiver Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der SPD.)

Unser eigener fester Bestand an Arbeitslosen hat sich indessen leider kaum verändert. Ich kann an wenigen Beispielen skizzieren, wie die Situation in Niedersachsen ist und was wir als Lösung angeboten haben. Auf einige Punkte davon ist mein Fraktionsvorsitzender heute morgen schon eingegangen. Die neueste Statistik nennt 118 600 Langzeitarbeitslose, wovon 10 % länger als fünf Jahre arbeitslos sind; fast die Hälfte ist älter als 45 Jahre. Seit Inkrafttreten der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz ist die Zahl der AB-Beschäftigten um fast 4 500 zurückgegangen. Davon waren 2 000 Langzeitarbeitslose. Immer weniger freie Initiativen und gemeinnützige Träger sind in der Lage, die hohe Komplementärfinanzierung zu tragen. Demzufolge werden AB-Verträge fast nur noch bei öffentlich-rechtlichen Trägern abgeschlossen. Sie wissen aus Diskussionen in Ihren Kommunen und Landkreisen, wie problematisch das ist.

Die Zahl der Arbeitsamtsbezirke in Niedersachsen, deren Arbeitslosigkeitsquote 30 % und mehr über dem Bundesdurchschnitt lag, war schon von 20 auf fünf gesunken. Jetzt sind es nach der neuesten Statistik wieder 13. Außerhalb Niedersachsens vollzieht sich also der Rückgang der Arbeitslosigkeit schneller und auch dauerhafter. Wir unterstützen die Forderung der Bundesanstalt für Arbeit, daß die Bundesregierung endlich einmal die finanzielle Verantwortung für die Sprachförderung der Aussiedler übernimmt. Sie ist keine arbeitsmarktpolitische, sondern eine politische Aufgabe.

Die Integrationsaufwendungen der Arbeitsämter für Aus- und Übersiedler werden sich im nächsten Jahr voraussichtlich auf 6 Milliarden DM belaufen. Was bleibt dann eigentlich noch für die Langzeitarbeitslosen? Bei allen Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit diversen Bundesprogrammen und Beschäftigungsinitiativen zählt am Ende nur der Erfolg.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn es nicht gelingt, die Langzeitarbeitslosen wieder zu integrieren, dann taugen die Maßnahmen eben nicht oder reichen nicht aus. Dann muß mehr und auch anderes geschehen.

(Meyer [CDU]: Was denn? Sagen Sie das mal! — Gegenruf von Dr. Riege [SPD]: Sie stimmen unseren Anträgen doch nicht zu, Herr Meyer!)

Herr Gansäuer — er ist jetzt nicht anwesend — hat heute vormittag in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, was die Landesregierung mit ihren Beschäftigungsinitiativen und anderen Aktivitäten bislang geleistet hat. Das ist ja richtig. Wenn diese Maßnahmen aber nicht den entsprechenden Personengruppen zugute kommen und ihnen nicht wirklich helfen, dann reichen sie nicht, und es muß anderes und mehr geschehen.

(Beifall bei der SPD. — Meyer [CDU]: Was denn? Sagen Sie doch mal etwas!)

— Einen kleinen Moment! — Das ist unser Fazit und ist auch unsere Forderung an die Mehrheit.

Wir und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern ein Gesamtkonzept zur Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen. Qualifizierung und eine gleichzeitige sozialpädagogische Betreuung sind dabei unabdingbar.

Einige Instrumente, die wir zur Linderung und als langfristige Perspektive favorisieren, haben wir mit Ihnen im Ausschuß diskutiert. Sie sind uns auch hier nicht gefolgt. Wir meinen aber: Wenig Geld kann viel bewirken, Resignation hilft den Betroffenen nicht. Ich, Herr Meyer, sage Ihnen hier stichwortartig: Sachkostenzuschüsse für Arbeitslosenzentren und Initiativen, von den Betroffenen seit vielen Jahren immer wieder gefordert. Spitzenfinanzierung für AB-Maßnahmen voll übernehmen, Koordinierung von Mitteln und Maßnahmen in der Region zur Beschäftigung Arbeitsloser (Koordinierungsstellen), Beschäftigungsgesellschaften probieren mit öffentlicher Finanzierung und mit einem Teil Finanzierung durch die betroffene Wirtschaft. Weitere Details finden Sie in unserem Änderungsantrag zum Einzelplan 05, den unser Fraktionsvorsitzender Ihnen auch schon vorgestellt hat.

Meine Damen und Herren, die übrigen Positionen habe ich aus Zeitmangel nicht besonders erwähnt. Neben Stellen im Pflegebereich geht es noch um Sozialstationen, um die Förderung von Wohngemeinschaften Behinderter, um Mittel zur Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker und zur Bekämpfung von Drogenkonsum und Aids. Wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, sind ganz sicher, daß Sie alle unsere Anträge — ich betone: alle unsere Anträge — in der Sache für berechtigt halten. Also sollten Sie auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Gestatten Sie mir nun noch einige Worte zum Thema Wohnungsbau, das ja bereits gestern und heute vormittag eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.

Es ist schon erstaunlich, wie konsequent CDU und FDP dieses wichtige Problem in den letzten Jahren behandelt oder auch nicht behandelt haben.

(Zempel [SPD]: Nicht behandelt haben!)

Seit Jahren haben wir darauf hingewiesen, welche Folgen der von den Regierungsparteien in Bonn und in Hannover mit geradezu atemberaubendem Eifer betriebene Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau mittelfristig haben muß. Man will nicht immer recht haben wollen, meine Damen und Herren, aber in diesem Punkt haben wir nun einmal recht.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wurden von Ihnen dafür leider immer nur ausgelacht. Heute haben wir eine dramatische Entwicklung, die allerdings — das muß ich gestehen — auch unsere Prognosen weit übertroffen hat. Wir haben hier im Landtag Wohnungsbau-

programme beantragt. CDU und FDP haben sie aber abgelehnt.

(Plaue [SPD]: Genau! Herr Meyer, Sie auch!)

Heute müssen Sie eingestehen, daß unsere Anträge richtig waren. Erst jetzt kommen Sie mit Ihren eigenen Programmen, zu spät und überdies völlig falsch angelegt. Das, was Sie in diesem Jahr beschlossen haben und — dem Vernehmen nach — nun auch endgültig durchsetzen wollen, setzt das nur begrenzt vorhandene öffentliche Geld falsch ein, weil es bei den privaten Anlegern im wesentlichen Mitnahmeeffekte auslöst. Ich glaube, Gerhard Schröder hat Ihnen das vorhin an diesem ganz konkreten Beispiel sehr plastisch vor Augen geführt.

(Beifall bei der SPD.)

Ihr Programm, Herr Minister, ist leider wieder einmal eine wohnungspolitische Mogelpackung.

(Beifall bei der SPD. — Zempel [SPD]: Jawohl!)

Es wirft den Kommunen die Probleme vor die Füße und läßt sie damit allein. Die bewährten Träger des sozialen Wohnungsbaus, die noch gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, können mit der Förderung, die CDU und FDP hier anbieten, nur dann bauen, wenn die Kommunen kräftig drauflegen. Sie sind gezwungen, zwischen 50 und 70 % der Gesamtfördersumme aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Das ist die traurige Wahrheit. Das von Minister Schnipkoweit großspurig verkaufte Wohnungsbauprogramm des Landes muß draußen von den Gemeinden erst mit viel Geld möglich gemacht werden. Dazu, meine Damen und Herren, hat hier bislang noch niemand Stellung genommen. Ich würde mich darüber freuen, wenn jemand aus der Zählgemeinschaft hierzu einmal etwas sagen würde.

(Beifall bei der SPD.)

Es sind durchaus nicht alle Kommunen gut gestellt und in der Lage, dies zu leisten, obwohl sie es selbstverständlich gern möchten.

Meine Damen und Herren, alle Fachleute sagen Ihnen, daß man mit degressiven Aufwendungszuschüssen keinen sozialen Wohnungsbau machen kann. Alle Fachleute mahnen Sie sehr eindringlich, zu Fördermechanismen zurückzukehren, die preiswerten Wohnraum zu bezahlbaren Mieten langfristig sichern. Das war unser Problem in der Vergangenheit, Herr Sikora.

(Zuruf von Sikora [CDU].)

Wir legen Ihnen heute zur Abstimmung ein Wohnungsbauprogramm vor, das noch im nächsten Jahr 10 000 mit Baudarlehen solide finanzierte Sozialwohnungen zusätzlich schafft. An diesem Programm müssen sich aber der Bund, das Land und die Kommunen zu gleichen Teilen beteiligen. Das ist der wichtige Punkt.

(Auditor [SPD]: Zu gleichen Teilen, vor allem das Land!)

Wir danken in diesem Zusammenhang den kommunalen Spitzenverbänden für die deutlichen Worte, nach denen nur eine solche Art der Finanzierung die Probleme auf dem Wohnungsmarkt tatsächlich langfristig lösen kann.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, mit der Zustimmung zu unserem Antrag zum Haushaltsplan und zu dem dazu vorgelegten Entschließungsantrag, auf den ich besonders verweisen möchte, können Sie beweisen, wie ernst Sie es mit der Bekämpfung der Wohnungsnot wirklich meinen. Die dazu erforderlichen Gelder stehen in der Wohnungsbaurücklage zur Verfügung. Dies ist im Haushaltsausschuß von den Fachbeamten bestätigt worden. Wenn der Kollege von Wangenheim gestern etwas anderes behauptet hat, sollte er vielleicht Nachhilfeunterricht bei den Fachleuten nehmen oder diesen seine Sicht der Dinge besonders erläutern. Wir können das nicht verstehen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ich möchte noch einige Bemerkungen zur Städtebauförderung machen. Auch in diesem Jahr das alte Spiel: Der Sozialminister verkündet noch vor dem Abschluß der Haushaltsberatungen, welche Projekte neu in das Programm aufgenommen werden.

(Meyer [CDU]: Das machen Mehrheiten möglich!)

Das ist das alte Spiel. Das kennen wir schon. Gleichwohl ist das eine Gelegenheit, um eine dieser Vorentscheidungen besonders hervorzuheben. Ich weiß nicht, ob Sie es inzwischen alle gemerkt haben: Zum erstenmal hat die Landesregierung eine der Großsiedlungen aus den 60er und 70er Jahren in das Förderprogramm aufgenommen. In Garbsen wird die Siedlung Auf der Horst mit 800 000 DM gefördert. Der Sozialminister hat wahrscheinlich vergessen, wie das manchmal seine Art ist, das mit großer Geste pressewirksam zu verkünden. Der Grund, weshalb er das nicht tut, ist vielleicht schnell gefunden. Es ist noch nicht so lange her, da hat sich Minister Schnipkoweit strikt geweigert, diese städtebaulichen und sozialen

Problemsiedlungen in die Städtebauförderung aufzunehmen, trotz eindringlicher Aufforderungen durch uns Sozialdemokraten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wir können das in diesem Fall mit Fug und Recht als unseren Erfolg reklamieren und tun das auch.

(Zustimmung bei der SPD.)

Dieser Vorgang macht deutlich, daß das Thema Städtebau und Sanierung noch lange nicht abgeschlossen ist. Ich möchte Sie herzlich auffordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Zählgemeinschaft, sich unsere Anträge noch einmal genau anzusehen, sowohl was die Gebiete der Sozialpolitik als auch was den Wohnungsbau anbetrifft, und das zu tun, was Sie eigentlich tun müßten, nämlich unseren Anträgen zuzustimmen. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Lindhorst. Ich nehme an, er wird zum Bereich Soziales sprechen. Aus der Wortmeldung geht das nicht hervor.

Lindhorst (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte angenommen, daß zuerst die Sozialpolitik zur Sprache kommt. Sie ist von der Kollegin Frau Pistorius im weitesten Sinne behandelt worden, allerdings mit einem Schwerpunkt bei der Wohnungsbaupolitik. Ich möchte zum Bereich Sozialpolitik insgesamt sprechen.

Ich bedanke mich bei Frau Pistorius dafür, daß sie uns immer als Zählgemeinschaft bezeichnet. Ich kann Ihnen sagen, wir können beim Wohnungsbau und in der Sozialplolitik wirklich zählen.

(Zustimmung bei der CDU. — Plaue [SPD]: Aber nicht rechnen!)

Wenn Sie das endlich einmal lernen würden, dann würden Sie wahrscheinlich eine bessere Sozialpolitik machen.

(Aller [SPD]: Vajen und Hoch können Sie auch noch mitzählen! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Frau Pistorius, ich bestreite nicht, daß die meisten Ihrer Anträge in der Sache durchaus einen Kern an Berechtigung haben. Die Frage liegt bloß darin, wo und wie wir die Schwerpunkte setzen. Sie können nicht Anträge zur Ausweitung des Haushalts stellen und anschließend, wie Sie das im letzten Jahr getan haben, kritisieren, daß die Verschuldung zu hoch sei. Sie wollten sogar nach Bückeburg marschieren. Sie stellen Anträge und weiten das Volumen aus und beklagen andererseits die Verschuldung.

Wenn wir in den letzten zehn oder 13 Jahren Ihren Anträgen gefolgt wären, Frau Pistorius, dann läge die Verschuldung — das hat Herr Gansäuer heute morgen gesagt — heute nicht bei rund 38 Milliarden DM, sondern sicherlich um mindestens zehn Milliarden DM höher.

(Zurufe von der SPD.)

Das ist die Antwort darauf, daß wir Ihren Anträgen im einzelnen vielleicht gern zustimmen wollten, es in der Sache allerdings nicht können.

Meine Damen und Herren, der Sozialhaushalt hat ein Volumen von über 3,9 Milliarden DM und weist immerhin noch eine Steigerungsrate von 1,82 % aus. Ich darf einmal die dicksten Brocken nennen: 1,7 Milliarden DM für Behinderte und ältere Menschen, 520 Millionen DM für Wohngeld, 200 Millionen DM für Stadtsanierung einschließlich VE und Strukturhilfemittel,

(Plaue [SPD]: 300 000 DM für die Konrad-Adenauer-Stiftung!)

rund 850 Millionen DM für Wohnungsbau — darüber reden wir gleich noch —, 400 Millionen DM für Krankenhäuser, 31,7 Millionen DM für Sozialstationen, 85 Millionen DM für die Ausgestaltung der Beschäftigungsinitiative, immerhin noch 1,1 Millionen DM für Aids-Bekämpfung und 10,1 Millionen DM für Suchtbekämpfung.

(Graeber [SPD]: Und wieviel für Reklame?)

Ich nenne diese Zahlen, meine Damen und Herren, damit Sie einmal unsere Handschrift in diesem Sozialhaushalt sehen. Unsere Handschrift ist klar und eindeutig!

(Jansen [CDU]: Klar erkenntlich!)

Wir haben jahrelang an der Vollendung des sozialen Niedersachsen mitgewirkt. Wir haben diese Vollendung nicht erreicht, weil es immer wieder neue Probleme gibt. Aber wir haben hier die Geschicke der Sozialpolitik in den letzten 13 Jahren bestimmt, und Sie können deutlich ablesen, wo wir heute stehen und was wir inzwischen erreicht haben.

(Aller [SPD]: Wir konnten es leider nicht verhindern!)

Neben diesem Zahlenspiegel möchte ich gern einmal auf grundsätzliche Probleme der Sozialpolitik eingehen, und zwar zunächst auf das, was Herr Schröder heute morgen gesagt hat, nämlich daß 10 % unserer Bevölkerung als arm anzusehen

seien. Ich vermute, Herr Dr. Riege, daß Sie auch die Unterlage des DPWV haben, die am Wochenende erschienen ist, nämlich die Broschüre „Wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land".

„Was Armut ist",

— so das Zitat —

> „hängt zweifellos von der Definition ab. Absolute Armut, die in der dritten Welt viele verhungern läßt, gibt es in der Bundesrepublik fast nicht, dafür eine relative Armut, die in Bezug zum Durchschnittseinkommen bestimmt werden kann."

Es heißt dann weiter, wer unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens unserer Bevölkerung liege, sei arm. Ich sage nur: Vorsichtig, meine Damen und Herren! Wenn Sie das einmal auf alle unsere Landsleute in der DDR kaprizieren und sehen, was dabei herauskommt, dann leben dort 17 Millionen arme Leute. Das können die auf keinen Fall hören!

(Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, der DPWV verlangt einen Armutsbericht, wie es ihn beispielsweise in den USA, in Frankreich, in der Schweiz und in England gibt. Ich will diesem Bericht gern zustimmen. Ich bin dafür, daß die Bundesregierung einmal einen solchen Armutsbericht erstellt, weil wir dann wirklich verläßliche Daten darüber haben, was bei uns Armut sein könnte oder nicht, und wir können das gemeinsam definieren.

(Zurufe von der SPD.)

Aber eines sage ich auch gleich der SPD: Wenn wir dann umfassende Erhebungen durchführen müssen, dann dürfen Sie anschließend nicht wieder von Datenschnüffelei sprechen; denn dann müssen personenbezogene Daten auf den Tisch. Dann müssen wir feststellen — ich nenne nur ein Beispiel —, wieviel Witwen es wirklich gibt, die vielleicht unter 600 DM im Monat bekommen. Das geht nicht pauschal, sondern das muß individuell berechnet und individuell untersucht werden. Dann können wir auch feststellen, meine Damen und Herren, wo hier die Armutsgrenze liegt.

(Zurufe von der SPD.)

Der DPWV gibt an anderer Stelle eine weitere Definition von Armut; ich zitiere wieder.

(Auditor [SPD]: Sie sind geistig arm!)

— Darauf komme ich gleich, Herr Auditor. —

> „Wir begreifen Armut als eine in verschiedener Hinsicht belastende Lebenssituation derer, die nicht zum sogenannten Kernleistungsbereich unserer Gesellschaft gehören. Diese Lebenssituation wird bestimmt durch Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Bildung und gesellschaftliche Akzeptanz und Teilhabe. Bei Kumulation von sozialer und ökonomischer Not über eine längere Zeit sprechen wir von Armut."

(Zuruf von Auditor [SPD].)

— Herr Auditor, das ist es doch: Diese Bildung und gesellschaftliche Akzeptanz ist interessant. Wenn ich das auf Sie persönlich kapriziere, sind Sie auf jeden Fall auch arm!

(Unruhe bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Lindhorst, die Kollegin Frau Schreiner möchte Ihnen gern eine Frage stellen.

Lindhorst (CDU):

Ich habe leider keine Zeit. Ich unterhalte mich gern am Rande des Plenums mit ihr darüber.

Schauen wir uns einmal die Bevölkerungsgruppen an, die laut DPWV bei uns in dieser Gesellschaft arm sind. Das sind einmal die 3,1 Millionen Sozialhilfeempfänger, das sind die 680 000 Langzeitarbeitslosen, das sind fast 2 Millionen ausländische Arbeitnehmer — wir haben insgesamt 4 Millionen; 50 % davon sollen bedürftig sein —, das sind über 350 000 chronisch Kranke, über 100 000 Behinderte in Werkstätten, über 300 000 Obdachlose und Nichtseßhafte. Man zählt zu diesen Armen des weiteren ältere arme Mitbürger, ältere pflegebedürftige Mitbürger, kinderreiche Familien, alleinerziehende Mütter und Opfer des Nationalsozialismus. Wenn Sie die alle zusammennehmen, kommen wir in der Tat auf über 10 % in dieser Gesellschaft. Aber ich sage klipp und klar: Wenn Sie alle diese Bevölkerungsgruppen generell und pauschal als arm bezeichnen, dann komme ich mit meinem Latein nicht weiter. Für mich ist das keine Definition. 10 % Arme in dieser Gesellschaft — da gehe ich mit Herrn Schröder nicht konform.

> (Frau Pistorius [SPD]: Aber die können Sie trotzdem nicht außen vor lassen!)

Nehmen wir doch nur die wichtigste Gruppe heraus, nämlich die Gruppe der Sozialhilfeempfänger. Wir haben im Jahre 1987 3,1 Millionen So-

zialhilfeempfänger gehabt, und da wird gleich von einer Massenarmut dieser Sozialhilfeempfänger gesprochen. Diese Statistik muß einmal durchleuchtet und bewertet werden.

(Zurufe von der SPD.)

Fest steht, diese Statistik muß transparenter werden und früher auf dem Tisch liegen. Sie ist nämlich veraltet, weil sie erst 18 Monate später auf den Tisch gelegt wird, und zwar ganz anders als die Arbeitslosenstatistik. Sie ist falsch, weil sie z. B. eine vierköpfige Familie registriert, obwohl nur der Haushaltsvorstand Sozialhilfeempfänger ist.

(Auditor [SPD]: Die Kinder brauchen nichts zu essen?)

1987 sind z. B. mehr als 650 000 Kinder unter 15 Jahren mitgerechnet worden.

(Plaue [SPD]: Traue keiner Statistik, die Lindhorst nicht selbst gefälscht hat!)

Diese Statistik verschleiert, weil sie keine Durchschnittszahlen aufweist, sondern alle Fälle von Sozialhilfebezug gemeinsam aufzeigt.

(Dr. Riege [SPD]: Die Arbeitslosigkeit haben Sie mit der Statistik auch schon wegdefiniert!)

— Herr Dr. Riege, wenn wir es in einem anderen Bereich der Statistik so machen würden wie bei der Sozialhilfestatistik, daß wir nicht sagten, wie lange jemand Sozialhilfe bezieht — ob einen Tag, eine Woche oder ein ganzes Jahr —, dann könnten wir sagen, die Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik ist krank. 20 % der Bevölkerung sind nur ab und zu im Krankenhaus; sie sind also nur eine bestimmte Zeit krank und nicht das ganze Jahr über. Deshalb ist die Statistik nicht transparent. Sie sagt nichts über die Dauer des Sozialhilfeempfangs aus.

(Zurufe von der SPD.)

Die Statistik übertreibt, Herr Dr. Riege, weil zu den Empfängern auch Bewohner von Pflegeheimen gerechnet werden, die für ihre Pflege, wenn sie um die 4 000 DM kostet, vielleicht 3 500 DM selbst bezahlen.

Die entscheidende Zahl ist allerdings die, daß von den 3,1 Millionen Sozialhilfeempfängern 624 000 Menschen in Pflegeheimen und sonstigen Heimen untergebracht waren. Diese 20 % bekamen 60 % der Leistungen bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, während 80 % nur 40 % der Leistungen bekamen. Das ist Transparenz.

(Frau Pistorius [SPD]: Aber Herr Lindhorst, es geht doch nicht nur um die Leistungen, sondern um die Situation dieser Menschen!)

— Ich will damit nur andeuten, Frau Pistorius, daß wir diese Statistik durchleuchten und transparenter machen müssen, damit sie jeder versteht und damit nicht pauschal argumentiert wird.

(Plaue [SPD]: Sie müssen mehr über Menschen und nicht über Statistiken reden, Herr Lindhorst!)

— Sie kommen doch gleich mit Ihren Zahlen. Das weiß ich doch. Wir wollen das in der Sache doch vernünftig behandeln und nicht über jeden Einzelfall entscheiden. Wenn ich über die Statistik rede, ist es schon wichtig, darauf hinzuweisen, daß nur 20 % der Sozialhilfeempfänger 60 % der Leistungen bekommen.

(Zuruf von der SPD: Was bedeutet das?)

Was bedeutet das konkret bei uns im Lande Niedersachsen? Wie sieht es bei uns mit der Sozialhilfe aus? Ich nenne nur ein paar Brocken: Wie Sie alle wissen, werden 480 Millionen DM für die kommunalisierte Altenpflege ausgegeben. Wir geben, wie ich schon vorhin sagte, für ältere Mitbürger und Behinderte 1,7 Milliarden DM aus. Einzelne Punkte: Eingliederungshilfe für Behinderte 906 Millionen DM, Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen 285 Millionen DM, Hilfe zur Pflege für unter 60jährige 112 Millionen DM, sonstige soziale Leistungen 320 Millionen DM, darunter allein für Landesblindengeld 108 Millionen DM. Wir bezahlen in diesem Land allein 43 Millionen DM an Fahrgelderstattungen für Behinderte im öffentlichen Personennahverkehr. Den Betrag von 43 Millionen DM muß man hier einmal nennen!

(Dr. Riege [SPD]: Wollen Sie sich auch noch die 60 Milliarden DM BfA-Renten anrechnen lassen?)

Wir sind stolz darauf, daß wir im Land Niedersachsen insgesamt mehr als 37 000 Plätze für Behinderte vorhalten,

(Beifall bei der CDU)

nämlich für Körperbehinderte 848, für Blinde und Taubblinde 323, für Sprachbehinderte 1 260, für geistig Behinderte 29 926 und für seelisch Behinderte 3 524.

Ich weiß, das sind sehr viele Zahlen. Trotzdem muß das hier gesagt werden. Nur dadurch kommt Transparenz in die sozialpolitische Landschaft hinein. Nur so können wir weiter vernünftig auf einem gemeinsamen Level miteinander diskutieren.

(Zurufe von der SPD.)

Lindhorst

In der Diskussion, die Frau Pistorius vorhin kurz angetippt hat, ist die Arbeitslosigkeit behandelt worden. Ich wiederhole, was Herr Gansäuer heute morgen gesagt hat, nämlich daß wir im Haushalt 1990 85 Millionen DM für die Beschäftigungsinitiative vorgesehen haben. Damit werden 10 000 Jugendliche qualifiziert oder bekommen eine Beschäftigung. Wir haben — darauf sind wir stolz; das ist ein Markstein für uns, damit die Wähler auch in Zukunft CDU wählen können — 45 000 Beschäftigte auf diesem Gebiet ausgebildet. Damit hat zum Beispiel „Arbeit und Lernen", Herr Dr. Riege, für dieses Jahr wieder 11,2 Millionen DM bekommen, und das ist sehr viel.

(Dr. Riege [SPD]: Aber „Arbeit und Lernen" ist doch ein Programm der Bundesanstalt für Arbeit!)

— Wir unterstützen das aber. Wollen Sie etwa bestreiten, Herr Dr. Riege, daß wir dafür 11,2 Millionen DM ausgeben? Dann kennen Sie den Haushalt sowieso nicht.

(Zuruf von der SPD: Tatsache ist doch, daß das nötig war! — Gegenruf von Jansen [CDU]: Aber als Materialkostenzuschuß!)

Kommen wir auf angenehmere Sachen, zum Beispiel auf die Zustimmung der SPD zu unserer Krankenhauspolitik. Dafür haben wir im Haushaltsplan bekanntlich 400 Millionen DM veranschlagt.

(Frau Pistorius [SPD]: Das wissen wir doch!)

Ich darf einmal — man höre und staune — Herrn Dr. Riege aus dem Ausschuß zitieren. Ich habe es mir aufgeschrieben; ich habe es nicht aus dem Protokoll. Er sagte, hinsichtlich der Millionenbeträge, die der Minister im Kabinett aushandele, müsse er ihm ein Kompliment machen. Wir auch. Auch wir danken unserem Sozialminister dafür, daß er so viel für die Krankenhäuser tut. Ich freue mich, daß das endlich auch einmal von seiten des SPD anerkannt wird. Wir sehen ja auch, daß auf diesem Sektor keine Änderungsanträge gestellt werden.

Ich darf dies auch hinsichtlich der Landeskrankenhäuser sagen. Auch das geht mir runter wie Öl. Herr Dr. Riege, ich finde es anständig von Ihnen, daß Sie das auch einmal gutheißen. Ich habe mitgeschrieben — Zitat —: Wenngleich die Anstrengungen des Landes für Baumaßnahmen im Bereich der Psychiatrie anerkannt werden müßten ... Das wird also endlich einmal anerkannt. Es wird hier nach 13 Jahren endlich einmal gesagt, daß wir inzwischen über 530 Millionen DM für die Landeskrankenhäuser ausgegeben haben. Schönen Dank, Herr Dr. Riege! Dann kommt natürlich Ihr Wenn, und dann kommt das, was nach Ihrer Auffassung anders gemacht werden muß.

(Dr. Riege [SPD]: Lesen Sie doch einmal das Wenn vor!)

— Ja, daß die personelle Ausstattung in den Landeskrankenhäusern noch verbessert werden muß.

(Beifall bei der SPD.)

Auch ich bin dieser Meinung, darüber gibt es gar keine Diskussion.

(Dr. Riege [SPD]: Ich wußte doch, daß ich noch etwas gesagt hatte!)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Lindhorst, ich möchte Sie einen Augenblick unterbrechen. Das wird Ihnen auch nicht auf die Redezeit angerechnet.

Ich tue dies, weil die Herren, die ich begrüßen möchte, gebeten worden sind, jetzt an einer Pressekonferenz teilzunehmen. Wir haben auch heute Gäste aus der DDR unter uns. Ich begrüße in der Loge links von hier die Herren Thomas Krüger von der Sozialdemokratischen Partei (SDP)

(Beifall im ganzen Hause)

und Herrn Reinhard Weidauer von der Gruppe „Demokratischer Aufbruch".

(Beifall im ganzen Hause.)

Der Niedersächsische Landtag begrüßt Sie ganz herzlich bei uns und wünscht Ihrer Arbeit viel Erfolg.

(Beifall im ganzen Hause.)

Bitte sehr, Herr Kollege Lindhorst!

Lindhorst (CDU):

Ich möchte abschließend nur noch ein Problem herausgreifen, zu dem die SPD, wie immer, sagt — das ist ja das Konzept der gesamten Alternativen, die sie stellt —, das Drogenprogramm komme viel zu spät, sei zuwenig, setze die falschen Schwerpunkte und sei deshalb wenig glaubwürdig.

(Zuruf von der SPD: Stimmt ja auch!)

Ich verstehe die SPD nun wirklich nicht, warum sie, als wir ursprünglich 6 Millionen DM im Haushalt ausgebracht hatten, im Ausschuß nur 3,5 Millionen DM nachgefordert hat. Erst als sie aus der Zeitung erfuhr, daß wir nun auf 12 Millionen DM aufgestockt haben, stellte sie den Antrag und

sagte: Jetzt wollen wir auch 6 Millionen DM mehr. Uns also vorzuwerfen, immer zuwenig, immer zu spät oder sonst was zu tun, geht nun wirklich an der Sache vorbei. Wenn hier jemand von Glaubwürdigkeit reden kann, dann müssen Sie sich einmal an die eigene Nase fassen. Sie haben diese Anträge doch nur gestellt, weil wir inzwischen viel weiter sind als Sie. Das erinnert mich immer an die Geschichte vom Hasen und dem Igel. Sie sind in diesem Fall immer der Igel, der zurückbleibt.

(Dr. Riege [SPD]: Das ist doch keine Frage von Millionen, sondern das ist eine Frage von Menschen!)

Die Opposition ist die sachliche und personelle Alternative zur Regierungspolitik. Von der sachlichen Alternative habe ich nicht viel gemerkt. Sie stellt Änderungsanträge in einem Volumen von 30 Millionen DM; das sind 2 % der gesamten Sozialhilfe, nicht des Haushalts.

(Frau Pistorius [SPD]: Wie bitte?! Dann haben Sie den Antrag nicht gelesen!)

— 30 Millionen DM in der Sozialhilfe, Frau Pistorius; das habe ich extra gesagt! — Aber ich möchte auch gern eine personelle Alternative haben. Wenn Herr Schröder hier wäre, würde ich ihm gern eine große Laterne schenken, damit er weiter durch das Land ziehen kann, um irgendeinen Kandidaten für sein Sozialministeramt zu finden.

(Auditor [SPD]: So einen wie euren finden wir allemal!)

Beim ersten Mal wendete er sich an die IG Chemie; Herr Schultze hat abgesagt. Dann kam als zweiter Herr Neumann dran; der hat auch einen Korb gegeben. Nun kommt die dritte Wahl: der VW-Betriebsratsvorsitzende Hiller.

Meine Damen und Herren von der SPD, suchen Sie weiter im Lande Ihren Sozialminister. Er wird nie aktiv werden können! — Danke.

(Beifall bei der CDU. — Frau Pistorius [SPD]: Das war nicht gut!)

Vizepräsident Bosse:

Ich erteile nunmehr das Wort dem Kollegen Dr. Hansen zum Bereich Sozialpolitik.

Dr. Hansen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was soll eigentlich Sozialpolitik? Sozialpolitik soll Grundbedarfe der Menschen, Grundrechte, die Menschen haben, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können, und die durch die Art unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaftsweise nicht selbstverständlich sind, befriedigen. In diesem Sinne ist Sozialpolitik immer eine sekundär, also reparierend oder präventiv in bezug auf die gegebenen Gesellschaftsverhältnisse wirkende Institution.

Was gehört zu diesen Grundbedarfen der Menschen, zu diesen Grundrechten? Dazu gehört die Wohnung. Dazu gehört eine genügende materielle finanzielle Ausstattung; wir haben eben schon etwas darüber gehört; ich werde dazu auch noch etwas sagen. Dazu gehört das Recht auf sinnvolle Arbeit. Dazu gehört die Hilfe bei Krankheit, bei Pflegebedürftigkeit im Alter, für Behinderte, und zwar so, daß Pflege nicht nur im engeren Sinne geleistet wird, sondern daß dem Hilflosen auch die Möglichkeit gegeben wird, soweit es nur irgend geht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das gilt auch für Obdachlose, für die es darum gehen muß, in die Gesellschaft einbezogen und nicht durch Polizeimaßnahmen oder wie auch immer aus der Gesellschaft herausgedrängt zu werden. Und es gilt auch für Frauen; denn für Frauen sind in dieser Gesellschaft die gleichen Chancen zur Teilhabe am wirtschaftlichen Leben, am politischen Leben, wie Männer sie haben, nicht selbstverständlich. Hier muß Sozialpolitik, muß Frauenpolitik helfen, daß das so wird, wie es sein sollte.

Dieses alles, alle diese Hilfen muß Sozialpolitik so leisten — das ist für mich das Entscheidende —, daß dadurch das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung für ein eigenes Leben, für eine eigene Lebensweise gestärkt wird. Das muß eigentlich das Kriterium sein, an dem Sozialhilfe sich messen muß.

Recht auf Hilfe bei Hilflosigkeit, bei Pflegebedürftigkeit: Wenn ich nun darüber spreche, ist das vorherrschende Phänomen im Augenblick, daß wir in bezug auf Pflege, insbesondere auf stationäre Pflege, weit und breit einen Pflegenotstand zu verzeichnen haben. Nun will ich hier nicht um das Wort streiten. Tatsache ist, daß Pflege weithin nicht so erfolgt, daß den Pflegebedürftigen gerade dieses Recht auf Entfaltung ihrer Selbstbestimmung, auf eine menschenwürdige Pflege zuteil wird, vor allem nicht im stationären Bereich.

In den Gesprächen hier im Hause in den Ausschüssen und mit der Landesregierung, mit dem Sozialminister, ist deutlich geworden, daß das von ihm und von der Mehrheitsfraktion weitgehend anders gesehen wird. Der Minister sagt nach wie vor: Es gibt keinen Pflegenotstand. Er hat das

in der konkreten Situation in Lilienthal bekanntlich auch auf seine Weise deutlich gemacht. Wir sagen: Das Land ist gefordert, Verhältnisse zu schaffen, die menschenwürdige Pflege erfordern. Das gilt insbesondere für Heime. In den Heimen besteht die größte Gefahr, daß der Pflegebedürftige durch die Art der Organisation eines solchen Hauses entmündigt und abhängig wird. Gerade hier ist es wichtig, zu Aktivierung zu kommen, ihn am Alltagsleben zu beteiligen. Dazu sind personelle Ausstattungen nötig, die über das Bisherige hinausgehen, und es sind in vielen Heimen auch Umstellungen in den Investitionen, in der baulichen Gestaltung erforderlich; wir haben dazu in unserem Änderungsantrag zum Haushalt 1990 eine bestimmte Summe eingesetzt und fordern dies.

Anders herum gesagt, meine Damen und Herren: Ambulante Betreuung bedeutet nicht automatisch mehr Selbstbestimmung, ambulante Betreuung erfolgt häufig unter dem Gesichtspunkt der Kostenersparnis, der Kostenminimierung. Häusliche Behandlung in der Familie stellt häufig gerade das Gegenteil von Selbstbestimmung dar: Sie bedeutet Abhängigkeit in besonderem Maße. Um hier zu helfen, sind höhere finanzielle Aufwendungen erforderlich. Wir fordern, daß endlich die finanzielle Grundlage für eine ausreichende Pflege geschaffen wird, indem — das ist allerdings eine Bundesangelegenheit, aber das Land Niedersachsen sollte hier endlich tätig werden — eine Pflegesicherung durch ein Bundesleistungsgesetz geschaffen wird, damit eine ausreichende und individuelle Pflege unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes des Pflegebedürftigen gewährleistet werden kann.

(Beifall bei den Grünen.)

Das bedeutet aber auch, daß die ambulanten Dienste entsprechend ausgestattet werden. Wir haben darüber hier im Landtag bereits diskutiert. Unser Antrag auf entsprechende Ausgestaltung der ambulanten Dienste ist von der Mehrheit in diesem Hause abgelehnt worden. Wir bleiben aber dabei, daß dies notwendig ist.

Vor allem müssen selbstorganisierte Hilfen von Betroffenen, beispielsweise die Selbsthilfe Körperbehinderter in Göttingen — es gibt aber auch noch andere —, endlich die finanzielle Ausstattung erhalten, die es den Behinderten gestattet, ihre Pflege so zu gestalten und zu organisieren, daß sie ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen können.

(Beifall bei den Grünen.)

Selbstbestimmtes Leben für Behinderte, für Hilflose und Pflegebedürftige in dem Sinne, wie wir es in dieser Gesellschaft zu fordern haben, setzt neue Formen der Betreuung voraus, neue Formen, die beispielsweise in betreuten Wohngemeinschaften gefunden werden könnten. Seit Jahren wird über dieses Thema auch hier im Lande diskutiert. Es ist dringend notwendig, daß die Sozialpolitik hier neue Wege weist. Wir stellen fest — nicht zum ersten Mal stelle ich das hier fest —, daß das Sozialministerium seit Jahren nicht in der Lage ist, politische Weichen zu stellen, damit in diesem Land endlich beispielsweise betreute Wohngemeinschaften für seelisch Behinderte in ausreichender Zahl oder auch nur in etwas größerer Zahl als bisher geschaffen werden.

(Frau Pistorius [SPD]: Das wird auf die Kommunen abgewälzt!)

Diese Immobilität und diese Stagnation von Sozialpolitik in diesem Lande beruhen auf dem Schubkastendenken, das nur gestattet, entweder stationäre oder ambulante Maßnahmen des einen oder anderen Kostenträgers zu fördern. Es fehlt die Bereitschaft, und es fehlt der Mut, neue Formen der Finanzierung als Voraussetzung neuer Formen von Betreuung zu verwirklichen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ein Beispiel dafür hat der Wirtschaftsausschuß in der vergangenen Woche besichtigt. Dabei handelt es sich um das Projekt „Sonnenhof" in Lüneburg, bei dem in einer ganzheitlichen Sicht von Leben und Wohnen wirklich versucht wird, neue Formen zu finden, die auch der Rehabilitation dienen und die auch für seelisch Kranke aussichtsreich sind. Die Leiterin dieses Hauses hat, wie auch in der „Lüneburger Zeitung" nachzulesen ist, gesagt: Wir bekommen nicht die Förderung, die wir brauchen, denn wir passen in keine Schublade hinein. — Genau das Schubkastendenken dieser Landesregierung und der fehlende Mut zu Innovationen verhindern, daß endlich neue Formen von Betreuung gefunden werden.

(Lindhorst [CDU]: Darf ich Ihnen eine Frage stellen?)

— Leider nicht, meine Redezeit ist zu knapp. Sie wollten mir zustimmen? — Das ist nett.

(Lindhorst [CDU]: Ich wollte das mit einer Frage verbinden!)

— Meine Redezeit ist zu knapp.

(Auditor [SPD]: Sie haben auch keine Zwischenfrage zugelassen!)

Im Bereich der Altenhilfe hat das Land durch die Kommunalisierung der Altenhilfe versucht, die-

ses Dilemma zu umgehen. Wir stellen fest, daß auch dies nicht möglich ist, weil das Land die neuen Forderungen, die sich aus der Notwendigkeit neuer Formen der Altenbetreuung und der Altenhilfe ergeben, ablehnt. Das Land will die erhöhten Kosten, die dadurch verursacht würden, nicht übernehmen. Das Land sagt: Wir haben die Aufgabe abgegeben, nun sollen das einmal die Kommunen machen. So kann das auch nicht gehen. Wir stellen aber fest, daß das Land nun bereit ist, 29 Millionen DM zusätzlich für diesen Bereich zu geben. Wir finden das zwar noch nicht im Haushalt. Wir erwarten aber, daß das dort erscheinen wird.

Meine Damen und Herren, vorhin ist schon einiges über Armut gesagt worden. Herr Lindhorst hat etwas dazu gesagt. In der Tat ist Armut ein relativer Begriff. Es bringt auch nichts, an dieser Stelle nachzurechnen, ob irgendwo 500 000 Menschen mehr oder weniger unter den Armutsbegriff fallen. Ich begrüße es, daß Sie jetzt endlich bereit sind, einen Armutsbericht zu fordern.

(Lindhorst [CDU]: Aber nicht hier, in Bonn!)

Wir tun das seit Jahren. Ich erinnere mich daran, daß, als wir 1986 hier im Landtag unsere Große Anfrage zur Sozialhilfe gestellt haben, aus den Reihen der CDU gesagt wurde, es sei das Allerdümmste, was wir tun könnten, eine solche Anfrage zu stellen, weil es Armut nicht gebe.

(Frau Pistorius [SPD]: Das hat der Sozialminister gesagt! — Frau Schreiner [Grüne]: So war das!)

Ich habe das mehrfach gehört. Ich stelle fest, es besteht jetzt Bereitschaft, sich diesem Thema zu widmen.

(Lindhorst [CDU]: Auf Bundesebene!)

— Selbstverständlich auf Bundesebene, Herr Lindhorst. — Wir brauchen endlich einen Armutsbericht. Natürlich ist Armut relativ. Armut muß an dem Reichtum einer Gesellschaft gemessen werden; denn Armut heißt ja nicht nur, daß Menschen hungern, sondern Armut heißt auch, daß Menschen nicht an dem gemeinsamen Leben teilnehmen können.

(Zustimmung bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich finde es richtig, daß Übersiedler und Besucher aus der DDR jetzt in mehr oder weniger großzügiger Weise gratis beispielsweise in Kinos, Theater, Stadien und Badeanstalten gehen und gratis mit Straßenbahnen und U-Bahnen fahren können. Ich frage mich nur, warum nicht das verwirklicht wird, was wir seit Jahren fordern, daß nämlich Langzeitarbeitslose, Rentnerinnen und Rentner mit geringem Einkommen und Sozialhilfeempfänger mit einem Sparpaß — oder wie immer man das nennen will — gratis oder zu einem erheblich verminderten Eintrittspreis in diese Einrichtungen gehen können.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD. — Zuruf von Lindhorst [CDU].)

— Das ist selbstverständlich eine Aufgabe der Kommunen, Herr Lindhorst.

(Lindhorst [CDU]: Im Großraumverband wird das gerade gemacht!)

— Ich habe gelesen, daß es hier beginnt. Aber an vielen Stellen ist das nicht der Fall. — Wir haben heute früh über die finanzielle Ausstattung der Kommunen diskutiert. Wenn wir dafür sind — in unseren Änderungsanträgen steht es drin —, die Zuwendungen an die Kommunen zu erhöhen, dann bedeutet das auch, daß wir die Kommunen in die Lage versetzen wollen, diese selbstverständliche sozialpolitische Aufgabe endlich in Angriff zu nehmen und zu helfen, Armut, wie wir sie verstehen, ein Stück weit zu lindern.

Wenn man über Armut diskutiert, darf man nicht nur über die Höhe der Sozialhilfe diskutieren, sondern dann muß man auch über die entwürdigenden Bedingungen diskutieren, unter denen Sozialhilfe gewährt wird; Stichwort Schnüffelpraxis. Man muß in diesem Zusammenhang aber auch darüber diskutieren, wie andere Mechanismen als Sozialhilfe hier greifen können. Der Herr Kollege Schröder von der SPD hat heute morgen in sehr bewegender Weise auch über die Altersarmut gesprochen. Er hat gesagt, Altersarmut ist vor allem Armut alter Frauen. Aber dann wurde leider nicht gesagt — das steht auch nicht im Grundsatzprogramm der SPD; das ist auch nicht Bestandteil der Beratungen und Beschlüsse zum Rentenreformgesetz, das in der vergangenen Woche im Bundestag verabschiedet worden ist —, daß es etwas gibt, was der Altersarmut vorbeugen könnte, nämlich die Einführung einer Grundsicherung im Rentensystem für alle Rentnerinnen und Rentner. Die Grünen waren die einzigen, die dafür im Bundestag gekämpft haben.

(Beifall bei den Grünen. — Dr. Riege [SPD]: Das steht in unserem Silbernen Plan! Das war bloß ein Koalitionskompromiß leider mit der CDU!)

— Herr Dr. Riege, Sie dürfen gleich reden.

(Dr. Riege [SPD]: Nein, ich habe keine Zeit mehr!)

In der vorigen Woche hat die SPD dem, was die Grünen gefordert haben, nicht zugestimmt. Das finde ich schlimm. Ich hoffe, daß wir es bald im Bundestag oder an anderer Stelle ändern können, vielleicht auch gemeinsam.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Nun zur Wohnungssituation. Sie ist in den letzten Tagen und Wochen besonders brisant geworden. Sie ist aber kein Ergebnis der letzten Tage und Wochen. Sie ist seit Jahren vorhersehbar und von uns seit Jahren vorhergesagt worden. Es sind ja nicht nur die Aussiedler und Übersiedler. Woran es fehlt, sind Wohnungen, präziser gesagt: Wohnungen, die für benachteiligte Gruppen finanziell erschwinglich sind. Die Programme, die jetzt von der Landesregierung und von der Bundesregierung aufgelegt werden, werden — so sieht es gegenwärtig aus — gerade diesem Mangel nicht abhelfen.

Was ist im Augenblick zu tun? Es geht vor allem darum, vorhandenen Wohnungsbestand schnellstens zu aktivieren. Es darf keinen Leerstand mehr geben, es darf auch keine Zweckentfremdung mehr geben. Hier im Landtag müssen endlich die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß Zweckentfremdungsverordnungen nicht nur in Hannover, sondern auch in anderen Orten eingeführt werden können und schließlich auch umgesetzt werden. Es darf doch nicht sein, daß in dieser Zeit Wohnraum zu Büroraum zweckentfremdet wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Bevor Übersiedler in Bunker oder unterirdische Hilfskrankenhäuser verfrachtet werden, geht es darum, leeren Wohnraum, aber auch leerstehende Geschäfts- und Büroräume, zu beschlagnahmen.

(Glocke des Präsidenten.)

Auch muß endlich mit der Förderung der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen Schluß gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz noch: Die Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen haben es nicht geschafft, die Eingliederung Obdachloser in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse über das hinaus zu fördern, was im vergangenen Jahr getan worden ist. Im Gegenteil, es wird weniger ausgegeben werden, als im Jahr 1989 zur Verfügung steht. Aber nicht nur das: Wir erleben am heutigen Donnerstag seit 12 Uhr, daß Obdachlose nicht nur weniger als im vorigen Jahr gefördert werden, sondern daß sie auch in Hannover aus der Passerelle vertrieben werden. Statt Sozialpolitik greift Ordnungsrecht. Dies können wir nicht als grüne Sozialpolitik ansehen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Als nächster hat Herr Kollege Dr. Hruska das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion hat heute erstaunlicherweise ein breites Kapitel seiner Rede der Sozialpolitik gewidmet.

(Bartling [SPD]: Es war eine gute Rede!)

Das war deshalb erstaunlich, weil das Wort „Sozialpolitik" in den Reden von Herrn Schröder in den letzten Jahren vergeblich gesucht wurde, wenn es hier um Haushaltsdebatten ging.

(Beifall bei der FDP und der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Er hat aber auch gleich die Begründung dafür geliefert, weshalb er sich heute über Sozialpolitik ausgelassen hat.

(Frau Pistorius [SPD]: Was heißt hier „ausgelassen"?)

Die Gründe, die dafür maßgebend waren, Frau Pistorius, haben deutlich gemacht, daß er sich nicht von der Sache her diesem Thema widmen wollte.

(Zustimmung bei der FDP und der CDU.)

Als Gründe führte er nämlich die Kommunalwahlergebnisse der Republikaner in Nordrhein-Westfalen an, und er zog daraus den Schluß, daß das Wahlergebnis der Republikaner in Nordrhein-Westfalen mit dem Haushalt zusammenhänge, den wir im Land Niedersachsen verabschieden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Er sagte, daß das, was wir in den Ländern für die Sozialpolitik tun — im Augenblick sprechen wir ja hauptsächlich von Niedersachsen —, von den Bürgern kritisch beobachtet werde und zu Wahlergebnissen wie in Nordrhein-Westfalen führe.

(Frau Pistorius [SPD]: Das ist aber sehr vereinfachend dargestellt!)

Ich bin aus dieser Gegend gebürtig und kenne besonders die Wohnviertel in Hamm, in denen Republikaner bei der Wahl höhere Prozentzahlen erzielt haben. Das sind Arbeiterwohnviertel, die sicherlich nicht zu den reichen, aber auch nicht

zu den armen Wohnvierteln in Nordrhein-Westfalen gehören. Das gilt auch dann — damit komme ich zu der Frage: Was ist Armut? —, wenn wir den Armutsbegriff des Berichtes des DPWV unterstellen.

Ich will Ihnen einmal deutlich sagen: Ich habe großes Verständnis dafür, nachdem ich den Bericht gelesen habe. Er braucht aber nicht als Landtagsdrucksache verteilt zu werden, wie Herr Schröder das gefordert hat. Die Abgeordneten lesen außer Landtagsdrucksachen auch noch etwas anderes.

(Zurufe von der SPD.)

— Hören Sie doch einmal zu; das muß Sie doch freuen.

Ich habe das also mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Dabei habe ich Verständnis dafür, daß man dann, wenn man von Armut spricht, nicht von einem absoluten Betrag, nicht von dem spricht, was nötig ist, um am Leben zu bleiben und um einigermaßen wohnen zu können, sondern daß sich das am Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und am Lebensstandard bemißt, den man rundherum erleben kann. Das ist sicher richtig.

(Schuricht [SPD]: So ist das!)

Ich verstehe durchaus, daß sich unsere älteren Frauen, Witwen, mit einer schmalen Rente, mit der sie sicherlich ihr Leben bestreiten können, arm fühlen, wenn sie in ihrer Umgebung — — —

(Frau Pistorius [SPD]: Sie sind es! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das ist ja die Frage. Einige sind es auch. Frau Pistorius, ich sagte doch bereits, daß ich dafür Verständnis habe. Ich würde mich ebenfalls arm fühlen, wenn ich rundherum einen solchen Lebensstandard erlebte. Deswegen lassen Sie uns nicht darüber streiten.

Unsere Sozial- und Rentenpolitik geht von der Solidargemeinschaft der Generationen aus. In einer Zeit, in der die arbeitende Bevölkerung einen höheren Verdienst hat, ist es selbstverständlich, daß dementsprechend auch die Renten höher sein müssen. In anderen Zeiten ist es dann umgekehrt. Wir haben ja schließlich eine Solidargemeinschaft der zur gleichen Zeit lebenden Generationen. Das ist richtig, soweit dieser relative Armutsbegriff von Bedeutung ist. Wir leugnen das nicht. Wir wollen uns auch darum bemühen.

Wodurch ist denn aber auf der anderen Seite eine solche relative Armut entstanden? — Sie ist, wenn sich das am Lebensstandard der Gesamtbevölkerung bemißt, eben auch durch den insgesamt höheren Lebensstandard entstanden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Bei unseren Bemühungen, den Lebensstandard insgesamt zu erhöhen, erwecken wir selbstverständlich, subjektiv betrachtet, bei denen, die daran nicht im gleichen Maße teilnehmen, das Gefühl, daß sie zu den Ärmeren gehören. Das ist leider selbstverständlich. Wir werden deshalb nicht nachlassen, den Lebensstandard für alle zu erhöhen. Wir werden uns auch darum bemühen, daß keiner ausgegrenzt wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Dabei wird es aber immer einen Prozentsatz von vielleicht 20 geben, die unter dem normalen Durchschnittseinkommen liegen. Das gilt gerade dann, wenn wir uns bemühen, etwas mehr zu tun. Wir wollen uns darüm bemühen. Ich würde mich freuen, wenn Sie uns nicht unterstellten, wir hätten kein Herz und keinen Sinn dafür.

Unsere Bemühungen spiegeln sich nicht immer in den Zahlen des Sozialhaushaltes wider. Wir meinen nämlich, daß es nicht darauf ankommt, für Sozialpolitik besonders viel Geld auszugeben, sondern darauf, auf diesem Gebiet besonders viel zu tun. Das Ausgeben von Geld steht nicht immer in direkter Relation zu dem, was man damit erreicht. Das sieht man überall in der Wirtschaft und auch überall in der Welt.

(Beifall bei der FDP. — Frau Schreiner [Grüne]: Das ist auch eine praktische Philosophie für eine Haushaltsdebatte! — Lindhorst [CDU]: Es gibt aber auch arme Reiche!)

— Frau Schreiner, wir sprechen hier über ausgewählte Kapitel der Sozialpolitik und haben nur wenig Redezeit zur Verfügung. Sie mögen es mir bitte ersparen, Zahlenkolonnen aufzustellen.

(Plaue [SPD]: Das hat der Lindhorst schon zur Genüge getan! Laß man!)

Für mich ist es hier wichtiger, unsere grundsätzlichen Entscheidungen darzulegen. Daraus können Sie dann die Begründung für unsere Entscheidungen im Sozialausschuß, in dem wir über manche Dinge ja anders abgestimmt haben als die CDU, ableiten.

Derzeit erleben wir, daß man in Ungarn, in Polen, in der DDR und in der Sowjetunion von der Planwirtschaft abrückt und zu mehr Marktwirtschaft kommen will. Ich sage Ihnen, daß wir gerade im Bereich der Sozialpolitik leider immer noch zu viel Planwirtschaft haben,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

was manchmal Ursache dafür ist, daß wir mit viel Geld wenig erreichen.

(Zuruf von Dr. Riege [SPD].)

— Herr Riege, auch in der Gesundheitspolitik Marktwirtschaft. Wenn ein privater Krankenhausträger anbietet, ohne finanzielle Hilfe des Staates ein Krankenhaus zu bauen, und hinterher zu Pflegesätzen kommt, die die Krankenkassen veranlassen zu sagen, daß die Patienten am besten in dieses Krankenhaus gehen sollten, weil die Pflegesätze dort niedrig seien, obwohl der Träger keine staatlichen Hilfen erfahren hat, dann ist das Marktwirtschaft in der Sozialpolitik und auch in der Gesundheitspolitik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie hilft den Kranken und auch den Versicherten insofern, als die Beiträge nicht ansteigen.

(Frau Schreiner [Grüne]: Und wie werden dort die Pflegekräfte bezahlt?)

Das gilt nicht nur für die Krankenhäuser,

(Frau Pistorius [SPD]: Was ist mit dem Krankenhausbedarfsplan?)

sondern auch für die ambulante Pflege und die Sozialstationen.

Wir sind dem Niedersächsischen Sozialminister dafür dankbar, daß er hier in Niedersachsen ein nahezu flächendeckendes Netz von Sozialstationen eingerichtet hat. Wenn das aber richtig funktionieren soll, dann bitte ich ihn auch, die privaten Anbieter solcher ambulanten Dienste nicht aus dem Wettbewerb hinauszudrängen, sondern diese Konkurrenz zu ermöglichen. Auch das ist weniger Planwirtschaft und mehr Marktwirtschaft. Auch damit kommen wir zu niedrigeren Kosten und höheren Effekten.

(Frau Pistorius [SPD]: Aber nur dann, wenn Sie alle Lasten übernehmen!)

Ich will diese Beipiele nicht fortsetzen. Ich wollte Ihnen nur den Grundgedanken unserer Sozialpolitik, der mit viel Herz für die Armen und die Betroffenen, aber auch mit dem Wunsch, den Kranken auf dem richtigen Wege zu helfen, verbunden ist, deutlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Sozialminister Schnipkoweit, Sie sind der nächste Redner.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon seltsam: Man lernt in diesem Hohen Hause nie aus.

(Schuricht [SPD]: So ist das!)

Heute morgen befaßte sich der Kollege Schröder fast die ganze Zeit mit der Sozialpolitik, kritisierte die Sozialpolitik, und um 14 Uhr sitzt er in einer Pressekonferenz und ist jetzt nicht mehr hier in diesem Hause. Ich muß schon sagen: Wie man mit diesem Parlament umgeht, ist schon eine tolle Geschichte.

(Auditor [SPD]: Fragen Sie einmal, warum er nicht da ist! — Frau Pistorius [SPD]: Herr Minister Schnipkoweit, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß Herr Schröder bei einer Beerdigung ist! — Auditor [SPD]: Nun schnallen Sie aber ab, Herr Minister!)

— Ich schnalle gar nicht ab. Ich sage nur: Die SPD hat zu einer Pressekonferenz eingeladen.

(Auditor [SPD]: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Der Präsident hat vorhin Besucher aus der DDR begrüßt. Wenn die Ihre Zwischenrufe hören und feststellen, daß man sich hier nicht einmal gegenseitig zuhören kann, dann werden sie gar keinen Spaß daran haben, bei sich etwas Entsprechendes zu machen.

(Frau Pistorius [SPD]: Ich finde das faszinierend!)

Das gleiche gilt für die Zuschauer. Ich kann die Schreierei ab. Denken Sie aber bitte daran, wie es auf die Zuschauer wirkt, wenn Sie meinen, daß Sie hier alles mit Ihren Zwischenrufen machen müßten.

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister, entschuldigen Sie einen Moment. — Damit keine Mißverständnisse entstehen, möchte ich folgendes erklären: Der Kollege Schröder hat sich für die Sitzung am heutigen Nachmittag entschuldigt, weil er an einer Beerdigung teilnehmen muß.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Das habe ich nicht gewußt.

(Auditor [SPD]: Dann fragen Sie doch erst einmal, warum er nicht teilnimmt! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Sozialministers hat ein Gesamtvolumen von mehr

als 3,9 Milliarden DM. Der größte Block sind die Ausgaben für Behinderte und alte Menschen. Er umfaßt mehr als 1,7 Milliarden DM.

399 Millionen DM geben wir für unsere Krankenhäuser aus. Wenn ich daran denke, wie wir die Mittel für die Suchtbekämpfung, die Drogenbekämpfung und die Aidsbekämpfung, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen, erhöht haben, muß ich sagen, daß sich dieser Haushalt des Sozialministers wirklich sehen lassen kann.

(Zustimmung bei der CDU.)

Da im Augenblick die Wohnungsbaupolitik das größte Thema ist, möchte ich Ihnen sagen, daß in diesem Haushalt 1,6 Milliarden DM für den Wohnungsbau, die Stadtsanierung und das Wohngeld veranschlagt sind. Das ist das größte Wohnungsbauprogramm,

(Plaue [SPD]: Das Ihnen die Kommunen bezahlen! Das Sie sich von den Kommunen bezahlen lassen!)

das es in der Geschichte des Landes Niedersachsen jemals gegeben hat.

(Beifall bei der CDU.)

Die SPD hat bekanntlich einen Entschließungsantrag gestellt. Man muß sich auf der Zunge zergehen lassen, was hier geschrieben steht. In einem Absatz heißt es:

„Der Niedersächsische Landtag stellt fest, daß der Ausstieg des Bundes und des Landes aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus Mitte der 80er Jahre ein schwerer politischer Fehler war".

(Zustimmung bei der SPD.)

Jetzt kommt der wichtige Nachsatz:

„... der zur größten Wohnungsnot nach Ende des Zweiten Weltkriegs geführt hat."

(Lachen bei der CDU. — Plaue [SPD]: Richtig!)

— Sie bestätigen das auch noch. Wenn Sie das sagen, kann ich Sie nicht mehr ernst nehmen. Wer sagt, das ist die größte Wohnungsnot nach Ende des Zweiten Weltkriegs, ist nicht ernst zu nehmen.

Im Jahr 1945, als die Stadt Hildesheim ausgebombt war, haben meine Großeltern, die damals 80jährig waren, in der Waschküche gewohnt. Sie haben dort bis zu ihrem Tode gelebt. Das war Anfang des Jahres 1950. Damals haben Millionen Menschen in Deutschland in Kellern, Bunkern, Waschküchen und Ställen gelebt. Und Sie bezeichnen die gegenwärtige Situation als die größte Wohnungsnot seit Ende des letzten Weltkriegs! Das kann nur jemand sagen, der keine Ahnung hat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Plaue [SPD]: Sie begreifen es nur nicht!)

Wenn man gesagt hätte, das sei seit 20 Jahren die größte Wohnungsnot, hätte ich dafür volles Verständnis. Aber, meine Damen und Herren, wer das Elend nach 1945 mitgemacht hat, kann nicht davon sprechen, daß wir heute die größte Wohnungsnot seit Ende des Krieges haben.

(Frau Pistorius [SPD]: Nach dieser Zeit, Herr Minister!)

Ich möchte einmal wissen, wer von den Sozialdemokraten, die hier im Hause sitzen, auch nur einen Quadratmeter Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU.)

Wie ist das denn, meine Damen und Herren? Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt mit der Überschrift: „Viele Prominente wohnen billig". In den letzten Tagen konnten wir in allen Zeitungen lesen — auch in der „Hannoverschen Neuen Presse", die der SPD sehr nahe steht —, daß der Kollege Jüttner eine 140 m^2 große Wohnung für eine Miete von 5,50 DM je Quadratmeter bewohnt. Und der Mann schämt sich nicht einmal!

(Plaue [SPD]: Eine frei finanzierte Wohnung! Wie groß ist denn die Wohnung, die Sie bewohnen? — Frau Pistorius [SPD]: Das ist eine persönliche Diffamierung! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Wenn man ein bißchen Gefühl hätte, würde man sagen: Ich habe Mist gebaut, ich trete als Unterbezirksvorsitzender zurück. Aber nein, meine Damen und Herren. Da sagt er noch, was er für ein toller Kerl ist und wieviel Genossen mit hohem Einkommen in den billigen Wohnungen der Landeshauptstadt wohnen. Es ist ja nicht er allein. Das sind die ganzen Spitzenleute der SPD, die in billigen Wohnungen für 5,50 DM Miete je Quadratmeter sitzen.

(Zuruf von der SPD: Sie sind ein Schmutzfink! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Und dann stellt sich heute morgen Schröder hin und sagt, wieviel Miete die armen Leute bezahlen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Diese doppelte Moral habe ich gern. Das habe ich gern, wenn man solche Dinge zu Papier bringt

(Frau Pistorius [SPD]: Sie sollten sich zu schade sein, Kollegen persönlich zu diffamieren!)

und selbst nicht bereit ist, auch nur ein bißchen für andere da zu sein.

(Zuruf von Frau Pistorius [SPD].)

— Entschuldigen Sie mal! Das ist doch keine persönliche Diffamierung.

(Zurufe von der SPD. — Glocke des Präsidenten. — Plaue [SPD]: Wo wohnen Sie denn?)

— Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt. Ich habe in diesem Jahr für eine Spätaussiedlerfamilie eine Eigentumswohnung gekauft; damit das völlig klar ist.

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister, meine Damen und Herren, ich lasse keine Zwiegespräche mehr zu! Gemeldet hat sich der Kollege Auditor zu einer Zwischenfrage. Herr Minister, wenn Sie die beantworten wollen, können Sie das tun.

(Minister Schnipkoweit: Nein, will ich nicht!)

— Dann bitte ich Sie, Ihre Ausführungen fortzusetzen. Bitte keine Zwiegespräche mehr zwischen dem Redner und den Abgeordneten!

Schnipkoweit, Sozialminister:

Meine Damen und Herren, weil die Frage kam, wieviel Quadratmeter ich denn bewohne, wiederhole ich: Ich habe in diesem Jahr für eine Spätaussiedlerfamilie eine Eigentumswohnung gekauft, eine Neubauwohnung in Braunschweig, die ich für 7,50 DM vermietet habe. Ich bewohne also keine öffentliche Wohnung wie Sie; damit das mal klar ist.

(Zurufe von der SPD.)

Mir können Sie so nicht kommen!

Meine Damen und Herren, dann hat Schröder hier gesagt, was alles nicht passiert ist. Es ist schade, daß Herr Schröder nicht da ist. Aber Sie sind ja da, Herr Auditor.

(Auditor [SPD]: Menschenskind, Sie reden doch dauernd nur falsches Zeug über andere Leute! Andere fertigmachen, mehr können Sie doch gar nicht! Sie sind einer der größten Demagogen, der hier herumläuft!)

Vor der Wahl 1986 haben Sie, die gesamte SPD, den Standpunkt vertreten — —

(Zurufe von der SPD.)

— Herr Präsident, ich bitte das zu rügen. Ich lasse mich hier nicht von jemandem als „Mistvieh" bezeichnen.

(Auditor: Was habe ich getan?)

— Der mit der roten Krawatte war das!

(Auditor [SPD]: Ich habe „Demagoge erster Güte" gesagt!)

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister, entschuldigen Sie bitte einen Augenblick. — Herr Kollege Graeber, ich habe Ihren Zwischenruf verstanden. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU.)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Meine Damen und Herren, die SPD war mit uns vor der Wahl 1986 und auch nach der Wahl, Herr Kollege Auditor, im Ausschuß darüber einig — das steht im Protokoll des Ausschusses —, daß wir den sozialen Wohnungsbau zurückfahren und mehr Geld für die Stadtsanierung zur Verfügung stellen. Wenn Sie hier kritisieren, Sie hätten das schon immer gewußt: Nachweislich hat die SPD bis einschließlich 1988 keinen Antrag gestellt, zusätzliche Sozialwohnungen zu bauen. 1986 nicht, 1987 nicht, 1988 nicht, keine müde Mark! Und dann stellt sich hier der Schröder mit Tränen in den Augen hin und sagt, wie schlecht wir gewirtschaftet hätten, aber hat nicht einen Antrag gestellt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

— Entschuldigen Sie,

(Plaue [SPD]: Lesen Sie das mal nach! — Auditor [SPD]: Sie können doch nicht dauernd die Unwahrheit sagen!)

ich habe die Protokolle nachlesen lassen. Das ist ja der Vorteil eines Ministers; der kann nachlesen lassen, und das machen obendrein noch gute Sozialdemokraten, meine Damen und Herren!

(Auditor [SPD]: Sie sagen hier nur die Unwahrheit!)

Wir hatten sogar die Situation, daß der Kollege Zöpel in Nordrhein-Westfalen ganze Stadtteile abreißen lassen wollte. Das müssen Sie sich einmal anhören: 1986/87 wollte Herr Zöpel, ein Linksaußen in der SPD, ganze Stadtteile abreißen, weil er zu viele Wohnungen hatte. Und hier beschimpft man uns, wir hätten nichts getan!

Zur Finanzierung: Es ist komisch, die SPD hat nun in ihrem Antrag ein Programm und sagt, sie will 4 Millionen DM einsetzen für den Härteausgleich. Meine Damen und Herren, Sie müssen einmal wissen, welche Wohnungen das sind. Die schlechteste Finanzierung, die es jemals in Niedersachsen für den Mietwohnungsbau gegeben hat, gab es von 1972 bis 1975. Wer hat da regiert? — Die SPD ganz allein mit einer Stimme Mehrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Was hat man damals gemacht? — In dieser Zeit hat man im Regionalprogramm 10 584 Wohnungen gefördert. Das können Sie im Bericht der Landestreuhandstelle nachlesen; da ist das ganz genau aufgeführt. Das sind die Wohnungen, die uns heute die großen Probleme machen, die Wohnungen, die über 10 DM Miete kosten. Da stellt man jetzt Anträge, daß wir nachfinanzieren, was vorher an Murks gemacht worden ist. Und dann sagen Sie:

(Zuruf von Auditor [SPD]. — Plaue [SPD]: Sie machen doch den gleichen Murks!)

Jetzt wollen wir aber eine vernünftige Sozialpolitik machen.

(Heineking [CDU]: Jawohl! — Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, dann hat Herr Schröder hier heute morgen eine Horrorvision von unserer Bundesrepublik Deutschland gemalt. Ich habe mich genau wie der Kollege Gansäuer gefragt: In welchem Land lebst du eigentlich? Meine Damen und Herren, es ist doch wahr, es gibt kein Land auf dieser Erde, in dem die soziale Sicherheit größer ist als in dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU. — Frau Pistorius [SPD]: Was zu beweisen wäre, Herr Minister!)

— Ich kann das beweisen. Wenn es nicht um Zeit ginge, würde ich Ihnen aus Schweden, aus Dänemark, aus Holland, aus allen Ländern — ich rede nur von vergleichbaren Ländern — die Fakten hier auf den Tisch legen.

(Frau Pistorius [SPD]: Na, na!)

— Das könnte ich; ich bin dagewesen.

(Frau Pistorius [SPD]: Wir auch!)

— Ich weiß das. Ich habe nachgelesen, wo Sie waren.

Wenn man sich die Rede vergegenwärtigt, dann hat die SPD bei einem Haushalt von knapp 4 Milliarden DM ganze 20 Millionen DM für echte sozialpolitische Verbesserungen beantragt. Das muß man sich einmal vorstellen! Das ist der ganze Behindertenbereich, der Bereich alte Menschen, das gesamte Gesundheitswesen.

(Frau Pistorius [SPD]: Weit über 100!)

— Ich rede von der klassischen Sozialpolitik.

(Frau Pistorius [SPD]: Ach, was ist bei Ihnen klassisch? — Auditor [SPD]: Klassisch sind Sie, aber sonst nichts!)

— Das ist eben die klassische Sozialpolitik. Dafür haben Sie wenig Verständnis. Ich weiß das. Das hat früher bei Ihnen keine Priorität gehabt. Herr Bruns ist schon rausgelaufen. Er denkt natürlich an die Zeit, in der er mitgestimmt hat, an den Sauladen, den wir zum Teil übernommen haben.

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Ich weiß, warum die hier rauslaufen. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben.

Ich will abschließend folgendes sagen:

(Auditor [SPD]: Wir sind dankbar, daß die CDU Sie abgeschossen hat!)

— Was hat die CDU? Mich abgeschossen?

(Auditor [SPD]: Wir sind dankbar, daß die CDU Sie abgeschossen hat!)

— Mich abgeschossen? Wo hat mich die CDU abgeschossen? Machen Sie sich keine Sorgen!

(Zurufe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will folgendes deutlich machen:

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister, ich habe Ihre Bemerkung über den Sauladen verstanden. Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Das ist aber unbestimmt!)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Dann muß ich es eben deutlicher sagen. Wenn ich „Sauladen" nicht sagen darf, dann sage ich: Das waren die menschenunwürdigen Verhältnisse in unseren psychiatrischen Landeskrankenhäusern.

(Beifall bei der CDU.)

In Göttingen waren 1974, als die Genossen allein regiert haben, 70 Patientinnen in einem Saal un-

tergebracht, und sie hatten nur eine Badewanne und zwei Toiletten zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU.)

Die Patienten mußten damals bis zu 80 Stunden in der Woche arbeiten. Wissen Sie, was sie damals von den Sozialdemokraten gekriegt haben? Im Monat bis zu 15 DM. Als wir Anträge gestellt haben — damals war Herr Bruns, der Parteivorsitzende, schon im Landtag —, hat er unsere Anträge mit seiner Stimme abgelehnt. Wenn er mit uns gestimmt hätte, wären schon 1973, 1974 usw. die Verhältnisse in unseren Landeskrankenhäusern erheblich verbessert worden.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen keine Nachhilfe von der SPD über Sozialpolitik. Selbst wenn wir auf kleinen Gebieten unterschiedliche Auffassungen mit der FDP als Koalitionspartner haben — es wäre schrecklich, wenn wir einen Einheitsbrei hätten; wir haben gesehen, was der Einheitsbrei drüben ausmacht —, kann das gegenseitig nur befruchten. Insgesamt können wir auf die Sozialpolitik stolz sein, die wir in den letzten Jahren in Niedersachsen gestaltet haben. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mir liegt eine ganze Reihe von Wortmeldungen zur Sache vor. Wir reden ja über den Haushalt 1990. Ich muß schon sagen, vieles von dem, was der Herr Minister eben gesagt hat, gehörte nicht mehr unmittelbar zum Haushalt. Er bewegte sich am Rande eines Sachrufes, so daß ich ihn zur Sache hätte rufen müssen.

(Widerspruch bei der CDU.)

— Wir können darüber im Ältestenrat reden, und das Protokoll wird es auch ausweisen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Das Wort hat jetzt außerhalb der Reihenfolge der Redner der Kollege Jüttner gemäß § 76 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung. — Herr Kollege Jüttner, ich gehe davon aus, daß Ihnen die geschäftsordnungsmäßigen Bedingungen bekannt sind. Sie dürfen nicht länger als fünf Minuten sprechen.

(Krapp [CDU]: Aber, Herr Präsident, was der Minister gesagt hat, war alles die Wahrheit! — Gegenruf von Frau Pistorius [SPD]: Der Kollege Jüttner hat das Wort!)

Jüttner (SPD):

Herr Präsident, ich werde diese Zeit weit unterschreiten. Ich möchte mich bemühen, das mit einigermaßen Ruhe hinter mich zu bringen, obwohl es mir, wie ich gestehen muß, relativ schwerfällt.

Herr Schnipkoweit, Sie haben mich in einer Weise öffentlich angegriffen, wie ich es seit knapp zwei Wochen gewohnt bin. Das hat eine Vorgeschichte. Die anderen sind, wenn man so will, Dilettanten im Gegensatz zu Ihnen; Sie sind in der Sache Profi. Sie haben Vorwürfe konstruiert, was meine Mietsituation angeht, die wahrheitswidrig sind und in einer Weise in meine persönliche und Privatsphäre eingreifen, die schon hochgradig kompliziert ist.

(Krapp [CDU]: Wohnen Sie nun da, oder wohnen Sie da nicht!)

Als ich mich zu Wort meldete, hatte ich zunächst vor, Ihnen in der Sache zu antworten und Ihnen nachzuweisen, daß das falsch ist und daß alles, was Sie darauf aufbauen, von vorne bis hinten nicht stimmt. Ich mache das nicht, weil ich erstens hätte erwarten können, daß Sie Informationen eingeholt hätten, ehe Sie hier diese Art von Rufmord starten. Zweitens haben Sie durch Ihren Beitrag erneut bewiesen, daß es in der Tat keinen Zweck hat, sich mit Ihnen argumentativ auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb erkläre ich hier: Es ist von vorne bis hinten nicht richtig, was Sie hier konstruieren.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn richtig?)

Es ist im übrigen hochgradig gefährlich, wie Sie einen Kollegen dieses Hauses hier angehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Zurufe von der SPD. — Lindhorst [CDU]: Was ist denn nun wahr? — Frau Pistorius [SPD]: Das ist sein Stil!)

Vizepräsident Bosse:

Ebenfalls außerhalb der Reihenfolge der Rednerliste erteile ich gemäß § 76 unserer Geschäftsordnung das Wort dem Kollegen Bruns (Reinhausen).

(Lindhorst [CDU]: Aber jetzt: Was ist die Wahrheit? — Frau Schliepack [CDU]: Was ist denn die Wahrheit?)

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Schnipkoweit hat vorhin

dem Kabinett, dem ich seinerzeit angehörte, dem Kabinett Kubel, vorgeworfen, es habe hier in Niedersachsen einen Sauladen hinterlassen.

(Lindhorst [CDU]: „Saustall"!)

— Saustall!

(Frau Pistorius [SPD]: Das ist Schnipkoweitscher Stil!)

Dazu habe ich folgendes zu bemerken: Bis 1970 haben in Niedersachsen Sozialdemokraten zusammen mit der CDU regiert, und zwar in gutem Einvernehmen. Herr Hasselmann war mein Vorgänger.

(Lindhorst [CDU]: Nur drei Jahre, Herr Bruns!)

— Darf ich vielleicht meine Äußerungen zu Ende bringen ohne Zwischenbemerkungen?

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Aber nicht bis 1970! Das stimmt nicht!)

Wir haben später eine Koalition mit der FDP gehabt. Ich kann mich nicht erinnern, daß die Zusammenarbeit — weder die mit der CDU noch die mit der FDP — derart gestaltet war, daß wir hier einen Saustall fabriziert hätten; das war in der Zusammenarbeit mit keiner der beiden Parteien der Fall.

Jetzt kommt das Entscheidende: Als der damalige Ministerpräsident Kubel im Jahre 1976 mitten in der Periode aus freien Stücken zurücktrat, ist Herr Dr. Albrecht ans Rednerpult gekommen und hat eine Lobrede auf den ausscheidenden Ministerpräsidenten gehalten, eine Lobrede auf das, was dieser für unser Land geleistet habe. Das steht im krassen Mißverhältnis zu dem, was man hier heute sagt, das sei ein Sauladen gewesen.

(Beifall bei der SPD.)

Das nächste, worum ich Sie wegen dieser persönlichen Angriffe alle bitten möchte, ist folgendes: Jeder von uns wird wohl wissen, wie er sich in der Notlage zu verhalten hat, wie sie in den Jahren 1945 und 1946 bestand und wie wir sie jetzt alle wieder erleben. Da sollte man nicht eine ganze Fraktion kränken, indem man sagt: Ich möchte mal wissen, wer von euch Vertriebene aufgenommen hat. Das war, so meine ich, die Pflicht eines jeden Bürgers. Man sollte sich auch bemühen, nicht immer die eigenen Wohltaten öffentlich herauszustellen.

(Frau Pistorius [SPD]: Ja, das kann er besonders gut!)

Ich hatte damals in dem Betrieb, in dem wir heute noch mit zwei oder drei Mann arbeiten würden, wenn wir nicht die alten Leute behalten hätten, 100 Menschen mit ihren Familien beschäftigt, nur um sie unterzubringen. Das haben viele gemacht. Ich wehre mich dagegen, daß Mitglieder dieses Hauses, auf welcher Seite auch immer, persönlich so sehr diffamiert werden. Jeder gibt sich die größte Mühe, diesem Land zu dienen. Deshalb sind solche Ausdrücke wirklich völlig fehl am Platze!

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich stelle denjenigen, die ich mit einem Ordnungsruf habe belegen müssen, anheim, sich hier zu entschuldigen. Dann wäre die Sache aus der Welt.

Nächster Redner ist der Kollege Sikora. Er spricht ebenfalls zum Bereich Soziales, hier speziell zum Sektor Wohnungsbau.

(Köneke [SPD]: Wenn der redet, wird es ja noch schlimmer!)

Sikora (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Zwischenrufe von seiten der SPD hört, noch bevor man ans Rednerpult geht, dann ist das beschämend, was einem hier geboten wird.

(Zurufe von der SPD.)

Das, was der Kollege Bruns verständlicherweise hier eben noch für Sie zu retten versuchte, verhält sich in Wahrheit doch ganz anders, meine Damen und Herren. Seit Jahr und Tag ist es Ihr Ziel — nichts anderes betreiben Sie —, den Sozialminister in einer Art und Weise zu attackieren, die in der Sache ungerecht ist

(Frau Schreiner [Grüne]: Das hat er verdient! — Biel [SPD]: Reden Sie mal zur Sache!)

und darüber hinaus nur auf persönliche Angriffe ausgerichtet ist, und das halte ich für beschämend.

(Beifall bei der CDU.)

Gerade Sie, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, die Sie immer den Anspruch auf eine hohe demokratische Moral erheben, sollten das hier im Hause auch zum Tragen bringen. Das gilt aber offensichtlich nur sonntags, wenn

Sie darüber reden, aber nicht dort, wo Sie an der Politik mitwirken.

(Graeber [SPD]: Wir müssen uns alles gefallen lassen, was? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das gilt auch für Sie, Herr Patzschke. Überlegen Sie sich gut, was Sie als Zwischenruf sagen. Gerade das, was Sie in der Wohnungsbaupolitik gegenüber dem Minister Schnipkoweit an Angriffen erheben, hätten Sie in der Zeit, in der Sie in Bonn Regierungsverantwortung hatten — bis 1982; so lange ist das noch gar nicht her — doch alles machen können! Bloß, wie hat es denn ausgesehen, als Ihr Bundeskanzler damals das Amt verlassen mußte, weil er wegen der mißlichen Wirtschaftslage überhaupt nicht mehr tragbar war für unser Volk? Deswegen wurde er doch praktisch entlassen!

(Köneke [SPD]: Das ist Quatsch, was du da erzählst, reiner Quatsch!)

— Herr Köneke, Sie wissen es ganz genau.

(Köneke [SPD]: Ja, wir wissen es!)

Wenn das Quatsch ist, dann frage ich mich, warum der Bundeskanzler Schmidt 1982 keinen Nachfolger mehr gehabt hat. Das muß doch wohl seine Gründe gehabt haben!

Nun will ich die Geschichte der Sozialdemokraten hier nicht ganz abwickeln, meine Damen und Herren. Aber eines zu sagen erscheint mir immerhin wichtig: Wenn Sie über Wohnungsbau sprechen, dann sind Sie mit einer Besserwisserei ausgestattet, daß man Ihnen beinahe glauben möchte, wenn man nicht genau wüßte, wie es wirklich darum bestellt ist. Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, Sie sind die Verantwortlichen für einen Skandal in der Unternehmenswirtschaft des Wohnungsbaues, obwohl Sie durch Ihre Parteifreunde und durch Ihr Mittun maßgeblich die Möglichkeit besessen haben, diesem Staat zunächst einmal modellhaft ein gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen zu erhalten, und zwar nicht nur bis zum Jahre 1988, sondern nach menschlichem Ermessen auf unbegrenzte Zeit.

(Plaue [SPD]: Wer saß denn in den Aufsichtsräten in Niedersachsen mit drin? Damit meinen Sie doch wohl den Minister!)

Der Modellcharakter, den die Neue Heimat gehabt hat, ist durch Ihre Verantwortlichkeit so zu Ende gegangen, daß es ein Skandal und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch war.

(Zuruf von Plaue [SPD].)

Das ist sozialdemokratische Philosophie von Wohnungsbaupolitik, wenn Sie in der Verantwortung stehen.

(Waike [SPD]: Sprechen Sie mal zum Haushalt!)

Das ist nun einmal so; da können Sie sich ruhig aufregen. Das sind Fakten, die allemal nachlesbar sind.

Auf eines, meine Damen und Herren, möchte ich noch ganz kurz eingehen, weil es die Entwicklung der letzten neun Jahre im Wohnungsbau in diesem Lande betrifft. Wir müssen feststellen, daß die Skala der Wohnungsbaupolitik, des Wohnungsmarktes von einer ständig abweichenden Wohnungssituation gekennzeichnet gewesen ist.

(Köneke [SPD]: Was ist denn das?)

Bemerkenswert dabei ist, daß sich das Auf und Ab der Bedarfsentwicklung auf relativ kurze Zeiträume erstreckte. Im Ergebnis sieht es so aus, daß wir in den letzten Jahren — immer auf den Zeitpunkt vor neun Jahren bezogen — nahezu alle drei bis vier Jahre eine völlig neue Entwicklung am Markt zu verzeichnen hatten.

(Plaue [SPD]: Wenn Sie das alles so genau wissen, warum haben Sie dann der Kurve nicht gegengesteuert?)

— Lassen Sie mich das mal sagen, Herr Plaue.

(Plaue [SPD]: Nennen Sie mal ein paar Fakten!)

— Lassen Sie doch mal Ihr dämliches Zwischenrufen; das ist ja nicht zu ertragen, was Sie hier praktizieren!

(Zuruf von Rippich [SPD].)

Meine Damen und Herren, während Ende der 70er Jahre von der Flucht in die Betonburgen und anschließend von unverkäuflichen Wohnungshalden gesprochen wurde, tauchte Anfang der 80er Jahre die Vokabel von der neuen Wohnungsnot auf, die bereits wieder Mitte der 80er Jahre in Marktsättigung und Wohnungsleerstände mit Mietausfällen und Stagnation im Wohnungsbau umschlug, bis sich innerhalb kürzester Zeit, seit Anfang 1988, ein erhöhter Wohnungsbedarf ergab.

(Auditor [SPD]: Das haben Sie vor einem halben Jahr noch verneint!)

— Das sind die Fakten, Herr Auditor. Es ist nichts hinzugefügt und nichts geschmälert.

(Zuruf von Auditor [SPD]. — Lindhorst [CDU]: Wenn Sie einmal ruhig sein würden!)

— Dabei scheint mir wichtig, daß der heutige — — —

(Gegenruf von Auditor [SPD]: Herr Lindhorst, mit Ihnen rede ich doch gar nicht! — Lindhorst [CDU]: Aber Sie schwatzen dauernd! — Auditor [SPD]: Vor einem halben Jahr haben Sie noch alles verneint, was Sie jetzt sagen!)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Sikora, bitte!

Sikora (CDU):

Ich danke Ihnen. Aber Sie hätten eigentlich dem Kollegen Auditor etwas sagen müssen!

Vizepräsident Bosse:

Urteilen Sie nicht ungerecht! Sie werden auch von Mitgliedern Ihrer eigenen Fraktion unterbrochen.

Sikora (CDU):

Meine Damen und Herren, dabei ist aber wichtig, daß der heutige Wohnungsbedarf in keiner Weise vergleichbar ist mit dem Wohnungsbedarf der 50er Jahre, dem damals in der Tat eine echte Wohnungsnot zugrunde lag. Die heute wieder zunehmenden Wohnungsengpässe entspringen in keinem Fall einer allgemeinen Wohnungsnot, sondern sie haben ihre Ursachen zunächst einmal in der deutlichen Steigerung der verfügbaren Einkommen, die allein von 1983 bis 1988 um über 15 % gestiegen sind.

(Plaue [SPD]: Das wird die vielen Wohnungsuchenden beruhigen!)

Dieser erhebliche Anstieg der verfügbaren Einkommen, Herr Plaue, hat sich im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in den Jahren nach 1982 — nachdem im übrigen Herr Schmidt nach Hause gegangen war — einschließlich der Impulswirkungen der ersten beiden Stufen der Steuerreform unmittelbar auf den Wohnungssektor niedergeschlagen. Im Lichte dieser Entwicklung hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in einem seiner letzten Jahresgutachten festgestellt, daß der Teil der Ausgaben, der auf mittlere Sicht am stärksten zunimmt, nicht, wie vielfach vermutet wird, für Freizeit und Reisen, sondern vielmehr für die Wohnungsnutzung, also für Wohnungen, ausgegeben wird

(Lindhorst [CDU]: Das kann ich bestätigen!)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, an Ihre Adresse ist zu sagen, daß im Gegensatz zu dieser hervorragenden Einkommensentwicklung vor allem Mitte der 80er Jahre infolge der Rezession der Jahre 1981 und 1982 mit einer damals alles belastenden Hochzinsphase mit Kredit- und Hypothekenzinsen von zum Teil über 11 % die Wohnungsnachfrage und die Wohnungseigentumsbildung nahezu abgeschnürt worden sind. Das waren die Ergebnisse Ihrer damaligen Wohnungspolitik.

Für die Einschätzung der Wohnungsnachfrage und der Wohnungsentwicklung in den 90er Jahren bleibt festzustellen, daß die bisher positive Einkommensentwicklung mit der dritten Stufe der Steuerreform im Jahre 1990 noch einmal zu höheren verfügbaren Einkommen führen wird, was in der Folge noch einmal zu einer verstärkten Nachfrage auf dem Wohnungssektor führen wird. Hinzu kommen aber als weitere Faktoren die steigende Zahl der Haushalte und der Haushaltsneugründungen durch die geburtenstarken Jahrgänge sowie insbesondere eine wachsende Zahl von Einpersonenhaushalten, die Wohnungen nachfragen.

(Zuruf von Plaue [SPD].)

— Das sind die Fakten, Herr Plaue. Ein zusätzlicher Druck auf die örtlichen Wohnungsmärkte — daran gibt es überhaupt nichts herumzudeuteln — resultiert aus dem unerwartet starken Zustrom von Aus- und Übersiedlern, der hinsichtlich der Nachfrage einerseits und des Baus von Wohnungen andererseits zu einer völlig neuen Entwicklung geführt hat.

Wenn heute in nahezu hysterischer Weise der Versuch unternommen wird, die Wohnungsbaupolitik der vergangenen Jahre zu verurteilen, so möchte ich darauf hinweisen, daß es entgegen aller Besserwisserei zu keinem Zeitpunkt möglich war, Wohnungen unabhängig von der jeweils aktuellen Nachfragesituation quasi spekulativ auf Halde zu bauen. Als Mitte der 80er Jahre der Mietwohnungsbau von der Nachfrage her fast völlig an Bedeutung verloren hatte, zeichnete sich als große Zukunftsaufgabe in unseren Städten und Gemeinden das Aufgabenfeld der Städtebauförderung ab. Die gesamte Bauwirtschaft sprach damals von einer grundlegenden Umstrukturierung im Bausektor. Vor diesem Hintergrund wurde die staatliche Förderung folgerichtig und damals im übrigen auch unbestritten auf diesen gesamtwirtschaftlich immens bedeutsamen Aufgabenbereich konzentriert. Zeitnah und der aktuellen Entwicklung Rechnung tragend wurden die Städtebauförderungsmittel seit 1985 konti-

nuierlich und dem Bedarf entsprechend auf ein Volumen von durchgehend rund 290 Millionen DM gesteigert. Für das Jahr 1990 ist ein Volumen von 333 Millionen DM bei 208 zu fördernden Maßnahmen vorgesehen.

Parallel dazu sank folgerichtig die Wohnungsbauförderung im Mietwohnungsbau für nur kurze Zeit in den Jahren 1987 und 1988 auf ein damals bedarfsgerechtes Niveau ab, das in der Summe jeweils rund 200 Millionen DM ausmachte. Sie wurde aber, um der neuen aktuellen Wohnungsmarktsituation zum Ende des Jahres 1988 Rechnung zu tragen, mit dem Wohnungsbauprogramm für 1989 und insbesondere durch das sofort aufgelegte landeseigene Programm von zusätzlich 310 Millionen DM auf insgesamt 492 Millionen DM für 10 000 Wohnungseinheiten verstärkt. Für 1990 ist das zunächst wieder auf 10 000 Wohnungseinheiten ausgerichtete Förderprogramm dem aktuellen Nachfragebedarf angeglichen worden,

(Plaue [SPD]: Der ist viel höher!)

das bekanntlich nun — wir haben schon darüber gesprochen — noch einmal um 10 000 zusätzliche Sozialwohnungen aufgestockt wird.

(Plaue [SPD]: Das sind Eigentumsförderprogramme!)

In der für die CDU bzw. die Regierungsfraktionen der CDU und der FDP unabkoppelbaren Kontinuität der Wohnungseigentumsbildung ist landesseitig zur Anschubwirkung eine Bausparzwischenfinanzierung auf der Basis des ehemaligen Bundesprogramms von 1982 mit einem Volumen von ca. 150 Millionen DM für einen Zeitraum von fünf Jahren aufgelegt worden. Damit soll Familien mit Kindern die Möglichkeit eröffnet werden, vorzeitig Wohneigentum zu erwerben. Das wird den vorzeitigen und zusätzlichen Bau von insgesamt ca. 15 000 Wohnungseinheiten zur Folge haben, was in der Umsetzung zur Entlastung des Mietwohnungsmarktes beitragen und im übrigen neuen Wohnraum verfügbar machen wird.

Mit dem Programm der Bundesregierung sind über die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues, das Bausparzwischenfinanzierungsprogramm des Bundes und das Darlehensonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau auch indirekte Fördermodalitäten der Steuervergünstigung durch eine verbesserte Abschreibung eingeführt worden, die die Investitionsbedingungen in den nächsten Jahren erleichtern helfen. Damit werden alle wohnungsbaupolitisch relevanten Möglichkeiten ausgeschöpft, die den Wohnungsuchenden möglichst rasch, unkompliziert und mit erheblichen Engagement des Staates zu einer Wohnung verhelfen sollen.

Gefordert sind jedoch nicht nur der Bund oder das Land, sondern in einem hohen Maße auch die Gemeinden und die Landkreise unseres Landes, etwa wenn es um die Bewilligung eigener Mittel sowie um die zügige Bereitstellung von Bauland oder um die Bearbeitung von Baugenehmigungen geht. Gerade im letztgenannten Bereich haben wir erfahren müssen, daß auch oder vielleicht sogar insbesondere SPD-geführte Gemeinden überhaupt nicht in der Lage waren,

(Zuruf von Schack [SPD])

zukunftsorientiert das Bauland zur Verfügung zu halten, von dem wir hoffen, daß wir dort den entsprechenden Wohnraum noch erstellen können.

(Plaue [SPD]: Sie wissen, daß mehrfach nachgewiesen wurde, daß das nicht stimmt! Sie verbreiten weiter Ihre Unwahrheiten! Das, was Sie sagen, ist völlig falsch!)

Auch das gehört zu einem Stück Wahrheit Ihrer wohnungsbaupolitischen Konzeptionen, Herr Plaue, die in der Tat nur aus Fehlzündungen und Fehleinschätzungen bestehen, die Sie aber nicht davon abhalten, immer wieder in unangemessener Weise die Union und insbesondere den Minister anzugreifen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Schreiner [Grüne]: Na, na!)

Vizepräsident Bosse:

Bislang letzter Redner zum Bereich Soziales ist der Kollege Riege, dem ich das Wort erteile. Danach rufe ich den Bereich Gleichberechtigung und Frauenfragen auf.

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Ziel ist es nicht, das unwürdige Schauspiel, das Herr Minister Schnipkoweit hier geliefert hat, fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Wären Sie doch nur nicht so überheblich!)

— Herr Lindhorst, das, was dieser Minister geleistet hat, habe ich im Ausschuß positiv erwähnt; Sie haben das hier angeführt. Ich sage das auch im Plenum. Da fällt mir kein Zacken aus der Krone. Ich muß aber auch kritisieren und dem Herrn Minister Schnipkoweit sagen: Das, was Sie hier eben vorgebracht haben, ist unwürdig; es strotzt von Unverschämtheiten und Gemeinheiten, und

es strotzt vor allen Dingen von Behauptungen, von denen Sie im Grunde genommen keine beweisen können.

(Beifall bei der SPD.)

Sie können keinen Beleg dafür bieten — — —

(Lindhorst [CDU]: Das ist genauso pauschal, was Sie sagen!)

— Der Minister hat pauschal vorgeworfen, daß sozialdemokratische Mandatsträger unberechtigterweise Sozialwohnungen fehlbelegten. Wer solche Vorwürfe erhebt, muß doch jeden einzelnen Fall belegen und beweisen können. Wer hier aber nicht Roß und Reiter nennen kann, vergiftet das Klima. Das haben Sie getan.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der SPD: So etwas nennt man Rufmord!)

Aber Sie haben auch die Unwahrheit über unsere Wohnungsbauanträge gesagt, die wir in den vergangenen Jahren gestellt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Sie liegen hier schwarz auf weiß vor.

(Zuruf von Minister Schnipkoweit. — Gegenruf von Plaue [SPD]: Ihr habt sie doch abgelehnt, um ein paar Wochen später ein Landesprogramm aufzulegen!)

— Ganz ruhig und sachlich, Herr Minister! Sie haben als Minister und Gewerkschaftskollege in folgenden Sachpunkten versagt: Sie haben jedenfalls bisher in der Drogenarbeit versagt, weil Sie aus Kranken Kriminelle gemacht haben. Das hat Ihnen Herr Hansen oder Herr Trittin zu Recht vorgeworfen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lindhorst [CDU]: Wo denn?)

Sie haben bei der Unterstützung der Selbsthilfegruppen versagt. Sie sagen, das sei kommunale Sache. Wir meinen, daß es eine öffentliche Aufgabe ist, an der auch das Land mitwirken muß.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben bei der personellen Ausstattung der Psychiatrie und der Krankenpflege versagt. Daß es heute im Lande Niedersachsen einen Pflegenotstand gibt,

(Lindhorst [CDU]: Machen Sie es doch besser!)

haben die Minister Schnipkoweit und Cassens ganz wesentlich mit zu verantworten.

(Lindhorst [CDU]: Stellen Sie doch Alternativanträge!)

Herr Minister, in der Altenpflege haben Sie bis heute noch nicht das Gesetz erfüllt. Sie dürfen nicht weiterhin die Kommunen bei der Finanzierung der Altenpflege so im Regen stehenlassen, wie Sie es im Augenblick tun.

(Beifall bei der SPD.)

Auch bei den Behindertenwerkstätten müssen Sie die Personalenge, über die im Augenblick sehr stark geklagt wird, vertreten und uns erklären, warum Sie da nicht Abhilfe schaffen.

(Lindhorst [CDU]: Alternativantrag!)

Aber das Schlimmste für mich, Herr Minister, ist nach wie vor folgendes: Auch wenn Sie die Stirn runzeln, Herr Minister, muß ich Ihnen sagen, daß es angesichts dessen, was Sie gemacht haben, „vor der Hacke wirklich duster" ist. Sie haben nämlich seit 1983 all den schlimmen Gesetzen zum Sozialabbau und zur Beeinträchtigung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte im Bundesrat zugestimmt,

(Beifall bei der SPD)

ob es nun das Gesundheitsreformgesetz oder die Haushaltsstrukturgesetze 1983 und 1984, der § 116 Arbeitsförderungsgesetz oder die 8. und 9. AFG-Novelle waren.

(Krapp [CDU]: Alles gute Ergebnisse!)

All dem haben Sie im Bundesrat zugestimmt, und auch im Kabinett haben Sie als Gewerkschaftskollege dazu die Hand gehoben. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD. — Krapp [CDU]: Herr Riege, die Ergebnisse sind doch gut! — Lindhorst [CDU]: Ihre Rede strotzt von Allgemeinplätzen!)

Herr Lindhorst, ein Letztes: Uns geht es schon

(Lindhorst [CDU]: Alles pauschal! Nichts im Detail!)

— die Details habe ich hier vorgetragen — um jede der benachteiligten Personengruppen, die Herr Schröder heute morgen benannt hat. Es geht uns nicht bloß um jede Personengruppe, sondern es geht uns — das haben Sie in Ihrer Rede sehr schlecht zum Ausdruck gebracht; vielleicht war es auch nur ein Schlenker — um jeden einzelnen Menschen, um jede Frau und jeden Mann, der oder die unter Armut leidet.

(Lindhorst [CDU]: Das ist doch selbstverständlich!)

Sie können machen, was Sie wollen, Sie bekommen es mit Ihren merkwürdigen Interpretationen von Statistiken und mit Ihren Sonderstatistiken

sowie mit dem, was Sie auch bei der Bundesanstalt für Arbeit machen, um Arbeitslose wegzudefinieren, nicht fertig, daß wir aufhören, nach wie vor und zu Recht darauf hinzuweisen, daß wir leider eine Zweidrittelgesellschaft haben, die abgeschafft werden muß. Diese neue Klasse der Armen muß in unserer Gesellschaft der Vergangenheit angehören. Wir müssen ihnen allen helfen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Bereich Soziales vor.

Wir beraten nun den Abschnitt Gleichberechtigung und Frauenfragen. Hier ist die erste Rednerin die Kollegin Frau Stoll. Bitte schön!

Frau Stoll (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fünf Minuten sind für Frauenpolitik angesetzt. Das ist sehr wenig.

(Dr. Hansen [Grüne]: Das liegt an Ihrer Fraktion!)

— Ich habe das nur festgestellt.

(Weitere Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

— Das mag sein. Sie werden vielleicht sieben oder acht haben. Wir werden sehen. Es kommt ja auch auf den Inhalt an.

Ich müßte Sie in dieser kurzen Zeit über vieles informieren: über die Stellung der Frau in der Gesellschaft, über neue Erkenntnisse in der Entwicklung und über die Bemühungen zur Gleichberechtigung der Frau. Ich müßte Sie aber auch kurz über die Zuwendungen an Frauenhäuser, an die Notrufeinrichtungen und an die Beratungsstellen für ausländische Frauen in Not informieren. Ich müßte Sie über Frauenförderungspläne, über Frauenbeauftragte und über das im Februar verabschiedete Gesetz zur Förderung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache informieren.

(Frau Schreiner [Grüne]: Davon hat man gar nichts!)

Ich habe mir wegen der Kürze der Zeit lediglich einen Punkt herausgesucht. Es handelt sich um einen Punkt, der zur Zeit stark nachgefragt wird, nämlich um die Berufsrückkehrerinnen. Das sind qualifizierte Frauen, die nach der Kinder- und Familienphase in Kursen eine Qualifikation erhalten haben. Diese Kurse hat das Land Niedersachsen finanziert. In diesem Haushalt sind z. B. für diese Kurse 2 Millionen DM enthalten.

Diese Frauen brauchen aber nach der Qualifizierung eine Beratung, um eine Startmöglichkeit für den Beruf zu bekommen. Dazu hat die Bundesregierung ein Modellprojekt aufgelegt, indem sie Beratungsstellen für Berufsrückkehrerinnen mitfinanziert. Der Bund stellt 50 % der Mittel zur Verfügung, 50 % bezahlt das Land. In Osnabrück und Braunschweig können wir daher solche Einrichtungen schon vorhalten.

Häufig wird nachgefragt, was diese einzelnen Beratungsstellen sollen. Wichtig ist, um fachkundig beraten zu können, daß diese Stellen einen Überblick über die Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt haben. Vor allem — das ist ganz wichtig — müssen sie mit den regionalen Einrichtungen, wie z. B. mit den Kammern, dem Arbeitsamt, den Frauenbeauftragten und den Weiterbildungsträgern, zusammenarbeiten.

Uns hat die Frage beschäftigt: Was passiert mit den Frauen auf dem flachen Land? — Die Frauen aus dem ländlichen Raum sind meines Erachtens schon immer benachteiligter gewesen als die Frauen, die in Ballungszentren leben.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Auch diese Frauen wollen nach der Qualifizierung wieder in den Beruf zurück.

Die CDU/FDP-Koalition hat im Haushalt Mittel zur Anschaffung einer mobilen Beratungsstation beantragt, wonach diese 100prozentig vom Land zu fördern ist.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wichtig ist für mich, daß diese Beratung so erfolgt, daß die Kräfte in den über Land fahrenden Bussen — oder wie auch immer die mobilen Stationen ausgestaltet sind — Arbeitsplätze ausfindig machen, indem sie die Kooperation mit den Kammern und Arbeitsämtern pflegen. Auf diese Weise erhalten die qualifizierten Frauen, die die Berater besuchen, eine Beratung, wo ein Arbeitsplatz im Umfeld der Suchenden zu finden ist. Dabei ist wichtig, daß die Frauen nicht irgendwohin reisen müssen, sondern im Umfeld einen Arbeitsplatz finden. Dabei handelt es sich oft um Qualifikationen in der Alten- und Familienpflege. Ich fände es auch gut, wenn Frauen in der Sozialstation eine Anstellung finden würden.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Das wäre auch im Touristik- und Fremdenverkehrsgewerbe möglich.

Nach der Verabschiedung dieses Haushalts können wir diese mobile Station anschaffen. Wir haben schon die ersten Weichen gestellt. Damit helfen wir besonders den Frauen, die sich viele Jahre

ihren Kindern und deren Erziehung gewidmet haben, aber auch älteren Frauen, die auf dem Markt einen Arbeitsplatz suchen, ihn aber nicht so schnell allein finden können. Meine Damen und Herren, ich habe diesen Punkt einmal angesprochen, weil er in der gesamten Frauenpolitik in den Medien bisher nur wenig Resonanz gefunden hat. Das Wort „Berufsrückkehrerinnen" kam darin bisher nur sehr selten vor. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir uns alle miteinander damit befassen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat nun die Kollegin Frau Lemmermann.

Frau Lemmermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Stoll, Ihr Beitrag hat eben in erschreckender Weise deutlich gemacht, welchen Stellenwert Frauenpolitik bei der CDU-Fraktion hat.

(Beifall bei der SPD. — Frau Tewes [SPD]: Dazu kann aber Frau Stoll nichts!)

Deutlich wird das auch an der Ihnen eingeräumten Zeit

(Kuhlmann [CDU]: Müssen Sie in demselben Ton weitermachen?)

— das geht nicht gegen Frau Stoll, sondern gegen Sie! — und auch daran, daß Sie nur dieses eine Thema angesprochen haben — einen Haushaltsansatz in Höhe von 400 000 DM — und die von der Landesregierung im Bereich Frauenpolitik geleistete Arbeit in keiner Weise kritisch gewürdigt haben. Ich möchte dies nun aber tun.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Landesregierung ist an die in Rede stehende Aufgabe von Anfang an nur halbherzig herangegangen. Sie haben eine Frauenbeauftragte bestellt. Sie haben die Möglichkeiten, die es in diesem Lande gibt, um Frauenpolitik zu gestalten, begrenzt. Für Sie ist Frauenpolitik kein gleichberechtigter Politikbereich. In diesem Fall hilft es auch nicht, wenn eine Ministerin, die noch ein anderes Ressort führen muß, mit dieser Aufgabe nebenbei betraut wird. Wir werden ein Frauenministerium mit einer Ministerin an der Spitze einrichten

(Lindhorst [CDU]: Der Grünen! — Frau Schliepack [CDU]: Dazu werden Sie nicht kommen!)

— das überlassen Sie uns; kein Problem! —, die auch über entsprechende Kompetenzen verfügt, die frauenpolitische Initiativen anregt und in den verschiedenen Häusern koordiniert, die wirklich etwas bewegen kann und ein Vetorecht erhält, damit landespolitische Maßnahmen, die die Frauen betreffen, entsprechend angehalten werden können, wenn sie nicht im richtigen Sinne durchgeführt werden.

(Zurufe von der CDU. — Gegenruf von Frau Hammelstein [SPD]: Nun quatscht nicht immer dazwischen!)

Dafür haben wir 750 000 DM angesetzt. Ich sage es noch einmal deutlich — Herr von Wangenheim hat sich gestern ja darüber amüsiert —: Das ist nur für die Einrichtung eines Frauenministeriums. Wir wissen, daß mit diesem Betrag nicht alles abgedeckt werden kann.

Herr von Wangenheim, Sie haben gestern eine sehr abenteuerliche Rechnung aufgemacht, als Sie die Mittel berechnet haben, die wir zur Verfügung stellen. Sie haben dabei nämlich nur unsere Änderungsanträge berücksichtigt. Wenn man nun Ihrer Logik folgen würde, würden die Fraktionen der CDU und der FDP für dieses Kapitel lediglich 600 000 DM zur Verfügung stellen. Das war wohl eine falsche Rechnung.

(Lindhorst [CDU]: Das ist jetzt aber Erbsenzählerei!)

— Ich wollte das nur noch einmal angemerkt haben, weil Herr von Wangenheim gestern versucht hat, sich in diesem Punkt zu profilieren.

(Zuruf von Weiß [CDU].)

— Ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden. Er war es wohl auch nicht wert. — Wir wollen mit den Mitteln, die uns die Landespolitik zur Verfügung stellt, die Situation der Frauen ernsthaft verändern und Benachteiligungen abbauen. Wir wollen dies über gesetzliche Regelungen tun. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Appelle, die diese Landesregierung so gerne publiziert, nicht reichen. Wir wollen ein Frauenförderungsgesetz für den öffentlichen Dienst, eine gesetzliche Festschreibung dahingehend, daß Frauen nicht weiter benachteiligt werden. Wir wollen darüber hinaus die gesetzliche Festschreibung kommunaler Gleichstellungsstellen. Außerdem wollen wir eine Änderung der Landeshaushaltsordnung, damit öffentliche Aufträge an Frauenförderung gebunden werden.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Wir wollen die Quotierung, die

wir in unserer Partei — von Ihnen so beneidet — jetzt so erfolgreich praktizieren. Sie aber lehnen gesetzliche Regelungen kategorisch ab. Sie sagen, man könne nicht alles durch Gesetze regeln. Dies ist eine Binsenweisheit. Ihre Konsequenz, nun überhaupt keine gesetzlichen Regelungen vorzunehmen, ändert an der Situation der Frauen in Niedersachsen nicht das geringste.

(Beifall bei der SPD.)

Was tun Sie denn? — Sie reden. Sie veranstalten, Sie eröffnen Ausstellungen, und Sie veröffentlichen jede Menge Broschüren und Berichte.

(Kuhlmann [CDU]: Wir ändern das Bewußtsein der breiten Bevölkerung!)

— Das Wort „Bewußtseinsänderung" — das tut mir leid — können wir langsam nicht mehr hören. Bewußtseinsänderung ist wichtig; sie allein reicht aber nicht aus. Wenn Sie das doch endlich einmal verstehen würden!

(Beifall bei der SPD.)

Welche frauenpolitischen Anliegen haben Sie, die Frauenbeauftragte und die Frauenministerin, gegenüber der Landesregierung bisher durchsetzen können? — Sie reden von der Notwendigkeit der Kinderbetreuung. Jedesmal hören wir das. Sie haben eine Untersuchung durchgeführt. Darin wird Ihnen bescheinigt, wie schlimm die Situation in Niedersachsen ist. Und was machten Sie, als Niedersachen Anführer in der Fronde gegen die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz im Jugendwohlfahrtsgesetz war?

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Deppe [Grüne].)

Wo war die Frauenbeauftragte? Wo war der Einsatz für mehr Ganztagsschulen in Niedersachsen?

(Lindhorst [CDU]: Wissen Sie, daß die FDP-Minister im Bundesratsausschuß für Finanzen nicht zugestimmt haben?)

Sie haben das Modell Nachmittagsbetreuung des Kultusministers begeistert akzeptiert, ein Modell, das weder vom pädagogischen Ansatz noch vom Umfang her eine Antwort auf die Bedürfnisse der Frauen darstellt.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wo ist Ihr Einsatz für mehr Halbtagsschulen im Grundschulbereich?

Wie sieht es mit dem Ansatz für die Frauenbeauftragten an den Hochschulen aus? Sie alle wollten grundsätzlich solche Stellen bei den Hochschulen. Als es dann weiterging, haben Sie sich verweigert: keine Festschreibung von Aufgaben und Kompetenzen. Die Frauenbeauftragten, die jetzt an den Hochschulen benannt werden, müssen sehen, wie sie fertig werden. Dafür setzen Sie ganze 100 000 DM in den Haushaltsplan ein. Dieser Ansatz geht an den Bedürfnissen völlig vorbei. Wir beantragen einen Ansatz von einer Million DM und wissen, daß auch das nur eine Anfangsfinanzierung ist und wir in den nächsten Jahren noch sehr viel mehr Mittel brauchen.

(Zustimmung von Frau Hammelstein [SPD].)

Nun zu den kommunalen Gleichstellungsstellen. Frau Stoll hat darüber gesprochen. Auch auf diesem Gebiet haben Sie eine gesetzliche Absicherung verweigert. Sie haben davon gesprochen, daß die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen unterschiedliche Möglichkeiten mit sich brächten; die Vielfalt sei so positiv. Sie haben die Ehrenamtlichkeit gelobt und hierbei die ehrenamtlichen Frauenbeauftragten im Westen des Landes hervorgehoben. Und was liest man jetzt in der Zeitung? Die ehrenamtlichen Frauenbeauftragten wollen sich an den Justizminister wenden, um eine Absicherung ihrer Stellen zu erreichen.

(Frau Tewes [SPD]: Hört, hört!)

An die Landesfrauenbeauftragte glauben sie wohl nicht mehr.

Frau Stoll, Sie haben ganz kurz den Frauenförderplan angesprochen. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung. Der Plan ist unverbindlich in der Formulierung und unverbindlich in der Durchführung. Wir sind darauf eingegangen, als wir den Bericht besprochen haben. Ich möchte dazu nichts weiter sagen. Ich glaube, jeder, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, wie wenig zufriedenstellend die Situation ist.

Nun zu dem wichtigen Bereich der Ausbildung und Erwerbstätigkeit von Frauen. Was haben Sie getan, um die Ausbildung von Frauen zu fördern? Sie haben den ehrenamtlichen Frauenbeauftragten noch die regionalen Ausschüsse zur Förderung der Mädchenausbildung aufgedrückt. Sie haben ihnen Geld zur Verfügung gestellt und wundern sich heute, daß dieses Geld gar nicht abfließt. Was für eine Überraschung!

(Frau Schliepack [CDU]: Es sitzen lediglich zwei Frauen in Ihrer Fraktion, die Ihnen lauschen! Die anderen sind nicht da!)

— Mich interessieren die Frauen in der Fraktion im Augenblick weniger. Mich interessieren die

Männer sehr viel mehr; dort gilt es zu überzeugen.

(Kuhlmann [CDU]: Von den Männern sind prozentual auch nicht mehr da! — Frau Tewes [SPD]: Laß dich nicht darauf ein!)

Die Lösung bei den regionalen Ausschüssen ist völlig unbefriedigend. Ein wirklicher Ansatz für eine Ausweitung des Ausbildungsplatzspektrums für Mädchen ist nicht erkennbar.

Genau das gleiche beim Wiedereinstieg. Frau Stoll, Sie haben gesagt, das sei ein wichtiger Bereich der Frauenpolitik. Sie haben von dem Beratungsangebot gesprochen. Ich will das gar nicht abwehren. Sie wissen, daß wir im Ausschuß Ihrem Antrag zugestimmt haben. Aber das reicht doch nicht aus, Frau Stoll. Sie wissen selbst, daß die Beratung allein nur einen Einstieg darstellt und daß Maßnahmen angeboten werden müssen, die zur Qualifizierung beitragen und in eine Erwerbstätigkeit einmünden.

Die Frauenbeauftragte hat mehrfach beklagt, daß die 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz die Frauen benachteilige. Sie hat sogar davon gesprochen, daß der Gesetzgeber Verbesserungen einführen sollte.

Wer hat denn mit dafür gesorgt, daß die 9. Novelle überhaupt zustande kam? Wo bleibt die Initiative der Frauenbeauftragten oder der Frauenministerin, auf diesem Gebiet im Sinne der Frauen zu einer Verbesserung zu kommen? Ich habe davon nichts gehört, die Frauen im Lande auch nicht.

Sie haben das Angebot „Neuer Start ab 35" gemacht. Glücklicherweise weiß inzwischen auch die Frauenbeauftragte, daß dieses Angebot den Bedürfnissen der Frauen nicht entspricht. Sie hat erkannt, daß Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich sind und daß die Frauen eben nicht an einer Maßnahme teilnehmen wollen, die sie anschließend zufrieden in die Familie zurückführt.

Unser Ansatz ist es, Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten, Geld für die Frauen bereitzustellen, die sonst keine finanzielle Förderung erhalten, und begleitende soziale Maßnahmen vorzusehen, um die Frauen in dieser Phase zu unterstützen.

Dann der große Bereich Gewalt gegen Frauen.

(Frau Deppe [Grüne]: Männergewalt gegen Frauen!)

Frauen haben auf dieses Thema aufmerksam gemacht. Frauen haben Zufluchtsstätten geschaffen. Das ehrenamtliche Engagement dieser Frauen wird weiter in Anspruch genommen, wird ausgenutzt, wo gesellschaftliche Verantwortung nötig wäre. Die finanziellen Aufwendungen des Landes reichen nicht. Wir wollen den Ansatz verdoppeln. Wir wollen die Frauenhäuser besser ausstatten. Wir wissen, daß wir dazu auch die Richtlinien ändern müssen. Wir wollen mehr Mittel für ambulante Beratung und für Notrufeinrichtungen. Und wir wollen vor allen Dingen einen Ansatz in einem ganz besonders schwierigen und schlimmen Bereich innerhalb des Bereichs der Gewalt gegen Frauen und Mädchen: Wir wollen Anlaufstellen für sexual mißhandelte Mädchen anbieten. Wir fordern einen Haushaltsansatz für eine erste Anlaufstelle. Dabei wissen wir, daß das nicht reicht, sondern daß wir ein flächendeckendes Angebot erreichen müssen. Wir wollen mit einem ersten Modell anfangen.

Meine Damen und Herren, wenn man sich anguckt, was die Landesregierung in vier Jahren für die Frauen in Niedersachsen getan hat, dann war das erschreckend wenig. Es hat sich nichts geändert. Die Landesregierung hat auf Publicity gesetzt. Sie hat versucht, über Veröffentlichungen den Eindruck zu erwecken, daß sie etwas tut. Die Frauen in Niedersachsen wissen das besser.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Frau Deppe.

Frau Deppe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zum vierten Mal die Gelegenheit, den frauenpolitischen Willen der Landesregierung zu würdigen. Oft genug habe ich Worte wie „Sprechblasenpolitik" und „Alibipolitik" oder auch „Public Relations" — Frau Lemmermann hat das heute auch gesagt — oder schlicht „Versagen" gebraucht. Ich möchte das nicht alles wiederholen, sondern möchte einfach nur die Einbringungsrede der Finanzministerin Frau Breuel ins Gedächtnis rufen und für sich sprechen lassen. Frau Breuel betreibt immerhin die Frauenpolitik im Kabinett.

(Vizepräsident Rehkopf übernimmt den Vorsitz.)

Sie hat in ihrer Einbringungsrede von insgesamt 535 Zeilen, mit denen sie nach ihrer eigenen Aussage den politischen Willen preist, glatt 14 Zeilen dafür verschwendet, Frauenpolitik zu benennen. Ich sage dazu, das ist nicht nur politischer Unwille, das ist fast schon mehr. Leider hat das Frau Stoll eben auch bestätigen müssen, wobei ich es

durchaus richtig finde, daß sie sich bei einer so kurzen Redezeit, die ihr zugestanden wird, auf einen Schwerpunkt beschränkt. — Diese 14 Zeilen hat Frau Breuel dafür verschwendet, die Frauenpolitik getreulich ihrer Leitlinie haarscharf auf die Wiedereingliederung von Frauen zu reduzieren. Wiedereingliederung von Frauen heißt aber doch, vorher werden sie ausgegliedert. Das möchte ich in Erinnerung rufen.

Meine Damen und Herren, hinzu kommt dann, was in manchen Köpfen ja so sehr unwichtig ist, daß sie es als Repräsentantin dieser Landesregierung in ihrer Rede noch nicht einmal für notwendig hält, wenigstens verbal von den Bürgerinnen zu sprechen. Das können wir meines Erachtens auch so deuten, daß der politische Wille nicht vorhanden ist. Ich sage Ihnen: Diese Politik der Landesregierung ist ein sattsam bekanntes Gekleckere und Herumlaborieren am Symptom. Vielleicht ist es der Landesregierung bzw. Frau Breuel auch schlicht peinlich, diese Einzelheiten aufzuzählen.

Natürlich wissen wir alle, auch diejenigen, die im Frauenausschuß sind, daß sich die Frauen des Frauenreferats im Rahmen der ihnen auferlegten Kompetenzschranken, im Rahmen des auferlegten CDU/FDP-Frauenbildes und im Rahmen der ihnen auferlegten Taschengeldzuweisungen bemühen, das Beste aus der Misere zu machen. Es reicht aber bei weitem nicht. Deshalb ist es vielleicht für die CDU-Fraktion auch wichtig gewesen, heute in Person von Frau Stoll Beträge für Notruf oder für Frauenhäuser einfach nicht zu nennen, denn sonst müßte sie sich ja etwas schämen.

Eines, meine Damen und Herren, läßt sich nicht vertuschen: das sind die unzureichenden Ansätze im Bereich Männergewalt gegen Frauen und Mädchen, das ist die Almosenförderung von Frauenprojekten, das ist ein Witz an Förderung von Mädchenarbeit und das verbale Besetzen von frauenpolitischen Forderungen.

Gestern hatte ich schon den Verdacht, daß Frau Breuel gleich sagen würde: Wir von der Landesregierung Niedersachsen haben überhaupt erst die Frauenpolitik entdeckt. Denn kurz davor steht sie schon. Aber ich nehme an, daß wir das nachher hören werden, wenn sie die guten Taten aufzählt, die natürlich niemand im Haus, weil sie den letzten Redebeitrag hat, widerlegen kann. Ich nehme das also schon vorweg.

(Frau Schreiner [Grüne]: Vielleicht redet sie gar nicht!)

— Doch, sie hat schon fleißig mitgeschrieben.

Zu diesem Geklecker gehören natürlich auch das lächerliche Sprachgesetz — Frau Lemmermann hat es erwähnt —, das überhaupt nicht greift, Fortbildungskurse, mit Kinderbetreuung eingeschlossen, in der Verwaltung — eigentlich eine tolle Sache, die Kurse lassen sich für das ganze Land Niedersachsen aber an einer Hand abzählen —, die unverbindliche Aufforderung zur Einrichtung von preiswerten Frauenbeauftragten an den Hochschulen, der Papiertiger Frauenförderplan, der sich auch flugs zu einer Schutzbestimmung für Männerquoten umwandeln läßt. Das haben wir bei der Besetzung der Stelle einer Konrektorin gesehen, als sich die Bezirksregierung, damit der Mann aufgrund seines Geschlechtes nicht benachteiligt wird, vor den Mann gestellt hat und dieser Konrektor wurde. Ferner wird nur eine Beratungsstelle für ausländische Frauen in ganz Niedersachsen gefördert. Dann gibt es das kaum wirksame Programm — ich vermute, daß Frau Breuel damit kommt —, Betrieben einmalig Kleingeld anzubieten, wenn sie einen Frauenerwerbsplatz schaffen. Alle diese Häppchen — mehr sind sie nicht — belegen nur: Es fehlt ein frauenpolitisches Handlungskonzept, das auch den Namen verdient,

(Beifall bei den Grünen)

ein zielgerichtetes Handlungskonzept zum Abbau struktureller Gewalt, ein Handlungskonzept, das dann auch Geld kostet.

In einem sind Sie sich, liebe Kolleginnen von der CDU und der FDP, aber sicher: Ihr Grundsatz — darum hat ihn Frau Breuel in ihrer Einbringungsrede auch erwähnt — ist: Frauen müssen heutzutage gut ausgebildet werden — das erkennen Sie an —, sie sollen auch einen Beruf haben, aber eine Gleichzeitigkeit von Beruf, Pflege, Hege und Erziehungsarbeit ist nachrangig für Frauen. Alle Benachteiligungen, die sich aus der geschlechtlichen und hierarchischen Arbeitsteilung für Frauen ergeben, den miserablen Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Hausarbeit für Männer und Frauen auch weiterhin verhindern, lassen Sie nämlich bestehen. Dann müssen Modelle her wie Qualifizierung, wie Orientierung, wie Wiedereingliederung, wie Rückkehrerinnen und wie Mobilbus, wobei aber nie ein Programm angeboten wird, wo das dann enden soll.

(Beifall bei den Grünen.)

Kühn, sehr kühn fand ich den Schlußsatz Ihrer Einbringungsrede, Frau Breuel; Zitat: Zur Politik dieser Landesregierung hat die Opposition keine Alternative zu bieten. — Ich kann mir gar nicht

vorstellen, daß Sie diesen Satz am Schluß ernst gemeint haben.

(Frau Schreiner [Grüne]: Frau Breuel sagt den Satz schon seit vier Jahren!)

In jeder haushaltspolitischen Grundsatzdebatte der vergangenen vier Jahre habe ich Ihnen sehr deutlich Alternativen aufgezeigt und auch sehr deutlich gemacht, auf welchem partriarchalischen Boden unter Aufrechterhaltung — das ist wichtig — von Männernormen und Machtstrukturen Ihre Frauenpolitik gedeiht. Ich kann — leider — Ihre Frauenpolitik auch heute wieder nur als einen Skandal mehr der Landesregierung bezeichnen, den wir nicht länger hinnehmen können und wollen.

(Beifall bei den Grünen.)

Allerdings muß ich in Richtung der SPD sagen: In der Reduzierung von Frauenpolitik auf eine Gleichstellungspolitik, die nur Anpassung von Frauen an Männernormen ist

(Widerspruch bei der SPD)

— nun protestiert noch nicht; das werden wir dann feststellen; ich warne nur mal —, sehen auch wir keine Alternative. Der Einsatz von 10 Millionen DM für Frauenpolitik mag der SPD-Fraktion zwar eine Pressemitteilung wert gewesen sein, aber ich nehme nicht an, daß eine Frau in Niedersachsen ernsthaft glaubt, daß auf dieser Grundlage ein frauenpolitischer Durchbruch erzielt werden kann. Wir sollten sehr genau hingucken. Frau Lemmermann hat sehr viele Bereiche aufgezählt, die sich auch mit unseren Anträgen decken, beispielsweise zum Bereich Männergewalt. Aber ein wirkliches Reinhauen und ein Klotzen — das wäre nötig — ist das auch noch nicht. Es ist auch sehr vorsichtig rangegangen worden. Der näherrückende Wahltermin wirft auch da die Schatten voraus und muß von den Frauen sicherlich sehr kritisch begutachtet werden.

Die Grünen wollen auf jeden Fall eine andere Frauenpolitik machen, und zwar eine, die von der feministischen Analyse ausgeht und die das Geschlechterverhältnis als ein Machtverhältnis begreift.

(Aha! bei der CDU.)

Wir wollen eine Politik machen

(Frau Tewes [SPD]: Sei nicht so sicher!)

— ja, Bärbel, ich persönlich bin ganz sicher! —,

(Frau Hammelstein [SPD]: Du ja!)

die zur Überwindung von geschlechtlicher Arbeitsteilung und Männergewalt beiträgt, damit also auch eine Politik, die die unterschiedlichsten Lebenssituationen von Frauen erfassen kann

(Kuhlmann [CDU]: Was immer das auch heißen mag!)

und die die Männer nicht aus der Verantwortung entläßt, die also die Frauenfrage auch als Männerfrage begreift, Herr Kuhlmann.

(Kuhlmann [CDU]: So ein Quatsch, also wirklich!)

Wir sind, glaube ich, einen Schritt weiter, wenn Sie begreifen, was wir damit eigentlich meinen.

(Lachen bei der CDU. — Kuhlmann [CDU]: Ich bemühe mich ja! Wenn Sie es mir nur einmal erläutern würden!)

Meine Damen und Herren! Frauenpolitik darf sich eben nicht nur an die ausgegliederten sogenannten Familienfrauen richten, sondern muß sich auch an die Bäuerinnen richten, die sozial schlecht abgesichert sind, an die ausländischen Frauen, die keinen Erwerbsplatz bekommen, an die bis jetzt weitgehend ausgeblendeten Aus- und Übersiedlerinnen, die genauso wie viele andere Frauen keinen Erwerbsplatz finden. Von den Männern ist die Rede; aber von diesen Frauen nicht, schon gar nicht, wenn sie vorher in einem Männerberuf gearbeitet haben. Die Frauenpolitik muß sich auch an die Frauen im ländlichen Raum richten, die schlicht und ergreifend aus Mangel an öffentlichem Nahverkehr nicht zum Erwerbsplatz kommen können, die keine Kindertagesstätten in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung vorfinden.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir wollen, daß sich die Frauenpolitik beispielsweise auch an die alleinerziehenden Frauen richtet, die jetzt aufgrund der bedrückenden Wohnungsnot erst recht hinten runterfallen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Dazu gehören auch die Frauen, die aufgrund von Mißhandlungen und Schlägen von Männern in den Frauenhäusern sind, die jetzt erst recht keine Wohnung mehr auf dem Wohnungsmarkt finden. Die Frauenhäuser quellen über. Dieses Überquellen — erstens der Häuser generell und zweitens das Überquellen der Häuser — ist eine Schande für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir wollen, daß der Satz „Frauen werden gedeckt" — den habe ich letztes Jahr gesagt —, „Frauen werden gestreckt,

gedehnt, flexibilisiert, gut verwendbar gemacht"

(Zuruf von der CDU: Was?!)

in der Erwerbswelt seine Gültigkeit verliert. Wir wenden uns auch gegen die Umverteilung von sozialer Arbeit auf die ehrenamtlichen Schultern von Frauen, weil diese Art von Arbeit nur dazu beiträgt, die zunehmende Frauenarbeit auszubauen. Mit uns wird es nie einen Ausbau der FDP-Schiene „Privatisierung" geben, sondern dieses Gleis, Frau Schneider, muß abgeschafft werden.

(Hildebrandt [FDP]: Mit uns wird es das nicht geben!)

Wir haben es doch bei den im Frauenausschuß geführten Beratungen über die Fremdreinigungskräfte erlebt, wo CDU und FDP den Antrag schmoren lassen, weil dieses nämlich nicht in Einklang zu bringen ist, einerseits Privatisierung durchzuführen, also Frauen aus dem öffentlichen Dienst rauszuschmeißen und von den sozialen Leistungen wegzuziehen, sich aber andererseits frauenfreundlich zu geben. Dieses läßt sich nicht miteinander vereinbaren. Wir erteilen der Privatisierung deshalb eine Absage.

(Frau Schliepack [CDU]: Die Gewerkschaft weiß auch keine Antwort darauf! — Gegenruf von Frau Hammelstein [SPD]: Die fordern auch die Sozialversicherungspflicht!)

Für uns heißt Frauenpolitik aber auch Stärkung der Autonomie. Niedersachsen profitiert von den vielen Frauengruppen im Lande. Die Landesregierung bedient sich auch ihrer Kompetenzen und sieht dennoch zu, wie die Frauenarbeit in vielen Projekten aufgegeben werden muß.

Wir sind auch dagegen, daß staatliche Kontrolle stattfindet, nämlich indirekt über die Förderung, daß also über Förderung Kontrolle der Inhalte ausgeübt wird. Wir wollen diese Projekte nicht am Rande sehen und finanziell kurz halten; denn wir schätzen ihre Arbeit und ihre Stärke.

Das heißt für uns dann beispielsweise auch, daß lesbenpolitische Arbeit und die Lebenssituation von lesbischen Frauen nicht länger tabuisiert werden kann und zum Inhalt der Politik einer Landesregierung gemacht werden muß.

(Kuhlmann [CDU]: Was soll die Landesregierung denn da tun?)

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr insgesamt mehr als 30 Millionen DM mehr eingesetzt. Das ist bei einem Haushalt von 31 Milliarden DM Umfang noch nicht so sehr viel. Wir wissen aber sehr wohl, daß es Grenzen gibt und daß wir Schwerpunkte setzen müssen.

Zu diesen Schwerpunkten gehören die Förderung der Selbsthilfe- und Beratungsarbeit ausländischer Frauen, ferner eine Initiative gegen den organisierten Frauenhandel. Dafür wollen wir im Jahre 1990 auf jeden Fall 1,6 Millionen DM ausgeben. Dazu gehört des weiteren ein ganzes Programm, und zwar ein etwas umfassenderes als das, das Frau Lemmermann vorgeführt hat, ein Programm zu sexualisierter Männergewalt gegen Mädchen mit 7 Millionen DM. Dazu gehören Beratungsstellen, Kontaktstellen, Mädchenhäuser, Förderung der Arbeit in den Beratungsstellen, der Selbsthilfegruppen und auch der professionellen Arbeitskreise.

(Kuhlmann [CDU]: Da gibt es mehr Mitarbeiter als Frauen!)

Wichtig ist uns aber auch, daß die Frauenpolitik in andere Politikfelder Einzug hält. Wir haben das im letzten Jahr schon getan und in diesem Jahr wiederholt. Wir haben z. B. zwei Studien im Bereich Fremdenverkehrswesen eingesetzt, einmal zur Erwerbssituation der Frauen dort — Sie kennen die Problematik der Saisonarbeiterinnen, der ungeschützten Arbeitsplätze — und zum anderen zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz. Gerade im Fremdenverkehrswesen, worauf Niedersachsen so sehr stolz ist, gibt es sehr viele Kündigungen von Frauen aufgrund sexueller Belästigungen; die zuständige Gewerkschaft hat dies bestätigt.

(Kuhlmann [CDU]: Busengrapscher gibt es überall!)

Wir haben ein frauenpolitisches Hochschulprogramm entwickelt zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen, zur Förderung von Frauen, Stellen einzunehmen, aber auch für Frauenforschung, mit insgesamt 7,75 Millionen DM.

Unsere Anträge umfassen auch den Bereich Schule, Mädchenarbeit. Wir wollen zumindest ermöglichen, daß eine feministische Mädchenschule in Niedersachsen eingerichtet wird, daß das Problem der Koedukation in die Lehrer- und Lehrerinnenfortbildung einfließt — auch dafür wird Geld bereitgestellt — und daß es eine greifende Mädchenarbeit in diesem Lande geben muß. Das allein ist uns 1,2 Milliarden DM wert.

(Frau Lemmermann [SPD]: Millionen!)

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen. Das ist ein Antidiskriminierungsprogramm, zu dem das Quotierungsgesetz gehört, das aber keine Schlupflöcher mehr für Männer lassen soll. Frauenministerium und hauptamtliche Frauenbeauftragte — das hat auch Frau Lemmermann schon gesagt — sind Selbstverständlichkeiten, auch

wenn die kommunalen Frauenbeauftragten im Moment nicht haushaltsrelevant sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe keine unbegrenzte Zeit hier, könnte aber noch lange reden.

(Zurufe von der CDU: Gott sei Dank! — Das ist schade!)

— Das glaube ich! — Ich könnte Ihnen einen kleinen Einblick in unsere Alternative zu Ihrer bisherigen Politik geben, Frau Breuel, und nur ansatzweise auch die Querschnittspolitik und die Änderungsvorschläge vorstellen. Aber eines ist Ihnen hoffentlich deutlich geworden: Die Grünen wollen jedenfalls den Bummelzug der Landesregierung Frauenpolitik abschaffen, der oft noch auf dem Abstellgleis halten muß, weil ihm die Heizerin die Kohle ganz versagt, einen Zug also, der weder bis zum Jahr 2000 noch bis zum Jahr 3000 am Bahnhof ankommen wird. Wir wollen wenigstens einen IC daraus machen

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Transrapid!)

und mit Hilfe von Zugführerinnen, tatkräftigen Heizerinnen mit genügend Kohle, Frauen in den Stellwerken und vor allem Kontrolleurinnen im gesamten Schienenverkehr, also in der gesamten Landespolitik,

(Schlotmann [CDU]: Und was ist mit uns? — Weitere Zurufe)

mit dazu beitragen, daß der Zielbahnhof — daran möchte ich erinnern: Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und Abbau der Männergewalt, Herr Schlotmann — auch erreicht werden kann.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Frau Schneider.

Frau Schneider (Berenbostel) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, es geht in allen möglichen Politikbereichen nicht schnell genug. Das ist durch die Beiträge der Opposition ganz deutlich geworden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Mir ist es ein Anliegen, in der letzten Haushaltsberatung dieser Legislaturperiode noch einmal in aller Kürze daran zu erinnern, daß wir uns als Ziel der Arbeit im Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen vorgenommen haben, ein Stück mehr Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu verwirklichen. Für uns Frauen, aber auch für die Gesellschaft schlechthin war die Einrichtung des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen ein wichtiger Schritt in der niedersächsischen Frauenpolitik. Das gleiche gilt für die Schaffung der Stelle der Frauenbeauftragten in der niedersächsischen Staatskanzlei. Die Zusammenarbeit dieser beiden Institutionen hat sich in den fast vier Jahren dieser Legislaturperiode gut entwickelt und hat bereits erste Früchte getragen.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit benutzen, um Frau Ministerin Breuel, Frauenbeauftragte im Kabinett, für ihre Arbeit und ihre Unterstützung der gemeinsamen Sache zu danken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Doch nun zu unserer Arbeit im Ausschuß. Frauenfragen gehen quer durch alle Bereiche unserer Gesellschaft. Wer sich damit von Amts wegen befaßt, muß Prioritäten setzen. Dies hat auch der Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen getan. Grundlage für weitere Schritte in Richtung Gleichbehandlung war die Verabschiedung des sogenannten Niedersächsischen Frauenförderplans, aus dem bereits in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes Konsequenzen gezogen worden sind. Ich wünsche mir von den entscheidenden Stellen noch mehr Mut zur Anwendung der im Frauenförderplan aufgezeigten Möglichkeiten.

(Frau Deppe [Grüne]: Dazu müssen die verdonnert werden! Das machen die nicht freiwillig!)

Priorität messen wir aber auch der Einrichtung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst, an Universitäten und Hochschulen bei. Gute Arbeit wird hier schon geleistet. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß die Frauenbeauftragten fast auf sich allein gestellt den an sie herangetragenen Anforderungen kaum gerecht werden können. Deshalb appelliere ich an die zuständigen Stellen, hier personell und sächlich zuzulegen.

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit im Ausschuß waren von Anfang an und sind frauenrelevante arbeitsmarktpolitische Forderungen, wie die Befürwortung von Modellen zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen. Hier hat der Ausschuß für den Haushalt 1990 zum Beispiel Mittel für eine mobile Beratungsstelle — Frau Stoll hat bereits darüber gesprochen — für Berufsrückkehrerinnen beantragt. Andere Schwerpunkte sind die Einrichtung von Modellprojekten wie „Neuer Start ab 35", „Frauen um 60", „Mädchen und neue Technologien" sowie die Behand-

lung von Fragen im Zusammenhang mit mißhandelten Frauen und gesellschaftlich abseitsstehenden Frauen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Arbeit von Frauenhäusern, die Notrufeinrichtungen und Beratungsstellen gegen sexuellen Mißbrauch von Mädchen erwähnt werden. Diese Arbeit wurde honoriert und unterstützt, indem der Ausschuß Anträge auf Mittelerhöhungen gestellt hat.

Ein anderes Thema, das den Ausschuß weiter beschäftigt, ist nach wie vor der Frauenhandel zum Zwecke der Prostitution.

Nach vorn blickend, ist sicherlich das Gesetz zur Gleichstellung der Frauen in der Verwaltungs- und Rechtssprache noch nicht weitgehend genug gefaßt, was sich bei der Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in bezug auf die Verwendung weiblicher Sprachformen herauskristallisiert hat.

(Zustimmung von Frau Deppe [Grüne].)

Es steht zu befürchten, daß dies bei der Verabschiedung anderer Gesetze eine Parallele finden wird.

Was die Zukunft betrifft, habe ich noch einen besonderen Wunsch, nämlich daß die Akzeptanz des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen vor allem bei den meisten männlichen Mitgliedern dieses Hauses noch verbessert wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich habe nämlich den Eindruck, daß der Arbeit des Ausschusses wegen Nichtbetroffenheit auch nicht die notwendige Beachtung geschenkt wird. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Breuel.

Breuel, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Welche Bedeutung die Herren Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Grünen der Frauenpolitik beimessen, kann man daran erkennen, daß die beiden Fraktionsvorsitzenden heute morgen in ihrer Grundsatzrede das Wort „Frauen" nicht in den Mund genommen haben.

(Frau Lemmermann [SPD]: Das stimmt nicht!)

Sowohl Herr Schröder wie auch Herr Trittin haben liebevoll einzelne Politikfelder ausgeschmückt, die sie für wichtig halten, das Wort „Frauen" ist dabei jedoch nicht vorgekommen.

(Frau Deppe [Grüne]: Es war dürftig, aber da! —
Hildebrandt [FDP]: Sie haben bei der Anrede: „Meine sehr verehrten Damen und Herren" gesagt!)

— Herr Hildebrandt hat recht. Zu Anfang ist „meine Damen und Herren" gesagt worden. Insofern sind die Frauen doch erwähnt worden. Ich nehme Ihren Protest zur Kenntnis.

Ich halte dies für ein ernstes Thema. Man kann, Frau Lemmermann, nicht den Anspruch erheben, man wolle ein Ministerium schaffen und viele andere Dinge tun, während dies von dem Fraktionsvorsitzenden bei der Darstellung der Prioritäten aber nicht erwähnt wird. Ihre Glaubwürdigkeit ist hier wirklich stark angekratzt.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Breuel, Herr Ravens möchte eine Zwischenfrage stellen.

Breuel, Finanzministerin:

Nein, danke. — Sie haben in Ihren Anträgen die Forderung nach einem neuen Ministerium gestellt. Ich sage: Dies würde neue Bürokratie und neue Ausgaben bedeuten. Das ist von Frau Lemmermann mit der Aussage bestätigt worden, durch gesetzliche Auflagen Gleichberechtigung erzwingen zu wollen.

Wir unterscheiden uns in dieser Hinsicht völlig. Wir gehen einen anderen Weg in der Politik. Sie trauen sich nämlich nicht zu, das Richtige durch Überzeugung durchzusetzen. Sie wollen das alles durch Verwaltung, Gesetze und mit Geld in die Bevölkerung hineinprügeln. So kann man Frauenpolitik aber nicht betreiben.

(Beifall bei der CDU. — Frau Lemmermann [SPD]: Wenn Sie Gesetze als „reinprügeln" bezeichnen, dann haben Sie ein seltsames Verständnis! — Frau Hammelstein [SPD]: Dann können wir ja alle Gesetze abschaffen!)

Ich glaube wirklich, daß man neue Partnerschaft so nicht verwirklichen kann. Sie muß vielmehr in den Köpfen der Menschen wachsen. Nur dann wird neue Partnerschaft wirklich Erfolg haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

In der Tat haben wir eine andere Auffassung von Politik. Denn das, was Sie machen wollen, ist Zwang, während wir den Weg der Kärrnerarbeit gehen, indem wir Stück für Stück in die Betriebe gehen, Veranstaltungen besuchen und versuchen, den Menschen das zu sagen, was wir für richtig halten. Sie folgen uns zunehmend.

(Zustimmung bei der CDU. — Kaiser [SPD]: Als Kärrner werden Sie aber ganz gut bezahlt!)

— Herr Kaiser, ich würde sagen, bei meinem „Achtstundentag" sollten wir uns darüber nicht weiter unterhalten.

Die Kongresse, die wir durchgeführt haben, die Ausstellungen, die z. B. Frau Wigbers mit großer Liebe im ganzen Land mit vorbereitet hat

(Frau Hammelstein [SPD]: Dafür sind wir noch zuständig!)

und die von Hunderten und Tausenden von Menschen besucht worden sind, die 10 000 Frauen, die einen Kursus besucht haben und in diese Bereiche eingeführt worden sind, das ist die Arbeit, wie man von der Basis her Gleichberechtigung verwirklicht, und nicht, indem man versucht, ein neues Ministerium einzurichten.

(Beifall bei der CDU.)

Sie wollen Zwang. Wir wollen den Frauen Mut machen. Dafür reden wir mit ihnen so gut und so viel wir können.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben auch immer gesagt, daß der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion haben muß. Wir haben einen Frauenförderplan geschaffen. Er muß nicht jedem gefallen und nicht jedem genügen; das kann ich sogar gut verstehen.

(Frau Hammelstein [SPD]: Der soll etwas bringen!)

Frau Deppe, in den letzten Jahren haben Sie gesagt, wir sollten eine Frau in eine wichtige Funktion befördern. Das hat der Justizminister doch gemacht! Dafür wird er von Ihnen noch nicht einmal gelobt. Nein, weiterhin wird hier nur Kritik geübt.

(Frau Deppe [Grüne]: Das habe ich vergessen! Herr Remmers, eine Frau, das ist lobenswert!)

Sie haben einen Antrag gestellt, der wirklich amüsant ist. Die Grünen wollen mehrere hundert Lehrerstellen schaffen und weisen ausdrücklich darauf hin, daß es nur Lehrerinnen sein sollen.

(Frau Schreiner [Grüne]: Haben Sie schon mal etwas von dem großen I gehört?)

Das ist natürlich auch eine Form von Gleichberechtigung, die diskriminierend und absurd ist, Frau Deppe. Ich will das aber nicht vertiefen.

Wir haben im öffentlichen Dienst mehr getan, als nur einen Förderplan zu schaffen. Wir haben in diesem Haushalt Vertretungsmöglichkeiten in Mutterschutzzeiten geschaffen und Leerstellen eingeführt. Meine Damen und Herren, das ist mehr, als meines Wissens bisher irgendein anderes Bundesland getan hat. Insofern haben wir eine bedeutende Funktion erfüllt. Auch hier hoffen wir wie bei den Förderplänen, daß das auf die Wirtschaft übergreift und daß dort entsprechende Lösungen gefunden werden.

Wenn Frau Lemmermann beklagt, daß wir beim Jugendhilfegesetz nicht ausreichend aktiv geworden seien,

(Auditor [SPD]: Das stimmt!)

möchte ich aus meiner Position in Erinnerung rufen, daß alle sechs SPD-Finanzminister geschlossen gegen das Jugendhilferecht gestimmt haben. Geschlossen! Dann darf man hier nicht so scheinheilig eine andere Position vertreten.

(Hört, hört! bei der CDU. — Auditor [SPD]: Aber aus anderen Gründen! — Zempel [SPD]: Verdrehen Sie doch nicht die Dinge! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Wenn hier außerdem der Hinweis kommt, daß die regionalen Ausschüsse bisher nicht ausreichend funktionierten, daß das Geld nicht abfließe und daß das ein Flop sei, muß ich Ihnen sagen: Das trifft nicht zu.

(Zempel [SPD]: Scheinheiligkeit!)

Die 14 Ausschüsse arbeiten. Das Geld geht völlig normal dorthin. Sie arbeiten voller Vertrauen. Sie, Frau Lemmermann, wollen die Ausschüsse nicht, weil Sie auch hier kein Vertrauen in die Arbeit haben.

(Frau Lemmermann [SPD]: Völlig falsch!)

Sie wollen auch das gesetzlich regeln können. Das ist der Unterschied, der uns, wie ich bedauerlicherweise sagen muß, trennt.

Ich möchte dazu noch ein Weiteres sagen. Hier ist gesagt worden, die Frauenbeauftragte sei nicht ausreichend ausgestattet. Ich will nur einige wenige Zahlen nennen. Zunächst zu den Personalkosten der Dienststelle der Frauenbeauftragten im Vergleich zu allen anderen Ressorts. In den anderen Ressorts sind die Personalkosten in den letz-

ten drei Jahren um 2,3 % gestiegen, bei der Frauenbeauftragten um 18 %.

(Frau Hammelstein [SPD]: Da gab es ja gar nichts! Sie sind doch Finanzministerin!)

Die Sachkosten sind bei allen Ressorts um 4,1 % und bei der Frauenbeauftragten um 21,5 % gestiegen.

(Frau Hammelstein [SPD]: Von null auf eins sind 100 %! — Weitere Zurufe von der SPD und von den Grünen. — Gegenruf von Jahn [CDU]: Ihr schreit euch an! — Gegenruf von Frau Deppe [Grüne]: Wir müssen ja nur brüllen, weil Sie immer dazwischenreden! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— In der Tat von einem kleinen Sockel aus, meine Damen und Herren. Aber das macht sichtbar, daß hier ein Bereich überproportional begünstigt worden ist, ein Politikfeld, das eine besondere Bedeutung hat.

Eines will ich noch hinzufügen: Mich erstaunt immer wieder — um nicht zu sagen: beunruhigt —, daß Frau Lemmermann und Frau Deppe praktisch nur über die berufstätigen Frauen gesprochen haben. Das war auch bei den Reden, die ich heute hier gehört habe, der Fall. Wo bleiben bei Ihnen eigentlich die Hausfrauen?

(Beifall bei der CDU.)

Die Hausfrauen haben eine mindestens so wichtige Funktion zu erfüllen wie die berufstätigen Frauen. Wir sollten nicht eine ganze Gruppe außen vor lassen. Das halte ich nicht für zulässig und nicht für korrekt. Ich sage noch einmal: Sie erfüllen eine gleichwertige Leistung.

Deshalb bin ich wirklich davon überzeugt, daß wir eine Politik machen, die sich an den Bedürfnissen der Frauen orientiert. Das gilt übrigens auch, Frau Lemmermann, für den „Neuen Start mit 35". Ich habe eben Frau Wigbers gefragt, und sie hat mir bestätigt, daß wir keine Kritik an diesem Thema kennen. Das Programm wird hervorragend angenommen,

(Zuruf von Frau Deppe [Grüne])

und insofern ist auch hier Ihre Kritik ins Leere gegangen.

Ich wiederhole: Wir machen eine Politik, die an den Bedürfnissen der Frauen ansetzt, und zwar dort, wo die Benachteiligungen ursächlich zu suchen sind. Diese Politik werden wir auch in Zukunft machen. Dazu, Frau Deppe, haben auch Sie keine Alternative.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, ich rufe nun den Bereich Bildung auf. Das Wort hat der Kollege Wernstedt.

Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Dialog zwischen Wissenschaft, Forschung und Technik einerseits und Politik auf der anderen Seite wird wahrscheinlich der wichtigste Dialog des nächsten Jahrzehnts werden. Nur dort, wo es gelingt, den rationalen Diskurs über die komplizierten sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme zu organisieren, kann die Zukunft ernsthaft und nicht nur plakativ gestaltet werden. Willy Brandt hat vor wenigen Tagen gesagt, daß nach dem 9. November 1989, dem Beginn des Schleifens der Mauer, in der DDR nichts mehr so wie vorher werden wird.

(Beifall bei der SPD.)

Ich glaube, daß dies auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten wird. In den 90er Jahren wird es die interessantesten Gestaltungsaufgaben in Deutschland wahrscheinlich in der DDR geben. Auch unser Bildungssystem unter Einschluß der Berufsbildung, der Forschung, der Lehre und des Wissens- und Technologietransfers wird davon stärker berührt sein, als wir es bisher ahnen. Gemeinsam mit den Folgen, die der EG-Binnenmarkt ab 1993 auch für unser Bildungssystem bringen wird, sind dies ungeheure Herausforderungen, deren präzise Beschreibung bisher nur andeutungsweise möglich ist.

Bei Betrachtung der Schul- und Hochschulpolitik der letzten Jahre in Niedersachsen kann man sagen, daß die Politik der Landesregierung und insbesondere des Kultusministeriums und des Wissenschaftsministeriums nicht in dieser Perspektive denkt. Schaut man sich die Pressemitteilungen der letzten Jahre genau an, dann gewinnt man den Eindruck, daß auf der einen Seite ein pädagogischer Brei angerührt wird und auf der anderen Seite eine chaotische Vernissagenhüpferei erfolgt.

(Beifall bei der SPD.)

Die wirklich anstehenden strukturellen Fragen des Bildungssystems sind nicht in erkennbarer Weise aufgegriffen. Dazu zähle ich folgendes.

Erstens. Seit Jahren gibt es keine verläßlichen Vorstellungen der Landesregierung über die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in Niedersachsen. Die von der SPD geforderte Bestands-

aufnahme zum Berufsgrundbildungsjahr wird leider dazu benutzt, gar nichts zu tun und damit verschlechterte Bedingungen zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung hat seit 1985 nicht mehr ein einziges Berufsgrundbildungsjahr eingeführt, obwohl das Gesetz es befiehlt und die Voraussetzungen in vielen Fällen erfüllt sind.

(Beifall bei der SPD.)

Zweitens. Obwohl es von uns immer wieder angemahnt wurde, gibt es seit Jahren keine verläßlichen langfristigen Planungen für die Lehrereinstellung in den 90er Jahren. Es ist nicht hinnehmbar, daß bei der gegenwärtigen Finanzsituation des Landes immer noch ungezählte Eltern bei Beginn eines jeden Schuljahres gegen die Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen für ihre Kinder kämpfen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

In den Berufsschulen fallen weiterhin teilweise mehr als 20 % des Unterrichts aus. In der Lehrerausbildung fehlen erkennbar die Nachwuchsstudenten. In der beruflichen Bildung ist dies mittlerweile auch kultusministeriell insgesamt anerkannt, was die KMK-Statistiken angeht. Herr Klare hat das gestern ja nach einer Intervention von mir vor vier Wochen zugegeben.

Drittens. Seit Jahren ist ein Bedarf an Ganztagsschulen anerkannt. Hinsichtlich der Notwendigkeit der Einrichtung von Ganztagsschulen unterscheiden sich die Parteien in diesem Hause überhaupt nicht. Allerdings reicht das Billigmodell von 34 sogenannten Nachmittagsbetreuungsprojekten nicht aus; es enthält überhaupt keine Perspektive.

(Beifall bei der SPD.)

Viertens. Seit Jahren gibt es keine konzeptionellen Vorstellungen, wie man die Schulversagensquote wirksam abbauen und verhindern kann, daß eine nennenswerte Zahl von schwächeren Jugendlichen ohne Abschlüsse, ohne Ausbildung und ohne Arbeit bleibt.

Die schändlichste Zahl Niedersachsens und das Schandmal dieser Landesregierung neben all dem, was wir heute morgen schon in der Grundsatz- und in der Sozialdebatte gehört haben, ist folgende Zahl: 49 % aller Sozialhilfempfänger Niedersachsens sind nach Ausweis der Landesregierung von vor zwei Jahren jünger als 26 Jahre.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Das ist ein Skandal! — Frau Pistorius [SPD]: Der Herr Kultusminister hört überhaupt nicht zu!)

Fünftens. Seit Jahren gibt es die heftige Klage von Eltern und Schulträgern über die mangelnde Zahl von Kindergartenplätzen und über die unzureichende Förderung durch das Land. Erst jetzt, nach dem Zugang von Über- und Aussiedlern, ist etwas Bewegung in diese Situation gekommen. Ein größerer Schritt in diese Richtung ist unbedingt notwendig.

(Beifall bei der SPD.)

Sechstens. Seit Jahren gibt es zu Beginn des Schuljahres immer wieder die Klagen über die fehlende Lernmittelfreiheit in Niedersachsen. Die Zahl der wirklich bedürftigen Eltern in Niedersachsen ist bei steigenden Preisen für Schulbücher wirklich feststellbar. Die Landesregierung hat dieses Problem völlig aus den Augen verloren.

(Beifall bei der SPD.)

Siebtens. Seit Jahren gibt es für den Schul- und Sportstättenbau keine Förderung mehr. Das wird sich bei dem wachsenden Ersatz- und Renovierungsbedarf sowie dem Nachholbedarf, gerade im Berufsschulbau, bitter rächen.

Achtens. Seit Jahren gibt es keine durchdachten und konzeptionellen Vorstellungen für die Weiterentwicklung des Hochschul- und Forschungswesens in Niedersachsen. Nach der zweijährigen Quälerei der Hochschulen durch die Streichungsabsichten der Landesregierung haben sie in diesem Jahr teilweise Gelder bekommen, die in einem geordneten Verfahren gar nicht unterzubringen waren.

Neuntens. Seit Jahren sind bekannte soziale Notstände der Studierenden nicht abgebaut worden: BAföG-Kahlschlag, grausige Wohnungsnot bei den Anfangssemestern und teilweise bittere soziale Lebensumstände führen zu unerträglichen Zuständen auch im Studienbetrieb.

(Beifall bei der SPD.)

Überfüllung der Hörsäle, schlechte Studien- und Lehrbedingungen sind die Folge, längere Studienzeiten sind das Ergebnis, über das Sie sich hinterher wieder aufregen.

Zehntens. Seit Jahren gibt es in Fragen der Ansiedlung von außeruniversitären Forschungsvorhaben und des Technologietransfers ein ungeklärtes Verhältnis zwischen dem Wissenschaftsministerium einerseits und dem Wirtschaftsministerium andererseits. Undurchdachte Institutsgründungen in Milliardenhöhe durch das Wirtschaftsministerium führen im Endergebnis mittelbar zu einer Schwächung der universitären Hochschul-

forschung in Niedersachen. Die Hochschulstrukturkommission hat dazu, soweit man das erkennen kann, bereits heftige Anmerkungen gemacht.

Im übrigen ist der eingeschlagene Weg für das parlamentarische Verfahren eine ziemliche Unmöglichkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben im April beim zweiten Nachtrag und auch wieder beim jetzigen Haushalt Institute vorgestellt bekommen, zu denen die entsprechenden Abteilungsleiter bzw. Fachreferenten der Ressorts nicht eine einzig wirklich sachdienliche Auskunft geben konnten. Dies ist doch überhaupt kein parlamentarischer Stil.

(Beifall bei der SPD.)

Elftens. Seit Jahren gibt es keine langfristigen Planungen des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums zu problembeladenen Standorten von Hochschulen. Die Hinwurstelei in Vechta ist eine Tragödie für die Verantwortungsfähigkeit der Politik und die Betroffenen selbst.

(Hildebrandt [FDP]: Dann müssen Sie Ihre eigenen Parteifreunde vor Ort zitieren!)

Wie es mit Hildesheim und Lüneburg, nachdem sie Universitäten geworden sind, langfristig gesichert weitergehen soll, ist bisher nicht geklärt.

(Beifall bei der SPD.)

Wie der Nordwesten Niedersachsens einen ordentlichen Anschluß an die universitäre Hochschulausbildung und -forschung bekommen kann, ist bisher nicht andeutungsweise erkennbar.

Zwölftens. Seit Jahren gibt es keine verläßliche und diskutierbare Vorstellung über die kulturelle Breitenentwicklung in Niedersachsen. Es reicht nicht aus, die Staatstheater zu fördern und plötzlich Millionenprogramme für Musikfestivals aus dem Boden zu stampfen. Jugend- und Kindertheater, Bibliotheken, Museen, Malerei und bildende Künste, soziokulturelle Zentren und Vorhaben und vieles andere mehr sind in Niedersachsen so sehr notleidend, daß das Land nicht nur als zufälliger und gnädiger Almosenspender auftauchen darf, sondern gemeinsam mit den Kommunen eine Rahmenvorstellung zur Förderung zu entwickeln hat.

(Beifall bei der SPD.)

Die SPD-Fraktion hat im Rahmen der engen zeitlichen Möglichkeiten der Haushaltsberatungen und unter Berücksichtigung der von mir angegebenen konzeptionellen Möglichkeiten ihre Anträge zum Haushalt formuliert. Es erscheint uns unerläßlich, die Zuschüsse für die Studentenwohnraumförderung um weitere 40 Millionen DM zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir alle wissen, daß die Zahl der Studierenden bis zum Jahre 2005 kaum nennenswert abnehmen wird und daß der Bedarf ungeheuer groß ist. Die Schaffung von zusätzlich 200 neuen Stellen für den Nachwuchs an den Hochschulen ist von den Wissenschaftsministern akzeptiert worden. Die Auseinandersetzung um den sogenannten Möllemann-2-Plan zwischen der Kultusministerkonferenz einerseits und der Finanzministerkonferenz andererseits — wer nachlesen will, worum es sich dabei handelt, der kann dies der Seite 1 der heutigen Ausgabe der „Frankfurter Rundschau" entnehmen — sollte auch vom Wissenschaftsminister in einer Erwiderung aufgegriffen werden.

(Zuruf von Jahn [CDU].)

— Herr Jahn, es ist wirklich unerträglich, wie Sie — ohne überhaupt eine Ahnung zu haben — ständig dazwischenbrummeln.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Ich habe mich mit Ihnen doch überhaupt nicht unterhalten! — Hildebrandt [FDP]: Herr Wernstedt, Sie wissen doch, daß diese Auseinandersetzung zwischen den Fachressorts und dem Finanzminister Tradition hat, und zwar unabhängig von der Parteizugehörigkeit!)

— Ich sage Ihnen jetzt etwas Tröstliches, Herr Hildebrandt. Deshalb sollten Sie mich zu Ende anhören; das mache ich in der Regel auch.

Die SPD Niedersachsen wird jedenfalls den Kultusminister und den Wissenschaftsminister unterstützen, die notwendigen Stellen auch von Bundesseite aus mitzufinanzieren, auch für den 21. Dezember.

Eine sinnvolle Frauenförderung ist nur dann möglich, wenn sie auch an den Hochschulen materiell unterfüttert wird

(Beifall bei der SPD)

mit der Möglichkeit, entsprechende Frauenbeauftragte so zu unterstützen, daß sie ihre Aufgaben wirklich wahrnehmen können.

Unsere Anträge zum Bereich der Kunst, Kultur und Heimatpflege weisen aus, daß man für die breite Entwicklung der kulturellen Infrastruktur in Niedersachsen viel mehr tun kann, als dies der Haushalt und die Vorschläge der Koalitionsfraktionen zulassen. Es ist beispielsweise nicht hin-

nehmbar, daß durch eine mangelnde Förderung von Chorleitern in Niedersachsen die segensreiche Arbeit vieler Chöre in Gefahr gerät.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist geradezu kontraproduktiv, wenn man in Hannover und in Braunschweig ständig Künstler ausbildet, ohne ihnen entsprechende Betätigungsmöglichkeiten und Anreize im Lande zu bieten. Ich sage nicht „Anstellungen", sondern „Anreize". Gerade bei der Reizüberflutung der Kinder ist eine sinnvolle Förderung der Literatur, des Lesens und der damit verbundenen kulturellen Tätigkeiten wie Theater, Spielen und Zuhören unerläßlich.

Jedermann weiß, daß die Baudenkmalpflege in Niedersachsen genau wie in jedem anderen Kulturland Europas in zunehmendem Maße notwendig ist.

(Beifall bei der SPD.)

Der Investitionsbedarf in diesem Bereich steigt ständig bis fast ins Unermeßliche. Mit Blick auf die DDR will ich nur sagen, daß auch hier ungeahnte Möglichkeiten für handwerkliche und andere Tätigkeiten in der Berufsausbildung in Niedersachsen liegen werden. Der Nachholbedarf in diesem Bereich beträgt wahrscheinlich 300 Millionen bis 400 Millionen DM.

In der Erwachsenenbildung Niedersachsens, die bisher immer eine Spitzenrolle im Vergleich aller Bundesländer gespielt hat — das Erwachsenenbildungsgesetz ist, wie Sie, meine Damen und Herren, sicherlich wissen, ein Produkt der Großen Koalition —, ist die zusätzliche Hereinnahme von Geldern für die Sonderprogramme zur Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten und der allgemeinen Förderung der anerkannten Einrichtungen notwendig. Man kann Flexibilität und Mobilität von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht verlangen und gleichzeitig nicht die entsprechenden Gelder im Landesetat dafür zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Völlig ungeklärt ist der eigentliche Finanzbedarf, der auf das Land zukommt, wenn wir die Kinder von Aussiedlern und Übersiedlern ordentlich betreuen wollen. Dieses Problem gibt es auch mit den Ausländerkindern. Hinzu kommt ein erheblicher Betreuungsbedarf für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, aber auch für die Kinder sozialschwacher Familien in Niedersachsen. Unser zusätzlich beantragter Betrag in Höhe von 2 Millionen DM wird wahrscheinlich nicht einmal ausreichen, um den wirklichen Bedarf für Hausaufgaben befriedigen zu können. Wer es in Niedersachsen mit Chancengleichheit auch für Mädchen ernst meint, der sollte sich der Debatte um die strukturelle Benachteiligung von Mädchen im naturwissenschaftlich-technischen Unterricht der allgemeinbildenden Schulen nicht verschließen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Frau Schreiner [Grüne].)

— Frau Schreiner, ich gebe Ihnen recht. Ich denke nur an die Benachteiligung der Jungen in manchen sozialen und sprachlichen Geschichten. — Wir haben dafür einen entsprechenden Betrag in diesem Haushalt ausgewiesen.

In ganz besonderem Maße stehen wir Sozialdemokraten für die Einführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen ein. Um unsere Forderung danach glaubwürdig zu machen — auch wenn wir noch kein Gesetz vorgelegt haben —, haben wir einen Ansatz in Höhe von 45 Millionen DM für das nächste Haushaltsjahr beantragt. Dies wäre die erste Rate für ein geplantes dreistufiges kombiniertes Leih- und Übereignungssystem.

(Beifall bei der SPD.)

Wer in Niedersachsen keine Verschlechterung der Unterrichtsbedingungen für unsere Kinder haben will, der muß mindestens genauso viele Lehrerinnen und Lehrer einstellen, wie ausgeschieden sind.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Wie viele denn?)

Die SPD-Landtagsfraktion fordert darüber hinaus eine zusätzliche Einstellung von etwa 300 Lehrern, so daß wir in den nächsten Jahren auf jährlich etwa 1 000 Personen kommen.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Warum haben Sie denn keinen Antrag gestellt?)

— Mit unserem Antrag fordern wir 750 zusätzliche Stellen. Sie fordern mit Ihrem Antrag bereits 250 zusätzliche Stellen. Das sind dann in der Summe 1 000 neue Stellen. Herr Klare, das ist doch nun wirklich das Einmaleins der Grundschule und nicht einmal der Hauptschule.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung hat sich mit einem Trick aus der Verantwortung gemogelt. Sie und die Koalitionsfraktionen haben in den Haushaltsplanentwurf lediglich das Ergebnis der Auffüllung der Dreiviertelstellen auf ganze Stellen eingebracht. Das sind 200 Stellen. Dann haben sie 200 Stellen dazugepackt, so daß man sagen kann, daß im nächsten Schuljahr nur 200 neue Gesichter in der Schule auftauchen werden.

Über die Notwendigkeit weiterer Hilfen für den Sportstättenbau habe ich bereits andeutungsweise gesprochen. Unser Antrag zum Haushalt bringt entsprechende Vorschläge.

(Köneke [SPD]: Nicht nur andeutungsweise, Rolf! Da haben wir sehr konkrete Vorstellungen!)

— Udo, ich komme darauf noch zurück.

Im Kindergartenbereich besteht in Niedersachsen ein eklatanter Mangel an Plätzen für die Drei- bis Fünfjährigen. Der Versorgungsgrad dieser Altersgruppe beträgt etwa 65 %. In Zukunft wird der Mangel durch die geburtenstarken Jahrgänge und den Zustrom von Über- und Aussiedlern weiter zunehmen. Daher ist auf diesem Gebiet eine erhöhte Landesförderung erforderlich, um zumindest in Ansätzen zu einer Verbesserung der Kindergartensituation in Niedersachsen zu kommen.

(Beifall bei der SPD.)

Die bisherige Förderung durch das Land in Höhe von 68 Millionen DM soll auf 110 Millionen DM aufgestockt werden. Damit soll der Elternbeitrag für die Drei- und Vierjährigen mit 50 DM je Kindergartenmonat gefördert werden, wie es bei den Fünfjährigen bereits der Fall ist. Die Absenkung der Fachpersonalkosten ist ebenfalls beabsichtigt. Darüber hinaus ist ein Investitionsprogramm erforderlich, um die dringend benötigten neuen Kindertagesstätten zu schaffen. Dieser Antrag befindet sich in unserem Zahlenwerk.

Die Betreuung und Förderung arbeitsloser Jugendlicher geschieht derzeit im wesentlichen in Form von Werkstattprogrammen bzw. in Form des Materialkostenprogramms der Landesregierung. Dies entspricht jedoch nicht den Erfordernissen in diesem Bereich. Es ist notwendig, ein langfristig angelegtes Programm zu entwickeln, um die arbeitslosen Jugendlichen auch in Zukunft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren — in den ersten, nicht in den zweiten. Das betrifft vor allem die Jugendlichen, die seit längerer Zeit ohne Lehrstelle und Arbeitsmöglichkeit sind und die sozialpädagogischer Betreuung bedürfen, damit sie wieder in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Die Aufstockung des entsprechenden Ansatzes um 10 Millionen DM, integriert in das Programm zur Behebung der Langzeitarbeitslosigkeit, ist daher eine dringende sozialpolitische Aufgabe.

(Beifall bei der SPD.)

Die Mittel für den kommunalen Sportstättenbau müssen aufgestockt werden, um dem gestiegenen Bedarf in diesem Bereich gerecht zu werden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Die Zahl der Mitglieder in den Sportvereinen ist gestiegen, und die Anforderungen an die Sportvereine sind größer geworden. Das betrifft zum Beispiel die Integration von Behinderten und das Angebot für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hinzu kommen zahlreiche neue Sportarten, für die ebenfalls entsprechende Angebote im kommunalen Bereich geschaffen werden müssen. Außerdem ist es erforderlich, die alten, zum Teil jahrzehntelang bestehenden Anlagen zu modernisieren. Dabei muß das Land die Kommunen stärker als bisher unterstützen.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb fordert die SPD ein Mehrjahresprogramm des Landes mit einem Volumen von mindestens 20 Millionen DM für den kommunalen Sportstättenbau.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wer die gestrige Debatte der Haushälter verfolgt hat, wird etwas sehr Merkwürdiges festgestellt haben. Der Kollege von Wangenheim ist normalerweise nicht jemand, der den Eindruck von Unsicherheit um sich verbreitet. Er hat sich aber an einer Stelle, nämlich als es um die Begründung der Gesetzesänderung im Hinblick auf die Finanzhilfe zur Altersversorgung an die Privatschulen ging, mehrfach gewunden und überhaupt sehr unsicher verhalten. Was ist der Hintergrund?

Nachdem das Problem im Finanzausschuß aufgetaucht war, ist im Kultusausschuß deutlich geworden, daß es bisher keine Übersicht über die versicherungsrechtlichen Probleme im Zusammenhang mit der Altersversorgung der Privatschullehrerinnen und -lehrer gibt. Die Koalition wird wahrscheinlich morgen eine Regelung beschließen, über deren sachlichen Hintergrund, deren Folgen und deren Reichweite sie überhaupt nicht Bescheid weiß.

(Beifall bei der SPD. — Frau Schreiner [Grüne]: Hudelig wie immer! — Frau Hammelstein [SPD]: Frau Finanzministerin, wie können Sie das zulassen?)

Nicht jeder von uns weiß über jeden Antrag im Detail Bescheid. Wir wissen aber, daß sich unsere Fachleute so eingehend damit beschäftigt haben, daß man ihrer Empfehlung vertrauen kann. Das gilt für jede Fraktion. In dem vorliegenden Fall ist jedoch nachweisbar, daß die CDU und die FDP von der Sache überhaupt nichts verstanden haben.

(Zuruf von der CDU: Das ist unerhört!)

Das heißt, dieser Landtag tut Dinge, die in der DDR gerade abgeschafft werden.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister Cassens hat jetzt das Wort.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum, so wurde ich jüngst nicht ohne vorwurfsvollen Unterton gefragt, stellen die Hochschulen so erhebliche Anforderungen an die staatlichen Haushalte? Das Ausmaß der Überforderung belegt folgende Entwicklung: In den letzten Jahrzehnten wurde die Zahl der Hochschulen zwar verdoppelt, die Personalstellen vervierfacht, doch die Studentenzahlen haben sich verneunfacht, und die Studentenzahlen wachsen weiter. Die aktuellste Zahl für Niedersachsen: 133 600 Studentinnen und Studenten sind an unseren Hochschulen immatrikuliert — ein neuer Rekord!

Neben der Lehre müssen die Hochschulen ihrem doppelten Auftrag, nämlich Lehre und Forschung, gerecht werden. Die Universitäten müssen den wissenschaftlichen Nachwuchs heranbilden. Doch damit nicht genug. Von Hochschulen wird künftig ein erweitertes Spektrum von Dienstleistungen erwartet. Ich nenne hier nur die Stichworte verstärkter Technologietransfer, neue Fort- und Weiterbildungsangebote, Höchstleistungen in der Krankenversorgung und Medizintechnik, qualifizierte Beratung im regionalen Raum ebenso wie für nahezu alle gesellschaftlich relevanten Gruppen. Die Hochschulen sollen sich auf einen veränderten Arbeitsmarkt einstellen, indem sie neue Qualifikationsprofile herausbilden und neue Berufsbilder erschließen. Schließlich wird von unseren Hochschulen erwartet, daß sie in der Forschung und Lehre ihren Beitrag dazu leisten, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes 1993.

Wer diese Herausforderungen bejaht — und wir müssen die Hochschulen in diesen Herausforderungen nach Kräften unterstützen —, muß entsprechende Rahmenbedingungen setzen. Grundvoraussetzung hierfür ist ein ausreichender finanzieller Spielraum. Hier setzt die Landesregierung deutliche Zeichen, meine Damen und Herren.

Der Einzelplan 06 ist seit Jahren ein Wachstumshaushalt. Das gilt auch für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Er steigt um 3,3 %. Erstmals in der Geschichte des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst werden die Gesamtausgaben die 3-Milliarden-Grenze überschreiten.

Der Überbeanspruchung der Hochschulen in der Lehre begegnen wir mit einem Kraftakt. Enthielt der Haushaltsentwurf vor zwei Jahren hierfür noch einen Ansatz von 16,3 Millionen DM, so stellen wir im nächsten Jahr sage und schreibe 53 Millionen DM zur Verfügung. Davon können allein 450 zusätzliche Stellen finanziert werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern wir mit einem ganz klaren, eindeutigen konzeptionellen Programm: in diesem Jahr 5 Millionen DM, im nächsten Jahr 10 Millionen DM, 1991 15 Millionen DM und 1992 20 Millionen DM — eine respektable Leistung, meine Damen und Herren!

Neben den zusätzlich bereitgestellten Ressourcen im Sachmittelbereich wird sich auch die Stellensituation ganz erheblich verbessern. Herr Wernstedt, mit Ihren 200 Stellen kommen Sie mit dem Salz; das Ei ist schon gegessen! Der Haushaltsplan 1990 weist einen Bruttozugang für die Hochschulen von 352 Stellen aus. Wenn wir die 114 Stellen für Umschichtungen einmal abziehen, verbleibt netto ein Zugang von 238 Stellen. Die SPD fordert zusätzliche 200 Stellen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Angesichts der Aufgabenstellung halte ich allerdings auch diesen Stellenzuwachs für unabweisbar notwendig. Ich halte es auch für richtig, daß wir unsere Hochschulen kontinuierlich ausbauen. Wir haben hierfür für die nächsten Jahre insgesamt 765 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Zugegeben, Herr Wernstedt, wir haben in den letzten beiden Jahren unsere Hochschulen nicht völlig von Sparmaßnahmen ausnehmen können. Aber bereits in diesem Jahr haben wir alle einschränkenden Maßnahmen abstreifen können.

(Beifall bei der CDU.)

Allein in diesem Jahr steigt der Haushalt des Ministers für Wissenschaft und Kunst um über 8 %.

Herr Wernstedt, wir wollen und wir können uns mit den anderen Bundesländern messen lassen. Eine gute Zahl, um sich messen zu lassen, ist die Betreuungsziffer, d. h. auf wieviel Studenten entfällt eine wissenschaftliche Kraft. Wir stehen mit 15,1 einsam und solide mit dem Land Baden-Württemberg an der Spitze. Die Bundesziffer ist 17,1. Nun schauen wir uns einmal das sozialdemokratisch regierte Nordrhein-Westfalen an. Sie

regieren dort ganz allein, sie sind allein zuständig, sie können allein die Ressourcen bewegen. Wie sieht es dort aus? 23,1 Studenten fallen auf eine wissenschaftliche Kraft. Wir haben uns von Nordrhein-Westfalen weit abgesetzt.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Das sagt mehr über die Fähigkeit und über die Erklärungen aus, wer wo Schwerpunkte im Wissenschaftsbereich setzt.

(Beifall bei der CDU.)

Die meisten Länder haben noch allgemeine Wiederbesetzungssperren. Ich will keineswegs ein Land auslassen. In Rheinland-Pfalz beträgt sie ohne Ausnahme drei Monate, in Nordrhein-Westfalen sogar neun Monate, wobei nur die der Krankenversorgung dienenden Stellen und das Lehrpersonal in NC-Fächern ausgenommen ist. Selbst in Baden-Württemberg und Bayern gibt es noch eine allgemeine Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten, wobei in besonders gelagerten Fällen Ausnahmen zugelassen werden können. In den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein kommen die noch bestehenden Einsparquoten im Hochschulbereich weitgehend einer Wiederbesetzungssperre gleich.

Dieser Haushalt enthält keinerlei Einsparmaßnahmen mehr, keine Wiederbesetzungssperre, sondern eine volle Autonomie und eine volle Verantwortung für die Hochschulen. Der Haushalt 1990, Herr Wernstedt — Sie haben darauf hingewiesen —, erlaubt uns in der Tat, in Lehre und Forschung konzeptionell neue Modelle zu entwickeln und weiterzuführen. Ich will das anhand einiger Beispiele deutlich machen.

Die wirtschaftliche Situation unseres Landes hängt wesentlich von der Leistungsorientierung, aber auch von der Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen ab. Mit dem regionalisierten und leistungsfähigen Hochschulsystem können wir — davon bin ich zutiefst überzeugt — die zukünftigen Aufgaben des tertiären Bildungsbereichs in Forschung, Lehre, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Weiterbildung — ein wichtiger Bereich für die nächsten Jahre — und Wissenschaftstransfer solide bewältigen.

Die Hochschulen als Orte der geistigen Auseinandersetzung über die künftige gesellschaftliche Entwicklung bedürfen in Zukunft einer verstärkten geistes- und sozialwissenschaftlichen Orientierung. Es hat mich schon in Erstaunen versetzt, Herr Wernstedt, als Sie sagten — ich habe mir das notiert —, daß, nachdem Hildesheim und Lüneburg nun Universitäten geworden seien, nicht geklärt sei, wie es mit ihnen langfristig weitergehen soll. Meine Damen und Herren! Wir wollen doch mit aller Deutlichkeit festhalten: Wir haben gemeinsam diese beiden Hochschulen zu Universitäten gemacht. Ein Gradmesser dafür, ob wir damit eine Attraktivitätssteigerung haben auslösen können, ist und bleibt doch die Entwicklung der Studentenzahlen. So rangieren die neuen Universitäten hinsichtlich der Steigerung der Studienanfängerzahlen an der Spitze der Entwicklung in ganz Niedersachsen. In Lüneburg verzeichnen wir sogar eine fast dramatische Steigerung von 62,2 % gegenüber dem letzten Wintersemester. In Lüneburg studieren in diesem Wintersemester insgesamt 3 700 Studenten, in Hildesheim sind es 2 700. Im Wintersemester 1981/82 waren es demgegenüber nur 1 100 in Lüneburg und 1 400 in Hildesheim. Wir haben fürsorglich, und zwar parallel dazu, auch unsere Anstrengungen verstärkt. Auch die Gesamtausgaben für die beiden Universtitäten halten mit dieser Entwicklung Schritt. So sind die Ausgaben für Hildesheim von 1981 bis 1990 von 12,3 Millionen um 23,8 Millionen DM und die für Lüneburg von 11,1 Millionen auf 20,8 Millionen DM gesteigert worden, also gab es in beiden Fällen eine Verdoppelung des Ausgabevolumens. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, wo wir unsere Akzente setzen.

Meine Damen und Herren! Unsere Hochschulen müssen in der Tat weiter ausgebaut werden. Die Ausbaukonzepte müssen sich allerdings, Herr Wernstedt, weniger an formalen Flächenrichtwerten orientieren, sondern stärker an dauerhaften Belastungen. Die Anpassung hat anhand der tatsächlichen Studentenzahlen zu erfolgen. Niedersachsen hat sein Ausbauziel von 85 000 Plätzen nicht nur schneller, sondern vor allem auch weitergehend als vergleichbare Länder erreicht. Für unsere attraktiven Fachhochschulen steht unser Ausbaukonzept mit 4 500 Studienplätzen in der Diskussion mit den Fachhochschulen.

In der Forschung wird eine rechtzeitige Weichenstellung sichtbar. Biotechnologie, Werkstoffforschung, Laserforschung, Umweltforschung, Meeresforschung und Peptitforschung sind herausragende Beispiele.

Nun kommen Sie mit Ihrer Sorge, die auch durchaus woanders geäußert wird — das will ich überhaupt nicht verhehlen —, die Forschung entwickle sich zu stark außeruniversitär. Diese erste Bilanzierung ist übereilt und in der Sache auch nicht begründet. Wir haben seit dem Jahre 1980 insgesamt 46 universitäre und nur 12 außeruniversitäre Institute geschaffen. Beispielsweise bei dem Institut Frau und Gesellschaft, dem Institut für Radioökologie, dem Institut für Solarenergie-

forschung und dem Institut für Lebensmitteltechnologie sprechen Sie von undurchdachten Institutsgründungen. Hier reden Sie von Weichenstellungen in der Radioökologie,

(Zustimmung von Graetsch [FDP])

hier reden Sie von Umweltforschung. Wenn es aber darum geht, die Forschung zu etablieren, dann sagen Sie nein. Überall ist immer nur das Wort. Wenn es aber um Taten geht, dann sind wir allein. Wir setzen die Zeichen. Die SPD ist nie an der Front, wenn es darum geht, das umzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Ich sage nur CUTEC, das außeruniversitäre Institut. Die Hinweise sind aus der Universität gekommen.

Nun darf ich Ihnen noch folgendes sagen: Sie wissen als kundiger Thebaner sehr gut, daß wir die Strukturhilfe haben. Sie wissen auch genau: Es gibt eine Anspruchskonkurrenz zwischen dem sogenannten HBFG und der Strukturhilfe. Wenn wir die Strukturhilfe in Anspruch nehmen wollen, dann können wir das nur tun, wenn wir die Institute als A-Institute gründen. Nur das läßt das Strukturhilfegesetz zu. Ich finde, es ist doch sehr gut, wenn wir die Strukturhilfe für die Forschung nicht nur aktivieren, sondern auch ganz gezielt mobil machen, und das tun wir.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister, Herr Kopischke möchte Ihnen eine Frage stellen.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Bitte, sehr gern!

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kopischke, bitte!

Kopischke (SPD):

Herr Minister, können Sie garantieren, daß bei den Instituten an der Universität Lehre mit übernommen wird, daß dort zum Beispiel auch Doktoranden und Habilitanden arbeiten können?

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Das ist eine sehr gute Frage.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bin in der Tat der Auffassung, daß all diese Institutsgründungen natürlich eine enge Ankoppelung an die Universitäten voraussetzen. Das garantieren wir. Deshalb ist auch der Hinweis von Herrn Wernstedt, hier werde keine genügende Ankoppelung zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Wissenschaftsministerium vorgenommen, so nicht nachvollziehbar. Wir legen sehr großen Wert darauf, daß bei allen Instituten eine sehr enge Ankoppelung an die Hochschulen erfolgt, weil wir eben die Blutzufuhr, die Zuführung des wissenschaftlichen Nachwuchses über Doktoranden, über Stipendien und über Habilitationen, wollen. Deshalb ist dies eine sehr enge Verzahnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zur Frage der Kulturpolitik jetzt nur folgendes sagen. Ich habe beinahe den Eindruck, Herr Wernstedt, wenn man Ihre Anträge liest — hier eine Million drauf, da eine Million drauf, und hier noch eine Million drauf —, daß da das ganze Füllhorn über verschiedene Punkte ohne irgendwelche Differenzierungen ausgeschüttet werden soll. Das finde ich bedauerlich. Sie bringen damit die Kulturpolitik auf das Niveau eines Wochenendmarktes: Kann es nicht noch ein bißchen mehr sein? Ich finde, das hat Kulturpolitik nicht verdient.

(Beifall bei der CDU.)

Wir wollen mit Kulturpolitik, mit den im Haushalt ausgebrachten 360 Millionen DM, nicht nur die bewährten Schwerpunkte in der Erwachsenenbildung und in der Kunstförderung setzen, sondern wir setzen auch neue Akzente. Die im letzten Jahr aufgenommene verstärkte Förderung der Laienmusik sowie die nachhaltige Unterstützung der gewachsenen niedersächsischen Festspiele werden fortgeführt. Dies bedeutet zugleich auch, daß das Programm „Musikland Niedersachsen", ein hervorragend angenommenes Programm, in den 90er Jahren fortgesetzt wird. Breiten- und Spitzenkultur werden vorrangig solide gefördert. Die Literaturförderung wird verdoppelt, und die Kultur hat — das kann man nun überhaupt nicht mehr leugnen, auch nicht mehr die Opposition — in allen Bereichen Konjunktur. Ob in Konzerten, in Ausstellungen oder in Museen, überall verspüren wir Zuspruch, und überall haben wir — darauf legen wir sehr großen Wert — wachsende Teilhabe. Das ermutigt, und das eröffnet uns neue Perspektiven.

In diesem Sinne bin ich dankbar für den Haushalt, den wir im Jahre 1990 in der Wissenschaft und Kultur mit neuen Zeichen und mit neuen Prioritäten umsetzen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat die Kollegin Frau Schreiner.

(Frau Schreiner [Grüne]: Darf vielleicht zunächst Herr Schörshusen?)

— Mir liegt keine Wortmeldung von Herrn Schörshusen vor.

(Frau Schreiner [Grüne]: Doch, die ist da!)

— Herr Schörshusen, Sie haben das Wort.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Cassens, wir bezweifeln ja gar nicht, daß Sie sich im Eröffnen von Ausstellungen um das Land Niedersachsen verdient gemacht haben. Ich möchte aber doch noch einmal, weil das den größten Raum des Einzelplans 06 umfaßt, ein paar Worte zur Hochschulpolitik sagen; denn da sieht es ziemlich trübe aus.

Wenn man sich die gegenwärtige Situation im Wintersemester anschaut, dann müssen auch Sie, Herr Minister Cassens, feststellen, daß Ihre Prognosen, die Sie damals vorgelegt haben, überhaupt nicht mehr aufrechtzuerhalten sind.

Damals haben Sie noch geglaubt, daß sich die Zahl der Studenten und Studentinnen eventuell bis hin zu 95 000 reduziert. Das war die Illusion der Landesregierung. Davon ist nichts mehr übriggeblieben. Heute haben wir 135 000.

(Wiesensee [CDU]: 133 600, Herr Schörshusen!)

— Grob geschätzt 135 000! Wir wollen uns nicht um die Hunderter streiten, wenn sich die Landesregierung um Zehntausende verkalkuliert hat.

Der entscheidende Punkt ist, daß sich der vorliegende Haushaltsplanentwurf der Landesregierung mit dieser neuen Situation auch finanzpolitisch auseinandersetzen müßte. Herr Minister Cassens, wenn ich mir den Haushaltsplan daraufhin anschaue, muß ich feststellen, daß Sie die Notstandssituation an den Universitäten anscheinend und offensichtlich billigend in Kauf nehmen; denn was Sie an sogenanntem Überlastprogramm machen, hat mit der Situation, die im Augenblick an den Universitäten herrscht, nicht sehr viel zu tun.

(Zustimmung von Dr. Ahrens [SPD].)

Sie reagieren auf die Tatsache, daß wir allein im Wintersemester wieder 4 350 Studienanfänger und -anfängerinnen mehr haben, mit einer Pressemitteilung — das zeigt auch das Dilemma der niedersächsischen Hochschulpolitik —: Landesregierung gibt 1,5 Millionen DM mehr dazu.

(Minister Dr. Cassens: Für 1989 mehr!)

Herr Minister Cassens, das ist doch keine Politik, die den Notwendigkeiten an den Universitäten entspricht. Sie müssen doch zugeben, daß die Universitäten wirklich aus den Nähten quellen, während Sie sich immer noch an einem falsch verstandenen Konsolidierungskonzept festhalten.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, in welchem Dilemma Sie sich befinden. Sie haben schon am 18. Mai 1988, und zwar vom Ministerpräsidenten aus, eine Hochschulstrukturkommission beauftragt, sich einmal perspektivisch mit der Entwicklung auseinanderzusetzen und der Landesregierung Empfehlungen zu geben. Hier ist nun der sehr merkwürdige Fall — deswegen vorhin meine spitze Bemerkung mit dem Ausstellungsminister —, daß der Zwischenbericht dieser Kommission nicht an den Wissenschaftsminister gegangen ist, sondern an den Ministerpräsidenten.

(Zuruf von der CDU: Der hatte den Auftrag erteilt!)

Auch hier zeigt sich, daß die Hochschulpolitik im wesentlichen einmal vom Wirtschaftsminister gemacht wird, was die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen betrifft, und dort, wo es um perspektivische Vorstellungen geht, wird der Ministerpräsident informiert. Herr Minister Cassens, Sie haben doch selber zugegeben, daß Sie den Zwischenbericht nicht gesehen haben, bevor Sie ihn veröffentlicht haben.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja gar nicht wahr! — Wernstedt [SPD]: Das mußte er doch!)

Das ist ja das Dilemma der niedersächsischen Hochschulpolitik, daß sich der Wissenschaftsminister mit den wirklichen Dingen, nämlich mit den Fragen: Wo soll es hingehen mit der Forschungspolitik? Wo soll es hingehen mit der Ausstattung der Hochschulen? nicht mehr beschäftigen darf, daß man ihn praktisch kaltgestellt hat. Das zeigt sich auch in dem Dilemma, daß die Hochschulstrukturkommission ihren Zwischenbericht an den Ministerpräsidenten gegeben hat.

Ich will einmal ein paar Zitate daraus vorlesen, aus dem Bericht einer Kommission, die vom Ministerpräsidenten eingesetzt worden ist. Da steht zum Beispiel:

> „Es gibt in vielen Bereichen nahezu keine Ausbildungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs."

Da steht auch:

> „Leistungsfähige hochschulinterne Arbeits- und Entscheidungsstrukturen sind häufig nicht oder nur unzureichend gegeben."

Weiter:

„Die gegenwärtige Ausstattung mit nichtwissenschaftlichem Personal läßt Aktivitäten in der praxisnahen Forschung und Entwicklung sowie im Technologietransfer kaum zu."

Dort steht auch:

„Das Land sollte die Gründung neuer Forschungseinrichtungen bevorzugt in oder an den Hochschulen vornehmen."

Letztes Zitat:

„Die Landesregierung wäre gut beraten, wenn sie die Hochschulen gerade auch unter Forschungsgesichtspunkten weiter ausbaute und andere Ressortforschungsmittel, z. B. des Wirtschaftsministers, sowohl zur Gründung neuer Forschungsinstitute an den Hochschulen als auch zur weiteren Verstärkung der Hochschulförderung selbst einsetzte."

Man muß doch wohl feststellen, Herr Minister Cassens, daß dieser Zwischenbericht, den zu veröffentlichen Sie sich geweigert haben — auch der Ministerpräsident wollte ihn nicht veröffentlichen —,

(Wernstedt [SPD]: „Zu lesen" hat er gesagt!)

wirklich ein Schlag ins Gesicht der Hochschulpolitik der Landesregierung ist. Auch wenn Sie dem, was die Opposition hier an kritischen Anmerkungen macht, nicht trauen, müssen Sie doch zumindest eingestehen, daß Ihre eigene Kommission, eine Fachkommission, die niedersächsische Hochschulpolitik in Bausch und Bogen kritisiert und einen riesigen Nachholbedarf festgestellt hat. Deshalb kann ich nur noch einmal für die Fraktion der Grünen appellieren: Nehmen Sie unsere Änderungsanträge, die wir eingebracht haben, ernst. Im Jahre 1990 muß endlich ein Überlastprogramm laufen. Wir haben ein 40-Millionen-DM-Programm vorgeschlagen. Nehmen Sie die Situation im Zusammenhang mit der sozialen Lage der Studentinnen ernst. Sie sind nicht in der Lage, die Wohnsituation abzumildern. Es gibt fast keine Studentenwohnheime mehr.

(Graetsch [FDP]: Was?)

Sie haben es abgelehnt, für 1990 ein neues Programm aufzulegen. Deswegen haben wir noch einmal für 1990 ein Programm beantragt, das den Namen „Programm zur Förderung studentischen Wohnraums" auch wirklich verdient. Sie müssen sich schon daran orientieren, was zum Beispiel das Bundesland Baden-Württemberg getan hat. Dort ist nämlich festgelegt worden, daß ein 25 000-DM-Zuschuß gewährt werden soll.

(Zuruf von Minister Cassens.)

— Herr Cassens, das müssen Sie nicht nur irgendwo unabhängig vom Landtag und von den Haushaltsberatungen beschließen, sondern Sie müssen das hier offensiv vertreten und auch die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplan für 1990 einstellen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Sonst können wir Ihnen solche Sachen nicht abnehmen. Wir können doch nicht immer nur Ihren Pressemitteilungen trauen.

Ähnlich stellt sich die Situation im Hinblick auf das häufig angekündigte zweite Möllemann-Programm dar, das die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses betrifft und auf das Sie sich immer wieder bezogen haben. Dafür sind auch heute noch keine entsprechenden Mittel eingestellt. Wir können doch nicht sozusagen immer nur die ungelegten Eier der Minister bestaunen, die in Pressemitteilungen vorgestellt werden, während bei der Verabschiedung des Haushaltsplans nur Pustekuchen ist. Das ist doch ein Problem, das auch in anderen Bereichen besteht.

Wir haben eine ganze Reihe von Änderungsanträgen auch zum Wissenschaftsetat vorgeschlagen, und wir haben auch massiv Kritik an der Politik des Wirtschaftsministers, der sich jetzt hier auch hingesetzt hat, geäußert.

Herr Hirche, ich muß nun noch einige Anmerkungen an Ihre Adresse machen. Sie haben es in brillanter Weise geschafft — das muß man Ihnen lassen —, dem Wissenschaftsminister die Forschungspolitik zu entreißen und massiv Finanzmittel für wirtschaftsnahe Forschungsinstitute abzuziehen.

(Auditor [SPD]: Das war bei Cassens nicht schwer!)

Man muß sich nur einmal vorstellen, daß Sie allein in diesem Jahr 17 neue wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen gegründet

(Zustimmung bei der FDP)

und damit Milliardenbeträge gebunden haben.

(Jahn [CDU]: Auf 20 Jahre, meint er!)

Wenn man einmal zusammenrechnet, was im Haushaltsplan für 1990 steht, wird man feststellen, daß das Milliardenbeträge sind. Diese Beträge sind aber aus dem Hochschulbereich abgezogen worden. Das ist die zentrale Kritik, die sich

auch der Wissenschaftsminister anhören muß: Sie höhlen die Hochschulen immer weiter aus. Es bleibt praktisch kein Geld mehr übrig, um die Mindestausstattung mit Personal- und Sachmitteln bereitzustellen. Erst recht bleibt kein Geld übrig, um Forschung an den Hochschulen selbst durchzuführen, so daß die Universitäten gezwungen sind, Drittmittel einzuwerben. Das sind dann aber nur noch anwendungsorientierte Forschungsvorhaben, die teilweise von irgendwelchen Wirtschaftskonzernen vergeben werden. Sie müssen sich doch allmählich einmal als Wissenschaftsminister gegenüber dem Wirtschaftsminister durchsetzen und einen Riegel vorschieben.

(Frau Schreiner [Grüne]: Das schafft er nicht mehr in dem halben Jahr!)

Nehmen Sie die massive Kritik auch der Hochschulstrukturkommission an dieser Art der Hochschul- und Forschungspolitik ernst, und nehmen Sie insbesondere auch unsere Änderungsanträge zum Einzelplan 06 an. Dann wäre schon einiges getan.

(Klare [CDU]: Der Umweltminister ist auch gerade da. Der muß auch noch sein Fett abbekommen!)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Graetsch.

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ausbildung, Bildung und Forschung sind Zukunftsinvestitionen für unser Land und für die Bundesrepublik insgesamt. Wir sollten die verschiedenen Wege, die möglich sind, um dieses Ziel zu erreichen, nicht gegeneinander ausspielen, sondern wir müssen verschiedene Wege gehen, um möglichst gut auf diesem Feld zu bestehen.

Es ist doch völliger Unsinn, einen Gegensatz zwischen anwendungsorientierter Forschung und der an Universitäten betriebenen Forschung herzustellen. Beide Bereiche sind wichtig.

(Zustimmung von Herbst [CDU].)

Es ist sicherlich richtig, an den Hochschulen Forschungseinrichtungen zu schaffen. Genauso richtig ist es aber auch, z. B. ein Institut für Lebensmitteltechnik als wirtschaftsnahes Forschungsinstitut auch unter strukturpolitischen Gesichtspunkten nicht an einem Hochschulstandort, sondern in einer Region zu errichten, in der ein besonders enger Zusammenhang zwischen den zu erforschenden Dingen und der dortigen Situation besteht.

Deshalb glaube ich, daß das Land Niedersachsen gut beraten war, der wirtschaftsnahen Forschung einen Schwerpunkt zu geben. Selbstverständlich werden wir auch im Bereich der Hochschulforschung zukünftig Akzente setzen müssen. Die Vision, die hier eben von Herrn Schörshusen entwickelt wurde, die Hochschulen ständen als ausgehöhltes Gerippe ohne eigene Forschung da, ist, wenn Sie sich die Etatansätze betrachten, völlig absurd. Beide Bereiche werden im Lande Niedersachsen gefördert. In beiden Bereichen setzen wir in der Landespolitik Akzente.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Das gilt auch für Studenten im Bereich der Sozialpolitik. Es macht keinen Sinn, ständig neue Programme aufzulegen, die alle nur das Ziel haben, Wohnraum zu günstigen Mieten zu schaffen. Es ist letztlich egal, ob er von Studenten, Aussiedlern, Übersiedlern oder von anderen finanziell Schwachen genutzt wird. Wichtig ist, daß Wohnungen geschaffen werden. Wir haben deutlich gemacht, daß diese Landesregierung alle Programme des Bundes binden wird. Der Bundesbildungsminister hat auf den Problempunkt Studentenwohnheimbau hingewiesen. Wir werden mit den zusätzlichen Wohnungen günstigen Mietraum schaffen. Dieser wird letztlich Studenten genauso zur Verfügung stehen wie anderen, die auf relativ preiswerten Wohnraum angewiesen sind. Dazu brauchen wir aber nicht fünf oder sechs verschiedene neue Programme für Zielgruppen, sondern einen gesamten Wurf. Wenn man 20 000 neue Wohnungen in dem Bereich baut, ist das eine ganze Menge Holz für ein Bundesland wie Niedersachsen, das anerkanntermaßen nicht zu denen gehört, in dem die Milliarden so wie in manchen anderen Bundesländern sprießen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Wir haben dadurch, daß wir frühzeitig erklärt haben, auch die Bundesprogramme im Bereich der Bildung mitfinanzieren zu wollen, deutlich gemacht, daß wir der besonderen Verantwortung für die Hochschulen gerecht werden. Wir waren eines der ersten Bundesländer, das erklärt hat, auch das neue Möllemann-Programm mitzufinanzieren, wenn es auf Bundesebene durchgesetzt wird. Wir gehörten zu denen, die auch das erste Programm sofort und vorbehaltlos unterstützt haben, weil wir erkannt haben, daß sich die Studentenzahlen anders entwickeln, als alle Bildungsminister und alle Wissenschaftsminister in den vergangenen Jahren geschätzt haben. Das Land Niedersachsen wird das ihm Mögliche tun. Es ist interessant, daß gerade Kollegen in SPD-

regierten Bundesländern — ich denke an Bremen und Nordrhein-Westfalen — keineswegs bereit sind, diese Mehrleistungen zu erbringen, sondern an dem ursprünglich vereinbarten Sparkurs von vor fünf, sechs Jahren festhalten und nach wie vor nicht daran denken, ebenso wie das Land Niedersachsen in erheblichem Maße zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen. Ich glaube, daß wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten bestmöglich bemüht haben.

Die Strukturkommission ist angesprochen worden. Ich hoffe, daß wir von ihr im Frühjahr wertvolle Hinweise bekommen werden, wie wir auch unter dem Gesichtspunkt der Strukturpolitik, unter der wir alle hier vor einer Reihe von Jahren angetreten sind, bestimmte hochschulpolitische Entwicklungen einzuleiten und weiterzuentwickeln haben, um unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen diese bestmöglich landespolitisch einzusetzen.

(Wernstedt [SPD]: Im Frühjahr werden Sie dazu keine Gelegenheit mehr haben!)

— Wir werden im Frühjahr schon noch Gelegenheit haben, uns mit dem Bericht der Strukturkommission auseinanderzusetzen, wenn er zu diesem Zeitpunkt vorliegen sollte. Das liegt aber letztlich in der Entscheidung der Kommission selbst. Ich würde es begrüßen, diese Handreichung frühzeitig zu haben, in jedem Fall aber so, daß man in einer nächsten Legislaturperiode die notwendigen und gebotenen Konsequenzen ziehen kann.

(Zustimmung bei der FDP. — Frau Schreiner [Grüne]: Das sagen Sie mal Herrn Albrecht!)

Lassen Sie mich abschließend über den Hochschulbereich hinaus noch einige wenige Anmerkungen zum Kulturbereich machen. Wir haben mit diesem Landeshaushalt einen besonderen Schwerpunkt im Bereich der Bibliotheken gesetzt. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten versucht, die besonderen Personalengpässe sowohl in den Hochschulbibliotheken als auch in den übrigen wissenschaftlichen Bibliotheken durch zusätzliches Personal zu mildern. Wir haben bei den Fachhochschulen dafür gesorgt, daß die Mittel des Bundes für die Büchergrundbestände, die er mitfinanziert, in voller Höhe gebunden werden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Darüber hinaus haben wir versucht, die Engpässe, die im Bereich der Fachhochschulen sicherlich unstrittig bestehen, durch ein zusätzliches Fachhochschulprogramm weiter abzumildern.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir sind auch hier unserer landespolitischen Verantwortung gerecht geworden.

Wir haben darüber hinaus in wichtigen Bereichen deutliche neue finanzielle Akzente gesetzt, z. B. bei der Förderung der Landschaften, um auch endlich einmal in der Fläche zu einem flächendeckenderen Konzept der Kulturförderung zu kommen.

Wir haben im Bereich der Erwachsenenbildung, wenn auch sicherlich nicht in dem Umfange, wie es in einigen vorliegenden Anträgen gefordert wurde, aber letztendlich im Rahmen dessen, was wir in einem Etat tun konnten, der heute schon an die 100 Millionen DM ausmacht, ebenfalls einige zusätzliche Akzente gesetzt. Dabei haben wir insbesondere — hier komme ich auf die Frauenpolitik zurück — eine qualifizierte Kinderbetreuung im Rahmen der Seminare ermöglicht und damit einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, daß Frauen auch dann, wenn sie alleinerziehend sind, die Bildungsangebote wahrnehmen können.

Damit haben wir in einer ganzen Reihe wichtiger kulturpolitischer und wissenschaftspolitischer Fragen im Rahmen dieses Haushalts Akzente gesetzt. Der Minister hat schon deutlich gemacht, daß dieser Haushalt wie in den vergangenen Jahren überproportionale Steigerungsraten im Gesamtkonzept der Landesregierung erfahren hat. Dies macht deutlich, daß wir nicht, wie es uns vorgeworfen wurde, eine Sparpolitik fortgesetzt haben, sondern in Erkenntnis veränderter Rahmenbedingungen auch bereit gewesen sind, durch Zurverfügungstellung entsprechender finanzieller Mittel diesen veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Dies geschah im Rahmen dessen, was bei einer vernünftigen und soliden Haushaltspolitik des Landes insgesamt zu vertreten ist.

Mit dem, was für Forschung, Lehre und Kultur im Landesetat 1990 ausgegeben wird, kann sich das Land Niedersachsen im Konzert der Bundesländer sehr wohl sehen lassen. Insofern wird es nicht verwundern, daß ich Sie bitte, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Wiesensee.

Wiesensee (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Wernstedt hat hier einige Dinge in den Raum gestellt, die meines Erachtens von Herrn Minister Cassens bereits eindrucksvoll widerlegt worden sind.

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Sagten Sie „eindrucksvoll"?)

— Ganz eindeutig, ja.

(Zuruf von der SPD: Da sind Sie aber der einzige, der das so sieht!)

— Nein, nein. — Wenn ich mir den Kontext Ihrer Rede einmal durch den Kopf gehen lasse,

(Kirschner [SPD]: Das war aber eine gute Rede!)

dann frage ich mich doch, ob die Zustände in Niedersachsen wirklich so besorgniserregend sind, wie Sie, Herr Wernstedt, es hier darzustellen versucht haben.

Sehen wir uns einmal die Fakten über unsere Grenzen hinweg an — Herr Wernstedt, das ist Ihnen ja auch nicht entgangen — und schauen in den 19. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe für den Hochschulbau 1990 bis 1993 hinein, dann stellen wir fest, daß Niedersachsen — Herr Minister Cassens hat auch darauf bereits hingewiesen — absoluter Spitzenreiter bei der Bereitstellung von Studienplätzen ist, die angepeilt worden sind. Wir führen mit 103,9 %.

(Kirschner [SPD]: Seit zehn Jahren sind wir angeblich Spitze, und hängen immer noch hinten!)

— Herr Kirschner, lassen Sie mich bitte einmal zu Ende reden. Wir haben auf rund 84 000 flächenbezogenen Studienplätzen 130 000 Studenten; jetzt sind es 3 000 mehr. Es kommen also etwa 1,5 Studenten auf einen Studienplatz. Im Bund sieht dieser Schnitt ganz anders aus. Da kommen 1,8 Studenten auf einen Studienplatz.

(Dr. Ahrens [SPD]: Wir exportieren die Studenten ja auch anderswohin!)

In Nordrhein-Westfalen kommen zwei Studenten auf einen flächenbezogenen Studienplatz. Das ist sogar noch etwas schlechter.

(Zempel [SPD]: Und wie kommt das?)

— Ja, wie kommt das? In Nordrhein-Westfalen regiert die SPD zu lange.

(Beifall bei der CDU. — Zempel [SPD]: Das ist einfach primitiv!)

— Das ist eine klare Konsequenz, Herr Zempel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Betreuungsverhältnis — — —

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Wiesensee, Frau Schreiner möchte eine Frage stellen.

Wiesensee (CDU):

Frau Schreiner, es tut mir leid; ich kann keine Zwischenfragen beantworten, da die Zeit es nicht zuläßt.

Auf das Betreuungsverhältnis ist Herr Minister Cassens bereits eingegangen. Ich möchte aber noch eine Gesamtzahl in den Raum stellen. Nordrhein-Westfalen hat im Haushalt 06 6,3 Milliarden DM zur Verfügung. Umgerechnet auf die Zahl der Studenten sind das pro Student 13 700 DM. Im gleichgelagerten Bereich haben wir in Niedersachsen rund 2,5 Milliarden DM für 130 000 Studenten zur Verfügung. Das sind pro Student 19 200 DM. An diesen Zahlen ist ganz klar erkennbar, daß das Land Niedersachsen im Rahmen des Möglichen überproportional in diesem Bereich etwas tut.

Minister Cassens hat auch auf den Nettostellenzugang hingewiesen und auch darauf, daß in sozialdemokratisch regierten Ländern Wiederbesetzungssperren existieren, die die Hochschulpolitik sehr hemmen.

Wenn ich dann die Kritik der Opposition, die sicherlich eine Pflichtübung ist, höre,

(Dr. Ahrens [SPD]: Nein, die ist in der Sache begründet, Herr Kollege!)

kann ich immer wieder nur feststellen, daß sich jede überzogene Kritik selbst entwertet, was man hier ständig feststellen kann.

(Dr. Ahrens [SPD]: Deswegen überziehen wir auch nicht, Herr Kollege!)

Es wird immer wieder — Herr Schörshusen hat das noch einmal ausführlich getan — auf die Entwicklung der Studentenzahlen hingewiesen und darauf, daß man hier zu spät reagiert hätte; man hätte das alles Jahre vorher wissen müssen. Die Kultusministerkonferenz besteht ja — das hat Herr Graetsch schon ausgeführt — nicht nur aus CDU-regierten Ländern, sondern auch aus SPD-regierten Ländern. Die Kultusministerkonferenz ist bis vor Jahresfrist davon ausgegangen, daß wir in Niedersachsen bis 1995 etwa 85 000 Studenten haben werden. Das haben Bildungspolitiker der SPD aus anderen Ländern ständig mit getragen.

Die Sparmaßnahmen, die dann aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklung eingeleitet worden sind,

(Kirschner [SPD]: Waren die falschen!)

waren finanzpolitisch durchaus notwendig und auch vertretbar. Herr Kirschner, wir haben uns sehr oft — auch im Ausschuß — darüber unterhalten. Es war notwendig, wieder einen finanzpolitischen Spielraum zu gewinnen. Die Hochschulen konnten hierbei nicht ganz ausgeklammert werden, obwohl ja für die Hochschulen, wie wir alle wissen, Sonderkontingente mit zeitlicher Versetzung der Sparmaßnahmen und dergleichen mehr eingerichtet worden sind.

Wir können aber auch ganz klar feststellen, daß die Gegensteuerung von der Regierung und von den sie tragenden Parteien, der Koalition, sofort eingeleitet worden ist, nachdem sich die neuen Studentenzahlen erhärtet hatten. Die Sparmaßnahmen wurden ausgesetzt, die Mittel für die Überlasten wurden erhöht, was Herr Minister Cassens ausführlich behandelt hat.

Ich möchte noch einmal hervorheben, daß das Land Niedersachsen, worauf bereits Herr Kollege Graetsch hingewiesen hat, im Studentenwohnraumbau im Bundesdurchschnitt sehr gut dasteht: Wir haben 11,2 % Versorgungsgrad; bundesdurchschnittlich liegt er bei 9,7 %.

(Zempel [SPD]: Sie müssen das einmal den Leuten in Oldenburg erzählen, die eine Wohnung suchen! — Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

— Nein. Es sind zur Zeit — das können wir hier ebenfalls feststellen — noch 1 000 Plätze aus dem Programm 1989 in Auftrag. Dem Bundesprogramm, das Herr Graetsch schon angesprochen hat und das bundesweit 20 000 Plätze mit einem Bundeszuschuß von 15 000 DM je Platz vorsieht, wird vom Land entsprechend gegengehalten. Die notwendigen Komplementärmittel für dieses Programm werden in diesem Haushalt noch zur Verfügung gestellt.

In den Haushaltsberatungen konnten von den Fraktionen noch einige wesentliche positive Veränderungen eingebracht werden, von denen ich nur einige wenige ganz kurz anführen möchte. Herr Graetsch hat schon auf die Bibliotheken hingewiesen, die mit elf zusätzlichen Stellen bedacht wurden. Die Museen, die wir uns vorher genau angesehen haben, haben wir mit den allernotwendigsten Personalstellen ausrüsten können.

Wir freuen uns besonders über das Fachhochschulprogramm, das mit rund 3 Millionen DM angeschoben wird. Mit diesem Programm sollen im Laufe der nächsten Jahre rund 4 500 neue Studienplätze geschaffen werden. Diese Studienplätze sollen zur Hälfte durch den Ausbau der bestehenden Studiengänge und zur anderen Hälfte durch neue Studiengänge erreicht werden. Für uns hat hier aber Vorrang, daß die bestehenden Standorte bei Einrichtung neuer Studiengänge gestärkt werden und daß das Programm zur verstärkten Einstellung auch von nichtwissenschaftlichem Personal, das wir schon einige Jahre lang vor uns herschieben, mit Vorrang abgearbeitet wird. Mit diesem Programm sollen die Informatisierung der Studiengänge an den Fachhochschulen abgerundet und die Europäisierung der Studiengänge für 1993 vorangetrieben werden.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind der Meinung, daß mit dem Einzelplan 06 ein solider, in die Zukunft weisender und mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten — das wurde hier schon mehrfach gesagt — ausgestatteter Haushalt vorgelegt worden ist. Dieser Haushalt verdient unsere Zustimmung. Wir meinen, daß die Wettbewerbsfähigkeit im Hochschul- und Forschungsbereich in Niedersachsen dadurch weiter gestärkt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat nunmehr die Frau Kollegin Schreiner.

Frau Schreiner (Grüne):

Wir treten jetzt wieder in die Schuldebatte ein.

(Menges [CDU]: Mit Ihnen, was?)

— Ja, die Hochschule ist abgehakt. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 07 zeigt, daß die Koalition aus dem verheerenden Fehler des Einstellungsstopps von 1987 nichts gelernt hat.

(Hildebrandt [FDP]: Na, na, na!)

Nur 200 neue Lehrkräfte einzustellen reicht nicht.

(Beifall bei den Grünen.)

In der Berufsschule bahnen sich heute wirklich Versorgungskatastrophen an, auch wenn Sie dieses Wort nicht gerne hören wollen. Das ist von Ihnen aber nie bezweifelt worden. In diesem Fall hilft es auch nicht, daß der Fachminister — das kann man einmal so generell sagen, wenn man

Frau Schreiner

sein Wirken würdigen will — im Marketing nicht ganz ungeschickt ist. Die Zeitungslektüre jedenfalls vermittelt den Eindruck: Dieser Minister bewegt etwas. — Aber, meine Damen und Herren: Er bewegt vor allem sich selbst. Heute hier, morgen dort, heute dies, morgen das. Nie habe ich so viele dieser Presseerklärungen mit dem roten Rand auf den Tisch bekommen. Ich glaube, Sie konkurrieren bald mit Herrn Cassens! Göttingen zum Beispiel hat er versprochen, daß dort ganz rasch eine Werkstufe an der Sonderschule eingerichtet wird. Aber: mit ungedecktem Scheck. Konzepte und Personal fehlen. So sieht es auf verschiedenen Gebieten aus. Wir haben das ja schon anläßlich des Ganztagsbetreuungsmodells hinlänglich kritisiert.

Reformpädagogische Anleihen in Ihrer Politik, die Sie verbal verkünden, verkommen unserer Meinung nach ganz rasch zu Worthülsen, und zwar vor allem dann, wenn man gleichzeitig das viergliedrige Schulsystem zur Glaubensfrage macht, wie Sie dies immer noch tun. Wir hören natürlich gern die Rede von der Pädagogisierung der Schule. Aber, meine Damen und Herren: Hat z. B. die geplante Vorverlegung des Abiturs, mit der so viel Reklame gemacht wird, etwas mit Pädagogik zu tun? — Keine Spur! Chaos würde in den Schulen produziert! Praktisch bewirken würde die Vorverlegung aber nichts. Angesichts dessen verwundert es auch nicht, daß die KMK dieser Idee sehr reserviert gegenübersteht.

Wir Grünen haben zum Haushalt Änderungsanträge vorgelegt, die auf eine Vielzahl struktureller Probleme und auch auf Ungerechtigkeiten eine Antwort zu geben versuchen.

Wenn unsere Bildungseinrichtungen all denen gerecht werden sollen, die aus dem Ausland kommen, dann müssen sie dazu auch in die Lage versetzt werden. Es fehlen aber Lehrkräfte ganz allgemein. Uns erreichen viele Schreiben, in denen dies beklagt wird. Vor allem aber fehlen Lehrkräfte mit Sprachkompetenzen, z. B. in Polnisch, Russisch und Rumänisch, um den Aussiedlerkindern den Einstieg zu erleichtern. Darüber hinaus fehlen Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen, um den Kontakt zwischen Schule und Elternhaus und vieles mehr zu verbessern.

Die Auseinandersetzung unseres Bildungswesens mit Menschen anderer Kultur und Sprache ist eines der wichtigsten zukünftigen Themen. Es kommt darauf an, kulturelle Vielfalt zu gestalten und nicht an nationaler und auch patriarchaler Einfalt festzuhalten. Darauf müssen sich unsere Bildungseinrichtungen einstellen. Das gilt zum Beispiel auch für das Kindertagesstättenwesen.

(Beifall bei den Grünen.)

Hier fehlen noch zahlreiche Plätze, obwohl gerade die Kindertagesstätten der ideale Ort für die Eingewöhnung in eine noch fremde Umgebung sind.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Übersiedler und Übersiedlerinnen vor allem aus der DDR werden sich noch wundern, wenn sie feststellen, welch eine verkrampfte Diskussion hierzulande über die gemeinschaftliche Kleinkinderziehung geführt wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Ein Herz für Kinder, aber kein Geld. So sieht es aus. Das ist vor allem die Devise der FDP. Das haben wir von Herrn Hruska noch einmal deutlich gehört.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist Quatsch!)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen eine Reform des Kindertagesstättenwesens an Haupt und Gliedern. Am Haupt heißt: eine Wiederbelebung der pädagogischen Diskussion, Öffnung zur Gemeinde, Integration Behinderter, Schaffung einer lebendigen, kreativen Atmosphäre. An den Gliedern heißt: finanzielle Mittel — wir haben dazu Anträge gestellt — und eine gesetzliche Absicherung, um allen Kindern vor Schuleintritt diese Gelegenheit bieten zu können.

Die Koalition steht völlig allein mit ihrer Meinung, wir brauchten kein Gesetz. Sie weichen der Auseinandersetzung aus.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Aber nicht bloß in der Kindertagesstättenversorgung ist Niedersachsen Schlußlicht — was nach dem Willen der Grünen nicht so bleiben soll —, sondern auch in Sachen Lernmittelfreiheit. Wir fordern hier einen kräftigen Schritt zur Verbesserung, stoßen aber bei der Koalition auf völlig taube Ohren. Die Koalition hat sich vorhin zu Unrecht einer guten Sozialpolitik gerühmt. Herr Hruska sagte, Geld sei nicht alles. Aber denken Sie daran: 300 DM durchschnittliche Aufwendungen der Eltern für Schulbücher zum Schuljahresbeginn sind sehr viel.

Vizepräsident Ravens:

Frau Kollegin Schreiner, ich möchte Sie im Interesse Ihrer Fraktion darauf hinweisen, daß Sie dabei sind, die von heute vormittag übertragenen sechs Minuten Redezeit zu verbrauchen.

Frau Schreiner (Grüne):

Das darf ich auch tun. Ich bin in einiger Zeit fertig.

(Heiterkeit. — Klare [CDU]: Das kann ich mir vorstellen!)

Eine pädagogische Runderneuerung, wie der Minister das nennt, ist ohne eine solide, zukunftsweisende Personalpolitik nicht möglich. Wir fordern die Einstellung von 1 400 Lehrern und Lehrerinnen — Frau Breuel, das große I heißt „Lehrer und Lehrerinnen" —, um wenigstens das Niveau halten zu können; denken Sie nur an die Arbeitszeitverkürzung.

(Dr. Ahrens [SPD]: In welcher Zeit?)

— Ein Teil zum 1. Februar, ein Teil zum 1. August, in Stufen.

(Wernstedt [SPD]: In einem Jahr?)

Die Einstellung junger Kolleginnen und Kollegen brächte auch neuen Schwung in die Schulen, den diese dringend brauchen.

Wir haben auch daran gedacht, die krasse Benachteiligung von Fachpraxislehrern ein wenig zu mildern, und fordern die Hebung von 100 Stellen in diesem Bereich.

An solchen Kleinigkeiten, meine Damen und Herren, zeigt sich, wie ernst es die Landesregierung mit ihrer Berufsbildungspolitik wirklich meint. Dort sieht die Bilanz sehr schlecht aus.

Die Kaltstellung des BGJ entgegen der Intention des Schulgesetzes ist und bleibt ein Skandal, der nur deshalb nicht justitiabel wird, weil die Koalition mit Hilfe der SPD zu der Bestandsaufnahme geschritten ist.

(Kaiser [SPD]: Was soll der Quatsch?)

— Das waren goldene Brücken, die Sie gebaut haben. Wir sehen, es stagniert alles. Ich glaube, es war ein politischer Fehler.

(Kaiser [SPD]: Das ist eine Unterstellung, Frau Schreiner! Die weise ich entschieden zurück! Das ist absolut falsch beurteilt!)

— Ich sage es einmal so, Herr Kaiser: Ich halte es für einen politischen Fehler, weil nun alles stagniert.

Wir meinen auch, daß Sie damit den Koalitionsvereinbarungen nicht gerecht geworden sind. Sie haben verkündet, Sie würden das Schulgesetz ändern.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist falsch!)

Nur, Sie kriegten das nicht geregelt, weil Sie keine Konzeption hatten.

(Hildebrandt [FDP]: Auch das ist falsch!)

Die strukturellen Probleme des Berufsbildungswesens werden uns gerade hinsichtlich der Öffnung unseres Landes nach Osten und in Richtung auf die EG noch viel zu schaffen machen. Ich sehe auf diesem Gebiet ein ganz, ganz großes Defizit.

Meine Damen und Herren! Bildungspolitik braucht einen langen Atem, unkonventionelles, kreatives Denken und solide Planung. An allen drei Elementen fehlt es bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Klare.

(Hildebrandt [FDP]: Klar und deutlich! — Zurufe von der CDU.)

Klare (CDU):

Die Erwartungen sind hoch. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte zum Kultushaushalt sprechen und will mich zu Beginn den Ausführungen von Herrn Wernstedt widmen.

Herr Wernstedt, ich erlebe es jetzt im dritten Jahr, daß Sie phantasielos und stereotyp immer das gleiche wiederholen: Alles taugt nichts, alles ist schlecht; wir haben den Löffel der Weisheit und führen ihn stets zum Munde.

(Zuruf von der SPD: Verschlucken Sie sich mal nicht!)

So kann das nicht gehen. Diesmal, Herr Wernstedt, greifen Sie wieder in die Küchenrezepte hinein. Diesmal sind es mißratene Spiegeleier. Ich weiß nicht, was es beim letztenmal war.

(Zuruf von der SPD: Rühreier!)

Das ist stereotyp, Herr Wernstedt.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist das Maß der Kreativität!)

Ich habe gedacht, da Sie wieder ins Schattenkabinett aufgestiegen sind, würden Sie ein bißchen phantasievoller argumentieren

(Wernstedt [SPD]: Haben Sie Probleme?)

und vielleicht anerkennen,

(Dr. Ahrens [SPD]: Machen Sie mal Vorschläge, Herr Klare!)

was zum Beispiel im letzten Jahr an Initiativen und an Gestaltungselementen in die Schule hineingekommen ist.

(Zurufe von der SPD.)

Klare

Ich nenne sie einfach einmal, da Sie jetzt ein solch kritisches Gesicht machen. Ich fange an bei der Ganztagsbetreuung, bei der Kindergartenförderung, bei dem Lehrerfortbildungsmodell Niedersachsen,

(Lachen bei der SPD)

bei der Erweiterung der Fortbildungsmaßnahmen für Schulleiter und Schulaufsichtsbeamte,

(Zempel [SPD]: Das war höchste Zeit!)

bei der pädagogischen Weiterentwicklung der Hauptschule und der Realschule, bei der Reduzierung und der Modernisierung der Rahmenrichtlinien, beim Hearing zur Arbeitsbelastung von Schülern,

(Wernstedt [SPD]: Und was ist dabei herausgekommen?)

bei den Hilfen zur Eingliederung von Aussiedler- und Asylantenkindern, bei der Stärkung der Erziehungsarbeit, beim Ambulanzsystem für Behinderte und so weiter und so weiter. Ich kann Ihnen nur sagen: Ihnen fehlt das Feingespür, das die Leute draußen haben. Die akzeptieren das. Die Akzeptanz ist groß. Und auch die Medien bescheinigen unserem Kultusminister, daß er hier richtig liegt.

(Beifall bei der CDU.)

Angesichts dieser Akzeptanz wünsche ich Ihnen, daß Sie auch ein bißchen davon aufnehmen. Neid ist ein schlechter Ratgeber in der Politik. Das bringt Ihnen nichts, das bringt auch keine sachliche Auseinandersetzung.

(Mientus [SPD]: Das ist kein Neid, das ist Nächstenliebe, Herr Klare! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich habe einige Initiativen benannt; der Minister wird sicherlich im einzelnen darauf noch eingehen.

Sie haben nun ein Landtagswahlprogramm aufgestellt. Das ist ein tolles Ding, muß ich sagen. Ich habe mich wie in Urlaubsstimmung gefühlt: Orientalischer Basar, für jeden etwas ist da drin. Das können Sie alles nachlesen. Es war wirklich toll und wunderbar. Glühende Augen kann man als Sprecher einer Regierungspartei kriegen, wenn man liest, was da alles drin ist. Zu dem, was Sie im Änderungsantrag aufgeführt haben — das waren, glaube ich, allein 115 Millionen DM —, füge ich noch ein paar Sachen hinzu: zehnjährige allgemeinbildende Schulpflicht, vollständiges Schulangebot bis zur zehnten Klasse in Wohnortnähe,

(Wernstedt [SPD]: Das ist dasselbe!)

Rechtsanspruch auf Besuch einer Gesamtschule, Ganztagsschule in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, alle Grundschulen volle Halbtagsschulen, 1 000 Lehrer bis 1995,

(Jawohl! bei der SPD)

Stärkung der Bibliotheken.

(Zurufe von der SPD.)

— Ich könnte das ergänzen, wenn Sie es möchten.

(Erneut Zurufe von der SPD.)

Noch ein paar Millionen, noch ein paar Millionen. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß Sie Schwierigkeiten haben. Ich glaube, Sie haben in der Fraktion etwa 20 Lehrer. Jeder kann etwas einbringen, jeder bringt dann auch etwas ein. Dann wird das ein Landtagswahlprogramm. Meine Damen und Herren, das ist etwa so wie bei Horten oder Neckermann.

(Lellek [CDU]: Keine Schleichwerbung!)

Nur, die sind ehrlicher, weil sie sagen, was es kostet. Bei Ihnen sieht das anders aus: erst einmal das Programm drucken, und dann das Geld drucken, um es zu finanzieren. So geht es nicht!

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich sage das einmal ganz gefühlsmäßig: Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß Sie ernsthaft glauben, im Mai nächsten Jahres an die Regierung zu kommen.

(Doch! bei der SPD.)

Dann müßten Sie all die Versprechungen einhalten, die Sie hier gemacht haben.

(Zuruf von der SPD: Wollen wir auch!)

Meine Damen und Herren, dieses Programm ist nicht nur unseriös, es ist in einem wesentlichen Punkt sogar unehrlich, und zwar dort, wo Sie den Wählerinnen und Wählern versprechen, daß sie einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Gesamtschule haben werden. Ich will hier auf den grundsätzlichen Streit über integriertes und gegliedertes Schulwesen überhaupt nicht weiter eingehen. Sie kennen da unsere Position; die ist bekannt. Ihre Garantie für die Gesamtschule ist deshalb unehrlich, weil Sie nicht gleichzeitig sagen, daß in einem Flächenland wie Niedersachsen ein Nebeneinander von gegliedertem und integriertem Schulwesen vor dem Hintergrund eines enormen Schülerrückgangs völlig unmöglich ist. Ich finde es geradezu schlimm, daß Sie den Bürgerinnen und Bürgern vorgaukeln, daß es ein Nebeneinander bis zur zehnten Klasse, auch noch in

Wohnortnähe, geben soll. Dies ist wirklich unredlich.

(Dr. Ahrens [SPD]: Sie haben das überhaupt nicht verstanden! Natürlich geht das!)

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen sind Ihre Kollegen ehrlicher; im Saarland auch. Die lassen ganz bewußt — und sagen das auch — Realschulen zugunsten von integrierten Gesamtschulen sterben.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Herr Wernstedt, Ihr Interview, das Sie der „E und W" gegeben haben, hätten Sie hier einmal wiederholen sollen. Das ist überall, unter Fachleuten ohnehin, aber auch unter Eltern, Diskussionsgrundlage. Ihre Politik wird dazu führen, daß alle Hauptschulen in Niedersachsen und ein großer Teil der Realschulen dichtgemacht werden müssen. Das ist in einem Flächenland wie Niedersachsen eine schlimme politische Perspektive.

(Dr. Ahrens [SPD]: Quatsch!)

Wir werden uns diesen Vorstellungen widersetzen, und wir werden das auch in der Öffentlichkeit bekanntmachen.

(Kaiser [SPD]: Auch gegen die Eltern? — Wernstedt [SPD]: Wir wollen die Kinder da lassen, wo sie sind!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, daß wir uns selbstverständlich auch die Frage stellen, wie man gewachsene Schulstrukturen gerade im ländlichen Raum angesichts der vielen Probleme — Schülerrückgang, verändertes Schulwahlverhalten — aufrechterhalten kann. Aber Ihre Antwort, wir lassen die Schule eingehen und machen eine neue Konzentrationsrunde zugunsten neuer Gesamtschulen, ist falsch und von uns nicht zu akzeptieren!

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! In Sonntagsreden reden Sie von der Stärkung des kulturellen Lebens im ländlichen Raum. Gleichzeitig werden Sie aber durch Ihre Politik die in vielen Gemeinden vorhandenen letzten kulturellen Einrichtungen, nämlich die Schulen, aus ideologischen Gründen dichtmachen.

(Dr. Ahrens [SPD]: Fragen Sie doch einmal Ihre CDU-Kollegen in Nordrhein-Westfalen!)

Wie irrsinnig das ist, kann ich Ihnen auch sagen. Sie brauchen nur in die betroffenen Gebiete zu gehen. Dort sitzen Ihre Kollegen, Landtagskandidaten usw., an der Spitze der Bewegungen und Bürgerinitiativen, die sich zu den eifrigsten Verteidigern der kleinen Schulsysteme aufschwingen. Ich frage Sie allen Ernstes, meine Damen und Herren, ob Sie als Landtagsfraktion und als Landespartei tatsächlich noch wissen, was unten vor Ort vorgeht.

Ich fasse zusammen: Ihr Programm ist nicht bezahlbar.

(Auditor [SPD]: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Es hat eine völlige Umgestaltung unseres Schulwesens zum Ziel.

(Wernstedt [SPD]: Auch das ist leider Unsinn!)

Sie gefährden die wohnortnahe Schule und die gewachsenen bewährten Schulstrukturen in Niedersachsen, besonders in den kleinen und kleinsten Gemeinden des ländlichen Raumes.

Es war bis heute gute niedersächsische Tradition, immer wieder nach einem breiten schulpolitischen Konsens zu suchen. Aber hier verlassen Sie den Weg des politischen Konsenses. Dies geht letztendlich zu Lasten der Kinder. Die CDU wird das gegliederte Schulwesen weiterentwickeln, und zwar im Gespräch mit den betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern, ausgerichtet auf die unterschiedlichen Strukturen unseres Raumes

(Wernstedt [SPD]: Dann kommen Sie dahin, wo wir schon lange sind, wenn Sie das machen!)

und vor allem orientiert am finanziell Machbaren. Dieser Haushalt bietet eine vernünftige Grundlage für diese Politik. Deswegen halten wir ihn für richtig und werden ihm auch zustimmen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur noch auf einige Punkte eingehen, aber vor allem einen Begriff herausgreifen, den Sie, Herr Kollege Wernstedt, verwandt haben, nämlich den Begriff „Schulversagerquote". Dieser Begriff ist untauglich, weil er nicht das individuelle Leid des einzelnen Schülers erfaßt. Der Begriff ist aber auch vom quantitativen und qualitativen Zugang her zu diesem Pro-

blem untauglich. Es ist interessant, was Sie als Antwort in Ihrem Programm finden, in dem Sie die Forderung nach Einführung des verpflichtenden zehnten Hauptschuljahrganges für alle Schüler erheben. Genau dies ist ein Punkt, an dem die Schüler in der Hauptschule Schule satt haben und aus der Schule herausdrängen, weil sie ihre individuellen praktischen Fähigkeiten endlich umsetzen wollen.

(Kaiser [SPD]: Wo haben Sie das denn gelesen, Herr Hildebrandt?)

— Herr Kollege Kaiser, Erfahrungen sollten nicht nur aus der Lektüre irgendwelcher Schriften und Zeitschriften stammen,

(Kaiser [SPD]: Wo haben Sie das denn erfahren?)

sondern Erfahrungen sollten auch vor Ort z. B. im Gespräch mit Betroffenen gemacht werden.

(Beifall bei der FDP.)

Ihre Antwort ist letzten Endes — dabei bleiben Sie sich treu —: Sie wollen nach wie vor die Verschulung der Gesellschaft weiter vorantreiben.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Auditor [SPD].)

Sie wollen den Rechtsanspruch auf Besuch der Gesamtschule. Sie wollen daraus eine verpflichtende Ganztagsschule machen.

(Auditor [SPD]: Sie müssen das richtig lesen, Herr Hildebrandt!)

Ich habe inzwischen Informationen bekommen, wonach in der Tat der Kollege Klare nicht unrecht hat, wenn er sagt, daß Sie mit Ihren Vorstellungen über die Einführung der Gesamtschule die Zielrichtung haben, die Hauptschule dafür eingehen zu lassen.

(Wernstedt [SPD]: Wollen Sie das Elternrecht nun gelten lassen oder nicht?)

— Wir lassen das Elternrecht in Niedersachsen gelten. Wir haben gesagt — das ist bisher die Politik der Landesregierung, und das wollen wir fortsetzen —, daß dort, wo der Elternwille und der Wille des Schulträgers vorhanden sind, auch Gesamtschulen eingerichtet werden sollen.

(Beifall bei der FDP.)

Sie wollen einen Rechtsanspruch. Das bedeutet in der Konsequenz: Gesamtschulen sollen auch dort eingerichtet werden, wo nicht die ausreichende Anzahl von Eltern vorhanden ist.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

— Dann akzeptiere ich dies als Relativierung der Äußerung.

Frau Schreiner hat vorhin gesagt, Bildungspolitik braucht einen langen Atem. Sie hat damit sicherlich recht. Frau Schreiner, Sie sollten sich die Leistungen der Landesregierung in dieser Legislaturperiode im Kultusbereich noch einmal vor Augen führen. Wir haben z. B. innerhalb der Orientierungsstufe eine Verbesserung eingeführt. Wir sind dabei, stärker die unterschiedlichen Begabungen zu fördern und darauf einzugehen.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben, was ganz wichtig ist, was auch pädagogisch ganz wichtig ist, die Verstetigung der sechsten Jahrgangsstufe eingeführt. Wir sind dabei, dafür zu sorgen — das läuft ja auch —, daß lernstärkere und lernschwächere Kinder in den jeweiligen Gruppen stärker berücksichtigt werden. Diese Lerngruppen sollen übrigens klein bleiben. Auch hier wird entsprechendes Personal gegengehalten. Sie wissen, welche Unsummen an Lehrerstunden dies alles erfordert.

Wir haben in dieser Legislaturperiode die Verbesserung der gymnasialen Oberstufe eingeführt.

(Beifall bei der FDP. — Frau Schreiner [Grüne]: Das sehen Sie so!)

— Ja, das sehe ich in der Tat so, weil die Fächer Deutsch und Geschichte sowie Mathematik und eine Fremdsprache bis zum Abitur verpflichtend vorgehalten werden müssen, weil die Anzahl der Leistungskurse von zwei auf drei erhöht worden ist, weil die Grundkurse im Verhältnis zu den Leistungskursen aufgewertet worden sind, um insgesamt mehr Leistung und mehr Allgemeinbildung in die Schule hineinzubringen.

Wir haben an der Beibehaltung vorhandener kleiner Schulen festgehalten. Sie wissen, daß dies trotz der angespannten Haushaltslage der vergangenen Jahre eine enorme Leistung ist. Wir haben uns ferner — da haben wir uns auch durchgesetzt — für den Erhalt eines Lehrereinstellungskorridors eingesetzt. Es ist einfach nicht richtig, Frau Schreiner, wenn Sie nur von den 200 neuen Lehrerstellen sprechen. Sie wissen ganz genau, daß allein die 650 Lehrerstellen hinzugerechnet werden müssen, die zwar nicht in Form von neu zugehenden Lehrern, aber doch als volle Lehrerstellen durch die Umsetzung des Urteils zu den Dreiviertellehrerstellen entstehen, so daß wir allein für das nächste Jahr insgesamt 850 Lehrerstellen hinzurechnen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Frau Hammelstein [SPD].)

Mit dieser praktizierten Politik sind wir — — —

(Wernstedt [SPD]: Teilen Sie mal 800 durch zwei!)

— Nein, es sind 650 Stellen, die sich aus dem Urteil zu den Dreiviertellehrerstellen errechnen, plus 200 neue Stellen, die wir — dafür habe ich mich sogar persönlich eingesetzt — eingebracht haben, damit nicht nur die alten Lehrer von der Arbeit entlastet werden, sondern damit auch neue Gesichter in die Schulen kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Wernstedt [SPD].)

— Herr Wernstedt — das wissen auch Sie: Es sind dennoch insgesamt etwa 850 Lehrerstellen. Ich will hier durchaus anmerken, daß wir damit natürlich nicht die Probleme der Zukunft gelöst haben. Wir warten auch noch auf einen fächerspezifischen Bedarf für die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften, um darauf entsprechend reagieren zu können.

(Wernstedt [SPD]: Darf ich eine Informationsfrage an Sie richten?)

— Bitte schön, Herr Wernstedt.

Wernstedt (SPD):

Im Haushalt steht, daß jede zweite Stelle besetzt werden kann. Das Zusammenrücken der Dreiviertellehrerstellen auf ganze Stellen in der Summe plus 200 ergibt dann 400; denn 800 sind ja ausgeschieden.

Hildebrandt (FDP):

Nein, es ist so, daß insgesamt — das können Sie bei Herrn Horrmann sicherlich noch einmal präziser nachfragen — die Umsetzung des Urteils um die Dreiviertellehrerstellen einen Mehrbedarf von etwa 650 Stellen erfordert und daß wir, weil damit kein einziger neuer Lehrer in Niedersachsen hätte eingestellt werden können, dafür gesorgt haben, daß zusätzlich 200 neue Stellen eingesetzt werden. Das ergibt dann insgesamt eben 850 neue Stellen, die sich im Landeshaushalt natürlich auch als 850 Stellen kostenwirksam bemerkbar machen; es gibt also nicht nur diese 200 neuen Stellen.

Wir haben — der Kollege Klare hat das schon mehrfach angesprochen — die Lehrerfortbildung intensiviert. Wir haben — das ist sehr wichtig gewesen — in der Tat versucht, neue pädagogische Ansätze durch den Erlaß zur Hauptschule und zur Realschule einzuprägen. Es gibt eine immer stärker werdende Forderung nach Integration der Behinderten an den Grundschulen.

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zum Berufsgrundbildungsjahr sagen. Frau Schreiner, es ist nicht so, daß wir in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben hätten, daß wir das Schulgesetz ändern wollten, sondern wir haben uns nur insoweit in der Koalition durchsetzen können, als wir in Niedersachsen keine weitere Einführung gegen den Willen der Betroffenen und gegen den Willen der Wirtschaft haben wollen. Dieses haben wir erreicht, und das haben Sie auch bestätigt.

(Frau Schreiner [Grüne]: Sie wußten aber, daß Sie das Schulgesetz ändern müßten! — Frau Hammelstein [SPD]: Kennen Sie denn Ihren eigenen Beschluß zum BGJ nicht?)

— Moment mal! Sie verwechseln das, Frau Kollegin. Wir sprachen gerade von der Koalitionsvereinbarung des Jahres 1986. Ich sage Ihnen aber gern noch einmal, was wir in unserem Wahlprogramm für das Jahr 1990 stehen haben: Wir wollen raus aus der Verpflichtung zum BGJ.

(Beifall bei der FDP.)

Ich kann Ihnen sagen, daß die Zustimmung für diese Forderung gewaltig ist. Ich glaube auch, daß wir uns im Falle der Erneuerung dieser Koalition da auch durchsetzen werden.

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Hildebrandt, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Schreiner?

Hildebrandt (FDP):

Ja, gern.

Vizepräsident Ravens:

Frau Schreiner, bitte!

Frau Schreiner (Grüne):

Herr Hildebrandt, würden Sie denn bestätigen, daß Sie die Schulgesetzänderung eben deshalb angestrebt haben, weil Sie keine weiteren Berufsgrundbildungsjahre mehr einführen wollten und weil Sie wußten, daß dies der gesetzlichen Absicherung bedarf?

Hildebrandt (FDP):

Noch einmal, Frau Kollegin: Sie haben vorhin gesagt, wir hätten uns im Zusammenhang mit der

Hildebrandt

Novellierung des Schulgesetzes mit unserer Koalitionsvereinbarung in diesem Punkte nicht durchgesetzt. Das ist falsch. Eine Koalitionsvereinbarung gab es in diesem Punkt nicht. Es gab nur die Koalitionsvereinbarung, daß wir keine weiteren BGJs einführen wollten. Damit haben wir uns durchgesetzt, und die Praxis — das haben Sie uns bestätigt — hat sich auch so ergeben. Wir hätten natürlich auch gern — ich würde das am liebsten schon morgen machen — das Schulgesetz geändert. Das haben wir aufgrund der nicht vorhandenen Koalitionsvereinbarung in der Tat nicht erreichen können. Aber wir haben in das Programm hineingeschrieben — hier wiederhole ich mich; ich werbe gern für unser Programm —: Wir wollen aus der Verpflichtung heraus, wir wollen das Schulgesetz ändern.

Frau Kollegin, Sie haben dann auch einiges zur Versorgung mit Kindergärten gesagt. Es ist schon ganz interessant, daß die Forderung nach verstärkter Leistung des Landes im Zusammenhang mit der Versorgung mit Betreuungsplätzen in den Kindergärten immer wieder erhoben wird. Ich bin ganz erstaunt und verwundert, warum die Genossen und auch Sie in ihren Kommunen nicht dafür werben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das ist eine kommunale Aufgabe; das ist keine Landesaufgabe. Ich möchte die Herren Kommunalpolitiker bitten, doch dafür zu werben und zu sagen: Wir brauchen kein neues Feuerwehrfahrzeug, sondern wir brauchen mehr Betreuungsplätze in den Kindergärten! Aber diesen kommunalpolitischen Konflikt scheuen sie vor Ort.

(Zuruf von Frau Schreiner [Grüne]. — Weitere Zurufe von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl es keine landespolitische Aufgabe ist, wird dieses Land in den nächsten fünf Jahren pro Jahr mehr als 23 Millionen DM dafür einsetzen. Ich habe mich auch persönlich dafür sehr stark gemacht, daß wir im alternativen Betreuungsbereich, im Bereich für Kinderspielkreise, für Mutter-Kind-Gruppen, gerade auch im ländlichen Raum oder in den Randgebieten, ein erheblich höheres Maß an Flexibilität einbringen, so daß diese Initiative mit bis zu 20 000 DM für die Einrichtung solcher Betreuungsmöglichkeiten unterstützt werden wird. Dennoch: Die Verantwortung liegt bei den Kommunen.

(Auditor [SPD]: So einfach darf man sich das nicht machen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, die Bilanz der Koalition in den letzten drei, vier Jahren — durchaus mit der Einschränkung, daß Bildungspolitik einen langen Atem braucht — kann sich gut sehen lassen.

(Beifall bei der FDP.)

Wir schreiben diese Politik fort.

(Auditor [SPD]: Dazu werden Sie nächstes Jahr keine Gelegenheit mehr haben!)

Wir wissen — das habe ich oft genug auch hier gesagt —, es ist nicht alles zum Guten bestellt, es gibt noch eine ganze Menge zu tun. Mir fehlt noch eine ausreichende Perspektive für die Versorgung der Schulen mit qualifizierten Lehrern. Ich bin nach wie vor noch nicht ausreichend mit der Lehrerfortbildung zufrieden; Stichwort: Provinzialisierung der Lehrerfortbildung. Hier wird sicherlich noch mehr getan werden müssen. Das Land hat eine ganze Menge im Bereich Jugend und Sport geleistet; ich will die Zahlen nicht im einzelnen auflisten.

Das ist insgesamt eine Bilanz, die sich sehen lassen kann, und zwar auch im Wahlkampf, auch dann, wenn wir beide oder alle Gruppen in diesem Landtag versuchen, auf der Ebene von Argumenten und nicht von Polemik zusammenzuarbeiten. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Vielen Dank, Herr Kollege. — Nunmehr hat Herr Minister Horrmann ums Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

(Kaiser [SPD]: Das ist ein merkwürdiger Stil, daß der Minister jetzt als letzter redet! Hat er Angst vor Widerspruch? Er hätte sich ein bißchen früher melden sollen! — Frau Schreiner [Grüne]: Das ist die Krönung!)

Horrmann, Kultusminister:

Herr Kaiser, wenn Sie Lust und Liebe verspüren, mir zu antworten, wird dem nach der Geschäftsordnung sicherlich stattgegeben werden.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Geschäftsbereich, für den ich zuständig bin und für den ich Verantwortung trage, umfaßt insgesamt knapp 5,3 Milliarden DM. Etwa 90 Prozent dieser 5,3 Milliarden DM sind durch Personalkosten festgelegt. Daran können Sie ermessen, daß sich der Spielraum, den ich habe oder haben könnte, erst einmal an dieser Relation zu orientieren hat.

Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, hat schon eine Tradition darin, bei den Haus-

haltsberatungen gerade zum Einzelplan 07 immer nur draufzusatteln.

(Auditor [SPD]: Nee, nee! — Wernstedt [SPD]: Wir können doch an die 90 Prozent auch nicht heran!)

In diesem Jahr sind es, wenn ich alles überschlägig und einschließlich der VEs für den Schulbau zusammenzähle, wiederum 150 Millionen DM zusätzlich.

(Kaiser [SPD]: Das ist aber gut angelegt!)

Dabei steht aber die Glaubwürdigkeit der SPD-Bildungspolitiker im Raum: Sie satteln drauf, und im gleichen Moment werden Sie von Ihrem finanzpolitischen Sprecher Theilen zurückgepfiffen,

(Kaiser [SPD]: Das ist gar nicht wahr!)

der in Würdigung des Verhältnisses zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben des Landeshaushalts der letzten Jahre beklagt hat, daß die Landesregierung zuviel konsumtive Ausgaben macht.

(Beifall bei der CDU.)

Wie kommt das denn zueinander, Herr Wernstedt? Wo ist da die Glaubwürdigkeit?

(Dr. Ahrens [SPD]: Unser Antrag ist mit den Finanzpolitikern abgestimmt!)

Sie fordern neue Planstellen. Sie haben gewürdigt, daß wir vor dem Hintergrund des Urteils, wie absehbar ist, im laufenden Schuljahr und im nächsten Schuljahr Unterricht in einem Gleichwert von etwa 650 Planstellen zur Verfügung stellen werden. Die Koalitionsfraktionen haben darüber hinaus in ihren Beratungen 200 weitere Einstellungsmöglichkeiten angeboten, so daß insgesamt zusätzlicher Unterricht angeboten werden kann, der 850 Lehrern entspricht. Das sind keine neuen Personen, wie wir wissen. Aber in dieser Größenordnung müssen wir das betrachten. Sie fordern über die Jahre hinweg 1 000. Wir liegen an dieser Stelle gar nicht einmal so weit auseinander, es sei denn, Sie forderten diese Stellen zusätzlich. In diesem Fall würde wieder die Bemerkung gelten, die ich vorhin schon gemacht habe.

Herr Wernstedt, die Glaubwürdigkeit von SPD-Bildungspolitik ist für mich nicht ausschließlich und vornehmlich aus dem ableitbar, was Sie hier in diesem Hause beantragen. Sie gestatten mir schon, daß ich einmal über die Grenzen dorthin schaue, wo SPD-Kultusminister Verantwortung tragen,

(Zurufe von der SPD)

und daß ich mir einmal anschaue, wie diese mit dem Problem der Unterrichtsversorgung fertig werden. Ich nehme beispielsweise Ihre Genossin und meine Kollegin Rühmkorf aus Kiel, die die Unterrichtsversorgung auf 100 % glattrechnet, indem sie den einzelnen Schulen gestattet, aus der Stundentafel so viele Stunden herauszunehmen, daß sich das auf 100 % rechnet. Das ist ein ganz einfacher Weg, den ich aber nicht gehen will und der sicherlich auch vehementen Protest der niedersächsischen Elternschaft hervorrufen würde.

Ich nehme ein anderes Beispiel, weil schon mehrfach Nordrhein-Westfalen erwähnt wurde. Ihr nordrhein-westfälischer Genosse und mein Kollege Schwier hat sogar gesetzlich eine Regelung getroffen, die den Klassenfrequenzrichtwert in eine Höhe getrieben hat, wie wir dies hier in Niedersachsen noch nicht einmal ansatzweise durchsetzen könnten. Bei uns liegt der Klassenfrequenzrichtwert bei 25, während er in Nordrhein-Westfalen bei 28 liegt.

So sieht die SPD-Bildungspolitik in der Praxis aus.

(Wernstedt [SPD]: Ich mache Sie doch auch nicht für Mayer-Vorfelder verantwortlich!)

— Ich habe diese Methode der Debatte nicht eingeführt, Herr Wernstedt. Sie müssen sich schon gefallen lassen, daß ich einmal in andere Länder schaue, um die Glaubwürdigkeit im Verhältnis zwischen Finanzpolitik und Bildungspolitik angemessen darzustellen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Wernstedt, eines hat mich bei Ihrem Punktekatalog eigenartig berührt. Wir können uns über vieles unterhalten; von der beruflichen Grundbildung bis hin zur Ganztagsschule. Dazu besteht sicherlich noch öfter Gelegenheit hier im Hause und auch draußen im Lande. Aber einen Punkt, Herr Wernstedt, finde ich äußerst betrüblich und problematisch, nämlich die Nummer 4, unter der Sie eine Korrelation zwischen Schulversagen und Sozialhilfeempfängern herstellen. Herr Wernstedt, Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, daß 49 % aller Sozialhilfeempfänger unter 26 Jahre alt seien. Sie haben dies als das — wie haben Sie das genannt? —

(Wernstedt [SPD]: Schandmal!)

— Schandmal der Landesregierung bezeichnet. Herr Wernstedt, Sie können eine solche Korrelation nicht herstellen, denn die Tatsache, daß jemand Sozialhilfeempfänger ist, korreliert nicht

unmittelbar mit dem Schulabschluß. Außerdem hätten Sie fairerweise hinzufügen müssen, daß bei einer Sozialhilfeempfängerfamilie mit drei Kindern in die Zahl von 49 % diese Kinder mit eingerechnet sind. Sie haben aber den Eindruck erweckt, als seien das selbständige Individuen und als hätten wir eine so fürchterliche Sozial- und Bildungspolitik betrieben, daß als Folge davon fast die Hälfte der Anspruchsberechtigten unter 26 Jahre alt sei. Das ist Ihre Unterstellung.

(Wernstedt [SPD]: Macht Sie das nicht betroffen?)

Wieso soll ein Kind, das aus einer Sozialhilfeempfängerfamilie kommt, bei der zugegebenermaßen der notwendige Lebensunterhalt gesichert ist, wozu auch die Schulbildung gehört — Hauptschule, Realschule und auch Gymnasium; nicht eine einzige Schulform herausgegriffen — in einer besonderen Weise zugewiesen werden? Sie können doch nicht jemandem, nur weil er Kind einer Sozialhilfeempfängerfamilie ist, schlichtweg konstatieren, er gehöre in die Sonderschulnähe oder sonst wohin.

(Zurufe von der SPD: Das hat er nicht gesagt!)

— Sie sprachen Schulversagen an. Sie haben doch, Herr Wernstedt, an diesem Punkt eine Korrelation zwischen Schulversagen und Sozialhilfeempfängern hergestellt. Dagegen wehre ich mich vehement.

(Beifall bei der CDU.)

Das auch noch mit dem Ausdruck „Schandmal" zu belegen, ist mindestens unanständig und moralisch äußerst bedenklich.

Vizepräsident Ravens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hildebrandt?

Horrmann, Kultusminister:

Herr Präsident, Sie wissen, daß ich gern Zwischenfragen entgegennehme. Das motiviert mich geradezu in der Debatte. Aber ich bitte darum, daß sich das in engen Grenzen hält. — Herr Kollege Hildebrandt, bitte schön!

Hildebrandt (FDP):

Ich möchte eine Bestätigung von Ihnen haben. Können Sie bestätigen, daß die Argumentation mit der Sozialhilfestatistik wenig tauglich ist, wenn man bedenkt, daß ein Sozialhilfeempfänger, der nur einen Tag in dieser Statistik enthalten ist, für das ganze Jahr darinsteht und damit die Zahlen ausweitet?

Horrmann, Kultusminister:

Schönen Dank, Herr Hildebrandt. Das kommt noch hinzu. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß man, wenn man schon statistisch mit dieser Zielrichtung argumentiert, doch etwas sorgfältiger damit umgehen sollte.

Herr Wernstedt, nun zu Ihren Zahlen in bezug auf die Schulversager. Im Jahre 1975 — fast im letzten Jahr sozialdemokratisch verantworteter Bildungspolitik — waren, bezogen auf den Altersjahrgang, 9,6 % ohne Hauptschulabschluß. 1980 waren es 6,9 % und 1988 4,9 %. So schlecht kann es also nicht um unser Schulwesen bestellt sein.

(Zempel [SPD]: Welche Schülerzahlen?)

— Immer auf eine Jahrgangsbreite bezogen.

(Zempel [SPD]: Das können Sie so nicht machen!)

— Warum denn das nicht? Wenn Sie Schulversagen darstellen wollen, müssen Sie das doch auf eine Jahrgangsbreite beziehen, doch nicht innerhalb einer Schulform! Das ist die einzig vernünftige Berechnungsgrundlage.

(Kaiser [SPD]: Nun bring ihn nicht aus dem Konzept!)

Herr Wernstedt, ich habe in Ihrem Katalog, der mehr oder weniger ein Katalog wünschbarer Forderungen ist, vermißt, daß Sie sich auch einmal mit Erziehungsfragen auseinandersetzen. Nun mögen Sie sagen, die Haushaltsberatungen seien dazu nicht besonders geeignet.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Sie unternehmen aber nicht den Versuch, einmal auch Kriterien zu entwickeln, wie wir in den 90er Jahren mit den immer schwieriger werdenden Erziehungsfragen fertig werden. Sie kanzeln mein Bemühen in dieser Hinsicht draußen im Lande und in der Politik als PR-Arbeit oder wie auch immer ab. Ich bedauere es, daß Ihnen dazu nichts anderes einfällt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Bereich der Kindergärten, der heute hier angesprochen worden ist, und zur Kindergartenförderung darf ich sagen, daß im Haushalt 1990 für Personalkostenbezuschussung und Investitions-

zuschüsse insgesamt rund 80 Millionen DM zur Verfügung stehen. Mit diesem Programm werden wir gewährleisten, daß der jetzige Versorgungsgrad aller Drei- bis Sechsjährigen, der etwa bei 75 % liegt — —

(Auditor [SPD]: Das stimmt nicht!)

— Herr Auditor, die Zahlen, die Sie letztesmal genannt haben, waren nicht richtig. 75 %. Mit diesem mittelfristigen Investitionsprogramm werden zusätzlich 7 200 Kindergartenplätze geschaffen. Damit werden wir Anfang der 90er Jahre einen Versorgungsgrad von 80 % erreichen.

Nun zur Sportförderung, die heute in der Debatte leider etwas kurz gekommen ist. Herr Wernstedt hat nur die Behauptung aufgestellt, Sportförderung im Sportstättenbau finde in Niedersachsen überhaupt nicht mehr statt. Das ist schlichtweg falsch. Für die Sportstättenförderung in unserem Lande stehen mir als Kultusminister in meinem Haushaltsplan 5,2 Millionen DM und zwei Verpflichtungsermächtigungen von je 5 Millionen DM zur Verfügung. Der Landessportbund hat darüber hinaus die Möglichkeit, den Sportstättenbau in einer Größenordnung von 8 Millionen DM zu bezuschussen. Wir gehen davon aus, daß auch durch Vereine geförderter Sportstättenbau selbstverständlich auch für den Schulsport zur Verfügung steht, genauso wie es früher umgekehrt bei dem Bau von Sportstätten an Schulen üblich und von uns gewollt war, daß Vereinssport auch bei Schulsportstätten stattfindet. Hier wird dieses Programm also fortgesetzt.

Sie sprachen den Schulbau allgemein an. Meine Damen und Herren, wir alle gemeinsam — ich will Ihre Leistungen, die Sie in der Vergangenheit erbracht haben, überhaupt nicht schmälern — haben bis 1982 den Schulbau im berufsbildenden Schulwesen und im allgemeinbildenden Schulwesen mit Beträgen in Höhe von zig Millionen und, wenn man alles zusammenzählt, in Milliardenhöhe gefördert. Diese Programme sind 1982 ausgelaufen. Dahinter stand die These und, wie ich meine, auch die richtige Annahme, daß das Land Niedersachsen sicherlich dazu verpflichtet ist, die Grundausstattung unserer Schulen im Bereich des Schulbaus zu gewährleisten. Dies ist im Lande Niedersachsen bis dahin allenthalben auch geschehen. Danach waren wir der Meinung, daß diese Aufgabe vollständig in der Verantwortung der Kommunen als Schulträger wahrzunehmen sei. Als Land treten wir ja nicht als Schulträger auf. Diese Aufgabenteilung und damit auch diese Finanzteilung zwischen Schulträgern und dem Land Niedersachsen ist richtig. Wenigstens der Vollständigkeit halber möchte ich hinzufügen, daß durch die Strukturhilfemittel in Teilen des Berufsschulbaus wiederum eine zusätzliche Fördermöglichkeit entstanden ist.

Darüber hinaus mag folgende Zahl schlaglichtartig beleuchten, wie intensiv sich die Landesregierung um die Sportförderung bemüht.

(Auditor [SPD]: Na, na, denken Sie an die Deckelung, Herr Minister!)

— Trotz Deckelung, Herr Auditor! Im Jahr 1975

(Zuruf von Auditor [SPD])

— Herr Auditor, damals waren Sie noch nicht im Landtag — gab die damalige Landesregierung für die Förderung der Sportvereine und Sportverbände 17 Millionen DM aus; 1989 waren es über 48 Millionen DM. An dieser Differenz können Sie erkennen, wie sehr wir uns in diesem Lande um die Sportförderung bemühen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Abschließend: Die bildungspolitischen Grundsatzentscheidungen dieser Landesregierung sind zukunftsorientiert. Wir sind bestens auf den europäischen Binnenmarkt vorbereitet. Darüber hinaus haben wir alle Weichen gestellt, um auch die neuen Möglichkeiten und Entwicklungen, die sich für uns durch die osteuropäische Situation ergeben, aufzufangen und bildungspolitisch umzusetzen. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Minister. — Noch einmal um das Wort gebeten hat der Kollege Wernstedt. Ich erteile es ihm.

Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur eine kurze Bemerkung: „Unanständig" und „moralisch verwerflich" sind natürlich starke Vokabeln, die wir Bildungspolitiker untereinander relativ selten verwenden.

(Hildebrandt [FDP]: Der Vergleich mit der DDR war auch nicht so toll!)

— Darüber reden wir vielleicht morgen noch einmal.

Herr Horrmann, 49 % der Sozialhilfeempfänger sind vor zwei Jahren jünger als 26 Jahre gewesen. Das heißt, unter ihnen sind auch Kinder, und zwar dann Kinder von Sozialhilfeempfängern.

Wernstedt

Der Zusammenhang, den ich hier zugegebenermaßen verkürzt hergestellt habe, an dem ich aber festhalte, ist: Kinder solcher Eltern, in der Regel auch noch alleinstehender Elternteile, haben weniger Chancen zur Teilnahme an kulturellen und sonstigen Möglichkeiten. Damit ist der Circulus vitiosus hergestellt.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Das ist doch gar keine Frage!)

Lassen Sie uns in der Aufarbeitung dieses Problems mit all der Sensibilität vorgehen, die das erfordert. Das kostet mehr Geld, als wir heute in Ihrem Haushalt sehen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Wernstedt. — Wortmeldungen für diesen Bereich liegen mir nicht mehr vor.

Bevor ich den Bereich der Innen- und Rechtspolitik, also die Einzelpläne 03 und 11, aufrufe, möchte ich bekanntgeben, welche Redezeiten noch vorhanden sind, damit sich die Fraktionen darauf einstellen können. Im Ältestenrat waren für heute insgesamt vorgesehen worden: CDU und SPD jeweils 77 Minuten, Grüne, FDP und Landesregierung jeweils 48,5 Minuten. Auf meinem Zettel steht, daß bei der CDU und bei der SPD noch jeweils 26 Minuten übrig sind, bei den Grünen noch fünf Minuten, bei der FDP noch 16 Minuten, während die Landesregierung in meinem Konto minus 37 Minuten stehen hat. Nun weiß ich, daß ich nach der Geschäftsordnung der Landesregierung — — —

(Minister Stock: Wir können jederzeit das Wort ergreifen!)

— Ich wollte nur darauf hinweisen, daß das, was im Ältestenrat miteinander besprochen worden ist, ein bißchen ins Ungleichgewicht gekommen ist.

(Minister Stock: Die Regierung ist nicht nur immer auf der Höhe der Zeit, sondern ihr auch voraus!)

— Das scheint mir ein Gerücht zu sein, Herr Minister!

Nun rufe ich den Einzelplan 03 auf. Mir liegt dazu die Wortmeldung von Herrn Glogowski vor.

Glogowski (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Koalition neigt sich nun ihrem Ende zu.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Also ist es Zeit, Bilanz zu ziehen, und zwar auch über das, was in dieser Koalitionszeit geschehen ist. Daß die Koalition das in der Öffentlichkeit nicht tut, ist klar. Für den Innenbereich möchte ich aber doch einmal den Versuch unternehmen, über Ihre Koalitionsvereinbarung und das, was wir am Ende dieser Koalition haben, eine kurze Bilanz zu ziehen.

Wenn wir das tun, stellen wir fest, daß das kommunale Wahlrecht wohl das einzige ist, was aus dem Bereich der Innenpolitik von dieser Koalition tatsächlich verwirklicht worden ist. Das sollte ja die kleinen Parteien begünstigen und tut es auch.

Für die FDP muß es schmerzlich sein, war es doch gerade von ihr, der FDP, als notwendig erachtet worden, bisherige Gesetze im liberalen Sinne zu verändern. Die FDP hat sich aber mit der Koalitionsvereinbarung begnügt. Liberale Gesetzesvorhaben sind alle gescheitert.

(Küpker [FDP]: Was?)

— Ja. — Damit ist die Regierungserklärung, die der Ministerpräsident am 9. Juni 1986 abgegeben hat, unerfüllt geblieben; die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP ist praktisch aufgehoben.

Lassen Sie mich dazu einiges auflisten:

Erstens. Polizeigesetz. Nach Jahren der quälenden Ungewißheit in Bonn und in der Koalition — Herr Jahn und Herr Fischer haben sich dabei so in die Wolle gekriegt, daß sie sogar aus der Verhandlungskommission herausgenommen wurden —

(Jahn [CDU]: Erzähle doch nicht so einen Quatsch!)

hat sich die Situation so dargestellt, daß Herr Stock, damals CDU-Fraktionsvorsitzender, und Herr Hildebrandt, heute noch FDP-Fraktionsvorsitzender, vollmundig verkündet haben: „Niedersachsen übernimmt hier eine Vorreiterrolle. Wir hoffen, daß die anderen Bundesländer bei den bevorstehenden Änderungen ihrer Polizeigesetze unserem guten Beispiel folgen werden." Die anderen Länder haben das Gott sei Dank nicht getan. Außer Einbringen kam nämlich nichts.

Im Januar haben wir hurtig mit den Beratungen begonnen. Schon bei der ersten Anhörung im Innenausschuß stellte sich heraus, daß das Koalitionsgesetz kein Meisterwerk ist. Es war schlicht nicht beratungsfähig.

(Beifall bei der SPD.)

Wir Sozialdemokraten haben dann beantragt, es durch den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst beratungsfähig zu machen. Die CDU — Herr Jahn war es konkret — hat dies verhindert. Die FDP ist dem brav gefolgt. Dieses Gesetz schmort nun im Innenausschuß, und ich glaube nicht, daß es noch in dieser Legislaturperiode zur Behandlung kommt.

(Sehrt [CDU]: Das weißt du doch gar nicht!)

Zweitens. Die Koalition hatte vereinbart, die Stellung von V-Personen und verdeckten Ermittlern zu regeln. Dies sollte im Polizeigesetz geschehen. Mit der Nichtberatung des Polizeigesetzes ist auch diese Koalitionsvereinbarung untergegangen.

Drittens. Verfassungsschutz. Ich gehe in der Reihenfolge Ihrer Koalitionsvereinbarungen vor. Wir Sozialdemokraten haben dafür Sorge getragen, daß der Verfassungsschutz nunmehr durchschaubarer geworden ist. Er ist ein Stück des Geheimnisvollen entkleidet worden. Ich denke, das ist gut so.

In der Koalitionsvereinbarung waren CDU und FDP markig übereingekommen: „Das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz wird novelliert." Was ist geschehen?

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Nichts!)

Nichts! Im Innenausschuß hat sich die FDP sogar mit dafür ausgesprochen, daß der Stellenplan des Verfassungsschutzes in diesem Haushalt nicht veröffentlicht wird. Es war der Haushaltsausschuß, der das korrigiert hat, und es war das Parlament, das das anders beschlossen hat. Im Innenausschuß jedenfalls hat die FDP dafür gesorgt, daß das nicht veröffentlicht wird. Ich will in diesem Punkt nur einmal sagen: Im Bereich des Verfassungsschutzes ist nicht nur nichts gewesen, sondern es sind auch keine guten Vorschläge — jedenfalls im Innenbereich — auf den Weg gebracht worden.

Viertens. Datenschutz. Wiederum haben die Herren Stock und Hildebrandt — damals noch in den Eigenschaften, die ich schon skizziert habe — verkündet, die niedersächsische Regierungskoalition habe sich darauf geeinigt, den Niedersächsischen Datenschutzbeauftragten auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag wählen zu lassen. Diese Einigung ist ebenfalls Bestandteil der Koalitionsvereinbarung. Dort stand allerdings noch, der Niedersächsische Datenschutzbeauftragte sollte künftig beim Landtag angesiedelt werden. Aber das ist eh egal.

Also wieder zurück zu Hildebrandt und Stock, die 1988 in einer Pressemitteilung — man hatte es damals mit Pressemitteilungen — verkündeten: „Über Art und Umfang weiterer Änderungen des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes wird nach der Sommerpause entschieden." Welches Jahr, hat man nicht gesagt. Von daher: 1988 nicht, 1989 nicht; 1990 kann man das nicht mehr, weil die Koalition dann am Ende ist.

(Beifall bei der SPD.)

Man signalisierte also: „Wir" — die CDU und die FDP — „werden handeln." So bin ich auch von Herrn Fischer — damals noch Abgeordneter — immer wieder belehrt worden. Heute sitzt er in der Regierung und wäscht seine Hände in Unschuld. In welcher? — Ich glaube, er kann es nicht. Er bleibt für das, was er gesagt hat, verantwortlich. Er hat sein liberales Publikum und mit ihm auch die gesamte FDP enttäuscht.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben ein eigenes Datenschutzgesetz vorgelegt, weil Sie nicht zu Potte gekommen sind. Sie haben es im Innenausschuß aber auf Eis gelegt mit der Begründung: Wir machen das nur, weil das niedersächsische Polizeigesetz — d. h. das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung —, das so wichtig ist, vorrangig behandelt werden muß, so daß das Datenschutzgesetz erst danach behandelt werden kann. Das heißt, man hat das eine schmoren lassen und das andere an das Schmorende angehängt. Es schmort jetzt noch im Innenausschuß. Beide Gesetze sind bislang nicht beraten worden. Das eine wurde von der Koalition, das andere von der SPD-Fraktion vorgelegt. Beide Gesetze werden verhindert.

Fünfter Punkt der Koalitionsvereinbarung: Ausländer- und Asylrecht. Dort stand vollmundig — ich zitiere —:

> „Asylbewerber, die von Zirndorf anerkannt worden sind, bei denen aber gegen diese Anerkennung als Asylanten Rechtsmittel eingelegt worden ist, sollen künftig eine Arbeitserlaubnis erhalten."

In Angriff genommen worden ist bisher aber nur die Altfallregelung. Ansonsten ist aus der Koalitionsvereinbarung nichts entstanden, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist der Teil III der Koalitionsvereinbarung, der die Grundlage für die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aus dem Jahre 1986 bildete.

Selbst hinsichtlich der Änderung der Gemeindegrenzen, der Wiederaufhebung von Gemeinden

im Lande Niedersachsen, hat die FDP vollmundig erklärt: „Wir werden das machen."

(Jahn [CDU]: „Prüfen" steht darin! Sie wissen das!)

Weil man sich hier aber nicht einig wurde, hat man dies dem Staatsgerichtshof zugeschoben mit der Bitte, daß er ein Gutachten erstellen möge.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Dr. Hruska [FDP].)

— Richtig, Herr Hruska! — Sie stehen jetzt vor dem großen Problem, daß der Staatsgerichtshof das Gutachten vielleicht noch in diesem Jahr vorlegt. Dann müssen Sie nämlich noch handeln. Ich möchte zu gern erleben, daß Sie wenigstens einen Punkt Ihrer Koalitionsvereinbarung erledigen müssen. Sie haben im Innenbereich bislang nämlich noch nichts geschafft.

(Beifall bei der SPD.)

Liberale Politik ist im Lande Niedersachsen nicht dargestellt worden. Das ist das, was ich hier deutlich zu sagen habe.

Hier in Niedersachsen muß die Polizei auf einer Rechtsgrundlage arbeiten, die nicht verfassungsgemäß ist. Ich sage jetzt — wie in der Vergangenheit schon des öfteren — noch einmal ganz deutlich: Die Verwaltungsgerichte werden Ihnen hier noch in erheblichem Umfang Schwierigkeiten bereiten, weil staatliches Handeln nur auf rechtsstaatlicher Grundlage möglich ist. Wegen der fehlenden rechtsstaatlichen Grundlage werden Sie Probleme bekommen.

(Beifall bei der SPD.)

Nur unserem Wunsch, die Wahl der Jugend- und Ausbildungsvertretungen in Niedersachsen wieder auf eine vernünftige Basis zu stellen, sind Sie gefolgt. Ansonsten haben Sie auch in diesem Bereich versucht, die Probleme durch Nichthandeln zu lösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Versagen der Landesregierung auf dem Gebiet der Gesetzgebung zur inneren Sicherheit verdeutlicht, daß es hier politische Gegensätze gegeben hat, die ein Handeln behindert haben. Die Landesregierung hat sich treiben lassen. Sie hat taktiert. Dies wird insbesondere beim Einsatz von Herrn Jeserich deutlich, der im Auftrage des Innenministers das Innenministerium untersuchen sollte. Den ersten Teil des Berichts, der jetzt vorliegt, hat man dem Innenausschuß vorenthalten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das heißt: Der Innenausschuß hat ihn nicht bekommen. — Ich befürchte, daß der Abschlußbericht von Herrn Jeserich entgegen der Zusicherung des damaligen Innenministers Hasselmann und entgegen der Zusicherung des Sonderermittlers dem Innenausschuß und damit auch den Fraktionen im Hause vorenthalten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da der Untersuchungsausschuß jetzt nicht mehr existiert, wird dieses Parlament den Abschlußbericht, wenn so verfahren wird, nicht bekommen. Dies kann dieses Parlament nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Der Bericht soll der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden. Ich sage: Verschleiern und Vertuschen sind hier das Ziel. Wir machen das nicht mit. Ich fordere den Innenminister auf: Legen Sie den Untersuchungsbericht von Herrn Jeserich dem Innenausschuß des Niedersächsischen Landtages zur Diskussion vor! Wir werden dieses Thema sonst noch einmal zum Gegenstand einer parlamentarischen Debatte in diesem Hause machen. Dies kündige ich hiermit an.

(Beifall bei der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Traurig ist das Bild der niedersächsischen Polizei. Ich denke hier nur an die Demonstration in Hannover. Eingeladen hat die Gewerkschaft der Polizei. Gekommen waren mehr als 8 000 Polizeibeamte, Beamtinnen, Angestellte und Arbeiter aus dem Bereich der Polizei. Der Innenminister, der Staatssekretär und der zuständige Abteilungsleiter waren aber nicht zu sprechen. Symbolisch wurden ihnen in einigen Säcken die Überstunden der Polizeibeamten vor das Innenministerium gelegt. Die Polizei des Landes sah keinen anderen Weg mehr als die öffentliche Demonstration, um ihre Forderungen darzustellen.

Der Innenminister hat vor dem Innenausschuß erklärt, daß er kein Konzept hat. Wenn diese Landesregierung am Ende der Wahlperiode feststellt, daß sie kein Konzept zur Lösung der Probleme der Polizei hat, dann ist dies unmöglich. Das muß ich ganz deutlich sagen. Hieran wird deutlich, daß die Polizeibeamten des Landes Niedersachsen zu Recht kein Vertrauen mehr in diese Koalition und in diese Regierung haben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich denke nur an das Drogenproblem und die nicht vorhandene Lösung.

Es ist in der Bundesrepublik Deutschland ein einmaliger Vorgang, daß derart viele Polizeibeamte demonstrieren. Beides, die Sprachlosigkeit des Innenministers und die Notwendigkeit, daß Polizeibeamte auf die Straße gehen, um ihr Recht zu

holen, muß bei der Koalition doch wenigstens zum Nachdenken führen.

(Zustimmung bei der SPD.)

In den vergangenen Jahren habe ich an dieser Stelle wiederholt deutlich gemacht: Die Polizei des Landes ist nicht in Ordnung. Sie fühlt sich nicht gerecht behandelt. Es gibt Unzufriedenheit. Die Probleme sind von der Regierungskoalition immer wieder weggewischt worden. Nun kann das nicht mehr geschehen. Was ist geschehen? — Die Verwicklung hoher Polizeibeamter in Skandale und die Unfähigkeit der Landesregierung, diese aufzuklären, haben das Ansehen der Polizei geschädigt. Viele einfache Polizeibeamte im Land Niedersachsen fühlen sich hierdurch betroffen.

(Oh, oh! bei der CDU.)

Die Polizei des Landes Niedersachsen muß auf einer verfassungsrechtlich nicht einwandfreien Grundlage arbeiten. Viele Polizeibeamte fühlen sich hiervon betroffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Ausschöpfung der Möglichkeiten, zugunsten der Polizei etwas zu tun, hat sich die Landesregierung nur zurückhaltend betätigt. Das gilt etwa für die Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen. In dieser Hinsicht steht das Land Niedersachsen nach wie vor schlecht da. Zwar werden jetzt Beförderungen vorgezogen; aber alle Handelnden wissen, daß dies zu spät geschieht und vielleicht in einem Rutsch gemacht werden sollte. Das Modell, das jetzt vorliegt, ist immerhin schon etwas. Aber es wurde erst nach langem Zögern tatsächlich in Angriff genommen.

(Jahn [CDU]: Und dann sicherlich nur auf Ihr Drängen!)

Nach wie vor wird der Dienst zu ungünstigen Zeiten mit 1,50 DM pro Stunde abgegolten. In der Industrie sind ganz andere Zuschläge bekannt. Die Forderung der Gewerkschaft der Polizei, 5 DM zu zahlen, ist nach meiner Auffassung mehr als gerechtfertigt. Eine bundeseinheitliche Regelung steht aber in den Sternen. Das Land Niedersachsen und die Länder insgesamt haben die Pflicht, den Polizeibeamten entgegenzukommen. Die Polizeizulage muß dringend angemessen angepaßt werden.

Wir alle wissen, daß in den 90er Jahren bei der Polizei erhebliche Abgänge zu verzeichnen sein werden. Die notwendigen Neueinstellungen zur Ausbildung von Polizeibeamten werden nicht vorgenommen. Wir haben im Innenausschuß verabredet, daß 220 Stellen geschaffen werden sollen. Tatsächlich sind 170 Stellen eingesetzt worden. Das ist viel zu wenig, um einen Ausgleich zu erreichen. Darüber hinaus wird die Polizei in den nächsten Jahren bei den Planstellen das Einsparungssoll noch zu erbringen haben.

Das heißt, wir werden einen weiteren Abbau der Zahl der Polizeibeamten im Land Niedersachsen erleben. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Schon jetzt sind die viel zu vielen Überstunden, die geleistet werden müssen, für die Polizeibeamten des Landes und auch für die innere Sicherheit des Landes untragbar.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn wir im Land Niedersachsen herumkommen, stellen wir fest: Die Polizei verliert zunehmend das Vertrauen in diese Landesregierung. Sie fühlt sich nicht gerecht behandelt.

Angesichts dieser Entwicklungen hat die Gewerkschaft der Polizei 1 000 zusätzliche Planstellen gefordert. Seitens der Landesregierung bestehen keine nachvollziehbaren Planungen in diesem Bereich. Herr Stock ist genauso wie sein Vorgänger nicht in der Lage, Konsequenzen aus der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst für den Dienst bei der Polizei zu ziehen.

(Zuruf von Minister Stock.)

Wir haben gefordert, 200 Stellen im Verwaltungsdienst der Polizei zu schaffen, um die Polizeibeamten vor Ort zu entlasten. Wir alle wissen, daß das nicht ausreicht. Aber selbst diese 200 Stellen sind nicht bewilligt worden, Herr Stock.

Darüber hinaus benötigen wir ein Konzept, um auch dem Verwaltungsdienst im Bereich der Polizei angemessene Beförderungschancen zu bieten.

Die Beförderungsbedingungen bei der Polizei, die Stellensituation bei der Polizei und das Klima in der Polizei sind keine guten Voraussetzungen, um in den nächsten Jahren qualifizierte Anwärter für den Polizeivollzugsdienst zu gewinnen. Wenn auf dem Arbeitsmarkt die jüngeren Jahrgänge dünner gesät sein werden — eigentlich müßte mit dem Haushaltsplan 1990 Vorsorge getroffen werden; dies geschieht aber nicht —, dann wird die Attraktivität des Polizeiberufs so gering sein, daß wir nicht genügend junge Leute finden werden, die bereit sind, sich den schwierigen Aufgaben in der Polizei zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen feststellen: Die Polizei des Landes Niedersachsen fühlt sich zu Recht ungerecht behandelt. Das ist etwas, was für die innere Sicherheit in unserem Land schlimm ist.

(Beifall bei der SPD.)

Glogowski

Lassen Sie mich kurz zum kommunalen Bereich kommen. Zum Finanzausgleichsgesetz ist schon einiges gesagt worden. Die Landesregierung brüstet sich damit, die Nettoneuverschuldung des Landes im Jahre 1989 um 471 Millionen DM zurückgeführt zu haben. Tatsache ist, daß sie exakt den gleichen Betrag — hier verschleiert sie ja nicht einmal mehr — den Kommunen des Landes Niedersachsen weggenommen hat. Das heißt, die Konsolidierung des Haushalts des Landes Niedersachsen ist ausschließlich zu Lasten der Gemeinden des Landes Niedersachsen erfolgt.

(Beifall bei der SPD.)

Da läßt sich gut sparen, wenn man anderen sozusagen das Sparsoll auferlegt, selber aber keine nennenswerten Anstrengungen unternimmt.

Ich darf hier feststellen, daß es vielen Gemeinden des Landes Niedersachsen gut geht. Vielen Gemeinden des Landes Niedersachsen geht es aber auch schlecht. Von daher wäre es zwingend gewesen, daß das Land Niedersachsen im kommunalen Finanzausgleich dafür sorgt, daß die unterschiedliche Finanzsituation der Gemeinden durch das Finanzausgleichssystem des Landes Niedersachsen ausgeglichen wird. Nichts ist unternommen worden! Weil es Ihnen Schwierigkeiten gemacht hätte, haben Sie das und damit auch die Gemeinden einfach fallengelassen, und damit haben Sie Vertrauen zerstört, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Eveslage [CDU]. — Jahn [CDU]: Nichts als Demagogie!)

Ein bekannter Journalist, der einen noch bekannteren Informationsdienst herausgibt, hat jüngst geschrieben, daß diese Landesregierung kommunalfeindliche Tendenzen hat. Ich will Ihnen sagen: Ich bin nicht in der Lage, diesem Journalisten zu widersprechen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben sogar in das Finanzsystem eingegriffen. Ich denke hier nur an die Getränkesteuer, wo Sie das Steuerfindungsrecht der Gemeinden tangieren. Sie haben kein Vertrauen zu den Gemeinden, daß sie selber entscheiden können, ob sie Getränkesteuer erheben wollen oder nicht. Sie wollen auch dies noch reglementieren.

(Beifall bei der SPD.)

Zu Recht haben sich alle kommunalen Spitzenverbände dagegen ausgesprochen.

Wir hatten in den letzten Wochen und Monaten, gerade in den letzten Tagen, viele Besucher in unseren Gemeinden, etwa auch aus der DDR, und wir hören immer wieder Berichte darüber, wie schön es doch in unseren Städten und Gemeinden sei.

(Jahn [CDU]: Ja, ja!)

Ich denke, meine sehr verehrten Damen und Herren, es lohnt sich, daran mitzuarbeiten, daß das auf Dauer so bleibt. Einer der Hoffnungsgründe ist, daß diese Koalition nun in dieser Legislaturperiode am Ende ist.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: So etwas Trauriges!)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Rehkopf.

Rehkopf (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Glogowski, Sie müssen sich zu irgendeiner Linie entscheiden. Erst beschimpfen Sie uns zwei Tage lang, daß diese Landesregierung und diese Koalition zu viel Schulden machen, und just jetzt beschimpfen Sie uns, daß wir zu wenig Schulden machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das paßt nicht zusammen; da muß eine Linie rein.

Herr Glogowski, wenn Sie wie ein Parteisekretär unser Koalitionsprogramm abwickeln wollen, dann könnten Sie damit noch nicht einmal bei uns Erfolg haben, weil Sie eine Menge unterschlagen haben, sicherlich bewußt aus Ihrer Sicht.

(Glogowski [SPD]: Was habe ich denn unterschlagen?)

Wir haben zum Beispiel auch eine Änderung der NGO/NLO vereinbart,

(Glogowski [SPD]: Das habe ich ja gesagt!)

und wir haben sie beschlossen. Auch die Gemeindegebietsreform steht in der Vereinbarung. Ich weiß, was Sie dazu gesagt haben. Wir haben aber einen ganz klaren Grundsatzbeschluß dazu gefaßt.

(Zurufe von der SPD.)

Wir gehen davon aus, daß noch in diesem Jahr Bückeburg eine Entscheidung trifft und daß wir dann natürlich mit aller Kraft

(Lachen bei der SPD)

bis zum Ende der Legislaturperiode diese Gebietsreform durchbringen werden.

(Beifall bei der FDP.)

Sie haben hier auch zum FAG Stellung genommen, Herr Glogowski. Wir haben darüber gestern diskutiert. Ich frage Sie an dieser Stelle noch einmal: Warum — das wäre ja eine Grundlage Ihrer Diskussion und auch Ihrer Kritik gewesen — hat die SPD-Fraktion zum FAG nicht einen einzigen Antrag auf Erhöhung gestellt?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das muß ich Sie fragen, aber da bleiben Sie die Antwort schuldig.

(Glogowski [SPD]: Wir haben die FAG-Novelle abgelehnt! — Gegenruf von Jahn [CDU]: Ja, im Ablehnen seid ihr groß!)

— Aber ihr habt keinen Antrag gestellt!

Wir haben des weiteren eine Novellierung des Polizeigesetzes in unserem Papier, und wir haben es auf dem Papier. Es ist doch klar, daß ein solches Gesetz, das sehr schwierig zu fassen ist, in der Koalition ausgiebig diskutiert werden muß. Diese Diskussion findet augenblicklich statt.

(Beifall bei der FDP.)

Wir werden auch hierzu in diesem Jahr mit der Diskussion zum Ende kommen. Wir werden das Polizeigesetz — Sie werden sich wundern und sicherlich auch ärgern — auch noch in dieser Legislaturperiode beschließen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Rehopf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Aller?

Rehkopf (FDP):

Nein, ich habe zu wenig Zeit.

Dann haben Sie den Datenschutz und den Verfassungsschutz angesprochen. Herr Glogowski, Sie wissen genauso wie wir, daß wir betreffs Datenschutzgesetz und betreffs Verfassungsschutzgesetz auf die Bundesvorgaben angewiesen sind.

(Waike [SPD]: Das sagen Sie schon seit fünf Jahren!)

Nun hört er gar nicht zu, weil er es nicht hören will, aber das ist der Punkt. Wir sind hier gezwungen, auf die Ausführungen und Beschlüsse des Bundes zu warten. Sonst könnten unsere Gesetze diesbezüglich in den nächsten Monaten und Jahren noch einmal novelliert werden müssen bzw. könnten ungültig sein.

Wir haben ferner — auch das haben Sie nicht erwähnt; möglicherweise haben Sie im Koalitionspapier nicht weitergelesen — einiges zur Sicherung des Grundrechts auf Asyl gesagt. Die FDP hat dafür gesorgt, daß das Grundrecht auf Asyl auch von Niedersachsen aus nicht angetastet wurde.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben ferner erreicht, daß die Asylanerkennungsverfahren deutlich beschleunigt wurden, u. a. durch Einsatz von 15 zusätzlichen Richtern, Herr Glogowski.

(Beifall bei der FDP.)

Neben einer Verfahrensverkürzung mit dem Ziel, alle abgelehnten Bewerber auch zukünftig tatsächlich in ihre Heimat zurückzuführen, haben wir dazu beigetragen, die Asylbewerber weitestgehend dezentral unterzubringen. Das ist humaner, das ist kostengünstiger.

(Beifall bei der FDP.)

Des weiteren wird demnächst — hier haben Sie falsch argumentiert, das wird erst noch geschehen — eine sogenannte Altfallregelung gefunden werden. Die haben wir noch nicht, aber auch die werden wir noch schaffen.

Schließlich spreche ich noch — auch das gehört zu der Bilanz — die beiden Untersuchungsausschüsse an, die uns Erfolge oder auch nicht — je nachdem, durch welche Brille man es sieht — gebracht haben. Auf jeden Fall haben sie Zeit und Geld gekostet. Auch das sollte in den Haushaltsberatungen gesagt werden.

Wir sind es gewesen, die die Einrichtung der Jeserich-Arbeitsgruppe gefordert haben, also einer Arbeitsgruppe zur Aufklärung der Fälle. Sie ist eingerichtet worden. Die Ergebnisse liegen vor. Wir haben überhaupt keine Angst, die Diskussion mit Ihnen in der Öffentlichkeit darüber zu führen, ob der Bericht veröffentlicht werden darf oder nicht. Gerade Sie als Rechtspolitiker müßten wissen, daß es Grenzen gibt, was die Veröffentlichung betrifft. Das wissen Sie genauso gut wie wir. Der Minister hat überhaupt nichts dabei, morgen den Bericht an die Öffentlichkeit zu geben. Er würde damit aber Rechte Dritter verletzen, und zwar in eklatantem Maße.

(Glogowski [SPD]: Das habe ich überhaupt nicht gefordert!)

Gerade die Rechtsanwälte und Rechtskundigen unter Ihnen würden dann uns und denjenigen die Ohren langziehen, die Rechte Dritter verletzen würden, die in dem Jeserich-Bericht erwähnt werden.

(Zuruf von Milde [SPD].)

Zur Polizei möchte ich noch einige wenige Anmerkungen machen. Wir haben in den vergangenen Jahren — wenn Sie von Bilanz sprechen, spreche auch ich von Bilanz — einige tausend Hebungen erreicht. Wir sind auf einem guten Weg.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir haben einige Hundertschaften neu einstellen können. Wir geben zu, daß das mit den jeweiligen Wünschen der GdP nicht deckungsgleich ist. Wir geben ganz klar zu, daß wir gern mehr gemacht hätten. Das sage ich zumindest für die FDP. Ich sage auch, daß wir den Auslauf der Hebungen, der für 1992/93 geplant ist, gern auf 1991/1992 herunterzonen möchten. Das wird uns auch gelingen.

(Beifall bei der FDP.)

Wenn wir feststellen, daß die 170 Stellen, die wir jetzt neu einrichten, nicht ausreichen werden, dann werden wir die letzten sein — Sie können uns beim Wort nehmen —, die nicht noch 50 oder 100 Stellen drauflegen.

(Bartling [SPD]: Es weiß doch jeder, daß die nicht ausreichen!)

— Ich weiß, daß die aus der Sicht der GdP, vielleicht auch aus Ihrer Sicht nicht ausreichen.

(Bartling [SPD]: Jeder normale Mensch sagt doch, das reicht nicht aus!)

Aber Sie müssen auch die Statistik genau überprüfen. Dann werden Sie feststellen, daß Niedersachsen bei weitem nicht am Ende der Fahnenstange ist, was die Polizeistellen betrifft.

Damit habe ich deutlich gemacht, daß wir auf dem richtigen Weg sind, daß wir eine Bilanz vorlegen können, die sich auch sehen lassen kann, und daß wir uns im übrigen nach der Decke gestreckt haben, was die Finanzen betrifft. Ich sage an dieser Stelle noch einmal, daß wir nur soviel Geld ausgeben können, wie wir auch einnehmen, und daß wir uns von Ihnen nicht beschimpfen lassen wollen, nicht gespart zu haben, wenn Sie dauernd neue Forderungen stellen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Rehkopf. — Das Wort hat nunmehr die Frau Kollegin Roisch.

Frau Roisch (Grüne):

Wegen der Kürze der Zeit spreche ich nur zum Bereich Asylpolitik.

Meine Damen und Herren! Gestern wies der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung auf die durchaus richtige Tatsache hin, daß wir zu den reichsten Völkern der Erde gehörten. Er war zuversichtlich, daß wir die Probleme, die sich aus dem Zuzug von ein bis zwei Millionen Menschen ergeben, bewältigen könnten, ja, der Zustrom würde die sozialen Systeme überhaupt erst wieder bezahlbar machen.

Doch für die Koalitionen in Hannover und Bonn gilt das Menschenrecht auf schicke Pullis und nicht eines auf Zuflucht vor unmenschlichen Verhältnissen;

(Hildebrandt [FDP]: Ihr Pulli ist auch schick!)

denn die Begeisterung des Ministerpräsidenten gilt nicht allen Menschen, die aus politischen, wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen in unser Land kommen. Sie gilt nur jenen, die genetisch Deutsche sind.

(Jahn [CDU]: Genetisch Deutsche sind!)

Doch es gibt auch andere, die die letzten 28 Jahre keine Chance hatten — so Herr Albrecht —, in Freiheit und Wohlstand zu leben.

(Hildebrandt [FDP]: Ich weiß gar nicht, wie Sie das feststellen wollen! Können Sie mal die Genstruktur eines Deutschen erläutern?)

Wenn die Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt für zwei Millionen zusätzliche Deutsche angeblich lösbar sind, die für 100 000 überwiegend außereuropäische Flüchtlinge schon vor Jahren nicht lösbar waren, so ist das nichts weiter als Rassismus. Rassismus ist etwas sehr Primitives. Er lebt davon, daß sich der Mensch selbst höher stellt als andere. Wir haben hierzulande nicht nur einen geschichtlich verwurzelten gesellschaftlichen Rassismus; er materalisiert sich bis in Gesetze und Verordnungen. Denn was ist es anderes, wenn für die Verpflegung eines Asylbewerbers in Niedersachsen 7 DM zur Verfügung stehen, für die Verpflegung eines Deutschen aber 10 DM?

So ist es denn auch nur konsequent, wenn die auch von uns begrüßte Beschleunigung des Asylverfahrens und die Verstärkung der Außenstelle des Zirndorfer Bundesamtes in Braunschweig faktisch zur Abschaffung des Rechtsschutzes für Flüchtlinge genutzt werden.

(Sehrt [CDU]: Das ist falsch!)

Mit der in Bonn liegenden Gesetzesnovelle zum Asylverfahren

(Sehrt [CDU]: Begründen Sie das mal richtig!)

macht die Behördenkonzentration in Braunschweig dann richtig Sinn.

(Sehrt [CDU]: Was ändert sich denn da?)

— Darauf werde ich gleich eingehen! — Mit Besiegelung dieser Gesetzesänderung wäre ein Asylantrag spätestens zwei Wochen nach der Einreise in der BRD zu stellen.

(Sehrt [CDU]: „BRD"!)

Viele Flüchtlinge werden ihre Asylgründe dem Bundesamt gar nicht mehr vortragen können; denn die sachlich völlig inkompetente zentrale Ausländerbehörde wird den Asylantrag in einer abschließenden Entscheidung als offensichtlich unbegründet zurückgewiesen und aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet haben.

(Hildebrandt [FDP]: Wie hoch ist denn Ihre Kompetenz?)

Praktisch ausgehebelt wird das Asylverfahren mit dem Ausschluß verspätet vorgebrachter Fluchtgründe. „Verspätet" heißt hier 14 Tage. Doch wie soll es Flüchtlingen auch bei grundsätzlich anerkennenswerten Fluchtgründen gelingen, sich so schnell über diese Vorschrift im deutschen Gesetzesdschungel zu orientieren? Aus Unwissenheit, Unsicherheit über die Vertraulichkeit ihrer Verfolgungsgründe oder ganz einfach aus Zeitmangel werden viele daran scheitern, schlüssige Beweise für ihre Verfolgung in den schwierigen Verhältnissen ihrer Heimatländer binnen 14 Tagen zusammenzutragen. Unter dem Strich geht es mit den Maßnahmen in Braunschweig nicht um eine Beschleunigung der Asylverfahren, sondern um eine Beschleunigung und Effektivierung der Abschiebungen.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege fordern angesichts der von der Landesregierung durchgesetzten Maßnahmen jetzt wenigstens eine qualifizierte Beratung der Flüchtlinge im Asylverfahren als Mindeststandard sozialer und humanitärer Verpflichtung.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir fordern die Landesregierung auf, die für eine Flüchtlingsberatungsstelle von den Verbänden veranschlagten 452 000 DM im Haushaltsplan auszuweisen — ein wahrhaft lächerlicher Beitrag gegenüber den durch die Beschleunigung eingesparten 45 Millionen DM. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Sehrt. Das ist die letzte Wortmeldung zur Innenpolitik.

(Jahn [CDU]: Zur Zeit!)

— Die letzte, die mir vorliegt, Herr Kollege Jahn. Mehr kann ich nicht feststellen.

(Hildebrandt [FDP]: Ja, zur Zeit!)

Sehrt (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schade, daß die Zuhörer nicht mehr auf der Tribüne waren, um das zu erleben, was der Kollege Glogowski hier zum Haushalt 1990 gesagt hat.

(Bartling [SPD]: Da haben Sie recht! Das war wirklich bedauerlich! — Beifall bei der SPD.)

— Das ist wirklich schade! Ich sage es doch. Ich bedaure das auch sehr, weil sie dann nämlich hätten erleben können, wie sich eine Nominierungsrede auf einem SPD-Bezirksparteitag anhört, wenn man für seine eigene Nominierung kämpft, statt hier zu einem Haushalt des Landes zu sprechen.

Meine Damen und Herren, ich will einen Satz zum FAG sagen — ich weiß nicht, ob mein Kollege Jahn nachher noch etwas dazu sagt —,

(Auditor [SPD]: Aber nur einen Satz bitte!)

da ich Zuhörer beim Niedersächsischen Städtetag in Northeim war, wo Sie nicht waren, wo Sie aber hätten sein sollen. Es wäre für Sie ganz interessant gewesen zu hören, was Ihr Ministerpräsidentenkandidat dort zum FAG gesagt hat. Er hat dort gesagt — man kann es eigentlich immer wieder nur wiederholen —, er könne nicht zusagen, daß das FAG unter einer sozialdemokratischen Regierung geändert wird.

(Milde [SPD]: Das hat er überhaupt nicht gesagt! — Bartling [SPD]: Herr Sehrt, Sie haben in Northeim nicht zugehört!)

Was heißt das denn? Das heißt doch, daß alles nur Sprechblasen sind, was Sie hier machen, Herr Kollege Glogowski.

(Beifall bei der CDU.)

Hier wird doch überhaupt nicht ehrlich gesprochen. Hier wird der Öffentlichkeit etwas vorgegaukelt. Die Resolutionen, die Sie in den Kommunen machen, mit denen Sie das Land Niedersachsen auffordern, das FAG zu ändern, sind gar nicht ehrlich gemeint, weil selbst Ihr Spitzenkan-

didat ganz anders denkt, weil er genau weiß, daß ihm die Finanzmittel dazu gar nicht die Möglichkeit geben.

(Milde [SPD]: Sie haben in Northeim nicht zugehört!)

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Sehrt, gestatten Sie eine Zwischenfrage

(Sehrt [CDU]: Nein, ich möchte — — —!)

des Kollegen Küpker?

Sehrt (CDU):

Ja, vom Kollegen Küpker natürlich gern!

(Lachen bei der SPD.)

Küpker (FDP):

Herr Kollege Sehrt, geht es Ihnen wie mir, daß Sie rätseln, warum die SPD hierzu überhaupt keinen Ausgabeantrag gestellt hat?

Sehrt (CDU):

Das wollte ich auch schon fragen, weil Ihr Kollege darauf schon hingewiesen hat. Herr Glogowski hat das ja beantwortet, indem er gesagt hat, die SPD habe den Antrag abgelehnt.

(Glogowski [SPD]: Das FAG ist doch beschlossen, Herr Küpker!)

Aber wenn man eine Partei sein will, die agiert und handelt, dann legt man doch eigene Anträge vor!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Dies hat man nicht gemacht, davor hat man sich gescheut.

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glogowski?

Sehrt (CDU):

Nein, ich möchte jetzt innerhalb der Zeit bleiben.

(Glogowski [SPD]: In den letzten Wochen hat Schröder das nicht gesagt! — Aller [SPD]: Wie hätten Sie es denn bezahlt, wenn Sie die Abstimmung verloren hätten? — Weitere Zurufe von der SPD.)

In den letzten Wochen, meine Damen und Herren, ist besonders intensiv über die Situation der Polizei öffentlich diskutiert und berichtet worden, nicht ausgelöst durch spektakuläre polizeiliche Einsatzlagen, Herr Aller, oder wie in der Vergangenheit durch wahltaktisch geforderte Untersuchungsausschüsse.

(Milde [SPD]: „Wahltaktisch" nennen Sie das! — Bartling [SPD]: Haben Sie nun ein Loch in die Mauer gesprengt oder nicht?)

Nein, die öffentliche Diskussion wurde ausgelöst durch besonders medienwirksame gewerkschaftliche Aktivitäten, hier besonders der GdP und des Deutschen Beamtenbundes. — Wahltaktische Untersuchungsausschüsse, das will ich hier ruhig bestätigen, Herr Kollege! Im Ergebnis ist nämlich nichts herausgekommen. Es hat den Steuerzahler nur viel Geld gekostet.

(Bartling [SPD]: Ach du lieber Gott! — Auditor [SPD]: Da lacht sogar Herr Rehkopf!)

Ihre Bewertung ist genauso gewesen wie vorher. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Vizepräsident Ravens:

Herr Kollege Sehrt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Waike?

Sehrt (CDU):

Nein; ich hatte das schon gesagt. Er kann mich hinterher fragen.

(Zurufe von der SPD.)

Unbestreitbar ist, meine Damen und Herren, daß wir in der Vergangenheit der Polizei, aber auch dem gesamten öffentlichen Dienst in Niedersachsen Opfer abverlangt haben.

(Aller [SPD]: Was für welche?)

Die meisten Bediensteten, aber auch ein Großteil der Berufsverbände zeigten vor zwei oder drei Jahren Verständnis für die schwierige Situation leerer Finanzkassen,

(Aller [SPD]: Ach du lieber Gott!)

hervorgerufen durch den Verlust der Förderzinsmaßnahmen und die Veränderung des Länderfinanzausgleichs. Trotz des scharfen Gegenwindes der Opposition haben wir als CDU-Fraktion den Sparkurs durchgehalten und sind nicht in die Knie gegangen.

(Bartling [SPD]: Heute sind Sie in den Knien, Herr Sehrt!)

Heute haben wir den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum wieder gewonnen,

(Auditor [SPD]: Stehaufmännchen! — Weitere Zurufe von der SPD)

nicht nur durch unsere konsequente Sparpolitik, sondern auch durch die hervorragende Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes und der Bundesregierung. — Sie sollten nicht herumschreien, sondern zuhören; dann können Sie noch was lernen!

(Lachen bei der SPD.)

Diesen finanziellen Handlungsspielraum haben wir nun zu erheblichen Verbesserungen im öffentlichen Dienst mit genutzt.

(Aller [SPD]: Lesen Sie das etwa vor? — Gegenruf von Jahn [CDU]: Hat Herr Glogowski denn frei gesprochen?)

Ich nenne nur das Stellenhebungsprogramm 1989 mit insgesamt 5 370 Stellenhebungen. Dabei bleibt die volle Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen unser Ziel.

Das Thema „innere Sicherheit" war immer ein Schwerpunkt unserer Fraktion. Dies läßt sich durch Zahlen konkret belegen. Seit 1976 haben wir 3 300 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen. 1976 war die Polizei zum großen Teil in geradezu unwürdigen Unterkünften untergebracht.

(Rehkopf [FDP]: Das stimmt!)

Deshalb haben wir allein für Polizeineubauten mehr als eine halbe Milliarde DM ausgegeben.

(Hildebrandt [FDP]: Alles in der Koalition!)

Die letzten baulichen bzw. räumlichen Probleme sind zum Teil in Angriff genommen bzw. werden in absehbarer Zeit gelöst.

Daß wir eine hervorragende Polizei in Niedersachsen haben, zeigt, daß trotz eines erheblichen Anstiegs der registrierten Kriminalität die Aufklärungsquote in Niedersachsen von 40 Prozent im Jahre 1972 auf nahezu 50 Prozent gestiegen ist.

Den Leistungen für die Polizei in der Vergangenheit entsprechen die Planungen für die Zukunft. 1990 werden 170 Polizeianwärter und 34 BGS-Beamte eingestellt. So soll es kontinuierlich auch in den nächsten Jahren bleiben. Schließlich stellen wir 1990 100 Schreibkräfte für die Polizei ein,

(Auditor [SPD]: Auch Schreibmaschinen?)

so daß eine entsprechende Zahl Polizeibeamter wieder ihre eigentliche polizeiliche Aufgabe wahrnehmen kann.

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter! — Milde [SPD]: Endlich!)

Sollte sich dies bewähren, müssen zusätzliche Angestelltenstellen auch für die nachfolgenden Jahre geschaffen werden. Das Land Niedersachsen wird der Erhöhung der Polizeizulage von bisher 120 DM auf dann 200 DM zustimmen. Immerhin hat sich bei dieser Zulage über 20 Jahre lang nichts bewegt. Nun wird gehandelt!

(Lachen bei der SPD.)

— Sie lachen darüber, aber dies ist für die Beamten sicherlich eine wirksame finanzielle Verbesserung.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Sie haben über Jahre hinweg nicht einmal die Forderung nach Erhöhung der Zulage gestellt. Sie wußten gar nicht, daß es eine Polizeizulage gibt. Das ist das Schlimme! Die Erhöhung der Polizeizulage macht immerhin einen jährlichen Kostenrahmen von über 30 Millionen DM aus.

(Zurufe.)

— Ich muß mich Herrn Glogowski anpassen, sonst versteht er mich nicht. Ich habe immer gedacht, Sie seien schwerhörig, und deshalb müsse man etwas lauter sprechen.

(Bartling [SPD]: Es ist gut, daß Sie sich Herrn Glogowski zum Vorbild nehmen!)

Hinzu kommt die Verbesserung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten von 1,50 DM auf 2,50 DM. Die Beamtinnen und Beamten der Polizei in Niedersachsen erkennen diese notwendigen Leistungen auch an. Wir hoffen, daß auch die Berufsvertretungen anerkennen, welchen erfolgreichen Schritt wir zugunsten der Polizei gerade in diesem Jahr gemacht haben und im Jahr 1990 machen werden.

Lassen Sie mich nun einige Anmerkungen zu den SPD-Anträgen machen.

(Zurufe von der SPD.)

— Sie sollten einmal zuhören!

(Waike [SPD]: Können wir wieder etwas lernen?)

Hört man SPD-Vertreter bei Gewerkschaftsveranstaltungen, dann versprechen sie zusätzliche Stellenhebungen, zusätzliches Personal, bessere Ein-

stufungen, Erhöhung von Zulagen, mehr Anwärterstellen.

(Glogowski [SPD]: Sehr gut!)

Wenn man dann aber die Anträge zum Haushalt sieht, erkennt man, was von den Versprechungen übriggeblieben ist: In den vergangenen Jahren keine eigenen Stellenhebungsanträge.

(Widerspruch bei der SPD.)

— In dieser Legislaturperiode haben Sie zweimal vergessen, die Anträge zu stellen. Sie haben sie angekündigt, aber nicht gestellt. Auch in diesem Jahr haben Sie keine eigenen Stellenhebungsanträge gestellt.

(Zuruf von Auditor [SPD].)

Also liegen wir doch mit unseren Stellenhebungen richtig, d. h. im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Herr Glogowski hat das eben gerade bestritten, stellt aber keine eigenen Anträge.

Öffentlich wird verkündet, daß die SPD im Jahre 1990 220 Polizeianwärter einstellen möchte. Heute, in der Stunde der Wahrheit, liegt kein Antrag für Anwärtereinstellungen vor.

(Zuruf von Glogowski [SPD].)

— Hören Sie doch einmal zu, was Sie eingereicht haben! Ob man uns und vielleicht sogar die Polizei oder die Gewerkschaften täuschen möchte, indem man für 1990 statt Anwärterstellen 220 Planstellen im Vollzugsdienst beantragt? — Was passiert, wenn wir diesen Antrag unterstützen? — Wir haben dann zwar 220 zusätzliche Planstellen, aber keine Beamte, die diese Stellen besetzen können!

(Jahn [CDU]: So sieht das aus, Glogowski!)

Dies kann Bluff sein, oder die Verfasser der Anträge haben keine Ahnung davon, wie man politische Wünsche in richtige Haushaltsanträge faßt.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wir als CDU-Fraktion sichern, daß 1990 und in den nächsten Jahren je 170 Polizeianwärter und 1990 100 Angestellte eingestellt werden. Das ist ehrliche und richtige Politik.

Alle wissen, daß die SPD ohne die Grünen niemals eine Mehrheit in diesem Land bekommen kann.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Diese Grünen fordern heute durch Anträge, daß mit Hilfe einer Wiederbesetzungssperre bei der Polizei 1990 über 23 Millionen DM an Personalkosten gespart werden. Außerdem wollen die Grünen 1990 bei den Angestellten der Polizei 2 Millionen DM einsparen.

(Zustimmung von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Ja, selbst das dringend notwendige Konzept zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird von den Grünen abgelehnt. Diese Grünen sollen Steigbügelhalter für Schröder sein.

(Lachen bei der SPD.)

Nun werden Sie von der SPD sicherlich sagen: Das läuft nicht mit uns! Mit dem harmlos wirkenden Herrn Momper in Berlin ist es in einer Rot-Grünen-Koalition möglich, jetzt schon 5 Millionen DM aus dem Polizeihaushalt zu streichen, und zwar unter anderem auch Mittel zur Intensivierung von Fahndungsmaßnahmen. Deshalb fragt man sich: Was kann alles mit Herrn Schröder bei der Polizei gestrichen werden, der ja offen um die Grünen buhlt? Deshalb kann die Polizei im Lande Niedersachsen nur froh sein, daß hier die Koalition von CDU und FDP regiert. — Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat der Herr Kollege Jahn.

(Auditor [SPD]: Nicht solch einen bösen Blick, Herr Jahn! — Graeber [SPD]: Jetzt kommt der Reiter! — Heiterkeit bei der SPD.)

Jahn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren über den Haushalt 1990. Ich darf wohl feststellen, daß das Klima bei der Sacharbeit im Innenausschuß ebenso wie in vielen anderen Ausschüssen insgesamt etwas anders aussieht als in der parlamentarischen Auseinandersetzung ein halbes Jahr vor der Landtagswahl.

Ich verstehe sehr wohl, daß Herr Glogowski insbesondere in den letzten Wochen unter starkem Erfolgsdruck steht. Es ist ja nichts Ehrenrühriges, daß er in diesem Land gern Innenminister werden möchte. Herr Glogowski, ich hoffe, daß Sie nach der heutigen Rede sehr bald erkennen werden, daß Sie ein Möchte-gern-Innenminister bleiben

(Zuruf von der SPD: Sehr flach!)

und daß Sie mit der Art und Weise, wie Sie hier mit uns diskutieren, keine Chance haben, die eigentlichen Probleme aufarbeiten zu können.

Auch ich hätte mir den Katalog der Koalitionsvereinbarungen daraufhin angesehen, was inzwischen abgehakt ist und was nicht.

(Bartling [SPD]: Herr Jahn, das war eine beeindruckende Bilanz, die Herr Glogowski aufgemacht hat!)

Herr Glogowski, wir brauchen keinen Sekretär aus der SPD-Fraktion, der auf die Einhaltung der Koalitionsvereinbarungen drängt; denn wir sind sehr wohl selbst in der Lage, das, was wir für wichtig erachten und wofür wir die gemeinsame Basis geschaffen haben, in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Herr Glogowski, Sie haben hier festgestellt, daß Herr Fischer und ich aus einer Kommission herausgenommen worden seien, in der wir gar nicht waren.

(Sehrt [CDU]: Da war ich drin!)

Nur zu Ihrer Information: Herr Sehrt ist beispielsweise darin gewesen. Er ist nicht herausgenommen worden.

(Zuruf von Glogowski [SPD].)

— Sie lesen eben nur Rieger. In der Zeit, in der Sie Rieger lesen, sollten Sie gelegentlich mal wieder in den Innenausschuß kommen, damit Sie den aktuellen Sachstand mitbekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Denn Sie haben aufgrund Ihrer vielfältigen Verpflichtungen in der letzten Zeit kaum noch die Möglichkeit gehabt, an den Beratungen teilzunehmen. Deshalb konnten Sie beispielsweise auch nicht hören, was der Vertreter des Innenministeriums in aller Ausführlichkeit zum kommunalen Finanzausgleich und zu der Situation unserer Städte und Gemeinden gesagt hat.

(Glogowski [SPD]: Hör doch auf!)

Herr Glogowski, Sie haben zumindest so viel mitbekommen, daß Sie zum Schluß Ihrer Ausführungen deutlich gemacht haben, daß sich heute sehr viele Menschen — Tausende — über die schönen Städte und Gemeinden freuen. Demgegenüber wollen Sie glauben machen, daß wir in Niedersachsen in unseren Städten und Gemeinden das Elendsviertel der Nation hätten. Wer ehrlich ist, wird feststellen, daß wir Städte und Gemeinden haben, denen es besser geht, und daß wir Städte und Gemeinden haben, denen es schlechter geht.

(Glogowski [SPD]: Genau darum geht es, um die Gerechtigkeit! — Auditor [SPD]: Bei den Gemeinden haben wir eine Zweidrittelgesellschaft!)

Welche Schlußfolgerung müssen wir daraus ziehen? — Wir müssen daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß wir den Versuch machen müssen, gemeinsam — egal, wer in der Regierung und wer in der Opposition ist — zu einem Finanzausgleich zu kommen, der größtmögliche Gerechtigkeit anstrebt.

(Zustimmung bei der FDP.)

Sie werden aber zugeben, Herr Glogowski, daß es immer wieder Punkte geben wird — egal, wie auch immer das Finanzausgleichsgesetz in Zukunft hinsichtlich der Aufteilung zwischen kleineren und größeren Gemeinden, zwischen kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden aussieht —, an denen man feststellt, daß diejenigen, die mehr haben möchten, ihre Wünsche nicht erfüllt sehen und daß diejenigen, die weniger haben sollen, sich dagegen wehren, daß ihnen Geld genommen wird.

(Glogowski [SPD]: Das ist so!)

Ich möchte die Frage von Herrn Sehrt etwas anders stellen. Können Sie heute genauso klar, wie wir das jetzt mit dem Finanzausgleichsgesetz tun — wir sagen, wir wollen uns an den Zuwachsraten des Landeshaushalts orientieren —, sagen, w a s Sie in w e l c h e r Höhe den Gemeinden zukommen lassen wollen für den Fall, daß Sie im Mai die Wahl gewinnen und die Regierung übernehmen sollten?

(Sehrt [CDU]: Nur alles besser und schöner!)

Ihrem Änderungsantrag ist zu entnehmen, daß Sie zusätzlich 8,4 Millionen DM für Personal im Bereich der inneren Sicherheit ausgeben wollen. Mehr steht nicht drin.

(Döring [CDU]: Wer nicht an den Sieg glaubt, kann gar nicht so denken!)

Nun noch einmal zu den Stellen, die wir gemeinsam im Bereich der Polizei beantragt haben. Wir haben — Sie sind nicht darüber hinausgegangen — 220 Anwärterstellen beantragt. Gekommen sind 170, d. h. minus 50. In Ihrem Antrag steht: Sie wollen 220 Planstellen. Wollen Sie jetzt zusätzlich 50 Anwärterstellen haben? Oder wollen Sie zusätzlich 220 Stellen haben? Wie wollen Sie diese besetzen? Mit welchen Leuten wollen Sie sie besetzen? Darauf möchten wir gern eine Antwort haben. Gegenüber der Polizei macht sich eine solche Forderung gut; sie muß aber sachlich belegt werden.

Herr Glogowski, ich möchte Sie noch auf einen zweiten Punkt aufmerksam machen. Wir unterscheiden uns in folgendem: Im Bereich der Ver-

waltungsstellen für die Polizei haben wir — zuletzt auch mit Ihrer Zustimmung — 100 Stellen gefordert. Diese 100 Stellen gibt es. Sie haben 200 Stellen gefordert, wollen also 100 Stellen mehr haben. Diese 100 Stellen sind der einzige Dissens, den wir bisher haben.

(Glogowski [SPD]: Nein!)

— Doch! Sie können nicht 220 Stellen fordern, wenn Sie dafür keine Beamten haben.

(Hildebrandt [FDP]: Fordern kann er schon!)

Wir haben für alle Beamten, die für die Polizei zur Verfügung stehen, ausreichend Planstellen zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU. — Sehrt [CDU]: Wir haben Planstellen, aber kein Personal dafür!)

Herr Glogowski, bitte prüfen Sie das. Das müßten Sie eigentlich wissen. Wenn Sie es nicht wissen, dann tut es mir leid, daß Herr Ahlers Sie nicht darauf aufmerksam gemacht hat.

(Sehrt [CDU] an Glogowski [SPD] gewandt: Gerhard, ich erkläre dir das zu Hause einmal in Ruhe, damit es nicht so auffällt!)

Herr Glogowski, wäre es denn nicht möglich gewesen, hier einmal ein Wort der Anerkennung für 3 000 Stellenhebungen im Bereich der Polizei zu sagen?

(Beifall bei der CDU.)

Wäre es nicht möglich gewesen, die Anhebung der Polizeizulage, die bundesweit kommt, auch als einen geeigneten Schritt anzusehen?

(Glogowski [SPD]: Habe ich!)

Sie fordern für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, daß wir nicht von 1,50 DM auf 2,50 DM, sondern auf 5 DM gehen. Gut, das ist eine Gewerkschaftsforderung. Für den Beamten, der statt 1,50 DM jetzt 2,50 DM für den Dienst zu ungünstigen Zeiten bekommt, sind das aber 80 DM mehr im Monat. Auch das ist ein enormer Fortschritt.

(Zustimmung bei der FDP.)

Die Leistungen, die diese Koalition in Sachen Polizei für das Haushaltsjahr 1990 auf den Weg gebracht hat, können sich durchaus sehen lassen und werden von der Polizei auch voll anerkannt.

(Glogowski [SPD]: Darum haben die auch demonstriert!)

— Sie haben ja wohl auch gelesen, daß die SPD nach den Demonstrationen geschrieben hat, die Regierung bewege sich. Sie hat sich schon vorher bewegt! Die Forderungen sind teilweise realisiert worden. Aber wir müssen das im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt sehen.

Ich möchte noch einmal auf die Frage zu sprechen kommen, die uns alle gemeinsam interessiert. Egal, wer hier regiert, er braucht einen finanziellen politischen Spielraum. Ein solcher Spielraum kann dadurch geschaffen werden, daß man Einsparungen vornimmt. Dann stellt sich die Frage, wo. Oder er wird durch höhere Einnahmen geschaffen. Dies versuchen wir auf der Grundlage einer soliden und erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Sie können nicht bestreiten, daß die finanziellen Voraussetzungen in den Kommunen aufgrund der guten Konjunktur besser sind, als wir es zunächst gemeinsam erwartet haben.

Die Wirtschaftspolitik ist also die eine Grundlage. Die zweite ist der Rahmen, in dem wir die politische Arbeit leisten. Man kann sich noch weiter verschulden wollen. Dann muß man dafür die Zinsen bezahlen, darf dann aber nicht Vorwürfe erheben, die Verschuldung des Landes sei schon jetzt viel zu hoch. Wir haben im Lande etwa 5 600 DM Schulden pro Einwohner; bei den Kommunen liegt die Verschuldung pro Einwohner etwa bei 2 000 DM.

(Zuruf von der SPD: Äpfel und Birnen!)

Ich verstehe, wenn man sagt, daß die Verschuldung des Landes schon sehr hoch sei.

(Bosse [SPD]: Das ist ein unzulässiger Vergleich!)

Nur muß man dann auf der anderen Seite auch sagen, woher man das Geld, das man den Gemeinden zusätzlich geben will, nehmen will.

(Sehrt [CDU]: Das alte sozialistische Prinzip: den Leuten in die Tasche fassen und das Geld holen!)

Wenn ich also den Gemeinden mehr Geld geben will, muß ich entweder bei den Landesausgaben und somit auch bei den Investitionen sparen, oder ich muß eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen. Hier bitte ich darum, daß Sie uns möglichst bald einmal klipp und klar sagen, welchen Weg Sie nun für geeignet halten. 700 Millionen DM mehr für die Kommunen würden von den kommunalen Gebietskörperschaften mit Dankbarkeit angenommen. Auch ich würde dies sehr begrüßen, weil ich ja selbst in kommunalpolitischen Ämtern stehe. Aber um welchen Preis? Wo sollen Landesaufgaben eingeschränkt wer-

den? Sollen die Landesausgaben erhöht werden, unter Inkaufnahme hoher Verschuldung für die nächsten Jahre, oder wie wollen Sie das lösen?

(Glogowski [SPD]: Die Steuerreform kippen! — Widerspruch bei der CDU.)

Hier geht es darum, Prioritäten zu setzen und mit Schwerpunkten deutlich zu machen, welche Politik man betreiben will.

Ich möchte ein Letztes zum Bereich der inneren Sicherheit sagen. Herr Glogowski, wir sollten uns einmal in einer ruhigen Stunde sachlich überlegen, ob die Diskussion, die zur inneren Sicherheit, zum Verfassungsschutz und zur Polizei geführt worden ist, im Endergebnis nicht das Gegenteil dessen bewirkt hat, was Sie beabsichtigen. Wir mißbilligen das Fehlverhalten einzelner in der Führung genauso wie unten; ob es nun bei der Polizeiführung oder beim Verfassungsschutz ist. Wenn Sie aber mit den Verfassungsschutzbeamten sprechen — darunter sind auch welche Ihrer Couleur —, dann werden die Ihnen sagen, daß die Verfassungsschutzarbeit aufgrund dieser abträglichen Diskussion der letzten beiden Jahre kaum noch erfolgreich möglich ist.

(Auditor [SPD]: Das ist doch nicht unsere Schuld!)

Das sollte all denen — dazu rechne ich Sie, Herrn Bosse und auch andere genauso wie meine Kollegen — zu denken geben, die an dauerhafter innerer Sicherheit in unserem Lande interessiert sind.

Sich auf Demonstrationen von Polizeigewerkschaften hinzustellen und das hohe Lied „Wir sind für die innere Sicherheit, und wir tun alles" zu singen, durch die Art der Diskussion über Polizeieinsätze aber den Eindruck zu erwecken, als sei unsere gesamte Polizei, als sei unser gesamter Verfassungsschutz marode, führt zum genauen Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Dr. Weber [SPD]: Das tut doch keiner!)

Wir brauchen die Erfolge, die wir in dieser Koalition im Bereich der Innenpolitik erreicht haben, nicht unter den Scheffel zu stellen.

(Auditor [SPD]: So kleine Scheffel gibt es gar nicht! — Heiterkeit.)

Es gibt allerdings auch Aufgaben, die weit in die nächste Legislaturperiode hineinreichen.

Wenn man aber beispielsweise Themen wie die Gemeindegebietsreform aufgreift, sollte man ehrlich genug sein zu sagen, daß in der Koalitionsvereinbarung nur enthalten ist, daß Problemfälle geprüft werden sollen, und daß nicht drinsteht, daß alle Problemfälle gelöst werden müssen, wenn man nach der Prüfung zu anderen Ergebnissen kommt.

Die Fragen des Datenschutzes, des Verfassungsschutzes generell und des SOG werden uns auch in der nächsten Legislaturperiode weiter beschäftigen müssen, weil der Bund in der Rahmengesetzgebung zum Teil bisher nicht rübergekommen ist. Über die Frage der Novellierung des SOG werden wir uns schon sehr bald im Innenausschuß auseinandersetzen. Ich hoffe, daß Sie dann Ihre Alternativen zu der vorliegenden Novelle auf den Tisch legen werden. Wir werden uns dann daran messen lassen, wer den besseren Weg aufzeigt.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Wir werden uns erstens dafür einsetzen, daß die innere Sicherheit in diesem Lande dauerhaft gewährleistet wird. Wir werden uns zweitens dafür einsetzen, daß die Polizei und alle, die im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind, einen gerechten Anteil bei Besoldungsverbesserungen und Beförderungen erhalten. Wir werden uns drittens dafür einsetzen, daß unsere kommunalen Gebietskörperschaften mit den ihnen übertragenen Aufgaben auch finanziell fertig werden können. Dieses Land ist nicht so, wie Sie es gemalt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage Ihnen, Herr Glogowski, zum Abschluß: Ich verstehe, daß Sie in einem Rundumschlag praktisch alles vom Tisch fegen wollten, was es an Erfolgen gibt. Ich sage Ihnen aber auch: Damit werden Sie bei den Wählern keinen Erfolg haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege. — Das Wort hat nunmehr Herr Minister Stock.

Stock, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD hat hier versucht, den Eindruck zu erwecken, als wenn im Laufe dieser Jahre im Bereich der Innenpolitik im Lande Niedersachsen gar nichts oder fast gar nichts an verabschiedeten Gesetzen, an Fortschritten, die sich aus der Koalitionsvereinbarung ergeben, gekommen sei.

Ich will nur darauf hinweisen, daß wir gerade in diesen Tagen die Novelle zum Finanzausgleichsgesetz verabschiedet haben.

(Glogowski [SPD]: Das ist nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarung!)

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß wir die Koalitionsvereinbarung, die Getränkesteuer abzuschaffen, in diesem Jahr verwirklichen werden.

(Bartling [SPD]: Das ist eine Großtat! Wann kommt denn die Hundesteuer?)

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß das, was wir vereinbart haben, nämlich ein neues Spielbankgesetz zu verabschieden, verwirklicht worden ist.

(Bartling [SPD]: Ich denke, das ist eine Folge des Skandals? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Hören Sie doch zu, sonst wissen Sie es hinterher wieder nicht, Herr Glogowski. Dann halten Sie wieder Reden, die an der Wirklichkeit der Innenpolitik in diesem Lande völlig vorbeigehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das mag daran liegen, daß Ihnen die Kollegen vorwerfen, daß Sie im Innenausschuß nicht da sind. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich kann aber sagen: Die Rede, die Sie hier gehalten haben, geht an der Realität in diesem Lande völlig vorbei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Andernfalls müßten Sie anerkennen, daß es uns gelungen ist — das ist ebenfalls eine Leistung der Koalition und der Innenpolitik in diesem Lande —, die Verwaltungsverfahren im Asylbereich zu verkürzen, daß es uns mit den neuen Einrichtungen, die wir in Braunschweig haben, gelingen wird, schneller zu entscheiden. Dabei sage ich noch einmal ausdrücklich: Schnellere Verfahren sind die humaneren Verfahren, weil wir damit nicht mehr die langen Wartezeiten haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie müßten anerkennen, daß wir in dieser Woche im Kabinett beschlossen haben, daß wir eine Bleiberechtsregelung für diejenigen haben wollen, die länger — auch aufgrund von langen Verfahren — hier sind. Sie müßten anerkennen, daß wir für die Familien mit Kindern einen Schlußstrich ziehen wollen, die länger als fünf Jahre hier sind, und für die Alleinstehenden, die länger als acht Jahre hier sind. Ich glaube, daß sich diese Ergebnisse und auch die Tatsache, daß wir den Haushalt für den Verfassungsschutz gemeinsam transparenter gemacht haben, sehen lassen können.

Da Sie, Herr Glogowski, hier weitere Vorwürfe erhoben haben, will ich jetzt noch einmal kurz auf den Jeserich-Bericht eingehen. Wir haben jede hier gewonnene Erkenntnis in aller Offenheit und ohne etwas unter den Teppich zu kehren an die zuständigen Gremien weitergeleitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir haben in der Sache gehandelt, sobald Erkenntnisse vorgelegen haben. In den Fällen, in denen uns geraten worden ist, in diesem Bereich andere Verfahren und Strukturen zu finden, haben wir im Innenministerium gehandelt und neue Regeln und neue Vorschriften erlassen. Eines — das haben Sie hier aber wieder gefordert — dürfen wir allerdings nicht tun: Wenn in dem Bericht von Herrn Jeserich bestimmte Hinweise auf Personen gegeben werden, dann dürfen wir es nicht zulassen, daß diese zum falschen Zeitpunkt in der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden und eine Vorverurteilung stattfindet.

(Beifall bei der CDU.)

Wir wollen zunächst einmal wissen, welche Erkenntnisse der Justizminister oder der im Justizministerium Beauftragte aus diesen Hinweisen gewinnt. Wir hoffen, daß diese Erkenntnisse bald vorliegen. Ich kann Ihnen sagen: Auch dann werden wir im Innenministerium handeln und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glogowski?

Stock, Innenminister:

Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen mehr zu.

(Glogowski [SPD]: „Nicht mehr"? Sie haben doch noch gar keine zugelassen!)

— Das macht jetzt auch keinen Sinn. Sie fragen immer nur polemisch dazwischen — ich kenne das aus früheren Debatten —, weil Sie nicht richtig orientiert sind.

(Glogowski [SPD]: Herr Stock, Herr Stock, diese Angst!)

Ich will Ihnen nur sagen: Dieses Zerreißen von Personen in der Öffentlichkeit, das Sie von uns verlangen, wird nicht stattfinden.

Ich will jetzt einen weiteren Punkt aus Ihrer Vorwurfsliste abhaken. Wir alle wissen, daß sich die Beratungen des Polizeigesetzes schwierig gestalten. Es gibt aber eine Einigung zwischen den Koalitionsfraktionen über den weiteren Verfahrensgang. Wir werden dieses Polizeigesetz noch verabschieden. Ihr Vorwurf, Herr Glogowski, macht

auch wieder Ihre Unkenntnis deutlich. Wenn Sie so tun, als sei Niedersachsen das einzige Land, das sein Polizeigesetz noch nicht verabschiedet hat, dann muß ich Sie darauf hinweisen, daß auch die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen ihre Polizeigesetze noch nicht verabschiedet haben. Angesichts dessen können Sie doch nicht so tun, als würden die anderen Bundesländer nicht vor den gleichen Schwierigkeiten stehen wie Niedersachsen, nämlich ein vernünftiges Gesetzeswerk auf den Tisch zu legen.

Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich noch ein paar Worte zur Polizei und zu dem, was mich aus meiner Sicht bewegt und von dem ich glaube, daß wir vielleicht ein Stück weitergekommen sind, sagen. Durch die Abhandlung schwieriger Angelegenheiten in den Untersuchungsausschüssen ist sicherlich ein Vertrauensverlust eingetreten, nicht zuletzt auch durch Diskussionen, die am falschen Platz und zur falschen Zeit geführt worden sind. Ich glaube aber, niemand wird bestreiten können, daß es uns gelungen ist, deutlich zu machen, daß diese Vorwürfe — welchen Wahrheitsgehalt auch immer sie haben mögen, wenn einmal die Bilanz gezogen wird — allenfalls nur eine Handvoll Personen betreffen können. Insgesamt können wir sagen: Wir können volles Vertrauen zu unserer Polizei in Niedersachsen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage weiter: Auch der Vorwurf, wir hätten in der Vergangenheit nicht genug für die Polizei getan, trifft nicht zu. Natürlich haben auch die Jahre, in denen gespart werden mußte, ihre Spuren hinterlassen. In den Jahren von 1976 bis 1988 — in diesem Zeitraum ist das Volumen des gesamten Landeshaushalts um 75 % angestiegen — ist der Anteil des Landeshaushalts, der auf die Polizei entfällt, um 95,2 % angewachsen. Niemand wird angesichts dessen bestreiten können, daß von der Regierung und vom Parlament — ich will es einmal in der Gesamtheit sagen — auch in den schwierigen Zeiten besondere Anstrengungen unternommen worden sind, um für die Polizei etwas zu tun.

(Zuruf von Graeber [SPD].)

— Ich richte gleich eine Replik an Sie, Herr Graeber; dann werden Sie ein bißchen kleiner.

(Bartling [SPD]: Das war eine Drohung, Herr Minister!)

— Ja, das war eine Drohung. Wir sind hier nicht in der „Klickmühle".

(Beifall bei der CDU. — Graeber [SPD]: Möchten Sie das nicht zurücknehmen?)

— Nein, das möchte ich nicht zurücknehmen. Ich meine, daß Ihre Zwischenrufe unter der Würde dieses Hauses sind. Sie haben heute nachmittag schon den Sozialminister entsprechend bedient.

(Graeber [SPD]: Dazu habe ich ein gutes Recht!)

— Das haben Sie auch. Ich habe aber auch ein gutes Recht zu replizieren, wenn ich meine, daß Ihre Bemerkungen über die Hutschnur gehen.

Wir haben uns bemüht, in den Jahren 1989 und 1990 für die Polizei eine ganze Menge zu tun. Wir haben ein Hebungsprogramm mit 2 353 Beförderungen aufgelegt, die insbesondere den mittleren Dienst betreffen. Im Hinblick auf Arbeitszeitverkürzungen haben wir 110 Anwärterstellen zusätzlich bekommen. Wir haben 30 Bundesgrenzschutzbeamte zusätzlich übernommen, um den Einsatz in der Stadt Hannover zu stärken.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Wir haben auf dem Gebiet der Fortbildung ein Konflikt- und Streßprogramm aufgelegt. Ich bin der Überzeugung, daß es die Motivation in der Polizei stärkt, wenn wir in Sachen Fortbildung mehr tun. Wir müssen den Beamten öfter sagen können, ihr müßt aus eurem normalen Dienst heraus. Es darf nicht sein, daß Fortbildung nur zum Erreichen des nächsten Dienstgrades stattfindet. Man muß von Zeit zu Zeit eine Auffrischung oder Runderneuerung haben, um neue Motivation zu gewinnen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Auf dem Gebiet der Datentechnik ist zu erwähnen, daß wir in diesem Jahr 35 Dienststellen mit einer dezentralen Computerausstattung versehen haben.

Mir kommt es vor allem darauf an, daß wir eine verläßliche Zahl von Anwärterstellen pro Jahr haben, daß wir eine langfristige Personalplanung anstreben und daß wir es jetzt erreicht haben, daß in den Jahren 1990, 1991 und 1992 jeweils 170 Anwärter zusätzlich bei der Polizei eingestellt werden. Die SPD fordert 220 Stellen. Wenn man die BGS-Leute hinzurechnet, die wir Jahr für Jahr übernehmen wollen, ergibt sich eine Vergleichszahl von 204 zu 220. Das sind doch keine Welten, die dazwischen liegen!

Ich möchte einige Bemerkungen zur Attraktivität des Polizeiberufes machen. Herr Glogowski, trotz der verbesserten Ausbildungsplatzsituation in

Niedersachsen gibt es bei der Polizei keinen Nachfragemangel. Als ich junge Polizeianwärter in Hannoversch Münden vereidigen durfte, habe ich erfahren, daß für 150 Stellen 2 100 Bewerbungen vorlagen. Es wird doch niemand sagen können, der Beruf sei unattraktiv.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Der Polizeiberuf ist für junge Leute nach wie vor hochattraktiv. Es ist nach wie vor ein Beruf, der erstrebenswert ist.

(Sehrt [CDU]: Nur die Besten bewerben sich bei der Polizei!)

Auch ich weiß, daß der Dienst bei der Polizei schwer ist. Deswegen habe ich mich von Anfang an dafür eingesetzt, daß vor allen Dingen für die Bereiche in der Polizei, in denen Wechselschichtdienst und Dienst zu ungünstigen Zeiten geleistet wird, etwas Besonderes getan wird. Ich füge aber hinzu: Niemand, der in der Polizei Dienst tut, wird sich dem Trugschluß hingeben können, es sei ein Dienst, bei dem nicht Dienst zu ungünstigen Zeiten geleistet werden müßte. Das ist berufstypisch und wird nie wegzukriegen sein. Aber wir müssen für diese Bereiche in dem Sinne etwas tun, daß wir die Prämie für diejenigen erhöhen, die den Dienst zu ungünstigen Zeiten tun.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Deswegen unsere gemeinsame Anstrengung — die im übrigen Erfolg gehabt hat —, den Dienst zu ungünstigen Zeiten mit einer besseren Prämie zu versehen. Wenn die Zulage — es ist eben schon gesagt worden — von 1,50 DM auf 2,50 DM pro Stunde erhöht wird, dann bekommt derjenige, der bisher 100 DM im Monat erhalten hat, künftig 170 DM, weil wir die Zulage um 70 % erhöhen. Ich bin dafür gewesen.

Herr Glogowski, auf einer Veranstaltung der Polizei waren wir gemeinsam der Auffassung, daß es uns lieber wäre, die Zulage beim Dienst zu ungünstigen Zeiten von 1,50 DM auf meinetwegen 5 DM zu erhöhen. Ich bin der Meinung, daß diese Maßnahme erste Priorität hat. Nur, Sie wissen ebensogut wie ich, daß hierüber vor dem Hintergrund der Interessenlage aller Bundesländer und des Bundesinnenministers entschieden wird. Die Gewichtung ist nun einmal in den Ländern unterschiedlich gewesen. Aber das Gesamtergebnis, das jetzt vorliegt, daß wir die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten von 1,50 DM auf 2,50 DM pro Stunde erhöhen und daß wir die Polizeizulage von 120 DM auf 200 DM pro Monat erhöhen, bedeutet doch, daß der Polizeibeamte im Wechselschichtdienst nunmehr — ich nehme einmal den Durchschnitt — 80 DM plus die eben erwähnten 70 DM, also 150 DM pro Monat dazubekommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Es ist doch eine Tatsache, daß die Polizeizulage seit 1971, als sie eingeführt worden ist, nicht mehr erhöht wurde. Es spricht doch für diese Politik, daß wir gesagt haben, nun tun wir es endlich,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und daß wir gesagt haben, wir machen diese Polizeizulage ruhegehaltsfähig.

(Hildebrandt [FDP]: Plus Hebungen! — Jahn [CDU]: 3 000 Hebungen!)

— Plus Hebungen. — Es war ein Beschluß der Innenministerkonferenz, daß wir nicht mehr so viele Jahre warten wollen, sondern daß wir die Polizeizulage in regelmäßigeren Zeitabständen dynamisieren und anpassen wollen. Hier sind doch materielle Verbesserungen erfolgt, und hier wird doch deutlich, daß wir auch wissen, daß innere Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern daß wir eine gut ausgerüstete, modern organisierte und gerecht bezahlte Polizei haben möchten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ein letztes Wort zu diesem Komplex Polizei: Für uns ist neben allen materiellen Dingen vor allem wichtig, daß wir die Anerkennung der Polizei, daß wir die Stellung der Polizei in der Gesellschaft verbessern

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und daß wir alles vermeiden sollten, was vielleicht manchmal von dem einzelnen nicht so verstanden wird.

(Dr. Holtfort [SPD]: Und das Betriebsklima!)

— Ja natürlich, darüber habe ich die ganze Zeit gesprochen, Herr Dr. Holtfort.

(Dr. Holtfort [SPD]: Das reicht noch nicht!)

Ich würde mir nur wünschen, daß einige mehr von denjenigen aus den Verbänden, aus den Gewerkschaften, die fordernd auftreten und denen ich ja nicht abspreche, daß sie den Ball weiterschmeißen müssen im Sinne ihrer Forderungen, weil sie sonst schlechte Gewerkschafter wären, auch einmal das tun würden, was letztlich der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft zu den Beschlüssen der Innenministerkonferenz gegenüber Minister Schäuble gesagt hat:

Die Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft sind nahezu verwirklicht. Warum kann nicht auch einmal ein Wort der Anerkennung gesagt werden, wenn hier durch den Haushalt 1990 fast 30 Millionen DM zusätzlich für die Polizei ausgegeben werden?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich fände das gut, weil es dann für diejenigen, die für die Polizei kämpfen, leichter würde, dies innerhalb des Gesamtrahmens besser durchzusetzen.

(Glogowski [SPD]: Das war nicht der Bundesvorsitzende der GdP!)

— Ich denke, daß die Gewerkschaften gleichermaßen für die Interessen ihrer Mitglieder kämpfen. Sie können hier doch nicht sagen, Herr Glogowski, daß etwa die Gewerkschaft der Polizei im DGB besser sei als die Gewerkschaft der Polizei im Beamtenbund.

(Glogowski [SPD]: Das sage ich doch überhaupt nicht!)

— Sicher haben Sie das unterschwellig gesagt.

(Glogowski [SPD]: Nein!)

— Gut, wenn Sie es nicht so gemeint haben, dann ist es okay.

(Glogowski [SPD]: Sie wollen mich permanent mißverstehen!)

Ich möchte noch ein Abschlußwort sagen: Es gibt in der Innenpolitik vielfältige Aufgaben. Das ist sicherlich ein Feld, auf dem man mit viel Kraft und viel Anstrengung die Dinge durchsetzen muß und auf dem man versuchen muß, das zum Erfolg und zu einem guten Ergebnis zu führen. Es gibt hier wirklich Felder, auf denen wir auch Erfolg haben. So können wir dank zügiger Abwicklung des kommunalen Anteils des Strukturprogramms für 1989 und 1990 ein Ergebnis vorlegen, das sich sehen lassen kann. Das Programm für 1989 enthält 269 Projekte mit einer Förderungssumme von 150 Millionen DM und einem Gesamtinvestitionsvolumen von 530 Millionen DM. Im Jahre 1990 können wir mit 302 Maßnahmen und einem Gesamtvolumen von 628 Millionen DM die Botschaft ins Land geben, daß wir die Strukturen dieses Landes verbessern wollen. Vor diesem Hintergrund sage ich ein Wort des Dankes an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der inneren Verwaltung, im Bereich der inneren Sicherheit, die in diesem Jahr und die auch im nächsten Jahr dafür sorgen, daß die Innenpolitik in Niedersachsen auf guten Füßen steht. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Minister. — Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 03 liegen mir nicht mehr vor.

Ich rufe jetzt die Wortmeldungen zum Einzelplan 11 auf. Mir liegt eine Wortmeldung der Frau Kollegin Alm-Merk vor. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Alm-Merk (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 8. April 1989 hat Justizminister Remmers in Osnabrück ein altes emsländisches Sprichwort zitiert, das lautet: Man muß seine Prinzipien so hoch hängen, daß man bequem drunter durchkommt. — Genau an dieses Motto, meine Damen und Herren, hat sich der Minister der Justiz diese Legislaturperiode hindurch gehalten mit der Folge, daß die Rechtspolitik auf der Stelle getreten ist und uns Innovatives im Landtag nicht wesentlich beschäftigt hat. Schade um diese verpaßten Chancen und ebenso schade deshalb, weil die Probleme in der Justiz und im Vollzug nicht gelöst worden sind.

(Dr. Hruska [FDP]: Was haben Sie denn Innovatives vorgetragen?)

Richter und Staatsanwälte haben zu Recht in den letzten zwei Jahren die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung auch für ihren Bereich angemahnt, jedoch ohne Erfolg. Nicht ohne Grund beklagt die rechtsuchende Bevölkerung die überlangen Verfahren an unseren Gerichten: Rechtssicherheit und Vertrauen in die Justiz laufen Gefahr, bei der Fortsetzung einer solchen Politik Schaden zu nehmen. Aber auch sonst ist es besorgniserregend, daß die Altersstruktur der Richter und Staatsanwälte dazu führt, daß etwa ab 1997/98 eine große Pensionierungswelle einsetzt, ohne daß dem durch Neueinstellungen entgegengewirkt wird.

Nachdem die Landesregierung mit gewaltigem propagandistischen Aufwand vier neue Asylkammern geschaffen hatte, kam der Justizminister seiner Sparauflage flott dadurch nach, freiwerdende Verwaltungsrichterstellen nicht oder mit zeitlicher Verzögerung zu besetzen. Meine Damen und Herren! Eine solche Art von Täuschungsmanöver muß endlich aufhören.

(Beifall bei der SPD.)

Unser Justizministerium kürzt bei den Stellen, in der Bürokratie jedoch fühlt er sich beflügelt. Warum sage ich das? Allein knapp 6 Millionen DM sind im Justizhaushalt für das Vordruckwesen

Frau Alm-Merk

vorgesehen, und die Mehrheit dieses Hauses war der Auffassung, hier keinerlei Kürzungen vornehmen zu können, obwohl mit großem Aufwand und Kosten immer mehr computerisiert wird und damit auch Vordrucke abgebaut werden könnten. Lassen Sie es mich auf einen recht vereinfachenden Nenner bringen und das als Vordruckunwesen bezeichnen, mit dem man aufräumen muß.

Nun zu der 1961 beschlossenen Zentralen Erfassungsstelle mit der Aufgabe, wie es heißt, die in Ostberlin und in der SBZ begangenen Gewaltakte festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können: Meine Fraktion hat in den letzten Haushalten wiederholt beantragt, die dafür eingesetzten Zahlungen zu streichen und, damit dies ermöglicht wird, die Stellen mit kw-Vermerken zu versehen. Die Arbeit dieser Behörde besteht zu drei Vierteln darin, Richter zu registrieren, die in der DDR nach dortigem Recht Urteile fällen, die vor bundesdeutschem Gesetz nicht bestehen könnten.

(Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD].)

Man muß es sich einmal vorstellen: Die bundesdeutsche Justiz, die bis heute noch keinen an nazistischen Terrorurteilen beteiligten Richter zur Verantwortung zu ziehen vermochte,

(Dr. Holtfort [SPD]: So ist es!)

sammelt Daten, um irgendwann einmal DDR-Richter zu strafen, weil sie, ohne daß wir sie schützen könnten, ihrem Gesetz nicht Ungehorsam erwiesen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Es freut uns, feststellen zu können, Herr Minister, daß Sie nun wohl auf unsere Linie einschwenken. Sie haben vor kurzem in einer Pressemitteilung bereits Andeutungen gemacht. Schön wäre es natürlich, wenn sich auch die Mehrheit in diesem Hause dem Minister anschlösse und diesen Dingen kurzfristig ein Ende machte und unserem Vorschlag zustimmte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ein Justizminister, meine Damen und Herren, sollte die Unabhängigkeit der Richter schützen, aber auch die Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte nicht negieren, deren Tun er ja politisch verantworten muß. Unser Minister aber tönt immer von der Unabhängigkeit der Staatsanwälte, die es zu stärken gelte, will dagegen Richter für außerdienstliche Meinungsäußerungen an die dienstrechtliche Kandare nehmen. Wir empfehlen Ihnen, Herr Minister, einen aufklärenden Blick in das Gerichtsverfassungsgesetz.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

Leider bleibt hier zu wenig Zeit, um auf die zahlreichen Kritikpunkte in der Rechtspolitik der Landesregierung einzugehen. Lassen Sie mich deshalb nur einen Punkt ansprechen, nämlich das Verhalten des Ministers im Parlament zum Celler Loch. In sonderbar gefälliger Weise hat der Minister den handelnden Personen den rechtfertigenden Notstand als Rechtfertigungsgrund für ihr Verhalten zugebilligt, obwohl nicht der Schatten eines Anlasses dazu bestand. Wir hätten von diesem Minister etwas anderes erwartet.

Im Strafvollzug, meine Damen und Herren, sieht es auch nicht viel besser aus. Überstundenberge in den Anstalten werden vor sich hergeschoben, Stellen werden abgebaut, die Motivation der Mitarbeiter sinkt von Jahr zu Jahr, die Grundaufgaben des Vollzugs werden eingeschränkt, und der Minister gibt inzwischen zu, daß es zu erheblichen Unzuträglichkeiten sowohl für Gefangene als auch für Bedienstete komme.

Unsere Fraktion stellt fest, daß hier mehr verwaltet als gestaltet wird. Aufgaben, die mit hauptamtlichem Personal wahrgenommen werden müßten, werden über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgewickelt. Der rechtliche Rahmen wird dabei aufs äußerste strapaziert. Erinnert sei an die Vorgehensweise des Ministeriums bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt Hameln und beim Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter. Es ist erschreckend, wie dabei nicht nur mit den Mitarbeitern umgegangen wurde, sondern auch mit der Klientel, der die Mitarbeiter ja eigentlich helfen sollen. Viele Aufgaben werden in nächster Zeit nicht mehr wahrgenommen, weil von seiten des Ministeriums nicht einmal mehr die Bereitschaft besteht, 25 % des Gehalts zu den AB-Maßnahmen hinzuzuzahlen.

Mehrere Jahre lang hat sich der Unterausschuß „Strafvollzug" bemüht, den Frauenvollzug zu verbessern. Die Vorschläge sind vom Ministerium positiv aufgenommen worden. Jetzt aber soll die Arbeit leider mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen getan werden. Wir sagen nein zu einer solchen Vorgehensweise. Wir erwarten von Ihnen, Herr Minister, aber wenigstens ein engagiertes Eintreten für Ihre sehr gebeutelten Strafvollzugsbediensteten, damit diese hinsichtlich der Höhe der Erschwerniszulage mit dem Polizeivollzugsdienst gleichgestellt werden. Da lobe ich in diesem Fall den Innenminister, der sich offensichtlich für seine Bediensteten entsprechend durchgesetzt hat.

Herr Minister, wir sagen es hier deutlich: Der Vollzug hätte eine Wende erwartet, die mit

Ihnen wohl nicht mehr herbeigeführt werden kann. Während Sie Personal abbauen, statt neue Strukturen im Vollzug zu schaffen, während Sie den Mitarbeitern immer neue Aufgaben aufdrücken, obwohl Sie wissen, daß diese die Aufgaben nicht mehr alle schaffen können, sprechen Sie noch immer von einem erfolgreichen Vollzug. Das können Sie, so meine ich, nur noch in wenigen Bereichen behaupten.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen noch zwei sogenannte Vollzugsblüten zu Gemüte führen:

In der Justizvollzugsanstalt Celle I, die durch einen entsprechenden Erlaß immer noch als Hochsicherheitsgefängnis organisiert ist, befindet sich doch tatsächlich ein Freigängerbereich mit drei Freigängern. Da diese Freigänger aber nicht mit den anderen Gefangenen in Berührung kommen dürfen, müssen sie, um morgens zur Arbeit zu kommen, mit Rufanlage einen Bediensteten aus der Anstalt herbeirufen, der die Anstalt verlassen muß, der die Straße entlanggeht, der mehrere Tore auf- und zusperrt, um die drei Gefangenen dann herauszulassen. Am Abend muß das gleiche Spiel vereinzelt wieder von vorne losgehen, je nachdem, wann die Leute von der Arbeit kommen. So kann man natürlich auch recht unnötig Personal binden, Herr Minister, obwohl es ein Einfaches wäre, diese drei Freigänger nach Burgdorf oder Celle II zu bringen.

(Beifall bei der SPD.)

Statt dessen aber schließt der Minister in viel größerer Zahl Einrichtungen im offenen Vollzug und begründet dies mit Einsparungsmaßnahmen. Widersprüchlicher als bei diesem Beispiel — so kann ich wohl sagen — kann man sich eigentlich nicht mehr verhalten.

Im Einzelplan 02 — Niedersächsische Staatskanzlei — verspricht das Justizministerium die Einrichtung von zehn bis 15 Plätzen für Frauen im offenen Vollzug. Im Justizhaushalt aber findet sich dafür nicht eine Mark. Ich kann nur wiederholen: Widersprüchlicher, Herr Minister, können Sie sich tatsächlich nicht verhalten.

Meine Damen und Herren! Mit solchen Blüten muß Schluß gemacht werden. Nicht verwalten, sondern gestalten ist das, was wir erwartet haben, aber im Haushalt nicht erfüllt sehen. Unsere Zustimmung können Sie deshalb zu diesem Teil des Haushalts nicht bekommen. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat nunmehr der Herr Minister.

(Auditor [SPD]: Noch mehr Minus!)

Remmers, Justizminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Bemerkungen aus der Sicht des in diesem Haushaltsbeitrag so gescholtenen Ministers.

Das erste, was ich feststellen möchte, ist, daß wir der Meinung sind, daß mit diesem in den Ausschüssen beschlossenen Haushalt tatsächlich die Justizgewährung und die Rechtsgewährung im Lande Niedersachsen in angemessener und richtiger Weise sichergestellt sind. Wir haben es mit der Aufgabe der Justiz zu tun, die Rahmenbedingungen für die Rechtsprechung zu schaffen. Dabei, so meine ich, haben wir das zu berücksichtigen, was bei den Gerichten an Belastungen vorhanden ist, und das, was dort an Entwicklungen abzusehen ist.

Wir haben nun einmal festzustellen — das will ich vielleicht als erstes sagen —, daß sich die Verfahrensdauer — darauf haben Sie ja abgestellt — bei den ordentlichen Gerichten völlig in dem Bereich befindet, in dem wir sie erwarten und immer erwarten konnten. Wenn ich einmal nach der Klageliste gehe, kann ich nur sagen, daß ich aus dem Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit regelmäßig keinerlei Klagen über die Dauer der Verfahren bekomme.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist das Problem!)

Als zweites will ich zur Verwaltungsgerichtsbarkeit etwas sagen. Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Hause vor einigen Jahren die Frage der Verfahrensdauer und die Frage der Belastung der Verwaltungsgerichte erörtert. Es ist bereits damals festgestellt worden, daß bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit ein Personalausstattungsmangel nicht gegeben sei. Der Rechnungshof hat sich damals sehr eindeutig dazu geäußert. Inzwischen ist die Anzahl der normalen Verfahren bei den Verwaltungsgerichten deutlich zurückgegangen. Mit „normal" meine ich nicht die Asylverfahren. Dort ist der Rückgang der Zahl der Verfahren nicht in dem Maße eingetreten, wie ich mir das erhofft hätte. Nur sind hier die Eingriffsmöglichkeiten geringer. Ich glaube aber, daß sich auch hier langsam ein Wandel im Urteilsverhalten abzeichnet, so daß sich die Situation verbessern dürfte.

Remmers

Sie haben, Frau Kollegin, mit meinem Spruch begonnen, man solle seine Grundsätze so hoch halten, daß man im Notfall noch drunterher könne,

(Frau Alm-Merk [SPD]: Man soll sie durchhalten! Das ist das Entscheidende!)

und Sie haben das mit der Frage der Asylverfahren in Verbindung gebracht. Es dürfte doch in diesem Hause kein Geheimnis sein, daß wir landesweit in allen Bereichen gespart haben und daß wir schon darauf achten müssen, daß wir eine Einsparungsauflage innerhalb eines Geschäftsbereichs fair auf die verschiedenen Bereiche verteilen, auch dann, wenn wir darüber hinaus wegen aktuell anfallender Bedürfnisse zusätzliche Stellen schaffen. Genau das haben wir bei den Verwaltungsgerichten getan. Wir haben den Verwaltungsgerichten die auf sie entfallende Sparquote auferlegt und unabhängig davon zusätzliche Asylsenate und Asylkammern eingerichtet, so daß ich dieses Beispiel, das Sie hier genannt haben, mit dem von mir immer wieder gern verwandten Spruch überhaupt nicht in Verbindung bringen kann. Sie sollten sich diesen Spruch getrost merken. Aber Sie sollten ihn, wenn sie ihn gebrauchen, richtig anwenden.

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, es gibt gar nicht soviel, worauf man hier einzugehen hat. Aber es gibt tatsächlich die Frage: Wie lösen wir unsere bürokratischen Probleme in einem Bereich, der ganz wesentlich auch mit Schreibarbeiten und mit Formularen zu tun hat? Sie haben hier gesagt, daß im Bereich des Vordruckwesens noch etwas ganz Schreckliches stattfinde. Meine Damen und Herren, so redet der, der mit der Justiz relativ wenig zu tun hat. Ich weiß, daß es eine Vielzahl von Grundbüchern gibt, bei denen allein durch die Tatsache, daß man genormte Formulare hat und haben muß, eine erhebliche Arbeitserleichterung geschaffen wird. Man muß damit nur einmal umgegangen sein, Frau Kollegin, um das zu wissen. Ich will den weniger Kundigen hier im Hause noch einmal sagen, daß wir immer eine Vielzahl von Formularen brauchen werden, von der vorgedruckten Rechtsmittelbelehrung bis zu Vordrucken für die Ladung, für den Strafbefehl und für anderes mehr, was Sie, wenn Sie es im automatisierten Schreibverfahren herstellen würden, so billig niemals bekommen könnten, wie wir es auf diese Weise erledigen können.

(Zustimmung bei der CDU.)

Bevor Sie also auf diese Kleinigkeiten Ihr Augenmerk richten, wäre ein etwas intensiveres Studium der Fakten bei Gericht doch wohl richtig, verehrte Frau Kollegin.

(Zurufe von der SPD.)

Ich möchte mich jetzt den Punkten zuwenden, die ich politisch für wirklich bedeutsam halte. Das erste ist der Vorwurf, die Unabhängigkeit der Richter werde von uns nicht respektiert. Dazu kann ich nur sagen: Ich lege sehr großen Wert darauf, daß die Unabhängigkeit der Richter nicht angetastet wird. Ich bin bereit, Verfahren gegen Richter zu befördern, die durch ihr Verhalten in der Öffentlichkeit die Unabhängigkeit und die Bedeutung der Unabhängigkeit der Richter gefährden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Mein Einsatz und meine Beteiligung in der Frage, ob es denn richtig ist, als Richter öffentlich rechtswidriges Verhalten von Kollegen zu loben,

(Widerspruch bei der SPD)

hat den Zweck gehabt, das Ansehen der unabhängigen Gerichtsbarkeit in der Öffentlichkeit zu stärken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie wissen, meine Damen und Herren — deswegen hat es mich ein wenig gewundert, daß Sie, verehrte Frau Kollegin, das noch angesprochen haben —, daß inzwischen das oberste Dienstgericht genau das beanstandet hat, was ich von Anfang an auch hier in diesem Hause als falsch bezeichnet habe.

(Zustimmung von Herbst [CDU].)

Ich gebe Ihnen natürlich recht, daß sie eine von der Rechtsprechung abweichende Meinung haben dürfen. Aber es urteilen die unabhängigen Richter, und zwar auch über sich selbst. Das ist auch hier geschehen, ob Ihnen das nun paßt oder nicht.

(Zustimmung bei der CDU.)

Parallel dazu sei mir ein Hinweis auf die Stellung der Staatsanwaltschaft gestattet.

(Dr. Holtfort [SPD]: Die nicht unabhängig sein darf!)

Ich habe, glaube ich, hier schon einmal berichtet, und ich berichte noch einmal, daß ich, als ich als Justizminister neu in das Ministerium kam, gebeten habe: Erzählt mir doch einmal, wie ich mich richtig verhalte und wie ich klug und rechtsstaatsgemäß mit den Staatsanwälten und der Weisungsmöglichkeit umgehe. Die Abteilung 3 hat mir seinerzeit einen umfangreichen und mit Hinweisen auf die Rechtsprechung belegten Vermerk

vorgelegt, der mich sehr vorsichtig hat werden lassen, was die Frage des Eingriffs in die Unabhängigkeit der Staatsanwälte angeht.

(Dr. Holtfort [SPD]: Es gibt doch keine Unabhängigkeit der Staatsanwälte im Gesetz!)

Eines, meine verehrten Damen und Herren Kollegen ist doch klar: Es gibt keine Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften, aber es gibt das Legalitätsprinzip, an das der Staatsanwalt gebunden ist

(Beifall bei der CDU)

und an das im Ergebnis natürlich auch der Minister gebunden ist. Ich werde mich hüten, dann, wenn Ihnen Ergebnisse von staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen nicht passen, dort einzugreifen. Dies wäre für mich Handeln nach dem Prinzip der Gefälligkeit und der Beliebigkeit, zu dem Sie mich nicht überreden werden.

(Zuruf von Dr. Holtfort [SPD].)

Ich bleibe dabei, daß das die jeweils Berufenen im Detail entscheiden sollen. Unsere Überwachung besteht schon darin, daß wir die Richtigen berufen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte nun noch einige weitere Bemerkungen machen. Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte in der Frage des Celler Lochs eine nicht rechtsstaatliche Position eingenommen. Meine Damen und Herren, wollen wir das noch einmal anfangen?

(Frau Alm-Merk [SPD] und Dr. Holtfort [SPD]: Ja, natürlich!)

Der hochverehrte Kollege Schröder hat hier, falsch beraten von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, vorgetragen, der Vorgang sei sachlich, materiell-rechtlich nicht geprüft worden, sondern das Verfahren sei wegen Verjährung eingestellt worden. Er hat mit Einstellungsbescheiden der Staatsanwaltschaft in Lüneburg gewedelt. Er hat Ihnen und uns aber nicht gesagt, daß die damaligen Anzeigeerstatter gegen diese erstinstanzlichen Einstellungsbescheide Beschwerde eingelegt hatten und daß daraufhin der Generalstaatsanwalt nach Niederlegung eines langen Vermerkes einen Einstellungsbescheid erlassen hat,

(Dr. Holtfort [SPD]: Der rechtsirrig war!)

in dem er nach materieller Prüfung zu dem Ergebnis gekommen ist, daß keine Strafbarkeit vorliegt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das wußten alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Die Mitglieder Ihrer Partei haben das aber wohl für so geheimhaltungsbedürftig gehalten, daß sie es ihrem Fraktionsvorsitzenden nicht mitgeteilt haben. Bis zu Ihnen hat sich das bis heute offenbar nicht herumgesprochen, sehr verehrte Frau Kollegin.

(Beifall bei der CDU. — Frau Alm-Merk [SPD]: So ein Unsinn!)

Lassen Sie mich nun, weil ich das politisch für so wichtig halte, noch eine weitere Bemerkung zu der Erfassungsstelle in Salzgitter machen. Es ist richtig, daß ich gesagt habe, daß es nach den Änderungen, die sich jetzt in der DDR abzeichnen, sein könnte, daß wir nichts mehr zu registrieren haben, wenn der Schießbefehl aufgehoben wird und auch tatsächlich nicht mehr geschossen wird

(Frau Alm-Merk [SPD]: Er ist doch aufgehoben!)

und wenn all diejenigen, die dort mit Terrorurteilen in Gefängnisse geschickt wurden, wieder freigelassen sind. Wir haben immer gesagt: Ob in Salzgitter etwas registriert werden muß und soll, hängt nicht so sehr von dem Willen der Niedersächsischen Landesregierung oder der übrigen Landesregierungen ab, sondern davon, wie sich die DDR entwickelt und was dort geschieht. Das liegt in der Hand derjenigen, die dort handeln.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal die Situation vor, daß sich in der DDR nach freien Wahlen ein Rechtsstaat entwickelt, der die Straftaten aufarbeiten möchte, die von dem bisherigen Unrechtsstaat begangen worden sind.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Das kann er auch so! Dafür ist sie 1961 nicht geschaffen worden!)

— Zu der Geschichte der Erfassungsstelle möchte ich Ihnen folgendes sagen. Sie sollten nicht vergessen, die Erfassungsstelle in Salzgitter ist 1961 eingerichtet worden, weil man expressis verbis gesagt hat: Wir haben die leidvolle Erfahrung machen müssen,

(Herbst [CDU]: So ist es gewesen!)

daß wir die Verbrechen des Unrechtsstaates der Nationalsozialisten nicht mehr verfolgen können, weil sie niemand registriert hat.

(Zuruf von Frau Alm-Merk [SPD]. — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Meine Damen und Herren, lesen Sie bitte die Protokolle über die Einrichtungsbeschlüsse nach! Daran waren alle damaligen Justizminister — von der SPD wie von der CDU — beteiligt.

(Dr. Holtfort [SPD]: Dann hätte man ja die Zentralstelle schon 1945 einrichten können!)

— Sehr geehrter Herr Holtfort, Sie wissen genausogut wie ich, daß der Bewußtwerdungsvorgang 1961 weiter fortgeschritten war als 1945.

(Dr. Holtfort [SPD]: Was die Nazis verbrochen hatten, wußten wir schon 1945! — Gegenruf von Döring [CDU]: Daran ist dieser Minister nicht schuld!)

— Meine Damen und Herren, was hilft es, daß Sie sich streiten? Lesen Sie die Protokolle hinsichtlich des Zweckes der Einrichtung der Erfassungsstelle nach! — Ich kann nur folgendes sagen: Wenn es in der DDR einen Rechtsstaat geben würde und wenn er von uns Unterlagen benötigen würde, könnte er sie bekommen.

(Döring [CDU]: So ist das!)

Wir können doch jetzt nicht sagen, wir schmeißen den Kram weg. Ich gehe jedenfalls nicht davon aus, daß Sie das wollen.

(Döring [CDU]: Wir polieren auch noch den Kommunismus auf; wo gibt es denn so was? — Glogowski [SPD]: Die kann man doch trotzdem für die Zukunft auflösen!)

— Wir werden ja sehen. Wenn wir nichts mehr zu registrieren haben, registrieren wir nicht.

(Zempel [SPD]: Na also, ist doch prima!)

Ich hoffe sehr, daß wir nichts Neues mehr zu registrieren haben, Herr Glogowski; da sind wir uns einig.

(Frau Pistorius [SPD]: Was für Unterlagen sind das denn?)

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen.

Vizepräsident Ravens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Alm-Merk?

(Zurufe von der CDU: Nein! — Knemeyer [CDU]: Feierabend machen!)

Remmers, Justizminister:

Ich will noch etwas zum Strafvollzug sagen.

Vizepräsident Ravens:

Frau Alm-Merk, ich habe daraus entnommen, er möchte nicht.

Remmers, Justizminister:

Ich sehe das im Moment nicht ein. Lesen Sie die Protokolle zur Erfassungsstelle sorgfältig nach!

Vizepräsident Ravens:

Herr Minister, ein Ja oder Nein hätte mir sehr geholfen.

Remmers, Justizminister:

Nein. Das ist klar.

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank.

Remmers, Justizminister:

Ich war schon im Bereich Strafvollzug. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es macht sich natürlich immer gut, wenn sich ein Ministerium sorgfältig zurückhält und nicht ständig in Gerichtsorganisationen eingreift, sich auch in Gerichtsverfahren zurückhält und dafür sorgt, daß nicht sehr viel über das Justizministerium in diesem Punkt geredet wird. Das steht einem Justizministerium prinzipiell gut an.

Beim Strafvollzug gibt es andere Gestaltungsmöglichkeiten. Sie haben gesagt, wir seien allenfalls die Verwaltung, wir täten da nichts und anderes mehr. Ich will hierzu nur eines sagen, meine Damen und Herren — ich nehme den Zwischenruf auf, daß Sie nach Hause wollen; die Zahl der Beteiligten ist mittlerweile ohnehin relativ begrenzt —: Wenn Sie sich einmal in der bundesdeutschen Literatur die Berichte über das Handeln der Niedersachsen in bezug auf Vollzug ansehen und im Ländervergleich diskutieren, werden Sie feststellen, daß wir in fast allen Bereichen — — —

(Frau Alm-Merk [SPD]: Dadurch, daß es noch häufiger wiederholt wird, wird es nicht besser!)

— Ich kann es nicht ändern. Ich kann doch nicht sagen, wir seien schlecht, nur weil Sie nicht mehr hören wollen, daß wir gut sind!

(Beifall bei der CDU.)

Sie wissen sehr wohl, daß wir in den verschiedenen Vollzugsbereichen, insbesondere beim Jugendvollzug

(Frau Alm-Merk [SPD]: Da bauen Sie doch nichts wie ab! Das ist doch peinlich!)

— und nicht nur beim Jugenduntersuchungsvollzug —, ganz beachtliche Leistungen vollbracht haben,

(Beifall bei der CDU)

daß wir auch beim Ausbau der ambulanten Maßnahmen vorne sind und anderes mehr. Frau Alm-Merk, ich weiß ja, daß Sie es gern anders hätten; denn dann könnten Sie mit mehr Überzeugung schimpfen.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Besser hätte ich es gerne!)

Aber das sollten Sie tatsächlich lassen.

Sie haben dann von zwei Blüten aus dem Vollzug gesprochen. Sie sind doch diejenige, die mir immer wieder Briefe wegen Einzelfällen schreibt. Jetzt haben Sie sich darüber erregt, daß wir für drei Freigänger in Celle einen so großen Aufstand machten.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Einen wahnsinnigen Personalaufwand!)

— Jawohl, und dann haben Sie schlicht und ergreifend gesagt, ich sollte diese drei Freigänger nach Burgdorf geben; dann wäre es ja geregelt.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Oder Celle II, was noch näher ist!)

— Oder Celle II. Nun ist es jedenfalls nach meinen Informationen so, daß wir dies dort betreiben, damit diese drei ihre Arbeitsstellen nicht verlieren, die sie anderenfalls aufgeben müßten.

(Frau Alm-Merk [SPD]: Ich habe mich erkundigt; das stimmt nicht! Sie sind sehr schlecht informiert!)

Wir sagen, dies ist uns den Aufwand wert. Das Pikante an der Geschichte ist folgendes: Sie sagen, wir könnten sie einfach von Celle nach Burgdorf verlegen. Als wir aber damals hier in der Stadt ein Haus gekündigt

(Zuruf von Frau Alm-Merk [SPD])

und dann geschlossen haben, haben Sie mir vorgeworfen, daß es eine große Katastrophe wäre, wenn ich sie nach Burgdorf gäbe. Diese Katastrophe ist überhaupt nicht eingetreten.

(Anhaltende Zurufe von Frau Alm-Merk [SPD].)

Lassen Sie mich zusammenfassend folgendes sagen: Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß dieser Haushalt eine solide Basis für die Arbeit der Justiz in den verschiedenen Bereichen ist. Wir werden mit ihm auch im Jahr 1990 erfolgreiche Justizpolitik betreiben, wie wir es bisher auch getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe deshalb die Beratung zu diesem Block.

Morgen früh werden wir die Sitzung um 9 Uhr mit der Debatte über die ausgewählten Haushaltsschwerpunkte Wirtschaft — Einzelplan 08 —, Umwelt — Einzelplan 15 — und Landwirtschaft — Einzelpläne 09 und 10 — einschließlich der einzubringenden Änderungsanträge fortsetzen.

Ich schließe die heutige Sitzung und berufe die morgige Sitzung für 9 Uhr ein. Ich wünsche allen miteinander einen schönen Feierabend.

Schluß der Sitzung: 19.23 Uhr.

LLP11/97

Hahn-Druckerei GmbH & Co., Hannover

S. 9000